Donnerstag, 24. Januar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 20 - 4.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lehrstellen: Entgegen früheren Prognosen wird sich die Lage 1985 noch nicht entspannen. Bundesbildungsministerin Wilms erwartet erneut bis zu 765 000 Bewerber. Mit einem „merkbaren" Rückgang der Nachfrage sei erst in zwei Jahren zu rechnen.

Renten: Frühestens im Februar wird sich die Bundesregierung mit der Frage befassen, ob angesichts der verschlechterten Lage der Rentenfinanzen politischer Handlungsbedarf besteht. Bis dahin soll die endgültige Liquiditätsrechnung der Versicherungsträger vorliegen. (S. 5)

Mitgliederschwund: Die Zahl der IG-Metall-Mitglieder ging 1984 um 37 911 auf 2 497 733 zurück. Als Ursache nennt die größte DGB-Gewerkschaft nicht den Tarifkonflikt, sondern den Arbeitsplatzverlust in der Metallindustrie.

Smog-Bilanz: Zufrieden mit der neuen Smog-Verordnung äußerte sich NRW-Gesundheitsminister Farthmann. Die jüngste Krise sei insgesamt „sehr erfolgreich" bewältigt worden. (S. 8)

Ausgewiesen: Der Militärattaché an der polnischen Botschaft in Frankreich, Stanislas Janczaka, ist zur unerwünschten Person erklärt und des Landes verwiesen worden. Ihm wurde vorgeworfen, die französische Exilorganisation der in Polen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" ausspioniert zu haben.

Gegenangriff: Die Gewalttätigkeiten an der vietnamesisch-chinesischen Grenze nehmen wieder zu. Nach Pekinger Angaben wurden bei Grenzprovokationen des Gegners mehrere hundert Chinesen getötet oder verletzt. China habe daraufhin einen Gegenangriff unternommen.

Kernenergie: In der Bundesrepublik soll nach Großbritannien und Frankreich die dritte Wiederaufarbeitungsanlage in Westeuropa zur Entsorgung der Kernkraftwerke entstehen. Das Bundeskabinett sprach sich gestern für den zügigen Bau aus. (S. 4)

Heute: Sowjetischer Vize-Ministerpräsident Antonow bei CSU-Chef Strauß.

ZITAT DES TAGES



„Wäre ich Generalstabschef in Moskau, würde ich mir ernste Sorgen darüber machen, ob im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West meine Nachschublinien in Polen ausreichend zu sichern sind"

General a.D. Gerd Schmückle in einem Gespräch mit der WELT über die Zukunft des Warschauer Paktes (S. 4) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Arbeitsplätze gesichert: Die vor drei Jahren von Bonn beschlossene Investitionszulage hat nach Berechnungen des Münchner Ifo-Instituts keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, jedoch die Beschäftigung von schätzungsweise 200 000 Menschen gesichert, die sonst vermutlich entlassen worden wären. (S. 9)

Automarkt: Die Zahl neuzugelassener Kfz lag 1984 mit 2,739 Millionen um 3,8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres.

„Grüne Woche": Noch nie war die Zahl der beteiligten Länder und das Ausstellungsangebot größer. Auf der 50. Landwirtschaftsschau in Berlin bieten 775 Aussteller aus 48 Ländern ihre Produkte an. (S. 9, WELT-Report S. 12 und 13)

Börse: An den Aktienmärkten verbreitete sich zur Wochenmitte Unsicherheit, in deren Folge es zu zum Teil erheblichen Kursrückgängen kam. Auch der Rentenmarkt war schwach. WELT-Aktienindex 166,2 (168,6). BHF-Rentenindex 102,259 (102,532). Performance-Index 99,846 (100,083). Dollarmittelkurs 3,1739 (3,1650) Mark. Goldpreis pro Feinunze 300,25 (306,90) Dollar.

KULTUR

Luise Ullrich: Die im Alter von 73 Jahren gestorbene Schauspielerin soll am Montag in ihrem Wohnort Grünwald bei München beigesetzt werden. Die vor allem durch viele Ufa-Filme bekanntgewordene Österreicherin war unter anderem mit dem „Bambi" und dem „Filmband in Gold" ausgezeichnet worden. (S. 18)

Literaturpreise: Allem „Kulturpessimismus" zum Trotz hat das Mäzenatentum privater Spender und kommunaler Verwaltungen einen Höhepunkt erreicht. Etwa zehntausend Preise gibt es schon. Dabei geht es nicht nur um Mammon und Ehre. Oft werden recht konkrete Gegenleistungen verlangt. (S. 17)

Umwelt – Forschung – Technik

Über dem Pazifik wurde mit Barium ein künstlicher Komet erzeugt. Die Auswertung des Filmmaterials brachte der Astrophysik wichtige Erkenntnisse. – Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln beim Weinanbau stört den Gärprozeß, aber nicht die Qualität. Seite 6

SPORT

Fußball: Die Karriere des dreimaligen Nationalspielers Holger Hieronymus (26) ist beendet. Eine Knieverletzung machte ihn zum Sportinvaliden. (S. 8)

Ski Nordisch: Die Frauen-Staffel der Sowjetunion besiegte bei den Weltmeisterschaften in Seefeld überraschend die favorisierten Norwegerinnen.

AUS ALLER WELT

US-Raumfähre: Wegen eines Kälteeinbruchs in Florida wurde die erste rein militärische Weltraummission der „Discovery" – sie soll einen Spionagesatelliten absetzen – um 24 Stunden auf heute abend verschoben.

Spur gefunden? Der Fall des vor einem halben Jahr spurlos verschwundenen spanischen Fisch-Trawlers „Montrove" wird immer mysteriöser. Angeblich sind einige der verschollenen Seeleute in Westafrika aufgetaucht. (S. 18)

Wetter: *Gebietsweise Regen oder* Schneefall. Um plus 3 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs

USA stehen voll in der Konjunktursonne / Große Probleme in Frankreich

Mk./Sbt. **Bonn/Washington**

Auch 1985 wird für die wichtigsten Industrienationen der westlichen Welt ein Jahr dynamischen Wachstums sein. Der Konjunkturboom in den USA mit den stärksten Wachstumsraten seit 33 Jahren dürfte sich zwar etwas abschwächen, sein Tempo ist aber noch immer um ein Drittel stärker als in der Bundesrepublik Deutschland. Erstmals seit 1979, so schätzt die Bundesregierung, werde allerdings der deutsche Aufschwung auch für einen leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen sorgen.

Nachdem 1984 ungeachtet des Arbeitskampfs ein reales Wachstum von 2,6 Prozent erreicht wurde (eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr), rechnet das Bundeswirtschaftsministerium *für dieses Jahr mit einer* weiteren, leichten Beschleunigung, die eher bei drei als bei 2,5 Prozent liegen könnte. Im Jahreswirtschaftsbericht, der *entsprechend dem Gesetz Ende* Januar von der Bundesregierung vorzulegen ist, bleibt das Haus Bangemann mit seiner Schätzung von „2,5 Prozent oder mehr" allerdings betont vorsichtig. In seinem jüngsten Lagebericht versieht es den Aufschwung jedoch mit dem Zusatz „bemerkenswert dynamisch".

Für eine Verstetigung des Wachstums sprechen der weiter schwungvolle Export, die sich belebende Investitionsneigung der Unternehmen, die anhaltenden Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und der nachlassende Druck der Lohnkosten.

Voll in der Konjunktursonne stehen die Vereinigten Staaten. US-Handelsminister Malcom Baldrige berichtete in Washington, daß der Wirtschaftsboom dem Lande eine Wachs*tumsrate von 6,8 Prozent (nach Abzug* der Preissteigerungen) beschert habe. Dies sei das beste Ergebnis seit 1951 gewesen. Allerdings habe die Ver*dreifachung des Budgetdefizits einen* hohen Anteil daran. Die USA würden „alles tun", um dieses Defizit zurückzuschneiden, freilich nicht um den Preis höherer Steuern.

SEITE 9:
Bonn erwartet Rückgang der Arbeitslosenzahl

Die Wachstumsentwicklung in den USA – wichtig für Export, Dollarkurs und Zinsen – hat 1984 mit einem zweistelligen Zuwachs furios begonnen, stürzte dann jedoch in eine Sommerflaute. Im vierten Quartal jedoch erholte sie sich entgegen den Erwartungen deutlich. Für dieses Jahr rechnet Baldrige mit einem realen Wachstum der US-Wirtschaft von vier Prozent sowie einem weiter starken Dollar.

Die Arbeitsmärkte reagierten auf das Wirtschaftswachstum unterschiedlich. Während in den Vereinigten Staaten in zehn Jahren rund 15 Millionen neue Jobs geschaffen wurden und die Arbeitslosenquote auf 7,2 Prozent fiel, reagiert die Beschäftigung in Europa nur träge. Die Bundesrepublik hält jedoch in der EG die günstigste Stellung. Sie hat offenbar *den Höhepunkt der Arbeitslosigkeit* überwunden. Die Bundesregierung rechnet für 1985 mit einer Arbeitslosenquote von weniger als neun (1984: *9,1) Prozent. Am bedrohlichsten ent*wickelte sich die Erwerbslosigkeit in Frankreich, wo der Anstieg 1984 bei 13,1 Prozent lag, wie gestern in Brüssel mitgeteilt wurde.

Privatisierung: Beschluß im Februar?

Auch Kohl für Verringerung des Bundesanteils an der Lufthansa / Noch Gespräch mit Strauß

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Bundesfinanzminister Stoltenberg soll im Februar dem Kabinett einen beschlußfertigen Vorschlag zur Privatisierung von Bundesunternehmen vorlegen. Darauf hat sich eine Koalitionsrunde unter Vorsitz des Bundeskanzlers geeinigt. Der CSU-Vorsitzende Strauß nahm an der Beratung nicht teil.

Über den Abbau der Bundesbeteiligungen an der Deutschen Lufthansa, der Strauß bisher sehr reserviert gegenüberstand, soll es vor der Kabinettsvorlage noch ein Gespräch zwischen ihm, dem Bundeskanzler, dem Finanzminister und dem FDP-Vorsitzenden *Genscher geben. In dem Ko*alitionsgespräch hatte sich auch der Kanzler für eine Verringerung der Beteiligung des Bundes an dem Luft*fahrtunternehmen von gegenwärtig* rund 85 Prozent ausgesprochen. Allerdings hatte er, wie auch Stoltenberg, der einen Abbau des Bundesengagement auf 55 Prozent ins Auge *gefaßt hat*, für eine Lösung plädiert, durch die sichergestellt wird, daß die Lufthansa nicht unter ausländischen Einfluß geraten könnte.

Die Koalitionsrunde diskutierte auf der Grundlage eines „Gesamtkonzepts für die Privatisierungs- und Beteiligungspolitik des Bundes", das Stoltenberg bereits im November 1984 vorgelegt hatte. Darin wird noch einmal der Grundsatz aus der Regierungserklärung des Bundekanzlers vom *4. Mai 1983* betont, in der Sozialen Marktwirtschaft gebühre grundsätzlich privater Initiative und privatem Eigentum Vorrang vor staatli*cher Tätigkeit und staatlichem Eigen*tum. Die Beteiligung wird sich nach Ansicht des Finanzministers bei größeren Unternehmen in der Regel nur *in Teilschritten verringern lassen, um* den Anpassungsprozeß der Unternehmensorganisation an neue Gesellschafterstrukturen zu erleichtern.

Die Koalitionsrunde erteilte Stoltenberg den Auftrag zu prüfen, ob auch das Deutsche Reisebüro (DER) und das Amtliche Bayerische Reisebüro, an denen die Bundesbahn zu *jeweils mehr als 50 Prozent beteiligt* ist, in die Privatisierung einbezogen werden könnte.

Bei VW soll der Bundesanteil von 20 Prozent durch Nichtbeteiligung an einer Kapitalerhöhung heruntergedrückt werden. Bei der VIAG AG, einem Zusammenschluß von Aktivitäten in der Energiewirtschaft, bei der Aluminiumerzeugung und in der Chemie, sollen 49 Prozent des Grundkapitals veräußert werden. In *den anderen Fällen wie bei dem Spe*ditionsunternehmen Schenker & Co., der Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen, der Deut*schen Verkehrskreditbank, der* DSL-Bank oder der Deutschen Pfandbriefanstalt, ist eine Umwandlung in Aktiengesellschaften vorgesehen.

Kabinett beschließt Steuererleichterung

Auch ohne Katalysator weniger an den Fiskus / Streit über Absatzrückgang in der Autoindustrie

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Das Bundeskabinett beschloß gestern die Daten und Fakten der Kraftfahrzeug-Steuererleichterungen für abgasarme Autos. Danach gilt ab 1. Juli 1985 ein Steuersatz von 13,20 Mark (statt bisher 14,40 Mark) für je 100 Kubikzentimeter Hubraum für Personenkraftwagen, die mit oder ohne Umrüstung eine Schadstoffminderung von 50 Prozent gegenüber den jetzigen Werten erbringen.

Personenkraftwagen, die nach Umrüstung auf eine Schadstoffminderung von *30 Prozent kommen*, werden befristet auf drei Jahre mit dem gleichen verminderten Satz besteuert, vom vierten Jahr an muß für sie *18,80 Mark für je 100 Kubikzentime*ter Hubraum gezahlt werden.

Für die Umrüstung von Altfahrzeugen sind die Voraussetzungen für die *Steuererleichterung nur geschaffen*, wenn zwei Bedingungen „kumulativ" erfüllt sind, also nicht nur eine von ihnen zur Auswahl: Das Kraftfahrzeug muß vor dem 1. Oktober 1986 erstmals zugelassen worden und vor dem 1. Januar 1988 von der Zulassungsbehörde als „bedingt schadstoffarm" anerkannt worden sein.

Daß die Bundesländer ohne Ausnahme die Pläne der Koalitionsregierung in Bonn unterstützen würden, war schon vor Beginn der Kabinettsgespräche deutlich geworden. Die Mehrbelastung der Finanzverwaltungen, hieß es, sei durch den Einsatz von Datenverarbeitungsgeräten auf*zufangen*.

Für Fahrzeuge, die ohne Umrüstung eine Abgasminderung zwischen 30 und 50 Prozent erreichen, bleibt der Steuersatz unverändert. Neuwagen, die ohne jede Vorrichtung zur Abgasminderung verkauft werden, werden mit einem Steuersatz *von 21,60 Mark für je 100 Kubikzenti*meter Hubraum belastet. Dieselfahrzeuge und Flüssiggas-Personenkraftwagen sollen in die Steuerförderung einbezogen sein. Für Dieselwagen gibt es nur die Marke von 50 Prozent Abgasminderung, durch die für die gesamte Betriebsdauer ein Steuersatz von 13,20 Mark erzielt werden kann.

Unterdessen ist es gestern zwischen der Autoindustrie und dem Bundesinnenministerium zu einem Streit über die Ursachen für die rückläufigen Absatzzahlen auf dem Automarkt gekommen. Ministeriumssprecher Butz wies einen vom Geschäfts*führer des Verbandes der Deutschen* Automobilindustrie (VDA), Dieckmann, vorgelegten Bericht zurück, wonach seit Beginn der Katalysatordebatte *im Sommer 1983 rund 400 000* Kraftfahrzeuge weniger verkauft worden sein sollen. Mit solchen „unbewiesenen und unseriösen Zahlen" *werde eine Verunsicherung* der Autokäufer erst herbeigeredet, erklärte Butz.

Reagan unterstützt Abtreibungsgegner

Aber der Präsident distanziert sich von Gewalttaten / 70 000 Demonstranten in Washington

wth, **Washington**

70 000 Menschen versammelten sich am Dienstag in Washington zur bisher größten Anti-Abtreibungsdemonstration in den Vereinigten Staaten, und Präsident Reagan erklärte sich *voll mit dieser Protestaktion soli*darisch. In einer telefonischen Ansprache, die über Lautsprecher in die Versammlung übertragen wurde, erklärte Reagan: „Ich bin stolz darauf, zusammen mit Euch im langen Marsch für das Recht auf Leben zu stehen. Ich empfinde ein großes Gefühl der Solidarität mit allen von Euch." Die Rede war die erste semiöffentliche Amtshandlung seiner zweiten Amtsperiode als Präsident.

Anlaß der Demonstration war der zwölfte Jahrestag der Gerichtsentscheidung, durch die Schwangerschaftsunterbrechungen in den USA legalisiert wurden. Die Dachorganisation „Recht auf Leben", die diese Demonstration organisiert hat, strebt eine Verfassungsänderung an, durch die das Gesetz aufgehoben wird. Die Demonstranten zogen nach der Adresse durch Reagan vom Weißen Haus zum Obersten Gerichtshof und zum Kongreß. Es gab 29 Verhaftungen.

Die Auseinandersetzung um die Schwangerschaftsunterbrechung erreichte mit dieser Demonstration ihren Höhepunkt. Der Protest der Abtreibungsgegner hat sich in den letzten Monaten ständig verschärft und teilweise gewaltsame Formen angenommen. Bisher wurden 30 Abtreibungskliniken bombardiert oder in Brand gesetzt, davon allein 24 in den letzten zwölf Monaten. Präsident Reagan distanzierte sich in seiner Ansprache ausdrücklich von diesen Gewaltaktionen.

Bis zur Stunde gibt es keine Beweise dafür, daß die Anti-Abtreibungs-Organisation *„Recht auf Leben"* mit diesen Bombenanschlägen in irgendeiner Form in Verbindung steht. Es wurde bei diesen Attentaten nur Sachschaden angerichtet. *Zahlreiche* Abtreibungskliniken stehen jedoch seither unter Polizeibewachung. Neun mutmaßliche Täter wurden bisher verhaftet. *Die meisten sind stark* religiös motiviert und behaupteten, „auf Befehl Gottes" gehandelt zu haben.

Nach Angaben der Abtreibungsgegner sind seit der Legalisierung der Abtreibung im Jahre 1973 in den Vereinigten Staaten insgesamt 18 Millionen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt worden, die sie „legalisierten Mord" nennen.

Die Unterstützung Präsident Reagans ist für die Abtreibungsgegner von großer Bedeutung. Der Urteilsspruch, der 1973 die Schwangerschaftsunterbrechung *legalisierte*, wurde mit sechs zu drei Richterstimmen gefällt. Fünf der sechs Richter, die sich dafür aussprachen, verlassen in naher Zukunft aus Altersgründen ihr Amt. Die Ernennung der neuen Richter ist Sache des Präsidenten. Die „Recht auf Leben"-Organisation hofft, daß Reagan Männer auswählt, die ihrer Sache wohlwollend gegenüberstehen, wenn die Revision dieses Urteils ansteht.

Nach der letzten Meinungsumfrage befürworten 52 Prozent der Amerikaner die legalisierte Schwangerschaftsunterbrechung. Sie argumentieren, daß die Entscheidung über einen derartigen Eingriff nicht Sache des Staates, sondern allein der werdenden Mütter sein solle.

DER KOMMENTAR

Afrika-Tag

HERBERT KREMP

Gestern war „Ein Tag für Afrika", und es wurde viel Geld gesammelt. Der Hunger auf diesem Kontinent hat unbeschreibliche Ausmaße erreicht. Die oft wiederholte Zahl von 30 Millionen Menschen, die nichts zu essen haben, übersteigt die Vorstellungskraft. Das Elend fordert aber in erster Linie unsere Urteilskraft heraus. Wir müssen uns um der Sache willen fragen, ob das Wort Dürre das Verhängnis erklärt. Oder ob politische und ökonomische Mißwirtschaft das Leben in Afrika verdunkeln.

Welche Gründe hat die Not? Ist sie darauf zurückzuführen, daß die vermögenderen Länder sich weigern, die Weltwirtschafts-Ordnung zu ändern, wie Willy Brandt in einem Interview andeutete? Was sollte geändert werden? Tragen die Regierungen die Schuld, die der Weltbank angeblich zu wenig Mittel für Reformen zur Verfügung stellen? Wie müßten solche Reformen aussehen? Wird die Katastrophe heraufbeschworen, weil für Rüstungen in der Welt während dieses Jahres 1000 Milliarden Dollar ausgegeben werden, während die Weltbank, wie Brandt raisoniert, für Afrika nicht einmal eine Milliarde Dollar lokkermachen könne? Spielt Geld überhaupt eine entscheidende *Rolle?*

Skeptische Fragen sind unbequem, wenn andere Leute schöne Worte äußern. Aber die Deutschen, die wieder gutwillig spenden, fragen sich zu Recht, was mit dem Geld geschieht. In der Sahel-Zone gibt es nicht nur Not. Die herrscht dort, wo ehrgeizige Machthaber sozialistische Experimente machen. Der äthiopische Führer Mengistu läßt in den Regionen Tigre und Erithrea sechseinhalb Millionen Menschen hungern: Aus politischen Gründen wird ihnen die Hilfe des Westens verweigert. Die Sowjets liefern Waffen. Die westliche Hilfe für Afrika übersteigt die östliche um das Fünfzigfache. Moskau ist in der Weltbank nicht vertreten und versperrt seinen Verbündeten den Zugang. Das wird selten erwähnt. Warum eigentlich?

In Ländern, deren Regierungen Landwirtschaft und persönliche Leistung fördern, geht es besser. Die Bauernkultur von Malawi zum Beispiel ernährt ihre sechs Millionen Menschen. Demgegenüber werden Angola und Moçambique sozialistisch ruiniert. Tausende von Beratern aus kommunistischen Übersee-Ländern stillen dort nicht den Hunger, *sondern den Machthunger.* Der Neo-Kolonialismus ist verderblicher als der alte Kolonialismus, den es nicht mehr gibt. *Die Neo-Kolonialisten nehmen* jede Spende entgegen, um Afrikas Zukunft zu verbauen.

Alle Parteien begrüßen die Afrika-Hilfe

DW. **Bonn**

Um die Bedeutung des Afrika-Tages, zu dem Kirchen, Gewerkschaften und zahlreiche Hilfsorganisationen zu Spenden aufgerufen hatten, zu unterstreichen, hat der Deutsche Bundestag gestern die katastrophale Ernährungslage in vielen Staaten Afrikas diskutiert. Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger dankte im Namen des Parlaments den Bürgern für ihre Spenden und lobte die Soldaten der Bundeswehr für ihren Einsatz beim Transport von Nahrungsmitteln. Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte, die Bundesregierung werde im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur Bekämpfung der Hungersnot leisten.

SEITE 18:
Ein Tag für Afrika

Die Abgeordneten sprachen sich für die Fortsetzung der Hilfe aus, übten jedoch gleichzeitig Kritik an der Politik einzelner afrikanischer Staaten. Nach Ansicht des SPD-Vorsitzenden Brandt ist das Hungerproblem auch eine Folge der Rüstung. Es könne nur bewältigt werden, wenn neben der Änderung der Strukturen in den betroffenen Ländern die westliche Entwicklungshilfe und die Unterstützung der Weltbank nicht stagniere.

Untersdessen ist in einem äthiopischen Flüchtlingslager die Cholera ausgebrochen. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen warfen der äthiopischen Regierung vor, die Meldung vom Ausbruch der Seuche nicht ernst zu nehmen.

Lorentz: Turm der Kirche erhalten

DW. **Berlin**

Der Bevollmächtige der Bundesregierung in Berlin, Staatssekretär Peter Lorentz (CDU), hat sich gestern für einen Erhalt des Kirchturms der Versöhnungskirche eingesetzt.

Der christdemokratische Politiker bezeichnete die Kirche als ein „für die Geschichte Berlin bedeutsames Gebäude". Es habe vor allem seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 ein Zeichen gesetzt und gelte heute als Mahnmal für die Notwendigkeit, die Versöhnung zwischen Menschen und Regimen anzutreiben. „Gerade deshalb sollte die DDR den Kirchturm erhalten, auch wenn es für ihn keine praktische Verwendung mehr gibt – als sichtbares Zeichen des Willens zur Verständigung, auch über Mauern hinweg", forderte der Staatssekretär. Eine Politik des Friedens und der Gewaltlosigkeit, auf die sich auch die „DDR"-Führung beruft, könnte durch eine derartige Entscheidung dokumentiert werden.

Das Schiff des wilhelminischen Gotteshauses unmittelbar an der Mauer im Todesstreifen war am Dienstag gesprengt worden. Es war dem Wunsch Ost-Berlins nach einem besseren Schußfeld zum Opfer gefallen. Der schlanke Turm mit dem leeren Glockengestühl bebte, aber wankte nicht. Ost-Berlin beabsichtigt, das Restbauwerk am 12. Februar ebenfalls in Schutt und Asche zu legen.

In beiden Teilen Berlins ist die Sprengung – trotz Übereignung des Grundstücks durch die Kirche an den Magistrat – mit Erinnerungen an die Sprengung des Berliner Schlosses 1950/51 verbunden worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Berliner Bärenfell

Von Hans-Rüdiger Karutz

An der Spree scheint Alfred Brehm zum CDU-Wahlkampfmanager avanciert zu sein: Die Union wirbt außerordentlich tierisch um die Stimmen. Meister Petz, der Berliner Wappenbär, blickt über die Zwingerbrüstung („Wir machen Berlin bärenstark"), und ein Riesen-Dackel wackelt über die Plakatwand („Wir setzen neue Bäume"). Die Union fühlt sich bereits vor dem Wahlgang am 10. März bärenstark. Manche der vermeintlichen Sieger möchten das Bärenfell schon jetzt verteilen – ohne den Liberalen etwas abzugeben. Nun funktioniert aber auch in der Zoologie nichts ohne die Kleinst-Lebewesen – wenngleich Bären laut Brockhaus Allesfresser sind.

Die CDU befindet sich in der Zwickmühle: Begibt sie sich in die Nähe der hessischen Wallmann-Formel „Jede Stimme für die FDP ist auch eine Stimme für uns", kann es, siehe Wiesbaden, am Ende für beide nicht reichen. Setzt sie auf die „Arroganz der absoluten Mehrheit" (Hans-Günter Hoppe), kollidiert sie mit den vierzig Prozent der Berliner, die laut einer Umfrage keine Partei mit absoluter Merheit haben möchten.

Nun setzt man schlangenklug auf die Mathematik: Selbst 48, ja 47 Prozent könnten für die Union am 10. März schon reichen, um die Mehrheit der Mandate zu gewinnen. Wenn sich bewahrheitet, was in leichte Nervosität verfallende Unions-Politiker fürchten – daß die FDP zwischen vier und fünf Prozent verdurstet. Wegen ihres eigenen hohen Stimmenanteils bekäme die CDU dann den Löwenanteil bei der Verteilung dieser Rest-Stimmen zugesprochen.

Das könnte in diesem Sandkastenspiel zu einem, vielleicht zwei Sitzen für die CDU mehr als für SPD und Alternative führen. Doch diese Rechnung ist ebenso verführerisch wie unpolitisch. Der gemeinsam erstrittene Erfolg kann, wenn es Gerechtigkeit gibt, nicht einseitig beansprucht werden. Auch wenn die zur Zeit noch schwachen FDP-Umfragezahlen bei der Union keinen Tarzanschrei der Begeisterung auslösen: Mit dem Appell, absolute Mehrheiten zu verhindern, gewann die FDP noch immer genug Schnellkraft für den Sprung über die fünf-Prozent-Hürde.

Rücktritt oder Austritt

Von Jürgen Liminski

Unesco und kein Ende. Dabei ist noch gar nicht alles erzählt. Zum Beispiel, daß von den 47 KGB-Agenten, die Frankreich im April 1983 des Landes verwies, zwölf bei der Unesco beschäftigt waren. Einige der Geheimdienstler erhielten weiterhin ihr Gehalt, und für drei von ihnen traf dieser Tage frohe Kunde in Moskau ein: Ihre Verträge mit der Weltorganisation für Kultur und Erziehung wurden verlängert! Wir wissen allerdings nicht, ob ihre Bezüge auch erhöht worden sind, wegen besonderer Verdienste für Kultur und Wissenschaft. Aber angesichts der selbstgewährten Steigerungsraten des Unesco-Haushalts und der horrenden Gehälter, die in Paris gezahlt werden, dürfen sie guter Hoffnung sein.

Wie lange noch lassen sich die Mitgliedsländer so etwas gefallen? Die USA haben mit viel Langmut versucht, Reformen durchzusetzen. Sie werden auch weiterhin bemüht sein, wollen aber nicht mehr in eine Organisation investieren, deren erster Beamter sich auf Unesco-Kosten eine zweigeschossige private Dachsuite auf dem Unesco-Gebäude ausbauen ließ und dessen Vetternwirtschaft nur noch durch die Grenzenlosigkeit seiner Weltreisen übertroffen wird. Die Dritte Welt, der die Unesco doch zu dienen vorgibt, hat ein Interesse an Entwicklungshilfe, nicht an Ideologien. Sie will leben, nicht in den Wüsten der marxistischen Ratio verhungern.

Auch in der CDU/CSU-Fraktion ist der Unmut über die Unesco groß. Er kommt in ihr allerdings auch auf wegen der Leisetreterei verantwortlicher Politiker vor den Dritte-Welt-Beamten in Paris. Den Brief, den Bundesaußenminister Genscher an den Generalsekretär der Unesco schrieb, beurteilt der außenpolitische Sprecher der CSU, Hans Graf Huyn, als „zu spät und zu wenig". Er sei „ein typisches Beispiel für Versäumnisse, die der deutschen Außenpolitik Schaden zufügen".

In der Tat: Warum fordert Bonn nicht, so wie London, eine Sperrminorität für die Länder der westlichen Welt, die mit ihren Zahlungen fast den ganzen Apparat unterhalten? Und warum droht Bonn angesichts der überheblichen Starrköpfigkeit des Generaldirektors M'Bow nicht auch mit Austritt, wenn er nicht zurücktritt oder in der Dachsuite vernünftige Reformvorschläge ernstnehmen will?

Notwendige Beschwörung

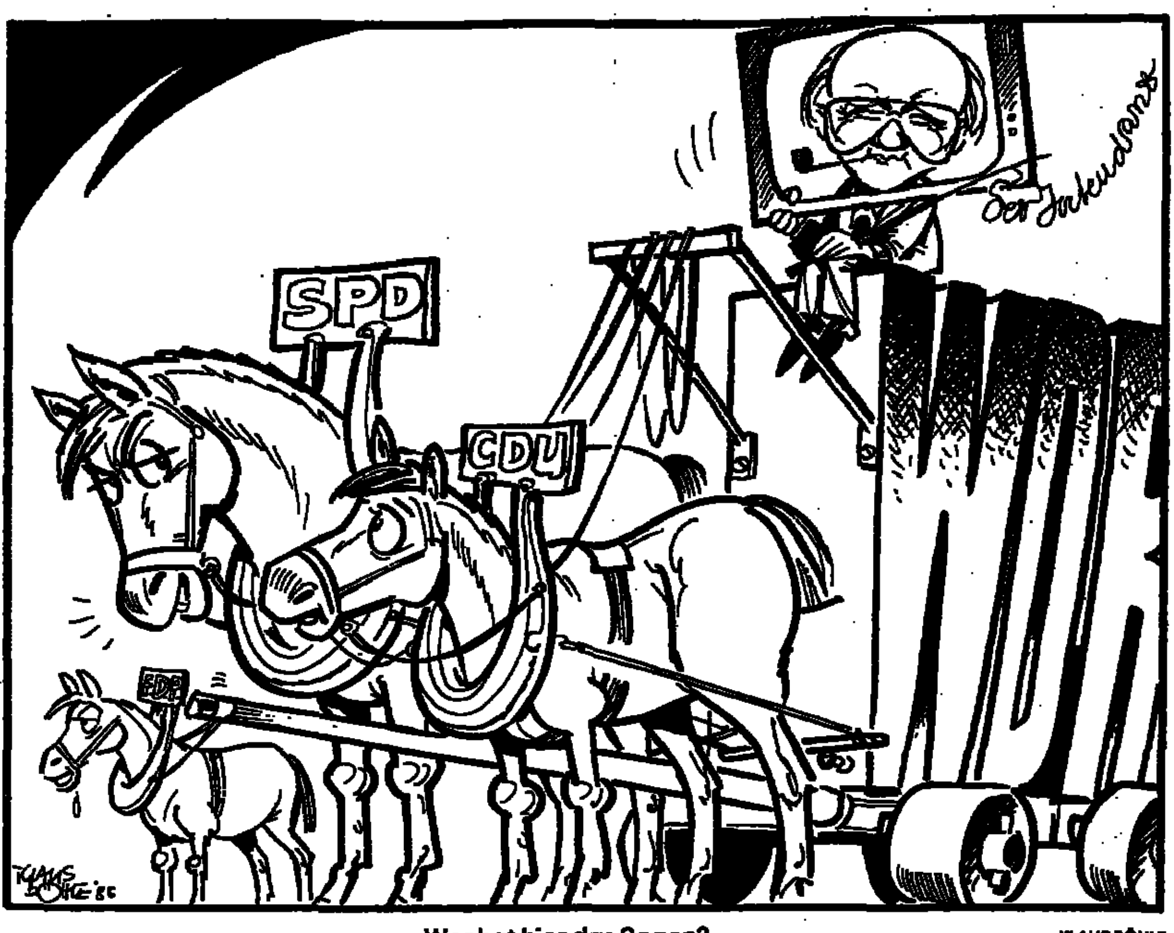
Von Carl Gustaf Ströhm

Beim Begräbnis des langjährigen tschechoslowakischen Verteidigungsministers General Martin Dzur beschwor der neu ernannte Chef des sowjetischen Verteidigungsressorts, Marschall Sokolow, den „Zusammenhalt der brüderlichen Völker" des Ostblocks sowie die „Treue zum sozialistischen Internationalismus". Dies und nur dies sei die Zukunft, betonte der sowjetische Marschall in Gegenwart der Verteidigungsminister der übrigen Paktstaaten.

Wenige Tage zuvor benutzte Viktor Grischin, Mitglied des sowjetischen Politbüros und Chef der Moskauer Organisation der KPdSU, die Feiern zum vierzigsten Jahrestag der Eroberung Warschaus, um dort gleichfalls an die Einheit des Warschauer Paktes zu appellieren. Grischin sagte: „Je stärker unsere Einheit und unser Zusammenhalt unseres brüderlichen Kampfbündnisses ist, desto verläßlicher und unerschütterlicher steht es um die Sache des Friedens und der Verhinderung eines Krieges." Beide sowjetischen Aussagen wurden im westlichen Vorfeld des Imperiums gemacht – an zwei strategisch wichtigen und zugleich neuralgischen Punkten des Systems: in zwei Hauptstädten, die in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Selbständigkeitsbewegungen von Völkern und Regimen im sowjetischen Machtbereich erlebten.

Ist der Appell zur Einheit und Geschlossenheit nur propagandistische Routine? Oder wird hier das Unbehagen des Kreml sichtbar, es könnte sich im zur Verlängerung anstehenden östlichen Militärbündnis doch so etwas wie ein Bazillus der Selbständigkeit ausbreiten?

Die Sowjets stehen vor einem Dilemma. Teils wollen sie in der bevorstehenden Verhandlungsrunde mit den Amerikanern ganz allein die Zügel in der Hand behalten. Die kleineren Paktpartner werden dementsprechend zurückgepfiffen. Andererseits hat Moskau Schwierigkeiten wegen der angegriffenen Gesundheit des ersten Mannes, Tschernenko. Die Absage des Gipfels von Sofia aus diesem Grunde hat die Überzeugungskraft der sowjetischen Führungsstärke gewiß nicht gefestigt. Vielleicht sind gerade deshalb solche Beschwörungen notwendig?



Wer hat hier das Sagen? KLAUS BÖHLE

Eine ethische Erziehung

Von Cay Graf Brockdorff

Nach dem Treffen der Außenminister Shultz und Gromyko unterrichteten die Vereinigten Staaten die Bündnispartner. Bei vielen drängte sich dabei der Eindruck auf, Washington habe in Genf mit großem Selbstbewußtsein verhandelt. Ob das auch die Sowjets so empfunden haben, läßt sich nur vermuten.

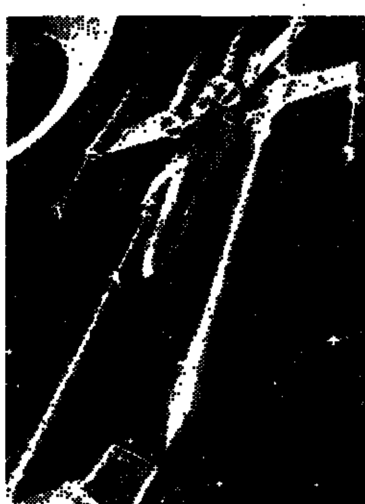
Einige europäische Beobachter glauben inzwischen, die Amerikaner wüßten mehr, als sie sagen, wenn von Präsident Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative (SDI) die Rede ist. Vielleicht liegen ihnen schon Ergebnisse ihrer Forschung vor, die darauf abzielt, ein gestaffeltes Abwehrsystem zu entwickeln, das feindliche Raketen mit nichtnuklearen Mitteln im Weltraum abfangen kann, ohne daß dabei Menschen gefährdet werden. Die Forschungsergebnisse werden als Staatsgeheimnis gehütet. Der Präsident selbst gießt eher Wasser in den Wein, wenn er sagt, niemand wisse, ob es eines Tages Waffen geben werde wie die, die abends als Science-fiction über den Fernsehschirm flimmern.

Die Furcht der Sowjetunion vor der technologischen Schöpfungskraft einer Nation, deren Präsident 1961 verkündete, noch vor Ablauf des Jahrzehnts würden Amerikaner auf dem Mond landen, ist offensichtlich. Moskau muß befürchten, daß futuristische Fernsehstreifen Wirklichkeit werden. Die Konsequenzen wären für die Sowjetunion von fundamentaler Bedeutung. Wäre ein Staat, ohne seine Offensivwaffen abzubauen, im Besitz eines wirksamen Defensivsystems, würde er absolute militärische Überlegenheit besitzen. Die Sowjetunion steht also vor einer Herausforderung, die aus ihrer Sicht die Grundlagen ihres Systems in Frage stellt. Das Gewicht dieser Erkenntnis wiegt um so schwerer, als die Sowjetunion ihre Strategie ideologisch durch einen wissenschaftlich begründeten Marxismus-Leninismus untermauert, der vom historisch vorausbestimmten Sieg des Kommunismus über den Kapitalismus ausgeht. Moskaus Welt kommt ins Wanken.

Dies ist die Ausgangslage, vor der sich die Sowjetunion sieht und die sie dazu bewegt hat, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Ihre Verhandlungsstrategie wird deshalb hart sein. Sie wird sich darum bemühen, mit allen Mitteln ein militärisches Welt-Gewicht zu bewahren, das den Fortbestand ihrer Gesellschaftsordnung garantiert, einschließlich ihres Einflusses an jeder Stelle der Erde.

Wir Europäer müssen das in Rechnung stellen. Unsere Nerven werden strapaziert werden. So werden vor allem wir Deutschen lernen müssen, die Welt so zu sehen, wie sie ist, und nicht, wie sie sich aus ihrer Warte darstellen mag. Die schon jetzt in Umlauf gesetzte Theorie, das amerikanische Programm der defensiven Strategie lege den Grundstein für die Abkoppelung Amerikas von Europa, ist in diesem Zusammenhang wenig hilfreich, zumal sie nicht durchdacht ist: Die Wiederherstellung einer militärischen Überlegenheit der USA würde lediglich jene Situation herbeiführen, die schon in den fünfziger Jahren bestand. Die Abschreckung wäre perfekt. Ein Angriff des Unterlegenen auf die Verbündeten dessen, der die militärische Überlegenheit besitzt, würde den Untergang des Angreifers nach sich ziehen.

Die jüngsten Äußerungen Gromykos bestätigen den Eindruck, daß der Kreml seine Lage ernster einschätzt, als er nach außen zu erkennen gibt. Moskau wird ein System von Bedingungen erfinden, das jeden Fortschritt bei der Abrüstungsrunde so lange blockiert, bis die USA das SDI-Programm aus der Hand legen. Das aber wird nicht geschehen. Denn Forschungsprogramme – noch dazu solche, die völkerrechtlich legal sind und energisch auch von der Sowjetunion vorangetrieben werden – lassen sich nicht verhindern.



Das wollen die Sowjets in Genf abschießen: Systeme, die Atomraketen abfangen FOTO: DIE WELT

Die Vereinigten Staaten gehen mit einer anderen Philosophie in die Runde. Ihnen schwebt die Schaffung wirklicher Stabilität auf dieser Welt vor: Ein Gedanke, den die Sowjetunion in der Vergangenheit nicht akzeptieren mochte, weil er sich mit ihrem ideologisch untermauerten Weltbild nicht in Einklang bringen läßt. Moskau beansprucht das Recht, so stark zu sein wie alle seine vermeintlichen Gegner zusammengenommen. Amerika als Einzelmacht müsse demzufolge schwächer sein. Das Recht, die Super-Supermacht sein zu können, stehe allein der Sowjetunion zu. Das ist der sowjetische Standpunkt.

Vor den Amerikanern liegt ein langer, umständlicher, ermüdender, vielleicht nicht einmal erfolgreicher Erziehungsprozeß, den Gegner auf das eigene ethische Niveau zu heben. Kann man einen ideologisch versteinerten Koloß so weit bringen, daß er seine Borniertheit den Erkenntnissen moderner Technologie opfert? Wenn das geschähe, dann wäre ein Durchbruch erreicht, der es den Vereinigten Staaten erlauben würde, mit Moskau umzugehen wie ein ehrbarer Kaufmann mit dem anderen.

Offensivwaffen und Defensivwaffen in verschiedene Kategorien zu trennen ist auf dem Feld der konventionellen Rüstung oft schon ein fragwürdiges Unterfangen. Bei den strategischen Waffen ist es unmöglich: Nur zusammen ergeben sie das militärische Kräfteverhältnis. Wenn Moskau sich davon überzeugen läßt, die strategische Rüstung mit den Augen des ehrbaren Kaufmannes zu betrachten, dann rückt die Vision Reagans näher: Die amerikanische Defensivtechnologie eines Tages mit den Sowjets zu teilen.

IM GESPRÄCH Hans-G. Heyme

Strenge Poesie

Von Rudolf Krämer-Badoni

Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!" Bekannt. Nicht mehr aufregend. In Heymes Inszenierung sagt Marquis Posa: „Sire, geben Sie...", und der König fährt mit entwaffnendem Bescheidwissen fort: „Gedankenfreiheit". Jetzt ist es plötzlich aufs neue aufregend. Der Herrscher weiß, was in der Luft liegt, ja, man könnte ihn sogar für maßvolle Reformen gewinnen, wenn man nicht wie Posa aufs Ganze ginge.

So gescheit, historisch gebildet, aktuell engagiert und doch literarisch respektvoll ist der Theaterregisseur Hans-Günther Heyme (49). Und er denkt „dramatisch". Da im Theater die Handlung nur durch Dialog mitgeteilt wird, müssen in alten Stücken nicht nur geflügelte Worte vorsichtig aus dem Schlummer der Gewöhnung geweckt werden, wie im Beispiel gezeigt; es muß auch das Ungesagte und das Unsagbare, das zwischen den Zeilen steht, ins Bewußtsein gerückt werden. Und zwar durch Bilder und Symbole.

Auch darin ist Heyme ein Meister. Manchmal liefert er in der Freude am bewegten Bild ungeheure, auch schwer verständliche Symbolik, aber das lohnt im Gesamt seines bisherigen Œuvres kaum eine kritische Erwähnung. Selbstverständlich gibt es im Publikum und bei den Kritikern gelegentlich Widerstände. Doch nur, wer im Griff nach dem Absoluten manchmal in allzu großem Selbstvertrauen Grenzen überschreitet, ist fähig, das Äußerste sichtbar zu machen. Ich habe Kritiker getroffen, die nach einer Aufführung schworen, nie mehr eine Heyme-Inszenierung zu besuchen. Aber kurz darauf waren sie wieder da. Man kann sich diesem bohrenden Ernst und dieser lustvollen Bilderflut nicht entziehen.

Heyme sagte einmal, ein offenes Gemeinwesen müsse geradezu darauf versessen sein, Kritik auf den Brettern zu subventionieren. In Stuttgart, wo sein Vertrag als Schauspieldirektor ausläuft, geriet er allerdings mit dem Oberbürgermeister Manfred Rommel nach einer Szene auseinander, die das Geschmacklose zumindest streifte: „Wir wollen ein Stück



Zuviel an Angeboten? Theaterregisseur Heyme FOTO: HANNES KILIAN

inszenieren, das heißt 'Der Lieblingsnazi', das ist Ihr Vater." Wenn Heyme nun wirklich nach Essen geht und seine besten Schauspieler und einige seiner Glanzstücke mitbringt, wird das Ruhrgebiet einen neuen künstlerischen und beunruhigenden Brennpunkt besitzen.

Hoffentlich verhandelt Heyme mit Einfühlungsvermögen, aber auf halbe Sachen läßt er sich nicht ein. Aus den Berliner Renaissancetheater-Aufträgen wurde nichts, das geplante Freie Theater in Stuttgart erwies sich als unpraktikabel. Eine neue Schwierigkeit scheint nun im Gegenteil aus einem Zuviel an Arbeitsangeboten zu kommen. Er verhandelt über eine siebenteilige Homer-Verfilmung für das Fernsehen, eine faszinierende Aussicht; da würden alle bisherigen Historienschinken ad absurdum geführt. Doch wie gleichzeitige zahlreiche Eigeninszenierungen in Essen damit unter einen Hut zu bringen sind, scheint auf den ersten Blick schleierhaft. Heyme kann darauf sagen, das müsse er selbst wissen, kritisieren könnten wir erst hinterher.

Eines ist sicher: Wenn dieser strenge und gleichzeitig so poetische Künstler ohne ein öffentliches Forum bliebe, würde die deutsche Theaterlandschaft um einen scharfen Grat grauer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung schreibt zur KVAE, die am 29. Januar in die nächste Runde geht:

Auch die KVAE ist nun ein Teil des Gesamtdialogs der Supermächte über Abrüstung und Rüstungskontrolle, mit der Besonderheit, daß in Stockholm die KSZE-Runde am Tisch sitzt, 35 Staaten, darunter die neutralen und nichtpaktgebundenen als Mittler. Losgelöst vom Tempo der Erwärmung zwischen Moskau und Washington wird die KVAE wohl kaum Kompromisse... finden können.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie beschreibt das Bundeskabinett:

Das politische Krisenmanagement funktionierte schlecht, so daß Pannen wie Buschhaus oder das Hin und Her um den Katalysator passsierten. Das Ärgernis mit dem Amnestievorhaben für Partei-Spenden hat das Ansehen der Regierung belastet. Gleichwohl kann man nicht sagen, daß die Minister insgesamt keinen Erfolg hatten. Es ist einiges erreicht: Wirtschaftswachstum, Senkung der Inflationsrate, Sanierung des Haushalts – das kann sich sehen lassen.

MITTELBAYERISCHE ZEITUNG

Das Regensburger Blatt sinniert über Indiskretionen

Das hohe Amt eines Parlamentspräsidenten fordert schon protokollmäßig Respekt heraus. Strauß würde, selbst beim Davongaloppieren seines Temperaments, an dem zweiten Mann im Staate kaum Kritik geübt haben, es sei denn, im Kreise seiner auf ihn eingeschworenen Kampfgefährten. Wenn er Jenninger zum Beispiel einen „Pimpf" genannt haben soll, würde er dies nur in der Kreuther Intimsphäre getan haben... Sagte er doch kürzlich auch – nicht so intim wie in Kreuth: „Was nützt die schönste Indiskretion, wenn sie nicht publiziert wird?"

die tageszeitung

Das alternative Blatt zum Beschluß der hessischen Grünen, einen Teilhaushalt mitzutragen:

Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

RUDE PRAVO

Das Prager Partei- und Regierungsorgan geht auf das Schlesier-Treffen ein:

Der Kanzler will um jeden Preis teilnehmen, egal was dort auf ihn zukommt. Deshalb auch Hupkas unverhohlene Freude über die geglückte Maskerade mit dem veränderten Motto. Schließlich hat er in Bonn am Dienstag erneut wiederholt, daß für ihn das Reich in den Grenzen des Jahres 1937 weiterhin besteht, daß die deutsche Frage offen sei und Schlesien das Eigentum der Deutschen sei. Darin unterscheidet er sich nicht allzuviel vom Standpunkt des Kanzlers, und das soll im Juni in Hannover demonstriert werden. Die grenzenlose Frechheit von Hupka und Co. bestätigt nur, mit welcher Unterstützung von seiten der westdeutschen Regierung die Revanchisten rechnen.

Der Chefkommandant macht wieder eine Kreidediät

Fidel Castros neue weiche Welle / Von Werner Thomas

Er konzedierte dem Washingtoner Kontrahenten plötzlich friedfertige Absichten: „Vielleicht will Reagan als Präsident des Friedens in die Geschichte eingehen?" Er bekannte zwei verblüfften US-Abgeordneten ein „christliches Gewissen" und versicherte: „Ich bin ein Christ." Jetzt durften zum ersten Mal amerikanische Bischöfe das „erste freie Land Lateinamerikas" besuchen, so die Parteipropaganda. Fidel Castro hat sich seinen Schafspelz umgehängt und einer Kreide-Diät unterzogen. So moderat wie in den letzten Wochen konnte man ihn selten erleben. Neu ist ein solches Verhalten freilich nicht.

In der 26jährigen Existenz des kommunistischen Kubas gab es immer wieder diese Phasen. Der weitaus beste Polit-Akteur der lateinamerikanischen Bühne spielte immer dann die Rolle des gereiften Revolutionärs, wenn sie ihm taktisch nützte. Zum letzten Mal hofierte er die Amerikaner während der kurzen Carter-Ära, als der gutgläubige Präsident das bilaterale Verhältnis normalisieren wollte. Tief enttäuscht stoppte Carter damals die Annäherungsversuche: er hatte das Ausmaß des militärischen Engagements der Kubaner in Afrika erfahren, das bis heute anhält. Die größten Truppenverbände (30 000 Soldaten) sind in Angola stationiert.

Der jüngste Kurs der Konzilianz hängt mit dem Ergebnis der amerikanischen Wahlen zusammen. Castro weiß, daß Ronald Reagan noch weitere vier Jahre die Politik der westlichen Supermacht in der Nachbarschaft bestimmen wird. Es wäre unklug, ihn jetzt zu reizen. Er hatte Reagan gelegentlich als wilden Mann und Kriegstreiber beschimpft.

Castro demonstrierte erneut, wie schnell er auf außenpolitische Entwicklungen reagieren kann. Noch im Oktober schürte er die Konfliktstimmung. Amerikanische Korrespondenten durften nach Havana reisen und über Castros Warnungen vor einer Invasion der US-Streitkräfte berichten. Der „Comandante en Jefe", so sein Titel, ließ Schützengräben ausheben und sein Militär in Alarmbereitschaft versetzen. Als Reagan Anfang November gewählt war, schaltete der Kubaner dann rasch um. Es folgte die weiche Welle.

Bereits im Dezember einigten sich Delegationen beider Länder auf das sogenannte Emigrationsabkommen. Die Kubaner erklärten sich bereit, 2000 kriminelle und geisteskranke Personen zurückzunehmen, die sie vor fünf Jahren in den Flüchtlingsstrom gemischt hatten. Die Amerikaner werden wieder Einreisegenehmigungen für kubanische Bürger erteilen. Dieses Abkommen und der Beginn neuer Abrüstungsgespräche zwischen den beiden Weltmächten veranlaßte Castro nun in einem Interview der spanischen Zeitung „El Pais" zu der Frage, ob Reagan nun nicht ein Friedenspräsident werden wolle.

Der Kubaner hat schließlich Nicaragua im Auge, den einzigen marxistischen Partner auf dem lateinamerikanischen Subkontinent. Er möchte den sandinistischen Comandantes über die Runden helfen, die er mit 10 000 Entwicklungshelfern stützt, unter ihnen, laut US-Schätzungen, 2000 bis 3000 Militärberater. Um dieses Ziel zu erreichen, mobilisiert Castro die Besucher aus den USA und Westeuropa gegen den antisandinistischen Kurs der Reagan-Regierung. Er schätzt besonders bundesdeutsche Sympathisanten.

Willy Brandt wurde im Oktober mit einer kubanischen Sondermaschine von Managua nach Havana eingeflogen und fürstlich behandelt und bewirtet. Der Gastgeber, ein Feinschmecker, ließ Hummer auftischen. Die Herren kamen sich bei neunstündigen Gesprächen so nahe, daß sie die Duz-Freundschaft schlossen: Willy und Fidel. Obgleich Castro für den Bundestagsabgeordneten Helmut Schaefer jetzt keine Zeit fand – im Gegensatz zu den beiden Kongreßleuten aus den USA, denen er Mitte Januar fast 38 Stunden opferte –, verbreitete der FDP-Mann den gleichen Eindruck in Bonn wie Brandt: In Havana regiert heute ein staatsmännischer Castro, mit dem man reden kann. Die Kubaner erklären ihren westlichen Gesprächspartnern derzeit auch gern, daß sie sich absetzen wollten von der Sowjetunion. Sie würden sich als blockfrei verstehen.

Absetzungsmanöver? Blockfreiheit? Die Sowjetunion hält Kuba nach wie vor mit Subventionen von täglich acht bis zehn Millionen Dollar wirtschaftlich über Wasser. Auf Kuba leben 20 000 Sowjetbürger, die beraten und in den wichtigsten Ministerien und Behörden sitzen. Eine sowjetische Kampfbrigade umfaßt 6000 Soldaten. Kuba dient der Sowjetunion als militärischer Stützpunkt und als Spionagezentrum. Kuba gehört zu den dogmatischsten kommunistischen Ländern der Welt und brachte bisher keine Beweise einer innenpolitischen Öffnung, Amnesty International bezeugt das. Fidel Castro hat zu Beginn seiner Herrschaft ein Bekenntnis abgelegt, das er bis heute nicht revidierte: „Ich bin ein Marxist-Leninist und werde bis zum Ende meines Lebens ein Marxist-Leninist sein."

Vorhang auf für den Intendanten mit den Bonner Berichten

Friedrich Nowottny, der populärste Fernsehjournalist der Bundesrepublik, wird Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR), der größten Rundfunk- und Fernsehanstalt des europäischen Kontinents. Sein Werdegang ist in mehrfacher Hinsicht ein Unikum.

Von BERNT CONRAD

In unseren Breiten gibt es kaum seinesgleichen: Ein politischer Journalist, der sein Handwerk versteht und gleichzeitig die Show-Elemente des Fernsehens souverän handhabt; der Ironie und Spott liebt, ohne seine Interview-„Opfer" je zu verletzen; der bombastische Aussagen und überdramatisierte Ereignisse ebenso gutgelaunt wie wohlinformiert auf ihr Normalmaß zu reduzieren pflegt und dessen Beliebtheit selbst von Filmstars oder Spitzensportlern kaum übertroffen wird.

Natürlich paßt dazu keine falsche Bescheidenheit. Darum rümpfen manche Kollegen über Friedrich Nowottnys Umgangsstil die Nase. Aber auch sie können nicht bestreiten, daß der selbstbewußte Oberschlesier die weithin provinzielle deutsche Fernsehlandschaft auf exzeptionelle Weise belebt und bereichert.

Kein Wunder, daß diese seltene Erscheinung mit populären Preisen überhäuft wurde. Von der „Goldenen Kamera" und dem „Goldenen Bambi", über den „Orden wider den tierischen Ernst" bis zur „Goldenen Europa" und der Wahl zum „beliebtesten Reporter aller Zeiten", zum „Pfeifenraucher des Jahres" und zum „bestangezogenen Deutschen" ist Nowottny alles zuteil geworden, was sich ein Fernsehmann und Entertainer nur wünschen kann.

An der Wiege war das dem Schmiedemeistersohn, als er vor nun bald 56 Jahren im ostdeutschen Hindenburg *das Licht der Welt erblickte*, bestimmt nicht gesungen worden. Seine ersten Groschen verdiente er sich nach Kriegsende – inzwischen mit der Familie in Westfalen gelandet – auf vielfältige Weise: als Dolmetscher und als Telefonist, als Lokalreporter und als Praktikant bei der Deutschen Eisenbahn-Versicherungskasse. Schließlich stand er vor der Entscheidung, Kaufmann oder Journalist zu werden. Nowottny wählte die Presse, volontierte in Bielefeld, wurde Wirtschaftsressortleiter und wechselte 1962 endlich zum Fernsehen, *jenem* Medium, das dem spitzzüngigen Formulierer offensichtlich auf den Leib geschrieben war.

Vom Saarländischen Rundfunk ging Nowottny zum Westdeutschen Rundfunk (WDR) und nach Bonn. Hier nun schnellte seine Karriere steil nach oben. Spätestens als Professor Karl Schiller, weiland Bundeswirtschaftsminister der Großen Koalition, pointierte Fernsehaussagen gegenüber seinem ständigen Interviewer mit der Standard-Formel einzuleiten pflegte: „Wissen Sie, Herr Nowottny …", kannte jeder Zuschauer den Televisionär mit dem maliziösen Lächeln und dem kompakten Sachverstand.

Weil *er es vermochte*, komplizierte Vorgänge einfach darzustellen und der Bonner Politik darüber hinaus Unterhaltungswert zu verleihen, wurde er bald für „Kunden und Lieferanten", sprich: Zuschauer und Politiker, unentbehrlich. Seine Freitagabend-Sendung „Bericht aus Bonn" entwickelte sich zur Institution, nicht zuletzt durch Nowottnys parteipolitische Ungebundenheit.

Während in allen Etagen und Büros der öffentlich-rechtlichen Rundfunkstationen der Einfluß der Parteibücher in kaum erträglichem Umfang zugenommen hat, leistet sich der Bonner Polit-Artist bis heute den Luxus persönlicher Unabhängigkeit. Mag sich auch mancher über gelegentlich *etwas zu kesse Sprüche* ärgern – Nowottny war niemals vorausberechenbar wie jene journalistischen „Weltverbesserer", die heutzutage auf oder vorgefärbte Weise in unseren Ätherwellen *dominieren*. Ihrer Verbissenheit stellt er Gelassenheit und Humor entgegen. Und was beinahe noch schwerer wiegt: Er ist *immer mit sichtlichem Spaß bei der* Sache. Das färbt auf Interview-Partner und Zuschauer ab.



Seit 1973 ist Friedrich Nowottny Chef des ARD-Studios in Bonn

FOTO: W. STECHE

Ob Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Helmut Kohl – sämtliche Kanzler und Oppositionsführer eilten vor die von Nowottny bereitgestellten Mikrophone und Kameras. „Egal, wo man hinkommt, der Nowottny ist schon da. Das ist ein Besessener, der keine Angst vor großen Tieren hat", meinte Kohl einmal gutgelaunt.

Jetzt aber wird der kleine Mann mit dem großen Einfluß aus Bonn verschwinden, um die Führung des *WDR zu übernehmen*. Fernseh-Chefredakteur in Köln hatte er nicht werden wollen; die Stellung war ihm zu abhängig. Die Wahl zum Intendanten mit den Stimmen von CDU und FDP *jedoch lehnte er nicht ab*. Die Macht lockt. Nowottny weiß selbst, daß das ein schwieriges Geschäft sein wird und er hat, wie man hören kann, unterschwellig auch etwas „Bammel" vor dem riesigen Apparat und der Vielfalt der auf ihn zukommenden bürokratischen Aufgaben. Immerhin lautet sein Fazit: „Ich traue mir das zu."

Rundfunk und Fernsehen des WDR können von dem neuen Intendanten nur profitieren. Denn er weiß, daß dogmatische Einseitigkeit die Zuschauer ebenso abstößt wie oberlehrerhafte Langeweile und unprofessioneller Dilettantismus. All dies ist dem WDR nicht fremd. Vor Nowottny steht eine Menge Überzeugungsarbeit.

Vogel behält seinen rechten und auch den linken Flügel

Vier Stunden lang hat sich die SPD-Bundestagsfraktion mit sich selbst beschäftigt, Zwischenbilanz gezogen und über die künftige Strategie debattiert. Dabei bot sie ein sehr viel heterogeneres Bild als bisher.

Von PETER PHILIPPS

Günter Verheugen hatte einen schweren Stand. Bis zur Wende Genschers FDP-Generalsekretär, versuchte sich der Neu-Genosse am Dienstagabend in der SPD-Fraktion an einer Analyse: „Sind wir zur Halbzeit der Legislaturperiode auf dem Weg zur Macht?" Bei der breiten Wählerschaft der SPD sei „Sachkompetenz" zwar ohnehin nicht leicht zu erringen, aber das „Bild der Fraktion kommt auch nicht über, der Zeitgeist ist gegen uns". Die Alt-Genossen, vor allem vom rechten Flügel, murrten vernehmlich: „Ist der denn überhaupt Genosse? Vor ein paar Jahren hat der doch noch ganz anders geredet."

Doch noch mehr, zeitweise tumultartige Unruhe brach bei seinem Redner-Nachfolger aus, bei Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, als er seine Ahnungen ausbreitete: „Wenn ich jetzt rausgehe, sehe ich schon alle Agenturen unter Überschrift berichten: Die SPD streitet sich über die Grünen." Rief Peter Reuschenbach, ehemals enger Mitarbeiter Willy Brandts und heute einer der Wortführer der rechten Minderheit: „So ist es doch auch!"

Um eine eigene Prophetie nicht Lügen zu strafen, verkündete Glotz nach der Sitzung gegenüber dpa das was zwar Brandts aber nicht Vogels Auffassung nahekommt: Die Grünen sind eine „Quasi-Partei, die nur für einige Jahre existieren wird". Der SPD müsse es darum gehen, sie „überflüssig zu machen und eine Politik zu betreiben, die keinen Raum für die dauernde Etablierung einer Partei links oder halblinks von der SPD bietet". Im Bund sei nicht einmal *die in den Ländern verfolgte* „Prüfsteinpolitik" möglich. Und in der Tat ist das Verhältnis der SPD zu den Grünen, das Schielen auf die kleine aber wirkungsvolle Konkurrenz im eigenen Wählerpotential, immer noch ein Teil der unbewältigten Gegenwart der Genossen. An diesem Punkt zeigten sich erstmals Unter*schiede zwischen Vogel und Brandt*, werden nicht nur von den beiden verschiedene Lehren aus dem „Gebörnere" in Hessen gezogen. Für Brandt *sind die Grünen schlicht „überflüssig"*, Vogel ist zwar „skeptischer" geworden, will aber noch kein „endgültiges Urteil fällen", sieht in den Grünen auch noch die Chance zur bundesweiten Zusammenarbeit, wenn sie sich „realitätsoffen, kompromiß-, abrede- und verantwortungsfähig" zeigen *sollten*.

Für die „Rechten" in der Partei wie in der Bundestagsfraktion, für die ehemaligen Garden Helmut Schmidts, die an ihren Überzeugungen festhalten, ist das Kapitel Grüne keines, das im Geschichtsbuch der SPD auftauchen darf. Für Hermann Rappe, den Gewerkschaftsboß, sowie Herbert Ehrenberg und Dieter Haack, die ehemaligen Schmidt-Minister, für Annemarie Renger, die Bundestagsvizepräsidentin, sind die Grünen auf Bundesebene grundsätzlich keine denkbaren Partner. Sie seien „Wanderer zwischen Ost und West", leugneten die Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft und wollten den Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu Lasten der Arbeitnehmer. Die SPD, so Haack, sei „eine reformerische Verfassungspartei und kein Partner für radikale Alternativen zu unserer bewährten, von Sozialdemokraten mit aufgebauten Ordnung. Wir wollen keine andere Republik, sondern eine immer bessere". Zur Landes- und Kommunalebene wird auch bei ihnen differenziert, denn dort würden weder Verfassung noch Sicherheit der Bundesrepublik *Deutschland tangiert*.

Weil sich Hans-Jochen Vogel in seinem „Liebe-Freunde"-Brief, in dem er vor der Sitzung der Fraktion seine Gedanken über die Arbeit und die Zukunftsaufgaben der Opposition mitgeteilt hatte, an diesem Punkt etwas weiter vorgewagt hatte, wurde das bisher mit einem gleichmäßigen Lack übertünchte Bild der Fraktion deutlicher: Vogels Integrationskraft nach dem tiefen Fall aus den Höhen der Schmidtschen Kanzlerschaft in die Tiefen der Opposition konnte zwar bisher nach außen den Eindruck der absoluten Geschlossenheit wahren, doch nach der von ihm selbst eingeleiteten Grundsatz-Debatte ist nun die Heterogenität wieder deutlicher geworden. Doch er nahm kein Wort zum Thema Grüne zurück, ließ den Dissens im Raume stehen.

Die Integrations-Verdienste wurden von allen gelobt, nur dürfe auf diese Weise – hieß es mehrfach – nicht das SPD-eigene Profil leiden.

Die Fraktion genoß es sichtlich, sich nicht durch Vorlagen-Berge und Anfragen-Ungetüme wühlen zu müssen, sondern sich endlich einmal wieder mit sich selbst beschäftigen zu können. *Sie ließ Hermann Scheers* vergebliche Suche „nach dem übergreifenden Thema unserer Zeit" ebenso über sich ergehen wie den kryptischen Glotz-Satz: „Wer den Schwachen helfen will, muß bei den Starken stark bleiben." Annemarie Renger forderte, die „Leistungen der SPD seit 1945" wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein zu bringen, und Peter Conradi verlangte, die „Defizite der SPD" beispielsweise in den Bereichen Wohnungsbau, Steuern, Bun*deswehr und Sozialpolitik nicht* durch „kleinkarierte Angriffe auf die Regierung" ausgleichen zu wollen. In diese Richtung zielte auch Hamburgs *ehemaliger Bürgermeister Hans-Ul*rich Klose, der viel Zustimmung für seine Feststellung bekam: „Es gibt von uns zu viele Papiere und Initiativen, die Schwerpunkte *tauchen* darin aber gar nicht auf."

Klose, der die Diskussion auch eröffnet hatte, bemängelte ansonsten wie die „Rechten" den „zu optimistischen Grundtenor" in Vogels Brief. Er plädierte für ein „Ende der Enkel-Diskussion", die von Brandt ausgelöst worden war, für ein „Ende der Diskussion über Bündnisse" mit den Grünen, denen er eine „widerstandsorientierte Aussteiger-Philosophie" vorwarf. Und er forderte eine „schnelle Entscheidung über die Kanzlerkandidatur". An diesem Punkt traf er sich mit Verheugen, der diese Forderungen mit seinen FDP-Erfahrungen zu untermauern suchte, während Glotz abwiegelte: „Die Kandidatur-Debatte ist genauso unschädlich wie die Enkeldebatte."

Nach aller, auch der Kritiker Einschätzung ist Vogel aus dieser Debatte, in die er selbst nicht eingriff, gestärkt hervorgegangen. Rechter und linker Flügel, Einzelkämpfer und Außenseiter haben fast unisono seine *Amtsführung grundsätzlich gelobt* und seinen zwölf Thesen über die Schwerpunkte der zweiten Legislatur-Hälfte zugestimmt. Diese Liste, die von der „weiteren Konkretisierung unseres sicherheitspolitischen Konzepts" bis zur Konzentrierung „unserer Aktivitäten und Darstellungen auf diese Schwerpunkte", von der „Anprangerung der massiven Umverteilung zugunsten der Reicheren" bis zum „nationalen Solidarpakt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit" reicht, geht nun in die jeweiligen Arbeitskreise. In wenigen Wochen soll dann formell darüber abgestimmt werden.

Am wenigsten Kritik gab es im übrigen an Vogels Analyse, daß die Fraktion stets „den Primat der Gesamtpartei respektiert", aber diese sich vermehrt um die „weißen Flekken in geographischer und sozialer Hinsicht" sowie um eine „Wiederherstellung der Kampagnefähigkeit" zu kümmern habe. Derjenige, der damit in erster Linie angesprochen war, *konnte an der Fraktionssitzung* allerdings nicht teilnehmen: Willy Brandt diskutierte in einer Fenrsehsendung über den Hunger in der Dritten Welt. *Was er sich vom Oppositionsführer* und der Fraktion wünscht, hatte er ihnen jedoch via Interview auch schon vorher mitgeteilt: „Ich denke, die Fraktion macht ihre Sache *nicht* schlecht, auch wenn man sich manches ein wenig eleganter vorstellen könnte. Fassen Sie sich in Geduld, warten Sie die nächsten zwei Jahre ab, da wird es noch genügend Gelegenheiten geben, unsere Stärken vorzuzeigen, und auch, mit der Regierung Schlitten zu fahren."

SS 3 – Ein Eisenbahnwagen, der Geschichte machte

Von ROLF GÖRTZ

Schrott gegen Schrott. Weil die spanische Eisenbahngesellschaft Renfe knapp bei Kasse ist, erwarb sie ein Stück spanisch-europäischer *Geschichte* zum Schrottwert von 36 000 Mark. Bezahlt mit 150 Tonnen alten Eisenbahnen: Renfe kaufte den einstigen Salonwagen des spanischen *Caudillos General Fran*cisco Franco bargeldlos zurück. Der Waggon soll als Prunkstück dem Madrider Eisenbahnmuseum dienen.

Die letzten zehn Jahre stand das 1929 auf einer Schiffswerft in Bilbao unter der Nummer SS 3 gebaute und 1974 ausrangierte Feldherrenvehikel des Bürgerkrieges auf einem Landgut. Gewissermaßen als Jagdhütte.

Franco benutzte den Waggon im Bürgerkrieg (1936 bis 1939) gelegentlich als rollendes, vor allem aber heizbares Hauptquartier. Am 23. Oktober 1940 aber erlebte dieser Waggon Weltgeschichte – wenn man so will. In seinem Salon traf sich in Hendaye an der deutsch-spanischen Grenze – das gab es damals – Adolf Hitler und Francisco Franco. Einen ganzen Tag lang saßen sie sich im Salonwagen SS 3 gegenüber. „Die beiden Señores waren sehr unruhig", erinnert sich der Lokführer, den ein spanischer Reporter dieser Tage in San Sebastian auftrieb. „Immer wieder verließ einer der beiden den Salon, suchte seinen Beraterstab auf. Am Anfang schienen sie noch sehr freundlich, aber dann wurden die Gesichter immer länger", beobachtete der Lokomotivführer.

Hitler war nach Hendaye im Bewußtsein des Sieges gekommen. Schließlich hatten deutsche Truppen erst vor wenigen Monaten Frankreich überrannt. Der Führer glaubte, den „katholischen Feldwebel", wie er General Franco später nannte, ganz schnell für seinen Plan gewinnen zu können: Spanien sollte sich an der Seite der Achsenmächte am Krieg und natürlich auch am Endsieg beteiligen. Dafür würden deutsche Divisionen mit 33 Artillerieregimentern die britische Festung Gibraltar stürmen und den Spaniern zurückgeben. Die Achsenmächte hätten so den Eingang des Mittelmeeres beherrscht. Daß das durchaus möglich war, hat später General Eisenhower bestätigt.

Der „katholische Feldwebel" war zwar in der Rolle des Verbündeten und Bewunderers nach Hendaye gekommen. Aber er dachte nicht im entferntesten daran, den deutschen Wünschen zu entsprechen.

Der kühlste unter allen Schauspielern auf Thronen und Präsidentenstühlen seiner Zeit sprang behende aus seinem Salonwagen. Er begrüßte den siegreichen Deutschen wie der Juniordiktator den großen Bruder: leuchtenden Auges, den Arm des Führers mit beiden Händen ergreifend – wissend, daß er gleich darauf in stundenlangen Gesprächen mit immer den gleichen Forderungen, die Deutschland nie erfüllen konnte, Hitler zermürben würde.

„Lieber drei Backenzähne ziehen lassen, als noch einmal mit diesem Franco verhandeln", sagte Hitler später. Und am 7. Juni 1942 meinte er beim abendlichen Tischgespräch: „Man sieht direkt, wie der spanische Staat in eine neue Katastrophe hineinsaust." Pfaffen und Monarchisten hätten sich, so meinte Hitler, zusammengefunden, um die Führung des Volkes an sich zu reißen. Man brauche sich deshalb nicht zu wundern, wenn es eines Tages zu einem neuen Bürgerkrieg komme, „in dem die Falangisten mit den Roten zusammengehen müßten".

Francos Absage im Salonwagen zu *Hendaye* bedeutete gewiß eine Friedenstat, die Spanien den Krieg und Europa eine sichere Verlängerung dieses Krieges ersparte. Hitler wollte über Spanien eine Brücke nach Nordafrika schlagen und mit Gibraltar die Kontrolle über das britisch beherrschte Mittelmeer bekommen. Franco verhinderte diesen Plan, was Churchill noch während des Krieges veranlaßte, die Rückgabe Gibraltars an Spanien nach Kriegsende vorzuschlagen.

Dabei hätte sich General Franco Hitler gegenüber verpflichtet fühlen müssen, denn dieser hatte ihm schließlich entscheidend geholfen, den Bürgerkrieg zu gewinnen. Dennoch sagte Franco nein. Und nicht nur, weil sein wichtiges Land durch den Bürgerkrieg erheblich geschwächt war. Er mußte tatsächlich *damit rechnen, daß sich seine Gegner* des Bürgerkrieges zusammen mit nationalbewußten Falangisten gegen die Eindringlinge und damit gegen *sein eigenes Regime erheben könnten*.

Wieder aufgemöbelt – die Holzverschalung stammt schließlich aus besten afrikanischen Wäldern – wird der Salonwagen SS 3 im spanischen Eisenbahnmuseum die Historiker der jüngsten Vergangenheit zur Meditation an den Tatort locken. (SAD)

Bonn gibt Aufarbeitung den Vorzug

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat gestern die Weichen für die Entsorgung der Kernkraftwerke gestellt. In einem formellen Kabinettsbeschluß räumte sie dem Bau einer Wiederaufarbeitungs-Anlage für abgebrannte Brennelemente endgültig Vorrang vor der Errichtung eines Endlagers ein. Innenminister Friedrich Zimmermann äußerte die Erwartung, daß nun mit dem Bau im niedersächsischen Dragahn oder im bayerischen Wackersdorf (beide Standorte sind grundsätzlich genehmigt) begonnen werde. Forschungsminister Heinz Riesenhuber wertete den Beschluß als „Bestätigung der Entsorgungspolitik".

Die Entscheidung für die nach einer von den Regierungschefs des Bundes und der Länder 1979 vereinbarten wissenschaftlichen Untersuchung um rund 40 Prozent teurere Wiederaufarbeitung wird in dem Kabinettsbeschluß unter anderem damit begründet, daß diese Methode im Gegensatz zur direkten Endlagerung im industriellen Maßstab bereits erprobt sei. Nach Angaben Riesenhubers sollen die Arbeiten für eine direkte Endlagerung als Ergänzung des Aufarbeitungsprinzips jedoch fortgesetzt werden.

Die Entscheidung der Bundesregierung hat ein geteiltes Echo ausgelöst. Während Sprecher der Regierungskoalition den Beschluß gestern begrüßten, sprach die SPD-Opposition von einer aus wirtschaftlichen und energiepolitischen Gesichtspunkten „übereilten, falschen und unverantwortlichen Entscheidung". Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nannte die Entscheidung „eine Kampfansage an alle Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände".

CSU: Embryohandel unter Strafe stellen

lz. München

Bayern wird über den Bundestag beantragen, den „Embryohandel" künftig unter Strafe zu stellen. Auf Anregung der CSU-Landtagsfraktion beschloß die bayerische Staatsregierung, in der Ländervertretung einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Verwertung einer „toten menschlichen Leibesfrucht" verbietet. Damit soll verhindert werden, daß vor allem nach Schwangerschaftsabbrüchen Feten und Embryos an die kosmetische Industrie verkauft werden, erklärte der CSU-Landtagsabgeordnete Paul Diethei.

Im bisherigen Strafrecht ist eine Verfolgung des Embryohandels nicht möglich, da eine tote Leibesfrucht zumindest im Frühstadium nicht als Leiche angesehen wird. Auch der Straftatbestand des Diebstahls oder der Unterschlagung ist bei unbefugter Abgabe einer toten Leibesfrucht nicht gegeben, da es sich nicht um eine „fremde Sache" handelt. Die Bestattungsgesetze der Länder erfassen die Leibesfrüchte nach Schwangerschaftsabbrüchen ebenfalls nicht.

Die bayerische Staatsregierung arbeitet zur Zeit noch an der Antwort auf eine schriftliche Anfrage der CSU-Abgeordneten Karl Freller und Franz Werkstetter zu Samenbanken, Leihmüttern und Reagenzglaszeugungen. Die Anfrage soll Aufschluß geben, ob auch im Freistaat Samenbanken angelegt sind, Kinder von fremden Müttern ausgetragen und Menschen im Reagenzglas gezeugt werden.

Nach Auffassung des bayerischen Justizministers, August Lang, handelt es sich bei der Problematik der Leihmütter um einen Verstoß gegen die Menschenwürde. Die „Kommerzialisierung der Gebärmüttervermietung" könne zu einem „Zuhälter-Unwesen neuer Art" führen.

WELT-Interview mit General Gerd Schmückle über die Zukunft des Warschauer Pakts

Rat an den Westen: Wachsam wie Bismarck

Wachsamkeit empfiehlt General Gerd Schmückle gegenüber der Sowjetunion: Der Warschauer Pakt, der nach 30jähriger vertraglicher Laufzeit 1985 erneuert werden muß, wird nach seiner Ansicht weiterbestehen. Der Pakt ist ein Machtinstrument der Nomenklatura in den Staaten Ost- und Mitteleuropas. Gerd Schmückle war in seiner letzten Position stellvertretender Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen in Europa. Er gilt als einer der maßgebenden deutschen Strategen. Mit General Schmückle sprach für die WELT Adelbert Reif.

WELT: Herr General, am 14. Mai 1985 läuft der Warschauer Pakt, das militärische Gegenstück zur NATO, aus. Wird es zu einer neuen Vereinbarung zwischen den Warschauer-Pakt-Staaten über eine Fortsetzung des Bündnisses auf der bisherigen Grundlage kommen, oder gibt es für die Sowjetunion eine andere Möglichkeit, den Block militärisch zusammenzuhalten?

Schmückle: Ich sehe keine andere Möglichkeit als die, daß der Warschauer Pakt in der Form, wie er begonnen hat und sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte entwickelte, fortgeführt wird. Für keines seiner Mitgliedsländer – auch nicht für Rumänien – gibt es eine reale Chance, den Pakt zu verlassen, es sei denn, einer der osteuropäischen Regierungschefs entwickelte die politische Statur und den Mut eines Marschall Tito.

WELT: Inwieweit wirken sich die nationalen Tendenzen in Ost- und Mitteleuropa auf die militärische Funktionsfähigkeit des Paktes aus?

Schmückle: Es besteht kein Zweifel daran, daß in Polen seit 1980 die militärische Funktionsfähigkeit des Warschauer Pakts beeinträchtigt worden ist. Wäre ich Generalstabschef in Moskau, würde ich mir ernste Sorgen darüber machen, ob im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West meine Nachschublinien in Polen ausreichend zu sichern sind.

Was Rumänien betrifft, so spielt es – schon allein auf Grund seiner geostrategischen Position – eine Sonderrolle. Diese Position erlaubt es den Rumänen, sich in außenpolitischer Hinsicht relativ unabhängig von Moskau zu bewegen. Im inneren Bereich verfolgt das Regime eine nahezu stalinistische Linie. Zumindest ist der individuelle Freiheitsraum des einzelnen in Rumänien beträchtlich mehr eingeschränkt als in den meisten anderen Staaten des Warschauer Pakts. Insofern nimmt Moskau die außenpolitischen Extratouren Rumäniens auch mehr oder weniger gelassen hin. Wir sollten uns deshalb im Westen davor hüten, die Bedeutung Rumäniens innerhalb des Warschauer Pakts zu überschätzen.

> „Für keines der osteuropäischen Länder gibt es eine reale Chance, den Warschauer Pakt zu verlassen, es sei denn, einer der Regierungschefs entwickelt die politische Statur und den Mut eines Marschall Tito."

Eine wirkliche Gefährdung des östlichen Paktsystems würde nur im Fall des Zerbrechens seiner äußeren Klammer eintreten, das heißt, wenn es in der DDR und der Tschechoslowakei zu politischen Erosionen käme, die den Fortbestand der bisherigen Regime gefährdeten. Hier liegt ja auch der tiefere Grund für den Einmarsch der Sowjets in die Tschechoslowakei 1968. In Ungarn beispielsweise sind die Toleranzgrenzen weiter gesteckt, als dies Moskau der DDR oder der Tschechoslowakei erlauben kann.

WELT: Kann man von der Beurteilung ausgehen, daß sich die Grundelemente des von Stalin und Molotow geschaffenen strategischen Systems bis heute unverändert erhalten haben?

Schmückle: Das psychologische „Baukastensystem", bestehend aus Friedensoffensiven, Unterschriftensammlungen, Abrüstungsvorschlägen, Handelsangeboten, vermischt mit Rüstungsschüben, Einschüchterungen, Erpressungen und sogar Drohungen mit nackter Gewalt, hat sich im Sinne Moskaus hervorragend bewährt. Mit ihm können auch weniger begabte Politiker, als es Molotow war und Gromyko ist, erfolgreich operieren. Dieses System der „demonstrativen Diplomatie" verfehlt seine Wirkung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen im Westen nur selten. Es läßt sich – wie die jüngste Vergangenheit wiederum zeigte – so raffiniert einsetzen, daß gutgläubige Menschen überhaupt nicht merken, vor wessen Wagen sie da gespannt werden.

WELT: Mit anderen Worten: Der Warschauer Pakt ist seinem Wesen nach ein stalinistischer Pakt, ein Pakt, der – im Gegensatz zur Aufgabenstellung der NATO – von Anfang an als offensives militärisches Bündnis geplant war.

Schmückle: Ich würde davor warnen, den Warschauer Pakt als stalinistisch zu klassifizieren, nur weil Stalin und Molotow seine Schöpfer waren. Mit dem Namen Stalin sind ganz bestimmte Verbrechen im Großformat verbunden. Zusammen mit Hitler war Stalin sicher der grausamste Tyrann, den unser Jahrhundert hervorgebracht hat. Innerhalb des Warschauer Pakts könnte sich heute niemand mehr Verbrechen in dem Ausmaß leisten, wie sie Stalin und seine Schergen praktizierten.

Beim Warschauer Pakt in seiner gegenwärtigen Form haben wir es also, meines Erachtens nach, mit einem kommunistischen System zu tun, das zahlreiche Schattierungen aufweist, die unter Stalin nicht möglich gewesen wären. Diesem System setzt Moskau seine Grenzen. Unabhängig davon hat die von der NATO konzipierte Entspannungspolitik einige Brücken zum Osten geschlagen. Diese Brücken müssen allerdings auch in Zukunft auf einer festen westlichen Sicherheitsbasis beruhen. Denn noch immer schaltet das Moskauer System blitzschnell von Gutwetter- auf Schlechtwetterperioden um. Deshalb sollte der Westen stets mit einer Behutsamkeit gegenüber Moskau handeln, die auf alles gefaßt ist – eine Regel, die schon Bismarck befolgte.

WELT: Müssen Zwangsbündnisse wie der Warschauer Pakt nicht automatisch die militärische Verläßlichkeit der einzelnen Bündnispartner beeinträchtigen?

Schmückle: Für Kommunisten handelt es sich um kein Zwangsbündnis, wenn man bedenkt, daß es Stalin nach 1945 gelungen ist, sämtliche Regierungen in Osteuropa kommunistisch zu besetzen. Für die Nomenklatura dieser Länder ist der Warschauer Pakt ein Machterhaltungsbündnis, das nichts mit Zwang zu tun hat. Hier handelt es sich also um eine Partnerschaft der Funktionäre.

Anders bei den Bevölkerungen dieser Länder. Bei ihnen ist Unzufriedenheit virulent. Dennoch läßt sich nur sehr schwer sagen, was sich dort letztlich ereignet, wenn eine Krise ausbricht. Im Frieden sind die Streitkräfte dieser Länder zuverlässig, wohl auch – wie die Vorgänge in der Tschechoslowakei 1967 beweisen – in einer bündnisinternen Krise. Die Frage, was wirklich geschähe, entschlösse sich Moskau zu einem Krieg, bleibt unbeantwortet. Mutmaßlich würden keine ernsten Schwierigkeiten auftreten, solange gesiegt wird. Erst wenn eine erkennbare Niederlage hinzunehmen wäre, würde wohl der psychologische Rückschlag eintreten, der die weiteren Operationen gefährden könnte.

> „Zusammen mit Hitler war Stalin sicher der grausamste Tyrann, den unser Jahrhundert hervorgebracht hat."

WELT: Herr Schmückle, wäre ein militärisches Vorgehen der Sowjetunion gegen die NATO auch ohne Beteiligung der anderen Staaten des Warschauer Pakts denkbar und möglich?

Schmückle: Nein. Die Sowjetunion ist grundsätzlich auf die Nachschublinien in den anderen Ländern des Warschauer Pakts angewiesen. Das einzige Szenario, das denkbar wäre, um auf die Mitwirkung der anderen Warschauer-Pakt-Staaten zu verzichten, würde ein Atomraketenangriff aus dem Stand sein. Solange die westliche Abschreckung glaubwürdig bleibt, dürfte dies allerdings der unwahrscheinlichste aller denkbaren Fälle sein.

WELT: Kein Bündnis währt ewig. Gibt es Anzeichen dafür, daß sich innerhalb des Systems des Warschauer Pakts ein politischer Wandel vollzieht, der eines Tages zu einer Veränderung der Struktur dieses Bündnisses führen könnte?

Schmückle: Die Grundstruktur dieses Bündnisses wird sich nicht verändern, aber sicher sind Wandlungen zu erwarten. Der Kommunismus ist keineswegs ein in sich so geschlossenes Gebilde, wie uns das manche Theoretiker glauben machen wollen. Beispielsweise treten die nationalen Komponenten, wie wir gesehen haben, von Zeit zu Zeit immer wieder hervor. Ob sich diese Tendenzen dann in der politischen Praxis niederschlagen, das heißt welche Wirkung sie letztlich haben, bleibt abzuwarten. Ich setze da einige Fragezeichen. Meiner Ansicht nach kann das östliche System, das nun einmal aus einer Nomenklatura besteht, es sich überhaupt nicht leisten, sich selbst in Frage zu stellen. Das trifft natürlich ebenso für unser freiheitlich demokratisches System zu. Die Frage ist nur: „Welches der beiden Systeme ist auf die Dauer das politisch, wirtschaftlich und diplomatisch erfolgreichere? Und: Welches der beiden Systeme hat den längeren Atem, die friedliche Auseinandersetzung auf allen Gebieten durchzuhalten?



Gerd Schmückle FOTO: TEUTOPRESS

Die Prognose Lenins, nach der der Sozialismus eine historische Unabdingbarkeit darstellt, scheint mir heute mehr gefährdet zu sein als je zuvor. Das westliche System hat sich bisher als stärker erwiesen als Lenin und seine Nachfolger glaubten. Auch die Dekolonialisierung hat den erwarteten Zusammenbruch des Westens nicht herbeigeführt. Und heute wird der Osten von der wissenschaftlichen, technologischen und industriellen Entwicklung des Westens immer mehr überholt. Von einem Zusammenbruch des Westens ist weit und breit nichts zu bemerken.

WELT: In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage: Wie weit will und kann die Sowjetunion abrüsten?

Schmückle: Hier hat es Moskau besonders schwer, denn die Sowjetunion ist keine Weltmacht im Wortsinne geworden, sondern „nur" eine Militär-Weltmacht. Daher ist bei ihr der militärisch-industrielle Komplex besonders stark ausgeprägt. Es fällt ihr noch schwerer als dem Westen, einmal angelaufene Rüstungsprogramme zu stoppen.

Wie soll – um nur ein Beispiel zu nennen – ein so ehrgeiziges Marine-Programm wie das des Admiral Gorschkow abgebrochen werden, ohne daß die gesamte Marine-Lobby protestiert? Schließlich hat Gorschkow die Absicht verkündet, er wolle den Amerikanern beweisen, daß sie nicht mehr die Herren der Ozeane seien und hat damit eine für Rußland bis dahin unbekannte Flotten-Dynamik entwickelt. Ähnliches gilt für die anderen Teilstreitkräfte. Sie alle sind offensichtlich von einer starken Prestigesucht geprägt, die sich auch darin ausdrückt, daß sie alles an Rüstung haben wollen, was der Westen bereits besitzt oder künftig besitzen könnte.

In den letzten Jahrzehnten hat Moskau einer dem Westen überlegenen Landstreitmacht eine überlegene Mittelstrecken-Streitmacht hinzugefügt; es hat die einstige atomare Überlegenheit der Amerikaner auf allen Gebieten gebrochen, mutmaßlich für immer; und es hat eine Hochseeflotte im Weltmaßstab verwirklicht. Wer daher glaubt, die Sowjetunion würde ihren Aufrüstungs- und Modernisierungsprozeß leichten Herzens einstellen, irrt. Auch einseitige Vorleistungen des Westens – wie sie unter Präsident Carter versucht wurden – könnten diese Interessenlage Moskaus nicht verändern. Daher sind auch die bisherigen Ergebnisse der Rüstungskontrollverhandlungen so wenig ermutigend.

Daher sollte man neue Wege beschreiten, wie sie Präsident Reagan mit dem Versuch, Raketen abzufangen, bewiesen hat. Möglicherweise lassen sich Techniken entwickeln, die ganze Waffenarsenale obsolet machen. Dazu wäre freilich nötig, daß die Rüstungsindustrie politisch entsprechend angewiesen wird: Die zum Angriff geeignetsten Waffen müßten zuerst stumpf gemacht werden. Neben den Rüstungskontrollverhandlungen würden dann technische Prozesse ablaufen, die Verhandlungsresultate erleichtern und abstützen könnten.

Das strategische Ziel Moskaus – aus seiner Sicht verständlich – wird bleiben: Westeuropa von Amerika zu trennen und umgekehrt. Jede Bewegung im Westen, die dafür nützlich sein könnte, wird favorisiert. Dies ist in der Politik natürlich nicht verboten, aber es wäre dumm, darauf hereinzufallen.

WELT: Wo liegt für den Westen gegenwärtig die größte Gefahr durch den Warschauer Pakt?

Schmückle: Die größte Gefahr ist fraglos die militärische Bedrohung. Zwar glaube ich nicht, daß die Sowjets auf einen Krieg hinarbeiten. Ihre gewaltige Rüstung ist als Hintergrund für eine offensiv geplante Politik gedacht. Aber es besteht die akute Gefahr, daß wir im Westen in eine Euphorie verfallen, als hätte die Entspannungspolitik bereits den ewigen Frieden gestiftet. In Wirklichkeit kommt es aber darauf an, stets zu bedenken, daß kein Friedenszustand herrscht. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt kann mit dem skizzierten psychologischen „Baukastensystem" eine Krise lanciert werden, auch in Europa. Mag ein Krieg in Europa auch relativ unwahrscheinlich sein – jedenfalls solange die westliche und die beiderseitige Abschreckung funktioniert –, liegt doch zwischen Frieden und Krieg das weite Feld der Krise, von dem ich meine, daß ihm größere Aufmerksamkeit gewidmet werden müßte, als dies in der gegenwärtigen politischen Praxis der Fall ist. Ich erachte es als unbedingt notwendig, daß wir uns von der Euphorie des Positivismus, in die wir hineingeraten sind, und die uns suggeriert, daß alles immer besser wird, wenn wir uns nur gehörig anstrengen, schnellstens befreien.

> „Wir dürfen nicht in den Fehler der Appeasement-Politik der 30er Jahre verfallen, der darin bestand, daß diese Politik sich nicht auf ihr eventuelles Scheitern eingestellt hatte. Dies muß uns eine Lehre sein."

Vor allem werden wir mit politischen Rückschlägen rechnen müssen. Wir dürfen nicht in den Fehler der Appeasement-Politik der 30er Jahre verfallen, der darin bestand, daß diese Politik sich nicht auf ihr eventuelles Scheitern eingestellt hatte. Dies muß uns eine Lehre sein. Wir sind gehalten, uns auf ein mögliches Scheitern von Entspannungsbemühungen einzustellen. Deshalb hat auch die NATO beschlossen, die Sicherheitsbasis im Westen zu befestigen, während wir gleichzeitig bestrebt sind, nach Wegen der Kooperation und der Übereinstimmung mit dem Osten zu suchen.

„DDR"-Kirchen bringen EKD in Bedrängnis

GERNOT FACIUS, Bonn

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wird sich heute auf seiner Sitzung in der Evangelischen Akademie Mülheim (Ruhr) mit einer politisch wie innerkirchlich heiklen Frage beschäftigen müssen: Es geht um eine gemeinsame Erklärung der EKD und des Bundes evangelischer Kirchen in der „DDR" zum 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Die Kirchenleitungen in Mitteldeutschland machen ihre Zustimmung zu einer solchen Stellungnahme von der Aufnahme einer Erklärung über die Unumstößlichkeit der bestehenden Grenzen abhängig. Gegen diese Forderung gibt es aber, nicht zuletzt von seiten des Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Eduard Lohse, heftigen Widerstand. Lohse ist der Meinung, daß sich die evangelische Kirche in dieser Frage politische Zurückhaltung auferlegen sollte.

In Kreisen der Kirchenkonferenz der EKD, die ebenfalls in Mülheim beriet, wird die Situation, die die Ratsmitglieder heute vorfinden, als „eine traurige Geschichte" bewertet. Die Vorstellungen der Kirchen in der „DDR" gingen nämlich weit über den Inhalt der umstrittenen Ostdenkschrift der EKD aus dem Jahre 1965 hinaus, deren negative innerkirchliche Auswirkungen noch immer nicht überwunden sind.

Es falle auf, daß in dem Maße, in dem die evangelischen Kirchenführer in Mitteldeutschland mit den Repräsentanten des Staates in engeren Kontakt getreten seien, die Kritik an den Amtsbrüdern in der Bundesrepublik Deutschland zugenommen habe. In den Reihen der EKD wird zunehmend mit Sorge beobachtet, daß sich kirchliche Amtsträger in der „DDR" jetzt auch mit der Ost-CDU arrangierten, obwohl diese Partei ein Unterstützungsinstrument der atheistischen SED sei. Es sei kein Geheimnis mehr, daß auch Oberkirchenräte das Mitgliedsbuch der Ost-CDU in der Tasche hätten.

Auf Mißfallen stößt auch die Inanspruchnahme der Barmer Erklärung der Bekennenden Kirche aus dem Jahr 1934 im Gefolge einer stärker werdenden Identifizierung mit dem Staat durch Teile der „DDR"-Kirchen. „Barmen besagt aber nichts anderes, als daß sich die Kirche mit ideologischen Systemen nicht gemein machen darf", heißt es in Evangelikalen-Kreisen. Diese Streitpunkte werden auf der Mühlheimer Konferenz zweifellos zur Sprache kommen. Ob ein gemeinsames Wort der evangelischen Kirche beiderseits der Demarkationslinie in Frage kommt, wurde gestern bezweifelt.

Die Probleme haben Rückwirkungen auf die Kontakte mit der katholischen Kirche über eine eventuelle gemeinsame Veranstaltung am Jahrestag der Kapitulation. Dies gilt für die Verwirklichung des Vorschlags von Bundeskanzler Kohl, in einem ökumenischen Gottesdienst im Kölner Dom dieses historischen Datums zu gedenken. Nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf die evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland, nahmen die EKD-Repräsentanten bislang eine Position des Abwartens ein. Und es fiel bereits das Wort von der „Vereinnahmung" durch den (katholischen) Kanzler. Die katholischen Bischöfe wollen am 25. Februar darüber beraten, ob ein eigenes Wort zum 8. Mai gesprochen werden soll.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Sorge um innere Verfassung der SPD"

Briefwechsel zwischen Alfred Dregger und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Heinz Rapp

THOMAS KIELINGER, Bonn

Ein interessantes Schlaglicht auf den jetzt in der SPD ausgebrochenen Streit über Strategien der künftigen Oppositionspolitik wirft ein Briefwechsel, den vor wenigen Wochen der SPD-Bundstagsabgeordnete Heinz Rapp und der CDU/CSU Fraktionschef Alfred Dregger führten. Der Gedankenaustausch der beiden Politiker kreist um die Kernfrage, die auch jetzt die SPD wieder bewegt und die vor allem im Blick auf das Verhältnis zu den Grünen von entscheidender Bedeutung wird: Welchen Weg findet die Partei zwischen dem Treuegebot zum Godesberger Programm und den Herausforderungen der Gegenwart, zwischen dem Bestand und der Notwendigkeit, „sich in der Methode des Trial and Error neuen Problemen zu stellen", wie Rapp an Dregger schrieb.

Der Briefaustausch kam zustande, weil der Abgeordnete Anstoß nahm an Dreggers Namensartikel „25 Jahre nach ‚Godesberg' – Das Grundsatzprogramm einer Partei, die es nicht mehr gibt." Rapp warf dem Unions-Fraktionschef in seinem Schreiben vor, „bequemen Vorurteilen" das Wort geredet zu haben. Das sei der politischen Kultur nicht förderlich. Die SPD, so meinte der Abgeordnete, wisse sehr wohl, „was Bestand hat, Bestand haben muß, und was bei der Bewältigung der jeweils neuen Herausforderungen nicht zur Disposition steht." Dabei berief er sich auf die Programmdiskussion innerhalb der Partei, vor allem auf die Arbeiten der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD.

In seinem Antwortbrief verwahrt sich Dregger gegen den „Vorurteil"-Vorwurf; ihn bewege vielmehr „die Sorge um die innere Verfassung der SPD." Diese Sorgen würden von weiten Teilen der heutigen SPD geteilt und hätten vor drei Jahren bahnbrechende Artikulation gefunden in Richard Löwenthals „Krise der Identität"-Aufsatz im „Vorwärts". Löwenthal, so erinnert Dregger seinen Briefpartner, sei schon damals vom Verdacht geplagt gewesen, die SPD könnte sich den Grünen öffnen, mit denen es „keine Gemeinschaft" und „keine Kompromisse" geben könne, da alle Alternativen zur Industriegesellschaft „reaktionäre Utopien" seien. Die SPD könne ihre Identitätskrise nur überwinden, so schrieb Löwenthal, wenn sie sich unter anderem „für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger" entscheidet. Dieser Entscheidung auszuweichen hieße für die SPD, „sich selbst zu desintegrieren".

An diese Stelle knüpft Dregger seine eigene Bilanz der heutigen SPD und schreibt wörtlich: „Die Folgen der Öffnung zu den Grünen liegen längst zu Tage. Ich denke da nicht nur an die Wahlergebnisse. Die Voraussage Löwenthals ist, so meine ich, eingetroffen: Die SPD hat sich ‚selbst desintegriert' und über ihrer ‚Öffnung zu den Grünen' ihre innere Orientierung verloren. Ich bin wahrlich nicht der einzige, der das so sieht. Die Liste mit Namen prominenter Sozialdemokraten, die meine Auffassung teilen, ist lang."

Seinen Brief an den Bundestagskollegen Rapp endet Dregger mit dem Bekenntnis: „Die Bundesrepublik braucht eine intakte, berechenbare SPD, die der Krise ihrer Indentität wieder Herr wird und die Kraft aufbringt, sich gegen den ‚grünen' Bazillus zur Wehr zu setzen. Noch hat Ihre Partei ... Zeit, auf dem Weg, den sie eingeschlagen hat, umzukehren und zurückzufinden zu einer Politik, die der sozialen Tradition der SPD entspricht und ihrer Verantwortung für das freie Deutschland und das freie Europa gerecht wird."

Geißler erhält recht gegen „Monitor"

rtr, Köln

Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler hat im Streit um die Chemikalie Formaldehyd gegen die Redaktion der Magazinsendung Monitor des Westdeutschen Rundfunks (WDR) vor Gericht einen erneuten juristischen Erfolg erzielt.

Mit einer einstweiligen Verfügung untersagte die 28. Zivilkammer des Kölner Landgerichts gestern dem Westdeutschen Rundfunk (WDR), weiterhin zu behaupten, im Interesse der Wirtschaft sei politischer Druck auf das Bundesumweltamt, das Bundesgesundheitsamt und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz ausgeübt worden, um die Aufnahme der Chemikalie in die Liste der krebserregenden Stoffe zu verhindern.

Andernfalls droht dem WDR nach der Entscheidung des Gerichts ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 Mark. Aus den von Monitor vorgelegten Unterlagen ergebe sich nicht die Richtigkeit der Behauptung, erklärte das Gericht zur Begründung.

Bereits in einer früheren Entscheidung war Geißler das Recht auf eine am Dienstagabend im „Monitor" verbreitete Gegendarstellung zuerkannt worden.

Warnung vor frommer Resignation

Professor Rendtorff sprach über die Wechselwirkung von Theologie und Politik

HENK OHNESORGE, Bonn

„Es ist dringend an der Zeit, daß Theologie und Kirche, die sich politisch engagieren oder politisch beansprucht werden, in sich gehen und sich ihre eigenen, zumeist verborgenen Differenzen im Wesentlichen klarmachen und sich ihnen zuwenden. Das sind sie sich selbst und einer irritierten Öffentlichkeit schuldig. Jedenfalls ist es ungenügend, weiterhin so zu verfahren, als sei in Sachen des Glaubens und seines Bekenntnisses alles klar und es müsse nur darüber geredet werden, wie der Glaube politisch konkret realisiert werde."

Carstens als Gast

Dies ist einer der Kerngedanken, den der Münchner Ordinarius für systematische Theologie und Ethik Trutz Rendtorff in seinem Vortrag „Die Herrschaft der Theologie in der Politik. Über Auswirkungen der Theologie in politischer Theorie und Praxis" entwickelte. Rendtorff, Vorsitzender der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung, sprach in Bonn beim ersten Theologischen Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Zur Veranstaltung waren etwa 200 Menschen, unter ihnen Alt-Bundespräsident Karl Carstens, gekommen.

In seinem Vortrag, mehr aber noch in der Diskussion, wandte sich Rendtorff gegen jene Einstellung reformierter Christen, die unter Berufung auf die Königsherrschaft Christi jede Atomrüstung, auch zu Verteidigungszwecken, ablehnen und so weit gehen, als Folge selbst eine Unterjochung in Kauf zu nehmen. Diese Haltung, so meinte Rendtorff, der für die Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern" der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung 1982 mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet worden ist, blockiere jeden Verhandlungsspielraum und führe letztlich zu Resignation.

Zu dem Hintergrund verschiedener Christologien, die unter anderem dazu geführt haben, daß für viele reformierte Christen die Forderung nach einseitiger Abrüstung zur Glaubensfrage (und damit zu einer Zerreißprobe innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland – EKD) geworden ist, sagte Rendtorff: „Es gibt evangelische Christen, die sich in gleichen politischen Urteilen zu der Friedenspolitik finden, aber der eine lehnt es dabei ab, seine Aussage als ein Bekenntnis seines Glaubens zu vertreten, während für den anderen das gerade die Pointe seines politischen Urteils ist, daß es ein Glaubensurteil sei. Und dementsprechend gibt es Christen, die die politische Lage und das gebotene politische Handeln gegensätzlich einschätzen, obwohl sie im übrigen keinen Unterschied in ihrem Bekenntnis feststellen können."

„Auf die Dauer ruinös"

Die scheinbar so eindeutige Rede vom Status confessionis sei „in Wahrheit von tiefreichender Zweideutigkeit und Mehrdeutigkeit". Sie sei dies sowohl im Blick darauf, was von Jesus Christus und vom Glauben gesagt werde als auch darauf, „was hier politisch, im ganzen Folgenzusammenhang des Politischen gesagt wird". Rendtorff warnte: „Es muß auf die Dauer ruinös für die Theologie sein, wenn der Kampf um politische Optionen und Einschätzungen als Ersatz für Unklarheit über theologische Differenzen geführt wird." Jede Forderung müsse, wie jede politische Forderung, die Probe der politischen Auseinandersetzung bestehen: „Davon gibt es auch für die besten christlichen Gedanken und theologischen Absichten keine Ausnahme."

Wörner reagiert gelassen auf Bayern-Vorstoß

rmc. Bonn

Bayern will im Bundesrat dem Konzept der Bundesregierung zur Lösung des Verwendungsstaus bei den Truppenoffizieren der Bundeswehr die Zustimmung versagen. Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, hatte – wie berichtet – erklärt, die bayerische Regierung befürchte durch die von Verteidigungsminister Wörner vorgeschlagene vorzeitige Pensionierung von Berufsoffizieren „untragbare" Auswirkungen auf den Öffentlichen Dienst. Auf der Linie dieser Äußerung brachte gestern der bayerische Vertreter im Verteidigungsausschuß des Bundesrates einen Entschließungsantrag ein, der die Forderung nach anderen Lösungen für das Problem des Verwendungsstaus in der Bundeswehr erhebt. Es heißt darin, die Gefahr von „Bezugsfällen" in anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes und auf dessen gesamte Personalstruktur müsse gebannt werden. Der Antrag wird den Bundesrat am 7. Februar beschäftigen. Im Bundesverteidigungsministerium hieß es dazu, die von Bayern genannten Punkte seien für das Konzept der Bundesregierung nicht zutreffend. Dieses sei darauf gerichtet, mit dem Ausscheiden von 1500 Berufsoffizieren des Truppendienstes im Alter von 46 Jahren für eine Korrektur der Personalstruktur zu sorgen. Nach Informationen der WELT werden die CDU-regierten Bundesländer dem bayerischen Entschließungsantrag nicht folgen, sondern für das Konzept der Bundesregierung stimmen. Auch der CSU-Abgeordnete Wittmann, der dem Verteidigungsausschuß des Bundestages angehört, sagte der WELT, er sehe keinen anderen Weg als den der Bundesregierung, um die aus der unorganischen Altersstruktur des Offizierskorps herrührenden Probleme zu lösen.

Milliardenloch in Rentenkasse

pje. Bonn

Die Bundesregierung will die Frage, ob angesichts der verschlechterten Situation der Rentenfinanzen politischer Handlungsbedarf besteht, erst beantworten, wenn die endgültige Liquiditätsrechnung der Rentenversicherungsträger (im Februar) vorliegt. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Rudolf Kolb, bestätigte der WELT gestern, daß sich die Finanzlage der Rentenversicherung gegenüber den Schätzungen im vergangenen Oktober um etwa 1,8 Milliarden Mark verschlechtert habe. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage an liquiden Mitteln, die einer halben Monatsausgabe entsprechen soll, würden damit nicht erreicht. Auch die Schwankungsreserve lag nach Kolb am Jahresende mit 9,8 Milliarden Mark (0,92 Monatsausgaben) unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Soll von mindestens einer Monatsausgabe. Kolb sieht in dieser Entwicklung die Gefahr einer Vorbelastung für die Rentenfinanzen im Jahre 1985 in Höhe von etwa einer Milliarde Mark. Der Rentenanpassungsbericht war demgegenüber davon ausgegangen, daß die Schwankungsreserve bis Ende 1985 nur auf eine Monatsausgabe absinkt.

Arbeitgeber sorgen sich um Stellen für Akademiker

AP, *Köln*

Eine „konzertierte Aktion" zwischen dem öffentlichen Dienst und der *Privatwirtschaft* hat die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zur Bekämpfung der zunehmenden Akademiker-Arbeitslosigkeit vorgeschlagen. Ihr Präsident Otto Esser erklärte in Köln vor dem Förderkreis des Instituts für Wirtschaftspolitik, die Wirtschaft sei nicht mehr in der Lage, den weitgehenden Ausfall von Neueinstellungen von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst aufzufangen.

Esser äußerte sich zuversichtlich, daß die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in Richtung einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft für die Studierenden „rasch und in zunehmendem Maße" neue Berufsbilder entwickele, von denen vor wenigen Jahren noch kaum jemand eine Vorstellung gehabt habe. Da sich die Berufszugänge für Hochschulabsolventen gegenwärtig aufgrund der großen Bewerberzahlen „verengt" hätten, könnten nur der öffentliche Dienst und die Privatwirtschaft in gemeinsamen Anstrengungen „der Probleme Herr werden".

Der Arbeitgeber-Präsident forderte die Gewerkschaften in den kommenden Tarifrunden zu „maßvollen Lohnabschlüssen" auf, um den konjunkturellen Aufschwung nicht zu gefährden. Gerade auch die Verbesserung der Beschäftigungslage werde weitgehend von einer Tarifpolitik abhängen, „die den Kurs der Kostenstabilisierung bei gleichzeitiger Stärkung der Ertrags- und Investitionskräfte beibehält" und ihre Entscheidungen an verbesserten Wachstumsbedingungen ausrichtet.

Grüne wollen in der SPD Zwietracht säen

Von JOACHIM NEANDER

Bei der traditionellen Erbsensuppenrunde am Montagabend, dem vertraulichen Treff der hessischen SPD-Oberen, will Holger Börner in seiner Wiesbadener Dienstvilla zum erstenmal wieder dabeisein. Am Mittwoch wird er auf der Regierungsbank sitzen, wenn sein Stellvertreter, Finanzminister Hans Krollmann, den knapp vier Milliarden Mark starken Teil- oder besser Not-Haushalt 85 einbringt, der am Dienstag abend das Kabinett (ohne Börner) passiert hat.

Krollmanns Teilhaushalt ist den anderen Parteien bisher nur in Umrissen bekannt. Man geht allgemein



davon aus, daß er politisch neutral ist, also wirklich nur die dringend nötigen Mittel für die Kommunen und für Investitionen im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben umfaßt.

Diese Haushaltsneutralität liegt im Interesse gerade auch der Landesregierung und der SPD. Erstens kann schon aus wahltaktischen Gründen wenige Wochen vor der Kommunalwahl keine Fraktion gegen die Bewilligung von Geldern stimmen, die ausgerechnet den Städten und Gemeinden aus der Not helfen sollen. Andererseits stünde die Regierung als Retter da. So hätte die SPD-Spitze es denn auch am liebsten: Mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung aller übrigen Fraktionen passiert der Teilhaushalt mit seinen 3,95 Milliarden Mark das Parlament, ohne daß damit Bündnisvorentscheidungen für die Zeit nach der Wahl gefallen sind.

Aber so einfach ist die Sache *nicht, denn es gibt schwerwiegende* verfassungsrechtliche Bedenken gegen diesen vierten hessischen *Teilhaushalt in drei rot-grünen Jahren*. Das hessische Verfassungsgericht hatte deutlich angemerkt, daß *derlei Haushaltspolitik auf Raten* die absolute Ausnahme bleiben müsse. Betrachtet man die *hessische Situation, so ist diese Politik* wohl nicht mehr als Ausnahme zu bewerten.

Zwar werden CDU und FDP, obwohl auch sie diese Bedenken haben, den politisch neutralen Krollmann-Etat daran nicht scheitern lassen. Sobald aber dieser Etat im Verlauf der Beratungen noch rot-grüne Gefälligkeitskorrekturen erhalten sollte, wie sie die Grünen ganz offen bereits gefordert haben, würde sich die Lage grundlegend ändern. Diese „Ergänzungen", von den Grünen auf etwa eine halbe Milliarde Mark veranschlagt, werden – wie man hört – auch von einem Teil der SPD-Abgeordneten unterstützt. Es ist jener Teil, der schon vor der Wahl am liebsten die Signale für eine Erneuerung des geplatzten rot-grünen Pakts hissen würde.

Daß die Grünen auf diesen politisch erweiterten und für die verbleibende Legislaturperiode praktisch vorentscheidenden Teilhaushalt drängen, hat nicht nur den naheliegenden Grund, daß aus wahltaktischen Erwägungen damit Zwietracht innerhalb der SPD gesät werden soll. Die Vertreter der Grünen handeln bemerkenswerterweise selber unter innerparteilichem Druck.

Im ursprünglichen, von SPD und Grünen gemeinsam entworfenen Gesamthaushalt 85, wie er eigentlich noch in diesem Monat hätte verabschiedet werden sollen, waren erhebliche Fördermittel für eine Fülle von alternativen Projekten und Selbsthilfegruppen enthalten. Diese Gruppen hatten sich auf die Finanzspritze von Vater Staat bereits eingerichtet. Für sie bedeutete das plötzliche Scheitern des Wiesbadener Linksbündnisses zum Teil den unmittelbar drohenden Zusammenbruch. Teilweise wird den Beschlußgremien der Grünen aus dieser Ecke sogar der direkte Vorwurf gemacht, sie hätten das Bündnis mutwillig und aus politisch nicht ausreichenden Gründen aufs Spiel gesetzt.

Doch ist es kaum wahrscheinlich, daß es mit dieser forcierten Wiederannäherung zwischen SPD und Grünen so bald klappt. Dafür sorgen wiederum die Grünen selbst. Sie haben nun endgültig beschlossen, daß ihre siebenköpfige Landtagsgruppe (mit einer Ausnahme, bei der es eine kleine Verzögerung geben wird) zu Ostern rotieren wird. Der Verlauf der langen, schwierigen Gespräche zwischen den beiden Partnern zeigte bisher deutlich, wie wichtig die Kommunikation und allmähliche Verständigung zwischen bestimmten Personen dabei gewesen ist.

„Alle verdächtigen Personen mußten wir sofort erschießen"

Wehrpflichtige der Roten Armee berichten über ihren Einsatz in Afghanistan

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die sowjetischen Truppen in Afghanistan verfolgen eine Taktik der „verbrannten Erde" und erschießen wahllos afghanische Zivilisten. Dies ist der Kern der Aussage eines jungen Esten, der ebenso wie viele andere seiner Landsleute als Wehrpflichtiger von der Sowjetarmee nach Afghanistan kommandiert wurde. Die sowjetische Heerführung setzt mit Vorliebe Ukrainer, Esten, Letten und Litauer in Afghanistan ein – erstens um russisches Blut zu sparen und zweitens weil sowjetische Soldaten aus Zentralasien als Moslems und Asiaten gegen die Mudschahedin nur bedingt einsatzfähig sind.

Der junge Este, der 1981 und 1982 in Afghanistan kämpfte und inzwischen wieder als Zivilist in seiner Heimat, der Sowjetrepublik Estland, lebt, machte seine Aussagen gegenüber der estnischen Untergrundzeitschrift „Isekiri", von der jetzt ein Exemplar den Westen erreichte. Der Este sagt, er sei nur ein einfacher Soldat gewesen, habe sich aber an einer Anzahl von Grausamkeiten beteiligen müssen. Während seiner Dienstzeit in Afghanistan war er im Gebiet von Kabul und Kandahar eingesetzt. Wörtlich erklärte er: „Bei einer allgemeinen Strafexpedition war die Taktik im Grunde immer die gleiche. Wenn wir in ein Dorf vordrangen, mußten alle verdächtigen Personen sofort erschossen werden. Im allgemeinen gelten alle Männer im kampffähigen Alter als Verdächtige.

Die Dörfer können danach kaum noch überleben

Auch alle Personen, deren Äußeres irgendwie verdächtig erschien, wurden erschossen – zum Beispiel, wenn jemand einen Schador trug. Schador werden im allgemeinen von Frauen getragen, aber auch Männer können sich ein solches Kleidungsstück anlegen. Mit einem Schador ist das Gesicht bedeckt und so kann man sich leicht verbergen ... Jene, die wegzulaufen oder sich in irgend einer Weise zu verstecken begannen, wurden sofort erschossen. Diese Anweisungen erhielten wir vor Beginn der Operationen".

Weiter berichtete der estnische Soldat: „In den kleinen Dörfern wurde jeder, der uns vor die Gewehrläufe kam, erschossen. Die Dörfer in Afghanistan sind ganz anders als unsere estnischen Dörfer. Erstens sind sie viel stärker bevölkert. Die Häuser liegen unmittelbar nebeneinander. Das Dorf ist wie ein Labyrinth aus Lehm – mit kleinen Häusern und Innenhöfen. Es fällt schwer, sich dort *zu orientieren. Und man weiß nicht,* was einem hinter der nächsten Ecke erwartet. Man muß immer schießen, *ganz gleich es ob dort Menschen gibt* oder nicht. Bevor man in eine Seitenstraße oder in einen Innenhof vor*dringt, muß man eine Salve in die* dunklen Ecken feuern. Erst danach kann man hineinspringen. Ähnlich ist es bei der Kontrolle von Häusern: Erst ein Feuerstoß, dann geht man selber hinein ... In solchen Dörfern fließt eine Menge Blut. Ein Dorf kann nach so einem Angriff kaum überleben".

Der estnische Afghanistan-Heimkehrer läßt erkennen, daß Dörfer, die keinen Widerstand leisten, fast noch schlimmer dran sind als jene die sich wehren. Im allgemeinen überlebten *nur jene Dörfer, sagt der Este, in de*nen die Mudschahedin sich verteidigen und behaupten können. Mißlinge *der erste sowjetische Angriff*, dann folge eine weitere, noch brutalere Attacke.

Mehr noch als die Politik der Zerstörung zeigt sich der estnische Augenzeuge durch die Orgie des Tötens, von der die Sowjetsoldaten erfaßt werden. Dazu meint er wörtlich: „Manchmal, wenn der Tod vor und hinter dir ist, schießt du, feuerst du und in diesem wilden Sturm wirst du *anfangen zu schreien, als ob du den* Verstand verloren hast ... Als wolltest du dir selber Mut machen. All das *führt dich zu einer Art Ekstase, so* daß du dir selber keine Rechenschaft geben kannst. Du denkst an gar nichts, nur daran, einen Feuerstoß nach den anderen abzugeben". Man wisse am Ende auch nicht, ob man auf einen Afghanen oder die eigenen Leute schieße.

*Die Moral der sowjetischen Solda*ten erscheint in dem Bericht des Esten als nicht besonders hoch. Die Verpflegung sei so schlecht, daß manche Soldaten Waffen und Ausrüstungsgegenstände gegen Früchte und Brot bei den Afghanen eintauschten. Andere sowjetische Soldaten kassierten von reisenden Afghanen auf der Landstraße eine Art „Zoll" in Form von Naturalien. Auch würden Plünderungen organisiert. Besonders die Soldaten aus den zentralasiatischen Republiken der UdSSR nehmen in größerer Zahl Haschisch. Die zentralasiatischen Truppen seien besonders gereizt, weil sie in Afghanistan praktisch gegen Landsleute und Stammesbrüder ein*gesetzt würden. Die Beziehungen der* asiatischen Sowjetsoldaten zu den Großrussen oder Balten dieser Armee seien schlecht. Ein Kontakt zu ihnen sei schon wegen der Sprachbarriere unmöglich. Die meisten zentralasiatischen Soldaten verstünden kein russisch, außer einigen Kommandos.

Bulgarische Soldaten auf der Straße nach Kabul

Der Este behauptet dann, in Afghanistan bulgarische Soldaten gesehen zu haben, welche die Landstraße Kabul – Jallalabad bewachten. Das wäre, falls seine Beobachtungen zuträfen, der erste Hinweis auf den Einsatz *von nicht-sowjetischen* Truppen des Warschauer Pakts. Die Ausrüstung der Mudschahedin bezeichnet der Este als schlecht: Meist alte Gewehre und Kalaschnikow-Schnellfeuerwaffen. Er habe zwar einmal ein Flug*blatt in estnischer Sprache gefunden*, in dem die Sowjetsoldaten aufgefordert wurden, nicht auf die Afghanen *zu schießen. Aber da sei nichts zu* machen gewesen. Man müsse als Soldat den Befehlen gehorchen. Es gebe *auch kaum eine Gelegenheit, zu de*sertieren. Bei den Sowjettruppen sei bekannt, daß die Mudschahedin keine Gefangenen machten. Dazu der Este wörtlich: „Wenn du nicht schießt, wirst du selber erschossen. Die Mudschahedin und wir – wir trauten einander nicht ...

Jetzt, da er zurückgekehrt sei, sei ihm erst klar geworden, daß er in Afghanistan einer Okkupations-Armee angehörte, und daß die Mudschahedin Freiheitskämpfer sind. Aber in Afghanistan selber hätten er und seine Kameraden in der sowjetischen Armee niemals von den Mudschahedin als Freiheitskämpfer gesprochen. Ebenso wie die sowjetischen Verwundeten hätte er immer Angst gehabt, in die Hände des Gegners zu fallen: „Kalaschnikows rattern vor und hinter dir, und du selber läufst und feuerst. Vor dir und hinter dir ist der Tod. Wenn du selber am Leben bleiben willst – dann lauf und schieß. Bleib nicht stehen und rede ..."

Empfindliche Niederlage für bayerischen SPD-Chef

Bezirksparteitag entscheidet sich gegen Reformpläne

PETER SCHMALZ, München

Der interne Streit um die geplante Organisationsänderung der bayerischen SPD erschüttert die Partei offensichtlich mehr, als die Parteiführung um den Landesvorsitzenden Helmut Rothemund bisher eingestehen wollte. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß Rothemund mit der von ihm gewünschten Reform scheitern wird und sich dann sogar zum schnellen Rückzug aus der sozialdemokratischen Chefetage gezwungen sehen könnte.

Mit der angestrebten Organisation sucht Rothemund eine Parteigliederung, die der CSU entliehen und der administrativen Struktur Bayerns angelehnt ist: Statt der drei SPD-Bezirke Oberbayern, Franken und Ostbayern sollen sieben Bezirke geschaffen werden, die räumlich den Regierungsbezirken entsprechen. Darüber soll ein schlagkräftiger Landesverband für eine wirksame Konkurrenzpolitik zur CSU sorgen.

Obwohl Rothemund im Bewußtsein eines hartnäckigen Widerstands vor allem aus Franken und Ostbayern zeitraubende Besuche an der Basis absolvierte, mußte er nun eine empfindliche Niederlage einstecken, die in weiten Teilen der Partei als ein Signal gewertet wird: Nach heftiger und stundenlanger Debatte, an der Rothemund selbst teilnahm, entschied sich der ostbayerische Bezirk auf einem Sonderparteitag gegen die Reform. 64 Prozent der Delegierten zeigten dem Rothemund-Plan die rote Karte.

Die beiden anderen Bezirke werden am 23. März abstimmen, ehe ein eigens einberufener Landesparteitag im April das endgültige Votum abgeben wird. In Oberbayern kann sich der Reformer einer Mehrheit sicher sein, in Franken dagegen, mit 50 000 Genossen der stärkste der bayerischen Bezirke, scheint eine Ablehnung unvermeidbar. So stimmten im Parteiausschuß von Nürnberg nur *zehn Prozent für die* Reform, in Schweinfurt, der zweiten fränkischen SPD-Hochburg, waren es 34 Prozent.

Doch unabhängig vom Ausgang der beiden Bezirksparteitage sieht der größte innerparteiliche Rivale von Rothemund, Franken-Chef Bruno Friedrich, der wegen der Reformpläne bereits seinen Rücktritt angekündigt hat, den Rothemund-Plan nach dem ostbayerischen Nein als gescheitert an. „*Aus der Organisations*realität der SPD heraus", schreibt Friedrich im SPD-Pressedienst, „gilt es als undenkbar, *daß der Parteivor*stand einen Bezirk auflöst, der mit über 60 Prozent seiner Delegierten für seinen Fortbestand gestimmt hat." Friedrich untermauert seine These mit dem Hinweis auf die *SPD-Satzung, in der 1971 der Partei*tag in Bad Godesberg festgeschrieben hat, Landesverbände könnten nur dann gebildet werden, „wenn alle Bezirke zustimmen".

Aber Friedrich, den Herbert Wehner wegen seiner analytischen Fähigkeiten geschätzt und in den Vorstand der Bundestagsfraktion aufgenommen hatte, geht noch weiter. Er sieht an der Basis seiner Partei zur Zeit einen tiefen Prozeß des Umdenkens, „auch wenn er außerhalb der SPD noch nicht erkannt wird". In der Diskussion würden nun Fragen über eine „Gefährdung der demokratischen Machtbalance in der SPD" angesprochen.

Daneben sieht Friedrich auch die Person des Landesvorsitzenden zunehmend in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken. Er hat schon in der Vergangenheit seine negative Meinung über Rothemunds politische Führungsqualitäten nicht verschwiegen und macht keinen Hehl daraus, daß er eine Abwahl des Landesvorsitzenden in diesem Jahr für notwendig hält. Rothemund will dagegen letztmals für zwei weitere Jahre kandidieren.

Neben der Organisations- und Personaldebatte quält sich die weißblaue Sozialdemokratie zugleich mit einer Inhalts-Diskussion, die durch das kritische Positionspapier des Münchner SPD-Bundestagsabgeordneten Rudolf Schöfberger ausgelöst wurde. In Bayern, so der SPD-Parlamentarier, gelte die Sozialdemokratie „immer noch als nicht verwurzelte, norddeutsche Importware". Nun soll eine eigens gegründete Kommission bis zum Herbst ein „rotes Bayern-Programm" zusammenstellen, mit dem die Partei im nächsten Jahr den Landtagswahlkampf bestreiten kann.

Ob es ihr aber gelingt, deutlich mehr als 30 Prozent zu erringen, bezweifeln selbst prominente Genossen. Schöfberger: „Das Absinken auf 25 Prozent ist leider derzeit wahrscheinlicher." Noch ist jedenfalls kein Weg sichtbar, wie die Bayern-SPD aus ihrer schwersten Krise seit Kriegsende herausfinden kann.

KPI ist wieder auf Kompromißkurs

Italiens Kommunisten reden von „Problemen der Etikette" / Ablehnende Reaktionen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italiens KP hat die Astrophysik ins politische Spiel gebracht. Im Rahmen der anlaufenden Kampagne für die regionalen, provinzialen und kommunalen Neuwahlen am 12. Mai präsentierte ein führender kommunistischer Funktionär seine Partei als eine Kraft der „kopernikanischen Revolution". Der 48jährige Achille Occhetto, Mitglied des Parteisekretariats und möglicher Anwärter auf die Nachfolge des 67jährigen Generalsekretärs Alessandro Natta, versuchte mit dieser Anleihe bei dem Thorner Astronomen, eine taktische Schwenkung der Kommunistischen Partei als Ereignis von historischer Tragweite hinzustellen. Die Schwenkung besteht darin, daß die KP nach dem offensichtlichen Mißerfolg ihrer kompromißlos gegen die DC gerichteten Politik der „demokratischen Alternative" jetzt eine Zusammenarbeit mit den Christdemokraten nicht mehr ausschließt.

Den Bezug zum heliozentrischen System des Nikolaus Kopernikus sehen Occetto und seine Parteifreunde offensichtlich in der Entdeckung, daß in der Politik dem Programm der Platz der „Sonne" zukommt, um die sich alles dreht. Das alte System, in dem die die DC ausschließende Koalitionsformel die zentrale Rolle der „ptolemäischen" Erde einnahm, wird als überholt aufgegeben. Im Grunde besagt das nichts anderes als eine vorsichtige Rückkehr zur Politik des „historischen Kompromisses" mit dem Ziel, die Partei aus der Isolierung herauszuführen, in die sie sich durch ihre Forderung nach einer kommunistisch dirigierten Alternative zur DC selbst gebracht hat.

Die KP erklärt sich jetzt bereit, auf *der Grundlage eines Programmes* „mit allen demokratischen Kräften, laizistischen und katholischen, ohne *Probleme der Etikette*", zu verhandeln. Occhetto: „Unsere Idee ist einfach, und man kann sie wie folgt umreißen: Ich *möchte etwas bestimmtes* tun und gehe mit dem zusammen, der das gemeinsam mit mir tun will ... Die *Kategorien rechts und links* haben heute nur noch in bezug auf das effektive Verhalten der politischen Kräfte einen Sinn, nicht mehr im Blick auf die Etikettierung dieser Kräfte."

Bei den Christdemokraten stieß die kommunistische Initiative auf entschiedene Abwehr. Parteisekretär Ciriaco De Mita äußerte die Überzeugung, daß DC und KP zwei alternative Kräfte seien, die nicht koalieren könnten: „Wir streben die Erneuerung der Institutionen an, um alles das freizusetzen, was wächst. Sie (die Kommunisten) wollen alles erobern, um den ganzen gesellschaftlichen Raum zu okkupieren. Das sind zwei alternative Hypothesen."

Im übrigen äußerten führende DC-Politiker die Ansicht, daß sich die bisherige Politik der KP, die auf die politische Aussperrung der DC ausgerichtet gewesen sei, als „ruinös" nicht nur für das Land, sondern auch für die Kommunisten selbst erwiesen habe. Seit 1968, so erklärte De Mita, habe die KP fortwährend verkündet, daß das Heil des Landes vom Sturz der DC abhänge. Überall, wo das in Gemeinden, Provinzen und Regionen möglich gewesen sei, habe sie Linksverwaltungen unter Ausschluß der DC installiert. „Heute sind diese Verwaltungen bankrott. Sie fallen unter den Schlägen der Amtsrichter und der Realität."

Die vor den Gerichten anhängigen zahlreichen Korruptionsverfahren gegen linke Kommunalpolitiker zeigten, daß „*die Moral eine sehr* komplexe Sache ist und nichts zu tun hat mit Ideologien und politischen Formierungen". *Außerdem brauche es, um* vor der Realität bestehen zu können, neben moralischer Sauberkeit auch noch Effizienz. Schon der Schnee der letzten Tage habe ausgereicht, um den Effizienzanspruch vieler linker Staatsverwaltungen – wie etwa Roms – unter einem Chaos zu begraben.

Kühl reserviert wird die „kopernikanische Revolution" der Kommunisten auch bei den Sozialisten aufgenommen. Diese Partei, die noch immer in zahlreichen linken Lokalverwaltungen mit der KP zusammenarbeitet, fürchtet offensichtlich eine Neuauflage der einst von Moro und Berlinguer praktizierten christdemokratisch-kommunistischen Vergleichspolitik, die geeignet wäre, die Unentbehrlichkeit der Sozialisten als Koalitionspartner – im lokalen Bereich für die KP, in der römischen Zentralregierung für die DC – in Frage zu stellen.

„Explosion des Fanatismus in Split"

Belgrad: Wo haben die Jugendlichen Ustascha-Lieder gelernt? / Spitze gegen die Kirche

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Kommunistische Parteiorganisationen, Sicherheitsdienststellen und die Justiz in der jugoslawischen Hafenstadt Split beschäftigen sich mit *einem* Vorfall, der sich bereits am Heiligen Abend 1984 ereignete, aber erst jetzt an die Öffentlichkeit ge*drungen ist. Nach einem* Bericht der Belgrader Parteizeitung „Borba" haben in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 1984 zahlreiche jugendliche Einwohner der Neubausiedlung „Split 3" auf der Straße Hochrufe auf den seinerzeitigen Führer der kroatischen „Ustascha"-Bewegung, Ante Pavelic, ausgebracht. Ferner hätten die Jugendlichen Lieder der „Ustascha" – also der faschistisch-nationalistischen Partei Kroatiens – angestimmt sowie kroatisch-nationalistische Parolen gerufen. Zugleich seien, wie die „Borba" schreibt, an mehreren Stellen Brände gelegt worden. Die Täter hätten einige Kraftfahrzeuge zerstört.

Die „Borba" schreibt, die Vorfälle von Split riefen die Erinnerung an die dreißiger Jahre wach, als junge, von Haß erfüllte kroatische Faschisten von einer „Nacht der langen Messer" *geträumt hätten.*

Die jugoslawischen Sicherheitsorgane haben inzwischen 14 Jugendliche und vier Erwachsene verhaftet. Die „Borba" berichtet aber, daß bei den „nationalistischen Ausschreitungen" der jungen Kroaten in Split etwa 1000 Personen anwesend waren, die zugeschaut, aber nicht eingegriffen hätten. Die Zeitung deutet dann an, daß es in Split Versuche gegeben habe, den Vorfall zu vertuschen, damit die Stadt nicht in ein schlechtes Licht gerate. Die Parteispitzen wollten offensichtlich vermeiden, daß Split negativ im Sicherheitsbericht des jugoslawischen Innenministers Culafic er*wähnt wird.*

„Irgendwo haben diese jungen Leute zwischen 16 und 22 Jahren die Ustascha-Lieder gelernt. Wo? Wer sind ihre Lehrer?", fragt die Belgrader Parteizeitung. Als eine der Ursachen für die „Explosion des Fanatismus" nennt die „Borba" den Einfluß der katholischen Kirche, der unter den kroatischen Jugendlichen in Split groß sei.

Untersuchung zum Attentat von Brighton

gat. London

Der britische Innenminister Leon Brittan hat dem Unterhaus in London einen Untersuchungsbericht über die Bombenexplosion auf dem Jahreskongreß der Konservativen Partei in Brighton vorgelegt, bei der am 5. Oktober 1984 fünf Personen getötet worden waren. Obgleich die örtliche Polizei entlastet wird, übt der Bericht Kritik an der unzulänglichen Kommuni*kation zwischen* den verschiedenen Ordnungs- und Sicherheitsorganen.

Zum Zweck der Behebung solcher Koordinationsmängel und einer besseren Ausbildung der Polizei in entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen kündigte der Innenminister die Bildung einer neuen Antiterror-Abteilung an. Der innenpolitische Sprecher der Labour-Opposition, Gerald Kaufman bezeichnete den Untersuchungsbericht als „unzulänglich und leichtfertig".

Moskaus Wunschliste für Technologien

rtr, Bonn

Ein komplettes Verzeichnis aller zur Zeit von der UdSSR angestrebten Informationen über westliche Technologie ist den deutschen Sicherheitsbehörden zugänglich geworden. Wie das Bundesinnenministerium in Bonn gestern bekanntgab, enthält die Liste vom Umfang eines Großstadttelefonbuches detaillierte Beschreibungen der erwünschten Informationen aus dem zivilen und militärischen Bereich.

Das geht von Verfahren zur Titanhärtung und der Konstruktion landwirtschaftlicher Maschinen über Mikroelektronik und Bordcomupter, Raketen-Lenksysteme, Großcomputer, Radar- und Raketentechnologie bis zu U-Boot-Abwehrsystemen. Gefragt seien auch „scheinbar harmlose" Techniken, die jedoch auch militärisch genutzt werden könnten, beispielsweise spezielle Techniken für Traktoren, die offenbar im Zusammenhang mit der Entwicklung von Panzerfahrzeugen stünden. Das „Rote Buch" liege in allen diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion aus und dürfe nur unter Aufsicht gelesen werden.

„Vergeltungsschlag" Chinas gegen Vietnam

dpa/UPI, Peking

Als Vergeltung für eine „Serie von Grenzprovokationen" der Vietnamesen haben chinesische Truppen einen Gegenangriff auf vietnamesisches Gebiet unternommen. Dies gab ein Sprecher des Außenministeriums in Peking gestern bekannt. Bei den vietnamesischen Überfällen seien mehrere hundert Zivilisten getötet oder verletzt worden. Ob die Kämpfe noch andauern und welche Verluste sie forderten, sagte der Sprecher nicht. Seit dem kurzen Grenzkrieg zwischen China und Vietnam 1979 war es im Grenzgebiet beider Staaten wiederholt zu Zwischenfällen gekommen.

Paris: Polnischer Attaché ausgewiesen

dpa, Paris

Die französische Regierung hat vor zwei Wochen einen polnischen Diplomaten als „unerwünschte Person" des Landes verwiesen. Das Außenministerium in Paris bestätigte gestern diesen diplomatischen Zwischenfall, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Nach Angaben gut unterrichteter Kreise handelt es sich um den 33jährigen Militärattaché Stanislaw Janczak, der auf der Personalliste der Botschaft als dritter Sekretär ausgewiesen war. Er sei am 7. Januar dabei überrascht worden, wie er von einem polnischen Einwanderer Dokumente über das französische Verbindungskomitee der in Polen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" entgegennahm. Janczak habe Paris 24 Stunden nach seiner Erklärung zur unerwünschten Person verlassen, hieß es.

Pershing: Pentagon ändert Ausbildung

dpa, Washington

Das *amerikanische Verteidigungs*ministerium hat nach dem tödlichen Unglück mit einer Pershing-2-Rakete bei den US-Streitkräften in Heilbronn bis zum Vorliegen eines definitiven Untersuchungsergebnisses eine „Modifizierung" der Ausbildung angeordnet. Wie ein Sprecher des Pentagon am Dienstag mitteilte, betrifft die Veränderung das Training an der Rakete. Nähere Angaben zu der Anweisung zu machen, lehnte ein Armee-Sprecher ab. Er betonte jedoch, das Ausbildungsprogramm sei nicht unterbrochen und die Einsatzbereitschaft *nicht berührt worden.*

Wie der Sprecher des Pentagon, Michael Burch, sagte, wird nach der genauen Ursache des Unglücks noch gesucht. Am 11. Januar war auf dem amerikanischen Truppenstützpunkt Waldheide bei Heilbronn das Antriebsaggregat einer Pershing-2-Rakete aus bisher ungeklärten Gründen in Brand geraten. Dabei wurden drei US-Soldaten getötet und 16 zum Teil schwer verletzt.

Wissenschaftlern der Max-Planck-Gesellschaft ist es gelungen, einen künstlichen Kometen zu erzeugen. Das Ereignis dauerte nur dreieinhalb Minuten. Die Auswertung des Filmmaterials aber hat die Astrophysik ein großes Stück vorangebracht. Unter anderem wurden wertvolle Erkenntnisse über das Einschließen von Plasma gesammelt.

Der künstliche Komet verhielt sich wie ein Klumpen Lehm, der in klares Wasser fällt

Von PETER PHILIPPS

Ein grandioses, farbenprächtiges Schauspiel in 110 000 Kilometer Höhe über Tahiti, das den Zuschauern auf der Erde durch Wolken verhüllt blieb, wird nach seiner endgültigen Auswertung die Astrophysik ein gutes Stück vorangebracht haben: Mit Hilfe eines Satelliten hatten Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für extraterrestrische Physik zwei Kanister mit Barium in den Himmel befördert und dort einen künstlichen Kometen erzeugt, einen Weihnachtsstern wie zu den Tagen von Bethlehem.

Die Grundlagen für diesen Versuch entstanden wenige Jahre nach dem Krieg: Bei seinem Doktorvater Carl-Friedrich von Weizsäcker promovierte der spätere Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Reimar Lüst, über „Entwicklung einer um einen Zentralkörper rotierenden Gasmasse". Weizsäcker selbst sagte später: „*Ich glaube, daß er das Problem gelöst hat.* Vor dem Einbruch der Plasmaphysik in die Astrophysik habe ich endgültig kapituliert und bin zu den philosophischen Problemen der Quantentheorie zurückgekehrt." Für Lüst hingegen wurde die Plasmaphysik zum wesentlichen Inhalt seines weiteren wissenschaftlichen Lebens. Denn, so schrieb es kürzlich die *Max-Planck-Gesellschaft:* „Die Zustände der Materie, wie sie auf der Erde überwiegend vorkommen – nämlich feste Körper, Flüssigkeiten oder Gase –, sind kosmisch gesehen die Ausnahme. Im Weltall herrscht vielmehr der vierte Aggregatzustand, das Plasma."

Lüst traf auf einen anderen Forscherkollegen, Ludwig Biermann, der schon 1951 aus dem Aussehen von Kometen geschlossen hatte, daß die Sonne außer Licht und Wärme noch eine andere Wirkung ausstrahlen muß. Denn die Schweife der Kometen sind fast immer von der Sonne abgewandt, sind – so Biermann – „wie Windsäcke im solaren Wind, analog den Windsäcken, die auf Flugplätzen Windrichtung und Windstärke anzeigen".

Sonnenwinde trieben mit dem Plasma ihr Spiel

Licht und Wärme kann hierfür nicht die Ursache sein. Die Theorie lief auf eine stark verdünnte Strömung von Plasma hin, die von der Sonne pausenlos in den Raum gesandt werden muß. Doch der Beweis dieser Theorie konnte erst mit Beginn des Raumfahrt-Zeitalters gelingen, als der Weltraum praktisch als „Labor ohne Wände" genutzt werden konnte.

Lüst selbst konnte mit Biermann zusammen Anfang der sechziger Jahre erste Versuche unternehmen. Am 27. Dezember vergangenen Jahres, also gleich nach Weihnachten, stieg erneut eine Rakete in den Himmel über dem Pazifik. Der Befehl zum Abwurf der beiden Barium-Kanister kam aus dem deutschen Raumfahrt-Kontrollzentrum Oberpfaffenhofen. Nach zehn Minuten zündeten die Kanister dann automatisch und setzten 1,25 Kilogramm Bariumdampf frei.

Was dann geschah, konnten jetzt die Wissenschaftler endlich auf einem Video-Film im Zeitraffer genau betrachten: Eine grünleuchtende Metalldampf-Wolke zerfloß am Himmel, wurde knapp eine Minute später herrlich violett. Das Sonnenlicht hatte die elektrisch neutralen Barium-Atome in Ionen umgewandelt. Und dann begannen die Sonnenwinde mit diesem so *entstandenen Plasma ihr Spiel:*

Das dünne und daher unsichtbare, aber schnelle, heiße Sonnen-Plasma prallte auf das zehntausendmal dichtere, kalte Barium. Für den deutschen Projektwissenschaftler Götz Paschmann eine Erscheinung wie „bei einem Klumpen Lehm, den man in klares Wasser wirft – oder bei einem natürlichen Kometen im Sonnenwind".

Die sich ausdehnende Plasma-Wolke aus Barium verdrängte vorübergehend das natürliche interplanetare Magnetfeld und erzeugte so einen magnetischen Hohlraum. Vor diesem künstlichen Hindernis staute sich der Sonnenwind, seine Geschwindigkeit verringerte sich etwa auf die Hälfte.

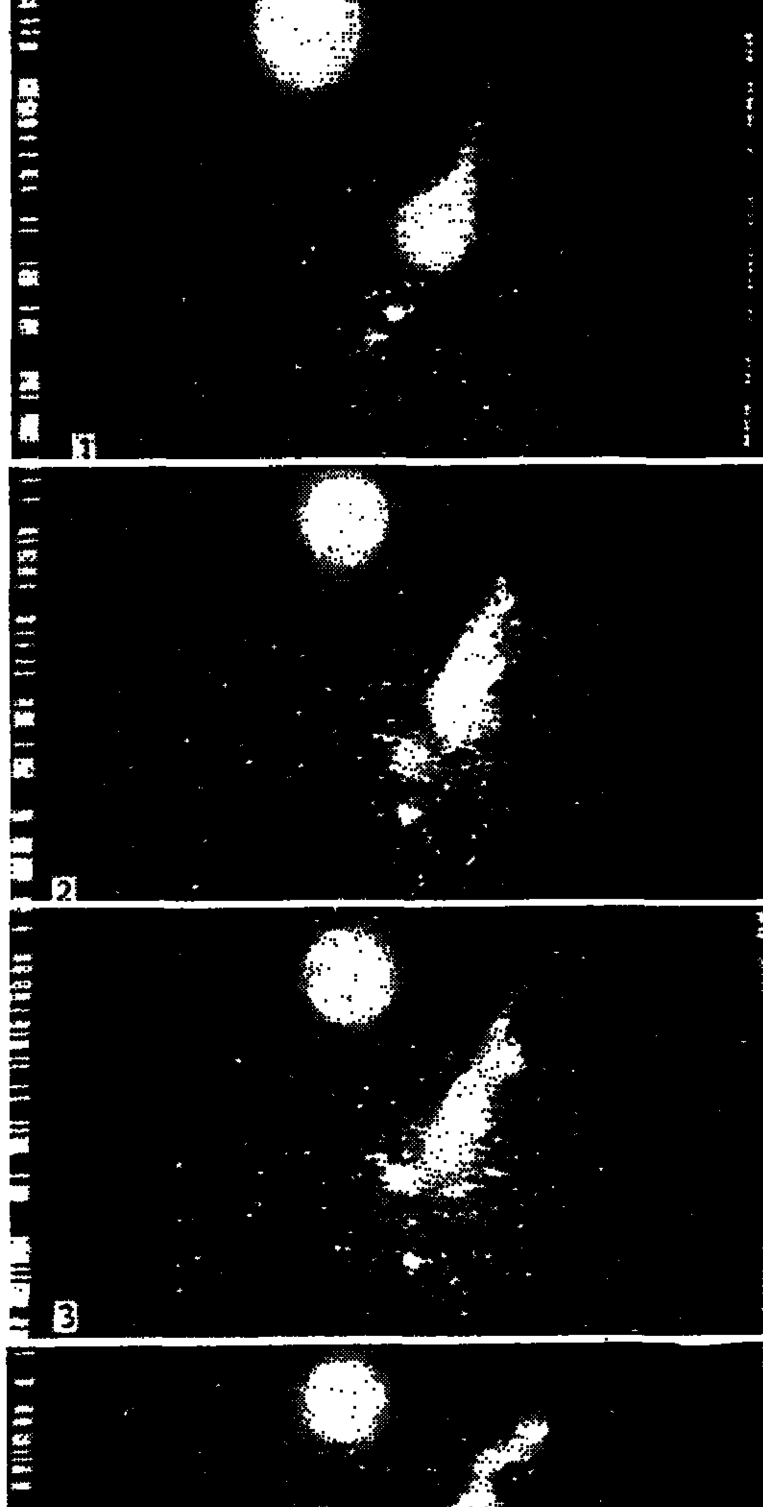
Der Kometenkopf blieb nahezu am selben Ort

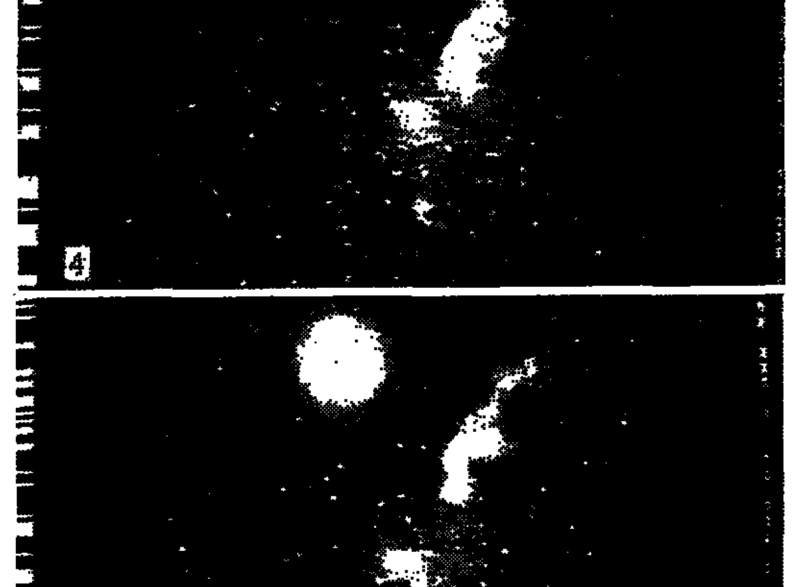
Außerhalb des Hohlraums hingegen wuchs die Stärke des interplanetaren Magnetfeldes um fast das Fünfzehnfache. Den starken magnetischen Kräften weichend wurde das Barium langsam in Richtung der Sonnenwindströmung in Bewegung versetzt.

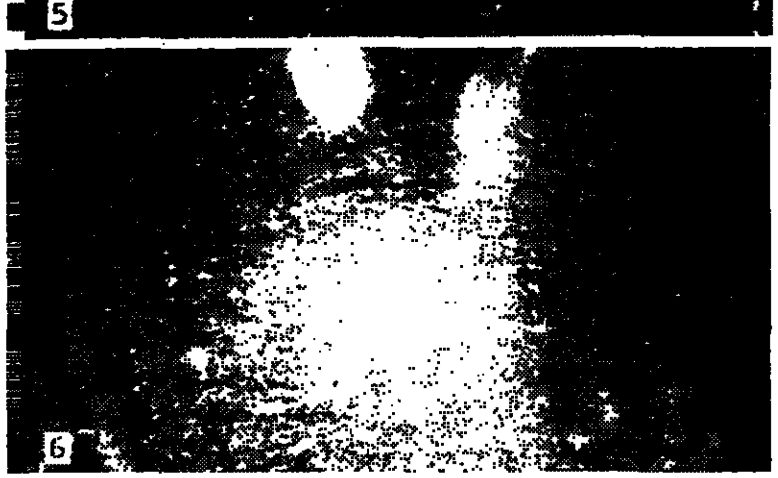
Auf dem Videofilm ließ sich jetzt eindrucksvoll beobachten, wie der schnelle Sonnenwind zunächst an den Rändern der Plasmawolke Schicht für Schicht abträgt und sie wie eine Rauchfahne fortschleppt – das heißt, in diesem Fall in zwei Rauchfahnen, zwei Kometenschweifen. Zu den noch ungeklärten Fragen des Versuchs gehört auch, warum der künstliche Komet zwei Schweife bildete. Erste Theorien gehen davon aus, daß sich das Magnetfeld umorientiert.

Gerhard Haerendel, Leiter der Mission, schilderte als weitere Beobachtung: „Der Barium-Kometenkopf bleibt nahezu ortsfest. Der im Film sichtbar fortschreitende Abbau des Kopfes geschieht durch Abströmen der Ionen in den Schweif – möglicherweise ganz ähnlich wie Zahnpasta aus einer Tube herausgequetscht wird, wobei hier das komprimierte Magnetfeld und die heißen Elektronen die Kraft ausüben." Am Ende des Versuchs erstreckte sich jedenfalls der Doppelschweif über viele tausend Kilometer am Himmel. Nach insgesamt dreieinhalb Minuten war die Erscheinung wieder verschwunden.

Im Prinzip umströmt der Sonnenwind die Magnetosphäre der Erde wie ein Gewässer einen festen Körper. Doch es gibt „undichte Stellen", durch die die Plasmateilchen in die Erdatmosphäre hinein-, aber nicht wieder hinausgelangen. Sie werden in Strahlungsgürteln festgehalten, auf sehr hohe Geschwindigkeiten beschleunigt und so zu der für Raumfahrer hochgefährlichen Partikelstrahlung. Die Natur hat also etwas geschafft, was den Menschen auf der Erde noch nicht geglückt ist, wozu aber auch die Erforschung des künstlichen Kometen beitragen wird: das Problem des Einschließens von Plasma.







Die Entwicklung des künstlichen Kometen, aufgenommen mit einer Fernsehkamera an Bord eines in elf Kilometern Höhe über dem Pazifik fliegenden Beobachtungsflugzeuges: Die aus dem Film abfotografierte *Bild-Auswahl* zeigt in jeweils ungefähr 15 Sekunden Abstand, wie der dünne, aber schnelle Sonnenwind das dichte Barium-Plasma zunächst an den Rändern abträgt und in Form eines zweigeteilten Kometenschweifs davonträgt. Der weiße Fleck jeweils links oben ist der zufällig ins Bild geratene Stern Spica FOTO: MPG

Rückstände von Pflanzenschutzmitteln verzögern beim Wein den Gärprozeß

Chemische Stoffe gegen Schädlinge werden heute seltener und gezielter eingesetzt

Von JOACHIM NEANDER

Weinliebhaber brauchen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in ihren Gläsern *nicht zu fürchten.* Neue Forschungsergebnisse zeigen, daß die im Weinberg verwendeten Fungizide bei sachgerechtem Gebrauch nicht den Verbraucher gefährden, wohl aber dem Winzer im Keller Probleme aufbürden können, die er früher nicht kannte.

Der Pflanzenschutz im Weinbau hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Wurden noch bis vor kurzem sechs bis zehn Spritzungen pro Jahr durchgeführt, so ist man heute bei vier, unter Umständen sogar nur drei Spritzungen angelangt. Gespritzt wird gezielt, variabler als ehedem. Die letzte Spritzung darf nicht später als etwa sieben Wochen vor der Lese liegen. Die modernen Mittel schaden den Reben nicht und bauen sich rasch ab.

Der Streit, ob man auf chemische Mittel nicht eines Tages ganz verzichten könne, ob biologischer Ersatz (Brennesselbrühe) ausreiche, ob der hohe Mengenertrag nicht die Krankheitsanfälligkeit der Reben fördere und ob man mit den sogenannten interspezifischen Rebsortenkreuzungen nicht eine höhere Resistenz der Reben erzielen könne – dieser Streit ist zwar immer noch im Gange. Aber niemand wagt zu bestreiten, daß es unter den jetzigen Bedingungen mit der Wirtschaftlichkeit des Weinbaus genauso wie mit der Qualität der Weine ohne Pflanzenschutz rapide bergab gehen würde. Außerdem zeigen regelmäßige Untersuchungen, daß etwa *noch vorhandene Rückstände im* Most entweder bei der Gärung oder, wenn überhaupt, weit unterhalb der Gefährdungsschwelle liegen.

Nun hat man aber an der Landeslehr- und -forschungsanstalt für Weinbau in Neustadt an der Weinstraße die Frage einmal umgedreht: Beeinflussen die Pflanzenschutzmittel nicht ihrerseits die Gärung? Drei Jahre lang wurden zwei Rebsorten auf insgesamt 15 Hektar mit verschiedenen Fungiziden behandelt, die Gärungsvorgänge in Glasballons beobachtet und gemessen. Das Resultat: Bei Most aus behandelten Trauben setzt die Gärung bis zu drei Tage später ein und dauert zum Teil auch um einige Tage länger. Und dies hat Folgen für den Wein.

Nicht alle der Milliarden von – schon auf der Traube vorhandenen – natürlichen Hefen sind an der Gärung beteiligt. Neben der Umwandlung von etwa 200 Gramm Zucker pro Liter Weinmost in Alkohol und Kohlensäure (dies ist die Hauptfunktion der „Hefefabrik") sorgt ein Teil der annähernd 30 verschiedenen Hefearten für eine Fülle von Gärnebenprodukten. Viele von ihnen sorgen für die Aromafülle und -vielfalt eines guten Weins. Andere sind eher unerwünscht.

Die moderne Kellerwirtschaft hat es gelernt, die komplizierten Gärvorgänge durch Temperaturregelung und Sauerstoffzufuhr ziemlich gut zu steuern. Die Wirkung der Pflanzenschutzmittel bringt diesen Rhythmus offenbar durcheinander. Die Verzögerung der Gärung läßt die unerwünschten Hefen mit ihren unerwünschten Aktivitäten länger am Leben. Fremdtöne oder regelrechte Fehler im Wein können die Folge sein.

Nun kann man all dies auf einfachste Art beseitigen, indem man den Most mit Reinzuchthefen „impft". Diese speziell gezüchteten Hefestämme *räumen in der natürlichen Flora* auf, sorgen für zügige Gärung und verhindern die Entstehung negativer Gärnebenprodukte, auch bei Trauben, die mit Fungiziden behandelt wurden.

Reinzuchthefen erfreuen sich im Weinbau schon seit längerer Zeit steigender Beliebtheit. Aber gerade Weinkenner wissen: Das „forsche" Vorgehen der aggressiven Spezialhefen beseitigt neben den unerwünschten auch manche durchaus erwünschte Aromastoffe. Gerade edle Weine geraten nicht so schön, wie sie bei einer Spontangärung geraten könnten. Außerdem haben die Reinzuchthefen die unangenehme Eigenschaft, sich mit der Zeit im Winzerkeller auch dort breitzumachen, wo man sie gar nicht haben will.

Pflanzenschutz bringt dem Winzer also ein Problem. Der Umkehrschluß, ein Verzicht auf den Pflanzenschutz werde es ihm ersparen, ist freilich mehr als fragwürdig. Auch hier hat die Forschung Neues zutage gebracht. So können jene Pilzkrankheiten, die der Pflanzenschutz zu verhindern oder einzudämmen sucht, ihrerseits Rückstände hinterlassen, die um ein Vielfaches giftiger sind als die Chemie-Fungizide.

Eines der jetzt untersuchten Gifte, das Patulin (Stoffwechselprodukt des Pilzes Penicillium), liegt mit seiner von der Weltgesundheitsorganisation festgesetzten Höchstmenge 1000mal höher als die so gefürchtete schweflige Säure. Bei der Gärung wird es allerdings wieder vollständig beseitigt. Dies gilt für das Gift Trichothecin (Produkt bei der sogenannten Rosafäule) nicht. Hier wurden auch nach der Gärung, Filtrierung und Schönung des Weins noch Rückstände gefunden.

Aber selbst dieses Gift gelangt nicht ins Weinglas. Trichothecin hat einen ausgeprägten Bittergeschmack, *genau wie fast alle Pflanzenschutzmittel.* Bei der amtlichen Qualitätsweinprüfung filtert die Zunge der Degustatoren, die oft feiner ist als der feinste Analyseapparat, Wein mit Rückständen von Trichothecin heraus.

Bundespost soll mehr investieren

Ohne Rücksicht auf die mögliche Nachfrage soll die Bundespost künftig verstärkt in neue Kommunikationsnetze (integriertes digitales Breitband- oder Schmalbandnetz, ISDN/IBFN) investieren. Erst wenn diese Voraussetzung geschaffen sei, werde die Industrie entsprechende Endgeräte produzieren können. Und erst wenn diese angeboten werden, entstehe eine entsprechende Nachfrage. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Scientific Control Systems GmbH mit dem Titel „Die künftige Entwicklung der öffentlichen Fernmeldenetze in der Bundesrepublik und ihre Auswirkungen auf die Benutzer", die gestern in Bonn vorgestellt wurde.

Voraussetzung für diesen „notwendigen Schritt" ist nach Auffassung von Franz Arnold, daß ordnungspolitische Regelungen bei Endgeräten an Fernmeldenetzen geschaffen werden. Der Verfasser der Studie plädiert dabei sogar für die Ausdehnung des Bundespostmonopols auch auf Endgeräte. Mit Sicherheit, so Arnold, sei heute festzustellen, daß die Serien-Einsatzfähigkeit der ISDN-Technik, der optischen Nachrichtentechnik und der Fernmelde- und Rundfunksatellitentechnik in der Bundesrepublik bis 1987 erfolge. Im Interesse der Anwender sei daher „eine nationale Anstrengung" nötig, um die Nutzung zu ermöglichen.

Arnold schlägt vor, der Post von 1985 bis 1990 einen zusätzlichen „Innovations-Investitionshaushalt" mit jährlich etwa fünf Milliarden Mark *einzurichten. Damit könne ein nicht* bedarfsorientiertes, integriertes digitales Schmal- und Breitbandnetz für zwei Million Teilnehmer eingeführt werden. PETER JENTSCH

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Was wird eingeatmet?

Hof (gur.) – Was Menschen in ihren eigenen vier Wänden so alles einatmen, soll jetzt in einem bislang einmaligen Untersuchungsprogramm in Hof ermittelt werden. In den Wohnungen von 24 Familien wird für die Dauer von zwei Wochen ein Meßgerät in Größe eines Teewagens aufgestellt, mit dem die Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Schwebstaub gemessen werden – und zwar abwechselnd im Wohnzimmer, im Kinderzimmer und in der Küche. Dabei soll insbesondere festgestellt werden, in welchem Umfang schmutzige Außenluft in die Innenräume dringt und sich dort mit Emissionen von Haushaltschemikalien und Baustoffen mischt. Parallel laufen medizinische Untersuchungen, vor allem an Kindern. Die Forscher erhoffen sich unter anderem Aufschlüsse über Pseudo-Krupp-Erkrankungen.

Neuer Planet entdeckt

Hamburg (dpa) – Nach der vermuteten Auffindung eines Planeten außerhalb unseres Sonnensystems haben amerikanische Astronomen jetzt möglicherweise einen zweiten entdeckt, der etwas näher zur Erde um einen Stern kreist. Seitdem Ende 1983 vom Infrarot-*Satelliten (IRAS)* und später mit Infrarot-Teleskopen auch von der Erde aus mehrere Sterne mit Anzeichen für ausgedehnte Materiescheiben oder -ringe beobachtet worden sind, scheint die Aufspürung fremder Planetensysteme erfolgreicher zu werden. Die Existenz solcher Systeme ist die Voraussetzung für alle Theorien, die vom Vorhandensein intelligenten Lebens außerhalb der Erde ausgehen. Das zweite, noch unbestätigte Objekt, soll in nicht ganz 190 Billionen Kilometern Entfernung von unserem Sonnensystem einen „Roten Zwerg" umlaufen. „Rote Zwerge" sind die kleinsten und kühlsten Sterne in den Galaxien.

Umweltschonende Jauche

Stuttgart (gur.) – Als die „umweltschonendste Verwertungsart" der wirtschaftseigenen Dünger aus der Tierhaltung hat der baden-württembergische Landwirtschafts- und Umweltminister Gerhard Weiser die Gülleausbringung bezeichnet. Der Flüssigdünger dürfe allerdings nur in vergorenem Zustand, nicht stallfrisch und nur gleichmäßig in Anpassung an den pflanzlichen Bedarf ausgebracht werden. Empfehlenswert könne ein Verdünnen durch Einleiten von Regenwasser sein. Die Gefahr einer Auswaschung von Stickstoff in das Grundwasser sei – so Weiser – am geringsten, wenn die Jauche unmittelbar vor Beginn der Vegetationszeit oder spätestens im wachsenden Bestand eingesetzt werde.

Gutes Testergebnis

Wiesbaden (DW.) – Ein Feldversuch des TÜV Rheinland mit 120 Polizeifahrzeugen, die mit Abgaskatalysatoren ausgestattet sind, hat jetzt ein erstes positives Ergebnis gebracht. Wie der hessische Umweltminister Armin Clauss mitgeteilt hat, weisen die Fahrzeuge nach der ersten Meßreihe „nicht einen einzigen Totalausfall des Katalysatorsystems" auf. Nur bei wenigen Fahrzeugen deuteten höhere Abgaswerte darauf hin, daß die Einspritzanlage nachjustiert werden müsse. Die Autos seien alle in der zweiten Jahreshälfte 1984 in Dienst gestellt worden und hätten bis zum Jahresende zum Teil eine Fahrleistung von bis zu 40 000 Kilometern erbracht.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sinn und Aufgabe des DLF

„Leserbrief: Der Deutschlandfunk": WELT vom 16. Januar

Liebe Kollegen,

dem Leserbrief meines verehrten Vorgängers im Deutschlandfunk, Herrn Staatssekretär a. D. Thedieck, über die Aufgabenstellung und Programmpraxis *des DLF möchte ich* mit dem gebotenen Respekt widersprechen, um diesem hervorragenden Sender in der deutschen Medienlandschaft und allen Sendern, die in der DDR zu hören sind, Schaden in ihrem Berichtsgebiet zu ersparen.

Die Forderung, der DLF sollte sich *„in erster Linie"* an die Menschen *in* Mitteldeutschland richten und sich „in Programmgestaltung und Inhalten" nicht wie „eine x-beliebige Landesrundfunkanstalt" verhalten, ist rechtlich unhaltbar, politisch ein Rückfall in den kalten Krieg und journalistisch eine Zumutung.

Die Bundesregierung in der Beantwortung von entsprechenden Anfragen, der Bundestag bei Erörterungen über den DLF, das Bundesverfassungsgericht im Urteil über den Grundlagenvertrag und die Organe des Deutschlandsfunks waren sich stets einig, daß sich der Programmauftrag auf ganz Deutschland und niemals gezielt auf die Menschen in der DDR bezieht. Man arbeitet den Falken in der DDR in die Hände, wenn man deren Argumentation vom Diversionssender indirekt stützt. Allein die nationale, also nicht auf eine bestimmte Hörerschaft ausgerichtete Aufgabe legitimierte den Bundesgesetzgeber zur Einrichtung des Deutschlandfunks, der über Deutschland nach seinem gesetzlichen Auftrag ein „umfassendes Bild" und nicht ein politisches Kunstfoto für unsere Landsleute in der DDR vermitteln soll.

Die Unterscheidung zu anderen Rundfunkanstalten ergibt sich beim DLF aus dem nationalen und europäischen Bezug und nicht aus einer fragwürdigen Interpretation aus den Zeiten der Hallsteindoktrin. Der freie Austausch von Meinungen und Informationen darf nicht durch speziell aufgearbeitete Missions-Sendungen für die DDR in Mißkredit gebracht werden. Regierungs-Propaganda und Tendenz-Sender kennen unsere Landsleute zur Genüge. Erst unsere Kritikbereitschaft an den eigenen Gegebenheiten schafft bei unseren politisch mündigen Landsleuten die Glaubwürdigkeit für unsere Sendungen *und auch für Kritik an ihren Zuständen.*

Dieser Zusammenhang ist mir in zahlreichen Gesprächen immer wieder und auch besonders für die vielen beliebten Sendungen des Deutschlandfunks verdeutlicht worden.

Reinhard Appel,
von 1976 bis 1983 Intendant des DLF

Höchstes Lob

„Schulverweis nach Fluchthilfe": WELT vom 17. Januar

Ich möchte auf diesem Wege den 14 Schülerinnen und Schülern des Marburger Landschulheims Steinmühle, die im Dezember 1984 einem jungen „DDR"-Bewohner die Flucht in die Freiheit ermöglichten (und dies unter Einsatz ihrer eigenen Freiheit!), allergrößtes Lob und ungeteilte Zustimmung aussprechen!

Daß das Handeln der jungen Menschen derartige Überreaktionen seitens Lehrern und Schulleitung auslöst, ist mir unverständlich, insbesondere, da diese Klassenfahrt von einer Vereinigung von Verfolgten des Nazi-Regimes veranstaltet und begleitet wurde. Gerade Verfolgte des Hitler-Regimes, die das Glück hatten, den Mühlen einer menschenverachtenden, totalitären Unrechtsprechung zu entkommen (nicht selten durch die spontane Hilfeleistung anderer Menschen), müßten das Handeln der Schüler richtig einzuschätzen und zu würdigen wissen und mit Sicherheit auf eine uneinsichtige Schulleitung einwirken können.

Nach dem Trauerspiel, welches sich in diesen Wochen in der deutschen Botschaft in Prag abspielte, tun der Mut und die Entschlossenheit der 14 Schülerinnen und Schüler gut.

Unsere Regierenden sollten sich ein Beispiel daran nehmen.

B. Geyer,
Bad Homburg

Parallelen zu Äthiopien

„Zum Beispiel Äthiopien": WELT vom 16. Januar

Sehr geehrter Herr Kremp,

wenn man die Gründe für die Hungerkatastrophe im kommunistischen Äthiopien analysiert, sollte man die auffallenden Parallelen mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion nicht außer acht lassen. Genau wie in Äthiopien, als etwa zehn Jahre nach der sogenannten Revolution 1974, das Massensterben offenkundig wird, setzte der Beginn der Hungerkatastrophe in der Ukraine und Westrußland etwa zehn Jahre nach der Oktoberrevolution von 1917 ein und erreichte Anfang der 30er Jahre ihren Höhepunkt. Ihr sollen etwa vier bis fünf Millionen ukrainischer und russischer Bauern zum Opfer gefallen sein. Offensichtlich brauchen kommunistische Gesellschaftsplaner etwa eine Dekade, um an sich fruchtbare Länder zu ruinieren und an den Bettelstab zu bringen.

Daß kommunistische Machthaber aus ihren Hungerstaaten gleichzeitig Nahrungsmittel exportieren, entspricht ihren systemverändernden Intentionen. Während die russischen Bauern ohne besondere Anteilnahme des Westens verhungerten – es gab noch kein Fernsehen – hat die Sowjetunion, genau wie heute Äthiopien, große Mengen an Getreide und anderen Agrarprodukten in den Westen exportiert, um mit den Devisen die Industrialisierung voranzutreiben. Von der Sowjetunion wissen wir heute, daß der Tod von Millionen Bauern durch Wegnahme von Vieh und Saatgut absichtlich herbeigeführt wurde, weil man sie als Klassenfeinde betrachtete. Vieles spricht dafür, daß die heutigen Machthaber in Äthiopien genau dieselben Ziele verfolgen, da die größten Hungersnöte wohl nicht *rein zufällig aus den widerspenstigen* Nordprovinzen und aus Eritrea gemeldet werden.

Für die westlichen Hilfsorganisationen und für Millionen Spender stellt sich jetzt die Frage, ob ihre Aktionen und ihre Spenden für Äthiopien unter diesem Aspekt überhaupt noch *einen Sinn haben. Mir erschiene* es sinnvoller, diese Hilfsgüter dem afghanischen Widerstand zur Verfügung zu stellen, um auf diese Weise der *Ausbreitung sowjet-kommunistischer* Terror-Regime in der Dritten Welt entgegen zu wirken. Im Goldenen Zeitalter der „Entspannung" sind *dadurch schon genug potentiell reiche* Länder in Afrika und Asien in Bürgerkrieg und Hungersnot gestürzt worden.

Mit freundlichen Grüßen
H. Bellinghausen,
Köln 41

Wort des Tages

» Nicht alles zu können, ist keineswegs schädlich. Allein solche Dinge *auf sich zu nehmen,* zu denen man weder Kräfte noch Geschicklichkeit hat, und sich mit Gewalt dazu zu drängen, ist schädlich und bringt obendrein großen Verdruß. «

Plutarch; griechischer Historiker (46–125 v. Chr.)

Der einzige Weg

In der Meldung „Traditionalisten loben Kardinal Ratzinger" (WELT vom 18. Januar) dürfen Sie den Plural getrost streichen. Das Lob stammt von einem Priester der von Erzbischof Lefebvre gegründeten Bruderschaft.

Zur gleichen Zeit erhielt ich einen Brief von Mgr. Lefebvre, aus dem ich einige Sätze zitiere, die etwas anders klingen: „Was Sie in Ihrem schönen Brief sagen, teile ich vollständig: ‚Ihre Genugtuung über das neue Dekret erstreckt sich doch lediglich auf die Tatsache, daß der Papst Kenntnis von der Fortdauer des ewigen Ritus nimmt.' Die dem entgegenstehenden Bedingungen sind unannehmbar und dem heiligen Opfer der Messe aller Zeiten verhaßt. Es kann nicht in Frage kommen, den neuen Ritus, diese ökumenische Erfindung, nicht mehr zu kritisieren ... Solange der Papst und seine Umgebung liberale, schon von den Vorgängern verurteilte Ideen verkünden, können wir allen Handlungen und Reden, die von seiner Person und seinen Mitarbeitern kommen, nur mißtrauen. Die mäßigenden Akte der Revolution ändern nicht ihre Prinzipien. Der Papst und die römische Kurie müssen zur Tradition zurückkehren, zu den antiliberalen und antirevolutionären Prinzipien. Das ist der einzige von Gott gewollte Weg für die Vitalität der Kirche ... gez. Marcel Lefebvre."

Mein vorausgehender Brief hatte den Erzbischof darauf aufmerksam gemacht, daß eine kompromißbereite andere Gruppe von konservativen Katholiken seinen Namen benutzt hatte. Darauf kam diese generelle Präzisierung seiner strikten Position.

Rudolf Krämer-Badoni,
Wiesbaden

Was geschieht „Links und rechts vom Äquator"?

Politik für kleine Leute

Links und rechts vom Äquator – Geschichten und Reportagen aus aller Welt" nennt sich ein neues Magazin fürs 1. Programm. Gesendet wird es zwölfmal im Jahr jeweils am Donnerstag von 16.55 bis 17.25 Uhr live aus einem Kölner Studio. Sechs Ausgaben produziert der WDR. Die restlichen Folgen steuern zu gleichen Teilen der Bayerische und der Hessische Rundfunk sowie der Sender Freies Berlin als Koproduzenten bei. Auch sie „fahren" ihre Sendungen beim WDR, um Mehrkosten für den Aufbau derselben Dekoration in verschiedenen Sendeanstalten zu vermeiden.

Im Grunde ist das jetzt entwickelte Magazin kein Neuland für die Kinderprogramm-Macher in Köln. 1979, zum internationalen „Jahr des Kindes", präsentierten sie zum erstenmal einen „Weltspiegel" ausschließlich mit Beiträgen über Kinder für Kinder, den Hansjürgen Rosenbauer moderierte. Diese Sendung, entschied man auf der Chefetage des Senders nach der Premiere, solle kein Ausnahmeangebot bleiben.

Links und rechts vom Äquator – ARD, 16.55 Uhr

Auf diese Weise entstand, in Zusammenarbeit der Redakteure des WDR-Kinderprogramms mit den Kollegen aus der Programmgruppe Ausland, als „Ableger" des „Weltspiegel" für große Leute ein periodischer „Weltspiegel für Kinder". Seine Absicht war, den kleinen Zuschauern hierzulande auch einmal zu zeigen, wie ihre Altersgenossen in anderen Ecken unserer Erde leben. Gesendet wurden insgesamt dreizehn Folgen, alle moderiert von Hansjürgen Rosenbauer. Die letzte ging im Juni 1984 über den Bildschirm.

Gern hätten die Kölner weitergemacht mit ihrem Kinder-Weltspiegel. Sie schmiedeten sogar große Pläne. So versuchte man, prominente Fernseh-Journalisten wie Franz Alt und Dagobert Lindlau als Moderatoren-Kollegen von Rosenbauer zu gewinnen. Beide zeigten sich durchaus interessiert, auch Sendungen für kleine Zuschauer zu machen, mußten dann aber aus unterschiedlichen Gründen das Angebot aus Köln ausschlagen. Schließlich erklärte auch Rosenbauer seinen Abschied vom „Weltspiegel für Kinder". Die neue Aufgabe als Chef der Programmgruppe Kultur beim WDR läßt ihm nicht mehr genug Freiraum für andere Dinge.

In dieser Situation machten sich *die Kölner, ausgehend von ihren* Erfahrungen mit dem Kinder-Weltspiegel, daran, gemeinsam mit den Kollegen aus den Kinderprogramm-Redaktionen in *München, Frankfurt* und Berlin das Konzept der neuen Sendereihe zu entwickeln. Inzwischen steht auch fest, wer „Links und *rechts vom Äquator" präsentieren* wird. Jacqueline Stuhler, Hörfunkreporterin beim Süddeutschen Rundfunk, und Ulrich Wickert, ARD-Fernsehkorrespondent in Paris, teilen sich mit je sechs Sendungen die Moderation des Magazins.

„Das neue Magazin", sagt Dieter Saldecki, *Leiter des WDR-Kinderprogramms,* „ist zwar eine Fortsetzung des Kinder-Weltspiegels, doch die Inhalte sind vielfältiger. Wichtig ist uns die Information, doch wir wollen mit dieser Sendung auch beweisen, daß Information und Unterhaltung sich nicht notwendigerweise gegenseitig ausschließen müssen. Kinder haben nun mal einen legitimen Anspruch auf Unterhaltung."

Weltberichterstattung soll im weitesten Sinne die neue Reihe charakterisieren. So will man z. B. der Frage nachgehen, was aus Menschen oder Orten geworden ist, die vor Jahren als Betroffene von Katastrophen die Aufmerksamkeit der Welt auf sich lenkten. Dabei versteht es sich von selbst, daß die Berichterstatter ihre Beiträge nicht wie im allsonntäglichen „Weltspiegel" präsentieren können, der sich ausschließlich an Erwachsene wendet. Zudem soll zu jeder Sendung ein Städte- oder Länder-Quiz gehören, bei dem es für die kleinen Zuschauer auch etwas zu gewinnen gibt: Zum Beispiel eine Reise in die richtig „geratene" Stadt mit einem Besuch in dem dort ansässigen ARD-Auslandsstudio.

„Links und rechts vom Äquator", sagt der WDR-Kinderprogrammchef, solle so präsentiert werden, wie die Macher der „Tagesthemen" es mit dem Auftakt zu ihrer Sendung zu tun versprechen: Die Moderation wird in der Bildregie eines Studios präsentiert. Das gibt Jacqueline Stuhler und Ulrich Wickert die Möglichkeit, das Programm in direktem Kontakt mit der Regie an die jugendlichen Zuschauer zu bringen. EGON WOLFF

KRITIK

Das Leben bereichern

Es gab einiges *anzumerken zu* **Monitor** (ARD), deswegen rief ein Ex-Offizier bei der Monitor-Nachfrage an, die es im dritten Westfernsehen gibt. Die schreckenerregende Vision, die gezeigt wurde, daß nämlich ein Pershing-Unfall wie der geschehene zu einer nuklearen Katastrophe rund um den Stützpunkt führen könne („Radioaktive Plutonium-Rußwolke, Knochenkrebs, keine Rückkehr in die Heimat für Jahrtausende", aber *die Bundesregierung findet das „alles* völlig in Ordnung") – eben dies sei schlicht nicht möglich, wollte der Anrufer ausführen. Doch der Reporter *Volker Happe legte den Hörer auf.*

Denn der Anruf paßte nicht ins Konzept der Redaktion, die (bis auf einen kurzen Beitrag über das Bun*des-Gesundheitsamt) nur eines* wollte: gegen den Verteidigungswillen und für alle Friedensbewegten zu kämpfen. Dabei hätte sie für ihre Wortwahl einen Waffenschein gebraucht: Eine „seit 1945 beispiellose Prozeßwelle" überrollt, so hieß es, die guten Menschen, die sich in Mutlangen auf die Straße setzten, um uns alle zu retten.

Walter Jens demonstrierte seine unangreifbare moralische Überlegenheit: „Ich bin wegen Anstiftung zum Frieden angeklagt!" Eine Frau klagte, daß sie sich keinen Verteidiger hat leisten können, wo doch nun der böse, böse Staat mit diesem bösen, bösen Richter ihr wegen Nötigung eine Geldbuße abverlangt – das ist in der Tat genauso wie vor 1945 – gut, daß Monitor das so deutlich sagt.

„Um den Atomkrieg geht es auch im nächsten Bericht", sagte Klaus Bednarz. Da gab es einen Architekten und einen Psychologen zu sehen, die gegen die Bomben sind – im Gegensatz, so lernten wir, zum Innenminister, denn der ist für den Nuklearknall. Der Architekt aber „will das Leben bereichern" und deswegen, anders als der Minister, keine Schutzräume bauen. Bunker seien „die psychologische Infrastruktur der Aufrüstung"; dafür hat sich also der Psychologe habilitiert, um das herauszu*forschen.* Das ist Freiheit der Wissenschaft, das ist auch Pressefreiheit, das zu senden, das ist aber auch eine gewagte These. Die Sendung, das sagte der Professor nicht, war psychologische Infrastruktur des Anti-Nato-Kampfes. DETLEV AHLERS

Rote Karte statt Erklärung

Ein Leben nach dem Fußball-Reglement – auch abseits des grünen Rasens, auch nach dem Abpfiff: Der frühere Schiedsrichter Karl Bisst hat sich nach dem tödlichen Unfall seiner Frau in dieses Netz eingesponnen und traktiert damit seine Umwelt.

Es hat im Vorfeld zu dem Fernsehfilm **Der Schiedsrichter** (ZDF) von Günter Kunert nach einer Vorlage des verstorbenen Schweizers Lorenz Lotmar Verstimmungen gegeben, weil das Gezeigte zu viel Kunert und zu wenig Lotmar gewesen sein soll. Sei's drum, was Rolf von Sydow mit dem subtil-borniert spielenden Wolfgang Kieling in der Titelrolle bot, geriet streckenweise zu einem raren Kabinettstück von innerer Beklemmung.

Die glasklare Logik des Regelwerks – ohne Widersprüche, ohne Fußangeln, so sei es und nicht anders. Als Szene? Wenn Karl Bisst ein Geschäft besucht, dann bedankt er sich nicht etwa höflich bei dem beflissen helfen wollenden Verkäufer, dann herrscht er ihn an: „Gehen Sie zurück in Ihre Hälfte". Fußballers Regelwerk beim Einkauf. Der gellende Ton der Trillerpfeife ersetzt den Dialog, die Rote Karte, dieses sichtbare Zeichen des Platzverweises, beendet jeden Versuch einer Erklärung.

Was sich abspielte, war bei aller feinen Satire eine bitterböse Geschichte. Ginge es dabei lediglich um die Vereinsamung eines Fußballnarren, die Angelegenheit wäre eine erträgliche Unterhaltung gewesen. Als *aber der Schiedsrichter nach einem* neuerlichen tödlichen Unfall – verursacht in Auslegung des Regelwerks – dem hohen Gericht erklärt, daß dessen *verschwommene Argumentation* gegenüber der glasklaren Logik des Regelwerks doch keinerlei Bestand haben könnte, glaubt sich der Betrachter unversehens dorthin versetzt, wo der so gerühmte angeblich gesunde Menschenverstand Amok läuft, weil die hohle Form ohnehin längst zum Inhalt geworden ist.

KLAUS BLUME

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Zum Abschluß der 13. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission in Bonn gab **Alexej K. Antonow,** stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion, in der Botschaft seines Landes in Bad Godesberg einen Empfang. Der Auftrieb der Gäste war groß: In die Botschaft kamen Wirtschaftsminister **Martin Bangemann** sowie die beiden früheren deutschen Wirtschaftsminister **Otto Graf Lambsdorff** und **Hans Friderichs,** heute Chef der Dresdner Bank, **Otto Wolff von Amerongen,** der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, die Staatssekretäre im Auswärtigen Amt, **Andreas Meyer-Landrut, Jürgen Ruhfus** und Staatsminister **Alois Mertes,** der Ministerialdirektor im Kanzleramt **Horst Teltschik** *und der SPD-Politiker* **Horst Ehmke.** Außerdem waren zahlreiche Industrielle, unter ihnen der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, **Hans-Joachim Langmann,** und sein Vorgänger **Rolf Rodenstock** gekommen. Hausherr Sowjetbotschafter **Wladimir Semjonow** *hatte aus seinem* dreiwöchigen Urlaub wertvolle expressionistische Gemälde von Moskau nach Bonn mitgebracht und die Botschaft *in ein Kunstdorado* verwandelt.

*

Mit einem Empfang in der Mainzer Staatskanzlei beging die rheinland-pfälzische Landesregierung gestern den 65. Geburtstag ihres seit 14 Jahren amtierenden Ministers für Wirtschaft und Verkehr, **Heinrich Holkenbrink** (CDU). Für den westfälischen Bauernsohn und überzeugten Katholiken Holkenbrink bedeutet der Geburtstag gleich auch einen Vorgeschmack auf den Abschied aus der aktiven Politik. Mitte des Jahres will er seinem Nachfolger Platz machen. Holkenbrink, der als philosophischer, dem billigen Tageserfolg stets mißtrauisch gegenüberstehender Kopf in seiner manchmal etwas weit ausholenden Art gelegentlich mißverstanden und unterschätzt worden ist, hat sich gleichwohl um die erstaunliche Nachkriegsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz entscheidende Verdienste erworben.

GEBURTSTAG

Der Nürnberger Verleger **Karl Borromäus Glock** feiert am Sonntag seinen 80. Geburtstag. Ein Leitgedanke seines Lebens war und ist zunächst ein unbedingtes Ja zum Leben, wie es den Vorstellungen des christlichen Humanismus entspricht, das bedeutete aber auch für ihn ein hellhöriges Hinterfragen des sogenannten Zeitgeistes. Er war immer der Ansicht, daß gerade in der Literatur die Führungskraft des Geistes – vornehmlich durch die Sprache – eine Wesensveränderung des Menschen im Verwirrspiel der Begriffe zu verhindern hat. Geist ist Leidenschaft zum Absoluten; als solches verbürgt sie die Einheit von wahr, gut, schön. Glocks geistige Herkunft kommt aus der alten deutschen Jugendbewegung. Während der Zeit der Nationalsozialisten wurde dieser leidenschaftliche „Büchermacher" mit Beschlagnahme, Verbot und Schließung seines Verlages verfolgt. Mit unerhörter Zähigkeit begann er nach dem Krieg mit dem Wiederaufbau seines völlig ausgebombten Hauses. Der hohe Einsatz an geistiger und körperlicher Mühe blieb nicht unbelohnt. Die Freunde des Hauses – des Verlags wie des Privathaushalts – rekrutieren sich aus den besten Köpfen der Zeit. Es seien nur genannt: **Max Brod, Carl Jakob Burckhardt, Friedrich Wilhelm Foerster, Heimito von Doderer, Gabriel Marcel, Sigmund von Radecki.** Ein beredtes Zeugnis dieser Begegnungen legt sein jüngstes Werk „80 Jahre – Begegnungen mit hundert namhaften Zeitgenossen" ab.

AUSZEICHNUNGEN

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Hirngeschädigter (BDH), **Karl Dahmen,** ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Die Auszeichnung erhielt Dahmen aus der Hand des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten **Johannes Rau.** Dahmen, der sich seit 38 Jahren für das Wohl der Schwerbehinderten einsetzt, wurde 1964 zum Bundesvorsitzenden dieses Interessenverbandes gewählt. Sein besonderes Augenmerk gilt der Not jugendlicher hirnverletzter Unfallopfer.

*

Auf Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten **Lothar Späth** wurde der Landesvor*sitzende der Egerländer in Baden-*Württemberg, **Anton Rödl,** aus Wendlingen im Landkreis Esslingen für seine besonderen Verdienste um die Eingliederung der Vertriebenen, insbesondere um das Kulturgut der Egerländer, sowie in der Kommunalpolitik vom Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet.



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Äthiopien
Kampf dem Hunger
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

9.50 ARD-Sport extra – aus Seefeld
Nordische Ski-WM
16.00 Tagesschau
16.10 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
Als Chefredakteur seiner Fernseh-Illustrierten beobachtet Walter Sedlmayr das Treiben auf dem Oktoberfest, den „High-Society-Auftrieb" bei einer Theatereröffnung sowie eine Hausschlachtung in Niederbayern. Außerdem führt der Berufsbayer im Münchner Nationalmuseum seine Zuschauer ins alte Neapel.
16.55 Links und rechts vom Äquator
Zwölfmal im Jahr berichten ARD-Auslandskorrespondenten eigens für Kinder von Geschehnissen aus aller Welt. Für die heutige Sendung, die Ulrich Wickert moderiert, sind Berichte über Nicaragua, Japan und Sierra Leone vorgesehen.
17.25 Starmaus
Eine geheime Forschungsreise (1)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Krieg der Bomber
Letzter Teil
Dresden: Apokalypse am Aschermittwoch
21.00 Bei Bio
Heute zu Gast bei Alfred Biolek: Shirley Bassey, Nana Mouskouri, Horst Wackerbart, Hape Kerkeling *u.a.*
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra – aus Seefeld
Nordische Ski-WM
23.30 Der Schatz des Priamos (1)
Film von Karl Fruchtmann
Nachdem er seine Kindheit in Mecklenburg verlebt hat, beschließt der junge Heinrich Schliemann, sein Glück in Übersee zu versuchen. Doch Schliemann erleidet Schiffbruch.
1.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 ... doch die Mode bringt's hervor
Zur Kulturgeschichte der Kleidung: Baumwolle
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Höhlenkinder
4. Teil: Der Schatten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Prost Helmut!
Diane, die neue Kellnerin in Huberts Lokal, kann es nicht fassen: Da versucht doch glatt eine kesse Blondine, mit ihrem Chef anzubandeln. Obwohl Diane mit Hubert eigentlich nur geschäftlich verkehrt, läßt sie ihrer Eifersucht freien Lauf, was Hubert allerdings *recht amüsant findet.*
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Hans Rosenthal bittet diesmal Herbert Herrmann und Susanne Uhlen, Karl-Heinz Radschinsky und Ulrike Holmer, Jürgen von der Lippe und Reinhard Fendrich sowie Ernst Gollner und Hemjö Klein zum Kampf um Ehre und Punkte.
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Wunschkinder auf Bestellung – Vom „Retortenbaby" bis zur Leihmutter
21.45 heute journal
22.05 Bürger fragen Martin Bangemann
Live aus einem Handwerksbetrieb in Helmstedt
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
23.20 Lieb Vaterland magst ruhig sein
Deutscher Spielfilm (1975) nach dem Roman von Johannes Mario Simmel
Mit Heinz Domez, Catherine Allégret, Günter Pfitzmann, Margot Werner u.a.
Regie: Roland Klick
0.50 heute



Schon als Kind ist Heinrich Schliemann (Micha Prückner) besessen von der Idee, die Stadt Troja zu finden (Der Schatz des Priamos – ARD, 23.30 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 *Tagesschau*
20.15 Wildes Blut
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Jennifer Jones, Charlton Heston, Karl Malden u. a.
Regie: King Vidor
21.35 Filmtip
21.45 Der Millionen-Coup
Wirtschaftsspionage
22.15 Kulturszene
23.00 Europa mit fremden Augen
Drei Schriftstellerinnen aus der Dritten Welt in Köln
23.30 Tips für Leser
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Formel Eins
19.15 In der Tundra Kanadas
Aus der Serie „Wo Tiere noch unter sich sind"
20.00 *Tagesschau*
20.15 Wildes Blut
Amerikanischer Spielfilm (1953)
21.35 Bücherjournal
22.25 Musik im III.
Promenaden-Konzert
Melodien von Rezniček, Meyerbeer, Nico Dostal u. a.
23.55 Nachrichten

HESSEN

18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
19.05 Autoreport
19.20 Die Zeitmaschine
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Rod Taylor u. a.
21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Bild der Woche
21.55 Blickpunkt Ausland
22.40 Malu (4)

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der Traum der Schwestern Pechstein
Film von Nina Grosse
20.25 Hugo
Trickfilm
20.30 Der Maler Albert Haueisen
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Zu Gast
Wollt ihr Politiker denn nicht endlich etwas tun? – Waldsterben im Schwarzwald
22.30 Eugen Bolz
Staatsmann und Widerstandskämpfer – Vor vierzig Jahren ermordet
23.00 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Kulturkalender
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 Die Steine des Pflasterkönigs
Der Bildhauer Leo Kornbrust

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der Familienvater
Fernsehspiel von John Galsworthy
20.25 Die Leningrader Eisshow
20.45 Ein Pfarrer für 1200 Betten
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Party Girl
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Robert Taylor u. a.
23.25 Rundschau
23.30 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Das große Mißverständnis
15.00 Siehste!
Papick
Mit 11 Jahren per Ski auf den Mont Blanc
Dokumentarfilm
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Vom Unglück verfolgt
17.00 Simon Templar
und das Double vom Tod
18.00 Fauna Iberica
Die kleinen Räuber
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Hurra, wir sind mal wieder Junggesellen
Deutscher Spielfilm (1970)
Mit Georg Thomalla, Terry Torday, Peer Schmidt, Hannelore Elsner, Agnes Windeck, Ricky Shane u. a.
Regie: Harald Philipp
Während Rechtsanwalt Jochen Brinkmann mit den Freunden Willi und Georg seine dritte „glückliche" Scheidung feiert, sinnt seine letzte Ehefrau Susika auf Rache: Gemeinsam mit ihren Vorgängerinnen Maria und Inge heckt sie einen bösen Plan aus ... Ein Höhepunkt für Freunde der Komödie.
20.00 High Chaparral
Ein Bursche namens Killroy
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 *Die Luftschlacht um England*
Englischer Spielfilm (1969)
Mit Michael Caine, Trevor Howard, Kenneth More, Michael Redgrave, Curd Jürgens
Regie: William A. Graham
Mit vielen Details und atemberaubenden Luftschlachtaufnahmen schildert dieser Film eine dramatische Phase der jüngsten Zeitgeschichte.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Auf der Suche nach Torfmoorholm
Ein Bericht über das Leben auf dem Lande
19.00 heute
19.30 Derrick
Zeichen der Gewalt
Von Herbert Reinecker
20.30 Krebs – Schlüssel zur Heilung
1. Auf der Suche nach neuen Konzepten
Eine Dokumentation von Marlene Linke
„Dieser Film soll Mut machen, andererseits auf keinen Fall falsche Hoffnungen bei Krebskranken und ihren Angehörigen wecken." Das sagt die Medizinjournalistin Marlene Linke nach dreijähriger Arbeit an ihrer vierten Filmdokumentation über Krebs.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
22.30 Traum auf rotem Kanapee
Henri Rousseau – der Vater der Naiven
Film von Claus Hermans
3SAT-Nachrichten

Versorgung mit Energie bleibt gesichert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Auch bei einer neuen Kältewelle oder einer Frostverschärfung bleibt die Energieversorgung ohne nennenswerte Probleme gesichert. Darauf hat gestern der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, vor dem Wirtschaftsausschuß des Bundestages hingewiesen.

Beim Mineralöl habe es während der jüngsten Kälteperiode nur vorübergehende regional begrenzte Schwierigkeiten gegeben, obwohl die Auslieferungen in der ersten Januar-Hälfte bei leichtem Heizöl um rund 75 Prozent höher als im Vorjahr lagen. Die Raffinerien stünden vor dem Problem, die Heizölproduktion dem gestiegenen Bedarf anzupassen, weil für das gleichzeitig als Kuppelprodukt anfallende Benzin wegen des strengen Winters kein ausreichender Absatz besteht. Der Preisanstieg für Heizöl habe sich im Rahmen dessen bewegt, was auf den internationalen Märkten mehr bezahlt werden mußte.

Der Gasverbrauch habe in den vergangenen Wochen zeitweise um rund 20 Prozent höher als im Vorjahr gelegen. Trotz zeitlich begrenzter Minderlieferungen aus der Sowjetunion seien Versorgungsprobleme nicht aufgetreten. Die Gasversorgungsunternehmen hätten auf erhöhte Bezüge aus anderen Lieferländern und aus der deutschen Förderung zurückgreifen können. Um die Nachfrage im Haushaltsbereich zu decken, seien die Lieferungen an Firmen unterbrochen worden.

Die Kohleversorgung laufe reibungslos. Auch die Stromversorgung sei trotz eines erheblichen Anstiegs der Nachfrage zu jedem Zeitpunkt gesichert gewesen. Immerhin habe die höchste Inanspruchnahme der Kraftwerkskapazitäten (Höchstlast) um rund zehn Prozent höher gelegen als im Winter zuvor.

Da Strom nicht speicherbar ist, müßten für Zeiten besonders hoher Nachfrage Reservekapazitäten vorgehalten werden. Der Vorwurf an die Versorgungsunternehmen, sie hätten zu große Kapazitäten gehalten, sei in den letzten Wochen eindrucksvoll widerlegt worden. Ein Verzicht auf die Kernkraftwerke, wie von den Grünen gefordert, hätte in diesem Winter zu regionalen Versorgungsstörungen geführt.

Fahrverbot war auch im Krisenstab umstritten

Aber Farthmann verteidigt Verhalten bei Smog-Alarm

gur. Frankfurt

Der Direktor des Medizinischen Instituts für Umwelthygiene in Düsseldorf, Professor Hans-Werner Schlipköter, hat eingeräumt, daß die Stillegung des Autoverkehrs im Ruhrgebiet auch im Krisenstab für den Smog-Alarm umstritten war. Es habe sich im wesentlichen um einen Schwefeldioxid- und Staub-Smog gehandelt, der nicht aus den Autoabgasen, sondern aus den Emissionen der Industrie entstanden sei. Die Schadstoffe aus den Autoabgasen, Kohlenmonoxid und Stickstoffdioxid, hätten weit unter den Grenzwerten selbst für die Vorwarnstufe für Smog-Alarm gelegen.

Starre Verordnung

Nach der novellierten nordrhein-westfälischen Smog-Verordnung, so Schlipköter, sei freilich die Stillegung des Autoverkehrs ohne Rücksicht auf die jeweilige Situation starr vorgeschrieben. Die Starrheit habe den Vorteil, daß nicht um Ausnahmen gefeilscht werden könne. Dennoch setze er sich für eine größere Flexibilität ein, weil dann der jeweilige Smog sehr viel gezielter bekämpft werden könne. Schlipköter, der als Berater der nordrhein-westfälischen Regierung für Luftreinhaltungsfragen und als „Vater" der neuen Grenzwerte gilt, die in den Musterentwurf einer Smog-Verordnung für alle Bundesländer eingegangen sind, hatte dem Krisenstab in den entscheidenden Tagen angehört.

Der 60jährige Mediziner nannte es im Gespräch mit der WELT „enorm beeindruckend", wie die Maßnahmen des Smog-Alarms gegriffen hätten: „Die Wetterlage verschlechterte sich, aber die Werte gingen runter." Allerdings werde sich erst in der Auswertung zeigen, „ob die Durchführung der Maßnahmen wirklich so hervorragend war". Die gesundheitlichen Daten der Bevölkerung würden sowohl von den Gesundheitsämtern als auch von der Akademie für Staatsmedizin sowie seinem Institut analysiert.

Bereits jetzt ergäben sich jedoch Anhaltspunkte für Gesundheitsstörungen. Wenn allerdings gefragt würde: „Wo sind die Toten?" so sei das zynisch. Eine solche Frage hätte nur Sinn gehabt, wenn keine Smog-Pläne bestanden hätten. Schlipköter: „Dieses Experiment möchte ich nicht machen."

*

py. Düsseldorf

Die mit einer Dauer von sechs Tagen längste Smog-Periode seit 1962 ist nach Ansicht des Düsseldorfer Gesundheitsministers Professor Farthmann (SPD) insgesamt „sehr erfolgreich" bewältigt worden. Die genau am Tage ihres Inkrafttretens angewandte Smog-Verordnung habe sich als wirksamer Schutz für die Gesundheit erwiesen.

Der Minister würdigte gestern ausdrücklich das rücksichtsvoll-solidarische Verhalten der Bürger und lobte die Haltung der Industriebetriebe im westlichen Ruhrgebiet, die schon in der Alarmstufe I (Vorwarnung) teilweise ihre Produktion „ohne Wenn und Aber" reduziert hätten. Die Kraftwerke hätten ebenfalls rechtzeitig eine Umstellung vorbereitet, was angesichts festgefrorener Kohlevorräte nicht leicht gewesen sei.

Im Gewerbeaufsichtsamts-Bezirk Duisburg etwa seien 271 von 433 stark emittierenden Anlagen stillgelegt, 90 weitere teilweise bis zur kritischen Grenze (Kokereien) heruntergefahren worden, 72 hätten weiterbetrieben werden dürfen.

„Aufgeregte Debatte"

Sicherlich sei, so Farthmann, den Unternehmen in der besonders kritischen Phase das in der Regel arbeitsfreie Wochenende zu Hilfe gekommen. Im Gegensatz zu 1962, als 156 zusätzliche Sterbefälle aufgrund von Herzkreislauf- und Bronchialerkrankungen gezählt wurden, sei in den Städten und Kreisen der Smog-Gebiete keine Häufung von Krankentransporten und Arztbesuchen festzustellen gewesen.

Farthmann teilt nicht die „aufgeregten Diskussionen" über einen Image-Verlust des Ruhrgebiets. Er bestätigte aber, daß er beim Übergang von der Alarmstufe I zur Stufe II gegen die Mehrheit des Krisenstabs entschieden habe. Es sei juristisch zu klären, ob die Überschreitung von 1,403 mg Schwefeldioxid eine Überschreitung des Grenzwerts von 1,4 mg sei. Der Übergang zur Stufe III sei einstimmig beschlossen worden, hier lasse die neue Verordnung auch keinen Ermessensspielraum.

„Ernsthafter Verhandlungswille"

Tschernenko: Konstruktive Position / Reagan: Konkrete Abrüstungsvorschläge

AFP/dpa, Moskau/Washington

Die Sowjetunion will bei den bevorstehenden Abrüstungsgesprächen mit den USA „ernsthaft und konstruktiv" verhandeln. Dies versicherte gestern der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko. In seiner von der amtlichen Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Grußbotschaft an eine in Moskau tagende Konferenz sowjetischer „Friedenskämpfer" hieß es ferner: „Es gibt heute keine wichtigere Aufgabe als die, die Entfesselung eines Atomkriegs zu verhindern." Der Weg dazu sei „die Abwendung des Wettrüstens im All bei einer gleichzeitigen Entwicklung zur radikalen Einschränkung der Kernwaffen bis zu ihrer vollständigen Beseitigung". Aus diesem Grunde habe die UdSSR „die Initiative zur Eröffnung der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Weltraum- und Atomwaffen" ergriffen. Tschernenko betonte seine Erwartung, daß die Vereinigten Staaten „ebenfalls eine ehrliche und verantwortliche Annäherung der Probleme zeigen werden".

Die Botschaft Tschernenkos wurde von Tass als „Dringend"-Depesche veröffentlicht. Dieses für derartige Erklärungen ungewöhnliche Verfahren hat nach Ansicht der Beobachter wesentlich zum Ziel, die politische Präsenz des offensichtlich kranken Kreml-Führers zu betonen, der seit dem 27. Dezember nicht mehr öffentlich aufgetreten ist.

Wenige Stunden zuvor hatte die sowjetische Nachrichtenagentur dagegen die USA erneut vor der Entwicklung von Weltraumwaffen gewarnt. Ihr Kommentator für Militärfragen, Tschernyschew, schrieb, die Sowjetunion werde die anstehenden Verhandlungen verlassen, sobald das von Präsident Reagan lancierte Programm des „Kriegs der Sterne" zur Anwendung gelange. Damit würden die Amerikaner die in Genf erreichte Absprache für Verhandlungen zur Abwendung einer Militarisierung des Weltraums verletzen, betonte Tass.

Nach Angaben von US-Präsident Ronald Reagan hat die UdSSR bisher noch nicht auf die amerikanischen Vorschläge zu einem Gesprächstermin und einem Verhandlungsort geantwortet. US-Präsident Reagan hatte am Dienstag als erste Handlung der neuen Amtszeit mit dem neuen amerikanischen Team bei den kommenden Verhandlungen konferiert. Anschließend versicherte er in einer schriftlichen Erklärung, die USA würden „konkrete Ideen auf den Verhandlungstisch legen". Der Präsident bekräftigte seinen Willen, ein Abkommen zu erreichen, „das den Interessen unserer beiden Länder entspricht, die Sicherheit unserer Verbündeten erhöht und die internationale Stabilität verstärkt". Die US-Regierung hoffe, daß die sowjetische Seite eine „genauso konstruktive Haltung einnehmen" werde.

Die Ergebnisse der Genfer Gespräche werden nach Darstellung des sowjetischen Parteiorgans „Prawda" in westeuropäischen Ländern mit „großer Befriedigung und vorsichtigem Optimismus" betrachtet. Die sowjetisch-amerikanische Vereinbarung, Probleme der Weltraum- und nuklearen Raketenwaffen „in ihren gegenseitigen Beziehungen" zu erörtern, würde in diesen Ländern als „ein Schritt in die richtige Richtung" gesehen.

Glemp will den Agrarhilfe-Fonds retten

Die polnische Bischofskonferenz entsendet jetzt Delegationen in den Westen

JGG. Bonn

Der polnische Episkopat bemüht sich derzeit, das Projekt eines Hilfsfonds für die private Landwirtschaft im Lande zu retten. Nacheinander hatten in den vergangenen Tagen Regierungssprecher Jerzy Urban, der Landwirtschaftsexperte Professor Ryszard Manteuffel und die Zeitschrift „Perspektywy" mit teils ablehnendem teils ironischem Unterton zu dem Vorhaben Stellung genommen, das von westeuropäischen Bischofskonferenzen initiiert worden war. Offensichtlich ist das Projekt zu einer Art Prestigesache für Primas Kardinal Glemp geworden. Aus polnischen Vatikankreisen wurde jetzt ein Aktionsprogramm der Bischofskonferenz bekannt, das vom Heiligen Stuhl unterstützt wird.

So soll beim nächsten Treffen zwischen General Jaruzelski und Primas Glemp das umstrittene Thema der Besteuerung des Agrarfonds ein Hauptthema sein. Von der gemischten Kommission Staat-Kirche soll die Begegnung am vergangenen Dienstag vorbereitet worden sein. Die Kirche plädiert beim Landwirtschaftshilfsprogramm energisch für eine Steuerbefreiung.

Am 27. Januar fliegen die Vertreter des Gründungskomitees für den Fonds, Pater Alojzy Orszulik, und der Agrarexperte Andrzej Stelmachowski auf Vermittlung des Vatikan nach Sidney, um dort in Sachen Agrarfonds mit Vertretern der australischen Regierung zu verhandeln. Für den 30. Januar ist ein Treffen mit dem australischen Außenminister in Melbourne festgelegt worden.

Vom 12. bis 22. Februar sind Orszulik und Stelmachowski Gäste der katholischen Kirche in Tokio, die sich auch am Projekt beteiligen will. Von polnischer Seite wird auf die engen Beziehungen des Erzbistums Köln sowie des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Kölner Erzbischofs, Joseph Kardinal Höffner, zur Diözese Tokio hingewiesen.

Am 23. Februar treffen die beiden Polen in Frankfurt/Main ein, einen Tag später in der Bundeshauptstadt Bonn. Sie werden in der Bundesrepublik Deutschland sowohl mit Vertretern der katholischen Kirche als auch der Bundesregierung und der Parteien sprechen, heißt es dazu aus Rom.

Vom 25. bis 27. Februar werden sich schließlich Orszulik und Stelmachowski in Brüssel bei der EG aufhalten. Etwa zur gleichen Zeit wollen die Professoren Soltynski und Trzeciakowski, Mitglieder des polnischen „Primas-Beirates", zehn Tage lang in der Brüsseler EG-Zentrale „technische Erkenntnisse gewinnen".

Angesichts der Weigerung in Großbritannien, den Kirchenfonds zu unterstützen, bemerkte das Wochenblatt „Perspektywy" höhnisch: „Die Initiatoren des Landwirtschaftsfonds ließen sich zu einer Aktion verleiten, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war." Dem Westen wurde vorgeworfen, Propaganda gegen die Regierung in Warschau im Sinn gehabt zu haben.

Polizei sucht RAF-Mitglieder in Frankfurt

dpa, Frankfurt

Die Frankfurter Kriminalpolizei hat gestern die Fahndung des Bundeskriminalamtes (BKA) nach zehn neuen mutmaßlichen Mitgliedern der terroristischen Gewaltszene auf Frankfurt konzentriert. Sie bat vor allem Wohnungsvermittler um Mithilfe, da zu vermuten sei, daß auch die neuen RAF-Mitglieder sich in der Main-Metropole oder im Rhein-Main-Gebiet Wohnungen beschafften.

Die RAF-Mitglieder nehmen vor allem zu Vermietern Kontakt auf, die ihre Wohnung in Zeitungsanzeigen anbieten. Kautionsforderungen begleichen sie sofort; die Mietzahlungen werden meist als Bareinzahlung bei Banken und Postämtern vereinbart, gelegentlich auch direkt beim Vermieter.

Im Fahndungsaufruf wird darauf hingewiesen, daß vor allem weibliche Mitglieder der RAF sich schon mehrfach an Studenten gewandt haben, die eine Mitfahrgelegenheit für eine Urlaubsreise anboten. Diese Studenten wurden gebeten, für die Dauer der Urlaubsreise ihre Wohnung zur Verfügung zu stellen. Angeblich, weil wegen Schwierigkeiten mit dem „Partner" kurzfristig ein neues Dach gesucht wird.

Gleichzeitig hat sich die Frankfurter Kriminalpolizei gestern an Kraftfahrzeug-Vermieter um Mithilfe bei der Fahndung gewandt. Nach bisherigen Erkenntnissen der Fahnder werden bei der Beschaffung von Kraftfahrzeugen überwiegend kleinere Mietwagenfirmen bevorzugt.

Auslieferung Mengeles gefordert

lz. Günzburg

Anläßlich des bevorstehenden Besuchs des Staatschefs von Paraguay, Alfredo Stroessner, in der Bundesrepublik Deutschland hat der Leiter der Dokumentationsstelle in Haifa für Verbrechen der Nationalsozialisten, Tuviah Friedmann, gestern auf einer Demonstration an Bundespräsident Richard von Weizsäcker, an die Bundesregierung und US-Präsident Ronald Reagan appelliert, sich für die Auslieferung des ehemaligen KZ-Arztes Josef Mengele einzusetzen. Mengele soll zwischen den USA und Paraguay hin- und herpendeln.

NACHRICHTEN

Wetter als Gegner

Todtnau (sid) – Auch der zweite Versuch, den Weltcup-Slalom von Todtnau stattfinden zu lassen, ist gestern wegen Regens gescheitert. Die Rennen in Garmisch-Partenkirchen sind gefährdet. – Das für Samstag angesetzte Nachholspiel der Fußball-Bundesliga zwischen Bielefeld und Dortmund wurde abgesagt.

Rekord ungültig

New York (sid) – Die Marathon-Bestleistung des Amerikaners Alberto Salazar (2:08,13 Stunden, gelaufen im Oktober in New York) wird nicht anerkannt. Die Strecke war zu kurz.

Entscheidungsspiel

Frankfurt (sid) – Bamberg und Heidelberg sollen in einem Entscheidungsspiel bis zum 2. Februar den achten Teilnehmer an der Zwischenrunde der Basketball-Bundesliga ermitteln. Das entschied das Schiedsgericht des Verbandes.

Trainer entlassen

Bergkamen (sid) – Handball-Bundesligaverein Bergkamen entließ Trainer Herbert Wittchen. Nachfolger ist der ehemalige rumänische Nationalspieler Konstantin Tudosie (34).

Bellof Letzter

Estoril (sid) – Stefan Bellof fuhr bei Testfahrten auf dem Kurs von Estoril, wo am 21. April der zweite Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft stattfindet mit seinem Tyrrel-Ford die schwächste Zeit (1:29,82). Mit 1:24,91 Minuten war der Italiener Michele Alboreto auf Ferrari der Schnellste.

ZAHLEN

SKI NORDISCH

Weltmeisterschaft in Seefeld, 4 x 5 km-Staffel, Damen: 1. UdSSR (Tichonowa, Smetanina, Wassiltschenko, Romanowa) 1:04:50,0, 2. Norwegen 1:04:58,8, 3. „DDR" 1:05:57,0, 4. Finnland 1:06:32,0, ... 11. Bundesrepublik Deutschland (Rombach, Jäger, Buhl, Kademann) 1:12:52,3.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Stadtauswahl Tel Aviv – Hamburger SV 2:3, Freising – Bayern München 0:8. – Junioren-Turnier in Moskau: UdSSR I – Deutschland 1:0, UdSSR II – Polen 1:1, Belgien – Frankreich 1:1. – Endstand: 1. UdSSR I, 2. UdSSR II, 3. Frankreich, 4. Deutschland, 5. Belgien, 6. Polen.

HANDBALL

Bundesliga, Damen: VfL Engelskirchen – Bayer Leverkusen 17:19.

TENNIS

Hallen-Meisterschaften der USA in Philadelphia, 2. Runde: Edberg (Schweden) – Becker (Deutschland) 6:3, 6:1. – Damen-Turnier in Kay Biscayne, erste Runde: Bunge (deutschland) – Fairbank (Südafrika) 6:1, 6:3.

TISCHTENNIS / Jüngste Nationalspielerin zwischen Schule und Sport

Ziel der 14 Jahre alten Katja Nolten: „Weltklasse. Das kann es schon sein"

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Die Ereignisse überschlagen sich: gestern Europaliga im ungarischen Kecskemet, heute Rückflug nach Frankfurt, morgen Zeugnisse in Erkelenz, Sonntag Bundesliga in Duisburg. Das ist der Terminplan der 14 Jahre alten Katja Nolten aus Wassenberg an der holländischen Grenze.

Gestern bestritt sie ihr erstes Länderspiel in Ungarn (Ergebnis lag bei Redaktionsschluß nicht vor). Sie wird als die jüngste Nationalspielerin in die Annalen des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) eingehen. Spätestens seit ihrem zweiten Platz bei der Jugend-Europameisterschaft im Sommer wird sie als Deutschlands größtes Talent gefeiert. Doch Eva Jeler (34), für den Nachwuchs zuständige Bundestrainerin, mag den Superlativ nicht gelten lassen: „Talent kann man nicht in Kilo messen. Deutschland hat immer viele Talente gehabt. Aber es wurde für sie nicht genug gesorgt. Katja ist ein großes Talent, aber ob sie nur in der nationalen Spitze oder in der Weltklasse mitspielen wird, das ist eine Frage der Entscheidung von Katja selbst."

Eva Jeler plädiert für einen Wechsel in das neue internatsähnliche Tischtennis-Zentrum, das am 1. Februar in Duisburg eröffnet wird: „Katja vergeudet zu viel Zeit mit den langen Anfahrten zum Training. Sie ist jetzt in einer entscheidenden Phase ihrer Entwicklung und braucht einen qualifizierten Trainer, der sie ständig betreut. Sie wird sich bald entscheiden müssen. Duisburg ist die einzige Möglichkeit, wenn sie einmal ganz oben mitspielen will."

Will Katja überhaupt ganz nach oben? Was ist ihr sportliches Ziel? „Weltklasse von mir aus. Das kann's schon sein", meint sie unbekümmert. Und dann, etwas ernster: „Ich muß aber erst sehen, ob das geht: Schule und Tischtennis. Ich muß ja auch noch studieren." Muß? „Na, als Frau, da kann man doch kein Geld verdienen mit Tischtennis." Und womit will sie Geld verdienen? „Ich will Betriebswirtschaft oder so was studieren. Und dann Steuerberater werden." Steuerberater? Warum will ein 14jähriges Mädchen mit außergewöhnlichem Talent ausgerechnet Steuerberater werden? Vielleicht, weil es einen Bruder hat, der Katjas möglichen Werdegang bereits vorgelebt hat. Vor zehn Jahren galt Hans-Joachim Nolten (26) als eine der größten deutschen Tischtennis-Hoffnungen. Mit dem sogenannten Düsseldorfer Modell (Halbprofitum und gleichzeitige Berufsausbildung) sollte eine neue Ära in der Nachwuchsförderung des DTTB beginnen. Doch der Versuch mit Nolten und Ralf Wosik (damals 16) brachte nicht die erhofften Ergebnisse. Nolten spielt jetzt in Bayreuth und hat inzwischen „einen Beruf, der mir ungeheuren Spaß macht". Er schulte vom Sportartikelkaufmann auf Steuerberatergehilfe um und will sich noch zum selbständigen Steuerberater qualifizieren.

Vor diesem Hintergrund sind Katjas Skepsis und Berufsziel zu verstehen. Sie hat miterlebt, daß sportlicher Erfolg nicht programmierbar ist. Deshalb hat sie nein gesagt, als die Chinesen ihr 1983 nach einem Trainingsaufenthalt anboten, noch länger dazubleiben. Deshalb schlug sie auch das Angebot des ATSV Saarbrücken aus und ging nach Duisburg-Kaiserberg.

„Ob ich in das Tischtennis-Zentrum gehe, weiß ich noch nicht. Im Moment nicht. Vielleicht im Sommer." Da ist wieder die Bestimmtheit in der Stimme, das gleiche Selbstbewußtsein wie bei dem Satz „Ich will Steuerberater werden." Da hat sich etwas übertragen vom sportlichen Selbstbewußtsein auf das private. Die Kluft zwischen ihren beiden Welten Schule und Hochleistungssport ist kleiner geworden. Ruhig, zurückhaltend, manchmal etwas unsicher und vielleicht eine Spur zu ernst – so kennen sie die Mitschülerinnen im Mädchen-Gymnasium Erkelenz. Ihre Gegnerinnen aber kennen eine andere Katja. Wenn sie an die Platte tritt, hat sie plötzlich nichts mehr von einem Kind. Dann legt sie ihre Zurückhaltung ab wie eine Zwangsjacke, bewegt sich frei, souverän, entschlossen, temperamentvoll und sicher. Von einer Minute auf die andere wirkt sie erwachsen. Steht da und fixiert die Gegnerin mit blitzenden Augen. Herausfordernder Blick unter dem dunkelhaarigen Bubikopf, unbändiger Siegeswille in jeder Faser ihres 175 cm großen Körpers. Sie mag nicht verlieren, läßt sich auf kein taktisches Geplänkel ein, will immer die schnelle Entscheidung. Jeder Schlag ein Angriff. Das kann sie. Das hat sie gelernt, seit sie mit fünf Jahren erstmals an der Platte stand. Als Achtjährige wurde sie zum Senior erklärt, mit elf Jahren spielte sie in der 2. Bundesliga. Sie trainiert mit Jungen, die ihr oft „viel zu lahm" sind.

Ein Wunderkind? Was denkt sie selbst über sich und ihre Erfolge? „Ach, ich weiß nicht. Das ist doch alles ganz normal." Mit dem Sport und seinen Gesetzmäßigkeiten ist sie groß geworden. Bei 60 Tagen Lehrgängen pro Jahr, bei drei bis vier Stunden täglichem Training und den langen Anfahrtwegen zu den Trainingsstätten nach Jülich, Düsseldorf und Duisburg wurden andere Interessen gar nicht erst geweckt. Deshalb konnte sie auch die Frage eines Fernsehreporters nicht beantworten, ob sie bereit sei, Opfer zu bringen, um ganz nach oben zu kommen und was sie dafür aufgeben würde. Diese Frage verstand sie nicht. Was sollte sie denn auch antworten, wo es für sie seit Jahren nichts anderes gibt als Tischtennis ...

MOTORSPORT / Kritik an Rallye Paris–Dakar

Stattlicher Lohn für „Zwerg Rase" Rahier

dpa/sid, Dakar

Die vielen Möchtegerns, zum Beispiel Caroline von Monaco und Mann, wurden vom Sandsturm verblasen oder von Felsbrocken aus der Bahn und dem Rennen geworfen, die unter dem Wüstenstaub lagen. Aber hochbezahlten Profis ging es mit ihren von den Werken betreuten Autos und Motorrädern auch nicht anders: Die 7. Rallye Paris–Dakar, für einige so etwas wie eine 22-Tage-Flucht vor dem Alltag, für andere ein groß angelegter Werbefeldzug, war die bislang härteste Auflage des 14 000 Kilometer langen Wüstenrennens. Am Ende waren in Dakar von den rund 400 in Paris gestarteten Automobilen nur noch 150 übrig, von den 150 Motorrädern kamen gar nur 29 ins Ziel.

Die Serie der deutschen Doppelerfolge in der Motorrad- und Pkw-Wertung (1983: BMW und Mercedes, 1984: BMW und Porsche) setzte sich nicht fort. Aber der Belgier Gaston Rahier, Vorjahrssieger und Werksfahrer bei BMW, lenkte sein Motorrad wieder zum Sieg und wahrte den guten Ruf des „Made in Germany". Erst vier Tage vor Dakar hatte der nur 1,64 m große Rahier, Spitzname „Däumling" oder „Zwerg Rase", die Führung übernommen, am Ende hatte er fast eine Stunde Vorsprung. Sein Lohn: eine sechsstellige Gage vom Arbeitgeber in München.

Auch in der Lkw-Wertung gab es durch den Fabrikanten Karl-Friedrich Capito aus Neunkirchen im Siegerland und seinem Sohn Jost einen deutschen Erfolg. Sie fuhren einen privaten Mercedes-Unimog, mit dem sie in der Automobil-Wertung sogar noch Platz elf belegt hätten.

Die deutschen Autos gingen nach dem Ausfall der drei Werks-Porsche und der beiden Opel Manta, die sich lange wacker hielten, leer aus. Hier gab es einen beinahe totalen japanischen Triumph. Zwei aufgemotzte Versionen des Mitsubishi-Pajero landeten vor zwei Toyotas (Sieger der Franzose Patrick Zaniroli). Mitsubishi schaltete daraufhin bei der Sportfachzeitung „L' Equipe" eine ganzseitige Anzeige. Der Text: „Wir entschuldigen uns bei unseren ehrenwerten Konkurrenten für die Unverfrorenheit, mit der wir die Siege häufen."

Das deutet auf den wirtschaftlichen Hintergrund der umstrittenen Rallye hin. In Afrika wurde das Spektakel oft als „neokolonialistisches Abenteuer" bezeichnet. Die Kritik wuchs, als in Niger ein kleines Kind vor den Wagen des Japaners Masara Kubota lief und tödlich verletzt wurde. Die Zeitung „Le Soleil" versuchte in einer Karikatur den Kern der Kritik zu treffen: Vor den Augen verdutzter Franzosen zieht eine Gruppe Afrikaner in zerlumpten Kleidern mit Handkarren durch den Pariser Triumphbogen – am Ziel der „Rallye Dakar–Paris". Wichtigster Punkt der Kritik an allen Teilnehmern ist der Vorwurf, sie würden achtlos mit ihren teuren Gefährten durch Hungergebiete rasen.

Ein Vorwurf, der zumindest für vier Lkw nicht zutrifft, die Hilfsgüter in die notleidenden Regionen Afrikas transportierten. Der Münchner Jürgen König hatte (eine Spende der deutschen Pharma-Industrie) Medikamente im Wert von 100 000 Mark geladen, die drei anderen Lkw brachten landwirtschaftliche Geräte, Hospitaleinrichtungen und Wasserpumpen mit. Die Wagen wurden im Ziel Hilfsorganisationen übergeben. Der am letzten Freitag ausgeschiedene Opel-Werksfahrer Erwin Weber berichtete, daß Lebensmittel, die als Bestandteile deutscher Entwicklungshilfe gekennzeichnet waren, von Afrikanern an Rallye-Teilnehmer verkauft wurden ...

FUSSBALL

Hieronymus: Das frühe Ende einer Karriere

dpa/sid, Hamburg

Die hoffnungsvolle Karriere des Fußball-Profis Holger Hieronymus ist beendet: Der ehemalige Libero des Hamburger Sportvereins, dreimaliger A-Nationalspieler, wird in den nächsten Tagen einen Antrag auf Sport-Invalidität stellen. Am 31. März hatte er im Zweikampf mit dem Mannheimer Fritz Walter eine schwere Knieverletzung erlitten. „Das Krachen im linken Knie werde ich mein Leben lang nicht vergessen," erinnert sich Hieronymus. Kreuz- und Innenband sowie der Meniskus waren gerissen, der Knorpel deformiert. „Wir müssen sehen, daß er überhaupt wieder laufen kann," hatte Mannschaftsarzt Matthies damals nach dreistündiger Operation gesagt.

Inzwischen kann Holger Hierronymus wieder ohne Schmerzen gehen. An Fußball aber ist nicht mehr zu denken, das linke Knie kann er nur unter Schmerzen belasten. Das vor einigen Wochen begonnene Aufbau-Training für den Comeback-Versuch hat er wieder abgebrochen: „Das Leben geht auch so weiter. Ich habe keinen Grund, besorgt in die Zukunft zu sehen. Ich habe dem Fußball viel zu verdanken. Ich habe in dieser Zeit so viel gelernt wie andere vielleicht in 50 Jahren."

Materielle Sorgen muß er sich nicht machen. 100 000 Mark erhält er durch die Pflichtversicherung, 300 000 weitere Mark aus einer Privatversicherung. Auch berufliche Pläne hat er bereits: „Seit Mitte letzten Jahres habe ich bereits zweigleisig geplant." Möglicherweise wird er Geschäftsführer eines Sport-Centers in Hamburg. Vielleicht bleibt er aber auch beim HSV, für den er 121 Spiele bestritt, mit dem er zweimal Deutscher Meister und Europacupsieger wurde. Noch in diesem Jahr will Holger Hieronymus die Trainerlizenz machen. „Ich könnte mir eine Tätigkeit im Nachwuchsbereich sehr gut vorstellen. Es würde mir Spaß bringen, mit jungen Spielern zu arbeiten."

„Im Fall Hieronymus zeigt sich die ganze Tragik eines Fußball-Profis. Er hatte die Zukunft ja noch vor sich," bedauert HSV-Manager Günter Netzer. Er sucht jetzt einen neuen Libero. Präsident Klein will dafür die Summe von 700 000 Mark verwenden, die der HSV als Entschädigung aus der Versicherung erhält. Der künftige Manager Magath: „Ein großer Verlust für uns. Das habe ich erst festgestellt, als er nicht mehr da war. Mit ihm hat zum Beispiel unsere Abseitsfalle erheblich besser geklappt."

STAND ● PUNKT / Zwei wahren ihr Gesicht, wieder einmal verliert der Fan

Das Düsseldorfer Oberlandesgericht glaubt, im Interesse der Fußball-Fans zu handeln. Es verbot dem 1. FC Köln, für das Europapokalspiel gegen Inter Mailand am 20. März mehr als 25 000 Eintrittskarten zu verkaufen, die mit einer Karte für das Bundesligaspiel gegen Braunschweig gekoppelt sind. Begründung: Der Verein nimmt in dieser Situation eine marktbeherrschende Stellung ein, die mißbräuchlich ausgenutzt werde.

Kölns Klubanwalt und Vorstandsmitglied Bernd Schäfer behauptet ebenfalls, das Wohl der Fans im Sinn zu haben. Er ist der Auffassung, daß keine Zwangskoppelung vorliegt und daß das sogenannte Koppelgeschäft der bevorzugten Bedienung des Stammpublikums diene.

Eine eigenwillige Vorstellung von Entgegenkommen: Zuerst werden die Eintrittspreise für das Spiel gegen Mailand um einen Topzuschlag von 70 Prozent erhöht, dann werden sie noch gekoppelt mit einer Eintrittskarte für ein unattraktives Meisterschaftsspiel. So muß der Zuschauer, der nur das Europapokalspiel sehen will, fast den dreifachen Preis eines normalen Bundesligaspiels zahlen. Vom Vorsitzenden Richter des OLG wird der Klub trotzdem gelobt, weil er aus sozialen Erwägungen auf die Erhebung eines „Super-Top-Zuschlages" verzichtet. Das fiel dem 1. FC Köln leicht. Denn selbst ein Super-Topzuschlag von 100 Prozent hätte nicht so viel Gewinn erbracht wie das praktizierte Koppelungs-Geschäft. Ob der Verein nun 5000 Karten mehr oder weniger koppeln darf (und nur um 5000 Karten drehte sich der gerichtliche Streit), fällt dabei kaum noch ins Gewicht. Eher schon geht es für beide Parteien um das Prestige, sich durchgesetzt zu haben.

Der Verlierer ist ohnehin der Fan, der wieder einmal zahlen muß, nur weil sein Klub, der in schlechteren Zeiten um Treue buhlt, Los-Glück hatte.

U. H.

Zeichen der Vernunft

gil. – Nicht Unsicherheit, sondern Einsicht in die Realität einer kämpfenden Branche hat die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden dazu bewogen, in die anstehende Tarifrunde ohne eine fixierte Zahlenforderung zu gehen. Damit knüpft diese Organisation an eine mehrfach geübte Praxis früherer Jahre an.

Natürlich bedeutet der Verzicht auf Zahlen keinen Verzicht auf Einkommensverbesserungen. Die IG Bau strebt schon Lohnerhöhungen an, möglichst solche, die real die Kaufkraft verbessern. Aber auch hier hat sich der Gewerkschaftsvorsitzende Konrad Carl, der von seinen Gremien schon manchen Hieb einstecken mußte, alles offengehalten. Die Lohnerhöhung müsse die Preissteigerung ausgleichen sowie einen Anteil am Produktivitätsfortschritt bringen.

Die Gewerkschaft hätte es sich leicht machen und auf Basis regierungsamtlich verbreiteten Optimismus ein Forderungsgebäude errichten können. Es wäre mit fünf, sechs oder mehr Prozent beschildert gewesen. Dieser Versuchung, der andere Gewerkschaften bedenkenlos folgten, widerstand die Große Tarifkommission. Der übliche *Teppichhandel* von unrealistischer Forderung und notabene magerem Angebot, die unter Knirschen zu einem mehr oder weniger enttäuschenden Kompromiß gefügt werden müssen, unterbleibt. Das begrenzt den Handlungsspielraum nicht, sondern öffnet ihn.

Da in der Metallindustrie 1985 nicht über Löhne verhandelt wird, ist die vernünftige Taktik der IG Bau ein weiteres Signal dafür, daß dieses Jahr tarifpolitisch undramatisch zu werden verspricht. Das fördert den Aufschwung.

Lernprobleme

Ha (Brüssel) – Die Forderung nach der EG-Erweiterung geht den Politikern um so leichter von den Lippen, je weniger sie unangenehme Folgen für die eigene Wirtschaft befürchten müssen. Die Bundesregierung macht sogar die Aufstockung des Brüsseler Anteils an der Mehrwertsteuer von der Ratifizierung der beiden Beitrittsverträge abhängig. Interessant ist deshalb, wie die Bewohner der iberischen Halbinsel selbst über die EG-Mitgliedschaft denken. Die Einstellung der Spanier ist eindeutig positiv, die der Portugiesen erschreckend unsicher. In Spanien halten nach einem Meinungstest 60 Prozent der Befragten den Beitritt für eine gute Sache, in Portugal nur 27 Prozent. Fast jeder zweite Portugiese wußte keine Antwort. Eigentlich müßte dieses Ausmaß von Desinformation die Verantwortlichen in der EG aufhorchen lassen. Die schlechten Erfahrungen mit Briten, Griechen und Dänen sind ihnen anscheinend jedoch noch keine ausreichende Lehre gewesen.

KONJUNKTUR / Heute wird der Jahreswirtschaftsbericht abschließend beraten

Zum ersten Mal seit 1979 erwartet Bonn Rückgang der Arbeitslosenzahl

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der gesamtwirtschaftliche Erholungsprozeß hat nicht an Dynamik eingebüßt. Die Bundesrepublik steht mit Beginn des Jahres 1985 „im dritten Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs". Dieses stellt das Bundeswirtschaftsministerium in seinem jüngsten Lagebericht fest. Im Jahreswirtschaftsbericht wird mit einem Wachstum von „2,5 Prozent oder mehr", mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 100 000 und mit einem Preisanstieg im Jahresdurchschnitt von zwei Prozent gerechnet.

Unmittelbar vor den heutigen Sitzungen des Wirtschaftskabinetts und des *Konjunkturrats der öffentlichen* Hand, auf denen der Jahreswirtschaftsbericht, der am 30. Januar vom Bundeskabinett verabschiedet wird, abschließend beraten wird, weist das Bundeswirtschaftsministerium darauf hin, daß die Tarifauseinandersetzungen vom Frühjahr 1984 trotz der Produktionsverluste und der damit verbundenen Einkommensausfälle die Aufwärtsbewegung nicht beeinträchtigt hätten. Auch für dieses Jahr sind die Experten des Ministeriums recht zuversichtlich.

Nach einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 2,6 (1983: 1,3) Prozent im vergangenen Jahr rechnen sie in den Tabellen des Jahreswirtschaftsberichts für 1985 mit einem Plus von 2,5 Prozent. Im Text machen sie jedoch deutlich, daß sie einen etwas kräftigeren Anstieg für wahrscheinlich halten. Erstmals seit 1979 erwarten sie einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote, die im Jahresdurchschnitt 1984 bei 9,1 Prozent lag, dürfte unter neun Prozent sinken. Bereits im vergangenen Jahr ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren deutlich gesunken. Hier lag die Quote nur bei 7,9 Prozent.

An der Preisfront wird mit einer weiteren Beruhigung gerechnet, nachdem die Entwicklung bereits zum Jahresende auf einen ausgesprochen flachen Pfad eingeschwenkt sei. Trotz der im Herbst registrierten wechselkursbedingten Steuerungsimpulse vom Ausland her seien die Verbraucherpreise im Laufe des zweiten Halbjahres 1984 saisonbereinigt nur mit einer Jahresrate von rund zwei Prozent gestiegen. Eine Rate, die auch im Jahresdurchschnitt 1985 erwartet wird (1984: 2,4 Prozent).

Die Industrie hat nach dem Lagebericht des Wirtschaftsministeriums ihre Produktion zum Jahresende hin deutlich gesteigert. Die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes weiteten von August/September auf Oktober/November ihre Ausbringung saisonbereinigt um 3,5 Prozent aus. Das Investitionsgütergewerbe meldete sogar ein Plus von 4,5 Prozent. Damit lag die Ausbringung im Oktober/November im Verarbeitenden Gewerbe um 7,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor, im Investitionsgütersektor sogar um 11,5 Prozent. Vor allem das Ausland hat zum Jahresende verstärkt deutsche Erzeugnisse geordert, die inländischen Bestellungen waren dagegen verhalten. Insgesamt konnte das Verarbeitende Gewerbe im Oktober/November saisonbereinigt ein Prozent mehr Aufträge hereinnehmen als in den vorangegangenen beiden Monaten. Dies waren real acht Prozent mehr als im Vorjahr. Anders als das Exportgeschäft, wo die Aufträge im Oktober/November um 4,5 Prozent höher lagen als in den beiden Vormonaten, sanken die Ordereingänge aus dem Inland um 1,5 Prozent. *Dieser Rückgang wird vor allem* auf die Kaufzurückhaltung der Autofahrer zurückgeführt, bedingt durch die Diskussion um das abgasarme Auto.

Das tarifvertraglich vereinbarte Lohn- und Gehaltsniveau lag in den ersten elf Monaten 1984 nur um 2,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor, da die Tarifpartner besonderes Gewicht auf die Arbeitszeitverkürzung gelegt hatten. Effektiv wurden in den ersten zehn Monaten 23,9 Prozent mehr gezahlt. Trotzdem ging die Lohnkostenbelastung je Ausbringungseinheit gegenüber dem Vorjahr um knapp ein Prozent zurück. „Dadurch kam es zu einer spürbaren Korrektur der Ertragslage der Unternehmen", heißt es. Der private Verbrauch stieg 1984 volumenmäßig nur um 0,8 Prozent. Die Erwartung der Einzelhändler hat sich zuletzt etwas aufgehellt.

VEREINIGTE STAATEN

Wachstum erreicht höchste Zunahme seit 33 Jahren

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Gründe für das erneute Anziehen des Dollars und der Aktienkurse in den USA liegen nun klar auf der Hand: Amerikas Wirtschaft hat sich schneller als erwartet erholt; im *Gesamtjahr 1984* wuchs das Sozialprodukt real um 6,8 Prozent, verglichen mit 3,7 Prozent 1983 und minus 2,1 Prozent 1982. Es war das beste Ergebnis seit 1951, als die Wertschöpfung in den Vereinigten Staaten um 8,3 Prozent in die Höhe schoß.

Vor Journalisten ließ US-Handelsminister Malcom Baldrige keinen Zweifel daran, was die Konjunktursonne so mächtig scheinen läßt: 1981, im ersten Jahr der republikanischen Administration, machten die Steuereinnahmen des amerikanischen Bundes 19 und die Haushaltsausgaben 19,5 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Heute reicht die Spanne von 19 bis 24 Prozent; gestiegen ist das Budgetdefizit von 60 auf 205 Mrd. Dollar. Angesichts des Booms in der Privatwirtschaft mußten diese Schubkräfte *eine explosive Wirkung* haben.

Baldrige: „Es ist nicht richtig, wie wir die Erholung am Leben erhalten. Die USA müssen alles tun, um die *Haushaltsdefizite zurückzuschneiden.*" Der Minister warnte aber vor höheren Steuern – auch im Rahmen der geplanten Steuerreform, die Unternehmen wieder stärker belasten würde. Man müsse den Ursachen für die Schaffung von 15 Mill. Arbeitsplätzen in Amerika in den vergangenen zehn Jahren nachspüren. Baldrige vermutet, daß die in diesem Zeitraum um 30 Prozent angehobenen US-Investitionen ein wesentlicher Faktor waren.

Nach den vorläufigen Zahlen des *Ministeriums hat sich das* Sozialprodukt in den beiden ersten Quartalen 1984 um real 10,1 und 7,1 Prozent erhöht. Die Sommerflaute drückte die Wachstumsrate in der Juli-September-Periode dann auf 1,6 Prozent; entgegen der ersten Blitzprognose (2,8 Prozent) erreichte sie im vierten Quartal 3,9 Prozent. Ebenfalls inflationsbereinigt stiegen die Endverkäufe im Gesamtjahr 1984 um fünf, die Verbraucherausgaben um 5,3, die betrieblichen Investitionen um 20 und die Regierungskäufe um 3,5 Prozent. Nominal wuchs das US-Bruttosozialprodukt um 10,8 (1983: 7,7) Prozent auf 3661,3 Mrd. Dollar oder umgerechnet rund 11,6 Bill. Mark.

Eindrucksvoll sind die weiteren Fortschritte im Kampf gegen die Teuerung. So nahm der sogenannte Preisdeflator 1984 nur noch um 3,7 Prozent zu, gegenüber 3,8 Prozent 1983. Diese Inflationsrate liegt zwar immer noch weit über der deutschen (2,4 Prozent), ist aber die niedrigste, *die in Amerika seit 1967 registriert* worden ist. Positiv wirken sich hier die wechselkursbedingten Billigeinfuhren, die in Dollar gesunkenen Rohstoffpreise, vor allem Rohöl, die nur um etwa 2,8 Prozent gestiegenen Löhne und die lange sehr restriktive Geldpolitik der US-Notenbank aus.

Wachwechsel bei Renault

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Bis vor nicht allzu langer Zeit diente der Automobilkonzern Renault der französischen Regierung als Aushängeschild für eine angeblich gelungene *Verstaatlichung. Obwohl* sie unter General de Gaulle zur Bestrafung des wegen Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht verurteilten Louis Renault verfügt worden war, machten sie die Sozialisten und Kommunisten zum Vorbild ihrer ideologischen Nationalisierungsaktion. Unmittelbar nach Mitterrands Wahl ging es dem Unternehmen allerdings noch recht gut. Im letzten Jahr aber verbuchte es Verluste von rund neun Milliarden Franc – sechsmal soviel wie im Vorjahr.

Dieses katastrophale Konzernergebnis ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß Renault unter dem Druck der Regierung eine Reihe von notleidenden Unternehmen vor allem des Landmaschinensektors zur Erhaltung der Arbeitsplätze übernehmen mußte. Im Nutzfahrzeugbereich (RVI) konnten zwar die Verluste bei zwei Milliarden Franc stabilisiert werden. Dafür aber geriet der bislang gewinnträchtige Pkw-Sektor tief in die roten Zahlen von rund fünf Milliarden Franc.

Angesichts derartiger Verluste konnte sich Bernard Hanon nicht mehr länger halten. Sein Hinweis auf die außerordentlich hohen Investitionen von zehn Milliarden Franc und auf die 1984 von den amerikanischen Tochtergesellschaften (AMC und Mac-Trucks) verbuchten Gewinne schützten ihn nicht vor der Entlassung. Schließlich hatten ihm die Gewerkschaften sein starkes US-Engagement nie verziehen, weil sie dadurch nationale Arbeitsplätze bedroht sahen. Dabei wollte der „Amerikaner von Billancourt", wie sie ihn nannten, sozial besonders vorbildlich sein.

Daran aber ist Hanon gescheitert. Zwar wurde bei Renault seit eh und je mit dem „sozialen Fortschritt" experimentiert. Nur konnte sich das der Konzern unter den früheren Regierungen wegen der guten Automobilkonjunktur leisten. Inzwischen aber hat sich das Blatt gewendet. Unter dem Druck der sozialistischen Sanierungs-Politik schrumpften 1984 in Frankreich die Neuzulassungen von Personenwagen um *13 Prozent* und bei Renault sogar um 23 Prozent.

Im Unterschied zu den verschiedenen Sozialmaßnahmen früherer Zeiten, die dann durchweg von anderen Unternehmen übernommen wurden, *zeigte sich die sozialistische Regierung* bei Renault in der Beschäftigungsfrage besonders unnachgiebig. Anders als dem privaten Peugeot-Konzern verweigerte sie dem Staatskonzern Renault jede Entlassung. So zehrten die überhöhten Personalkosten immer mehr an den Erträgen.

Hinzu kamen allerdings gewisse unternehmerische Fehlleistungen, *die Hanon persönlich zu verantworten hat,* insbesondere die zu lange verschobene Modellerneuerung und der unglückliche Start des neuen R 5 (Supercinq). Vor allem deshalb ging der französische Marktanteil von Renault im letzten Jahr kontinuierlich zurück. Der Erfolg des neuen R 25 vermochte dieser Entwicklung keinen Einhalt zu gebieten.

Für dieses Jahr erscheinen die Absatzchancen für Renault weniger düster. Der französische Automobilmarkt dürfte sich nach vorherrschender Auffassung beleben, und im Export hatte Renault schon in den letzten Monaten etwas aufgeholt. Außerdem müßten sich die gewaltigen Modernisierungsinvestitionen der letzten Jahre allmählich auszahlen.

So tritt Georges Besse die Renault-Präsidentschaft zu einem Zeitpunkt an, der eine Wende zum Besseren erlauben könnte. Schon bei der Sanierung von Pechiney war ihm der Konjunkturumschwung zu Hilfe gekommen. Außerdem hatte er sich von den unrentablen Chemieinteressen dieses verstaatlichten Aluminiumkonzerns getrennt. Diesmal aber steht Besse vor allem vor dem Problem, das Personal zu reduzieren. Da hierfür vorzeitige Pensionierungen nicht mehr ausreichen, müßte es jetzt auch bei Renault zu umfangreichen Entlassungen kommen.

Aber in Frankreich stehen in 14 Monaten Parlamentswahlen an. Die sozialistische Regierung muß deshalb auf den sozialen Frieden bedacht sein. Andererseits braucht sie für diese Wahlen einen Erfolgsausweis für ihre Nationalisierungsaktion. Zu diesem Zweck müßte auch deren Vorbild Renault aus den roten Zahlen gebracht werden. Eine schwierige *Aufgabe, vor der der neue Boß Besse* steht.

AUF EIN WORT

„In stagnierenden Märkten bei hohem Qualitätsstandard vergleichbarer Marken, liegt das Schwergewicht der Markenführung in der Emotion und nicht in der Ratio. Marken müssen glaubwürdig emotionale Segmente besetzen."

Josef Hattig, Geschäftsführer Marketing und Technik der Brauerei-Gruppe Beck GmbH & Co., Bremen.
FOTO: K. H. SUCHEFORT

Löhne und Gehälter leicht gestiegen

rtr, West-Berlin

Der Anstieg der Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik ist 1984 im Jahresdurchschnitt erheblich hinter früheren Erwartungen zurückgeblieben. Nach vorläufigen Schätzungen habe er nur rund 2,5 Prozent betragen, *schreibt das Deutsche Instituts* für Wirtschaftsforschung (DIW). Noch im Herbst hatten die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute den Anstieg auf 3,5 Prozent geschätzt. Diese *Entwicklung habe zwar zu Kostenstabilität* bei den Unternehmen geführt. Die Kehrseite zeige sich in der unbefriedigenden Entwicklung des privaten Verbrauchs und in den Finanzierungsproblemen *der Haushalte* und der Sozialversicherung.

KERNENERGIE

Riesenhuber: Endlagerung noch nicht genehmigungsfähig

HEINZ STÜWE, Bonn

Das Bundeskabinett hat sich gestern für den zügigen Bau einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage für ausgediente Kernbrennstäbe ausgesprochen. Beide in Aussicht genommenen Standorte – Dragahn in Niedersachsen und Wackersdorf in Bayern – *sind nach Ansicht der Regierung* genehmigungsfähig. Eine Entscheidung will die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) am 4. Februar fällen.

Nach Abschluß eines Forschungsprojektes zu alternativen Entsorgungstechniken faßte Forschungsminister Heinz Riesenhuber seine Bewertung in drei Punkten zusammen:

- Die Wiederaufarbeitung von Brennstäben sei seit 20 Jahren erprobt. Bei der direkten Endlagerung fehle dagegen die praktische Erfahrung.
- Die direkte Endlagerung sei zwar *technisch realisierbar, es seien jedoch* noch Forschungsarbeiten über sechs bis zehn Jahre erforderlich, um sie genehmigungsfähig zu machen.
- Die direkte Endlagerung bringe *zudem „keine entscheidenden sicherheitstechnischen Vorteile".*

Der Forschungsminister räumte ein, daß die Wiederaufarbeitung einigen Studien zufolge etwa 40 Prozent teurer als die Endlagerung sei. Die Entscheidung müsse jedoch „jenseits der Frage der Wirtschaftlichkeit gesehen werden", meinte Riesenhuber. „Selbst wenn die Wiederaufarbeitung tatsächlich um soviel teurer wird, ist sie gerechtfertigt, weil sie die Entsorgung sichert." Schließlich verlange das Atomgesetz einen Entsorgungsnachweis für jedes Kernkraftwerk.

GRÜNE WOCHE

Ernährungsindustrie konnte den Export kräftig erhöhen

ot. Berlin

Noch nie war die Zahl der beteiligten Länder und das Ausstellungsangebot größer. Das sagte Manfred Busche, Geschäftsführer der Berliner Messegesellschaft AMK, auf der Eröffnungspressekonferenz der Grünen Woche 1985. An dieser 50. Landwirtschaftsschau in Berlin nehmen 48 (33) Länder teil. Insgesamt bieten 775 Aussteller und 342 zusätzlich vertretene Firmen Gaumenfreuden aus aller Welt an. Heute abend wird die Grüne Woche, die bis zum 3. Februar dauert, offiziell durch Ernährungsminister Ignaz Kiechle eröffnet.

Die diesjährige Grüne Woche setzt einen besonderen entwicklungspolitischen Akzent. Gemeinsam präsentieren sich 15 Länder aus Lateinamerika, Afrika und Asien mit ihren Produkten in Halle 6a. Die Ernährungs- und *Landwirtschaftsorganisation der* Vereinten Nationen, FAO, ist erstmals in Berlin mit einem eigenen Stand vertreten.

Arend Oetker, der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie erläuterte die Lage der Branche. Bis Oktober habe die Ernährungsindustrie ihren Umsatz um 3,5 Prozent auf 126,2 Mrd. DM steigern können, sagte er. Abzüglich Preissteigerungen sei ein reales Plus von 1,5 Prozent verblieben. Überproportional konnte die Branche die Ausfuhren um 15,3 Prozent auf 19,2 Mrd. DM (bis November) erhöhen. Die Ausfuhren für das ganze Jahr 1984 schätzte Oetker auf 21,3 Mrd. DM. Der Beschäftigtenrückgang in der *Ernährungsindustrie habe* sich verlangsamt, um 1,2 Prozent auf jetzt 429 000. Bauernverband-Präsident Freiherr Heereman beklagte den Einkommensrückgang der deutschen *Bauern im Wirtschaftsjahr 1983/84* um ein Fünftel.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gerüchte um Lombardsatz verunsichern Rentenmarkt

Frankfurt (cd.) – Befürchtungen, daß der Zentralbankrat heute in einer Woche den Lombardsatz erhöht, haben den Rentenmarkt gestern stark verunsichert und einen Kurseinbruch ausgelöst. Die Notierungen von Bundesanleihen fielen bis um 80 Pfennig. Im Zuge der Marktpflege griff die Bundesbank mit dem Kauf von 245 Mill. DM Bundestiteln ein. Die Umlaufrendite von Bundestiteln stieg von 7,09 auf 7,18 Prozent. Belastend wirkt sich derzeit auch die starke Inanspruchnahme des Marktes durch in- und ausländischer Emittenten aus. Am Freitag sollen die Konditionen einer neuen Bundesanleihe festgelegt werden, obwohl die Bahnanleihe noch nicht einmal vollständig untergebracht ist. Verärgert ist der Markt zudem über die „ausgekochten" Konditionen und das Volumen der Bayer-Optionsanleihe, was sich an der Aktienbörse in sprübaren Kursverlusten niederschlug.

Opec dementiert

Wien/Riad (dpa/VWD) – Wenige Tage vor der am kommenden Montag beginnenden Sonderkonferenz der Organisation erdölexportierender Länder gab es gestern sehr unterschiedliche Berichte über die Beschlüsse des Opec-Preisausschusses, der am vergangenen Sonntag und Montag in Saudi-Arabiens Hauptstadt Riad tagte. Die Opec bestritt Berichte aus Saudi-Arabien, wonach der Ausschuß empfohlen habe, den Rohölrichtpreis um 2,50 Dollar auf 26,50 Dollar je Barrel (159 Liter) zu senken. Beamte des saudischen Ölministeriums hatten den Bericht weder bestätigt noch dementiert. Der Ausschuß erklärte, er habe nur die Preisunterschiede der Rohlölsorten behandelt.

Verfahren angekündigt

Berlin (VWD) – Das Bundeskartellamt macht mit der Sprengung der großen Einkaufskontore ernst. Gegenüber Vertretern der S + T-Bundeszentrale Selex + Tania Handel AG, Offenburg/Hamburg, haben die Wettbewerbshüter für Anfang Februar eine Abmahnung zur Auflösung des Kontors angekündigt. In der Behörde wird dieses Kontor als Verstoß gegen das Kartellverbot gewertet. S + T will gegen eine Untersagungsverfügung – wie aus dem Kartellamt auf Anfrage zu erfahren war – Rechtsmittel einlegen, gleichzeitig aber beim Bundeswirtschaftsminister eine Ausnahmeerlaubnis beantragen.

Weniger Beschäftigte

Wiesbaden (rtr) – Die Zahl der Beschäftigten im deutschen Bauhauptgewerbe ist im November 1984 gegenüber dem Vormonat um 1,6 Prozent und im Vergleich zu November 1983 um vier Prozent gesunken. Das Statistische Bundesamt teilte mit, im Berichtsmonat seien somit nur noch 1 106 600 Menschen in dieser Branche beschäftigt gewesen.

Milchquoten zeigen Erfolg

Bonn (dpa/VWD) – Die Milchanlieferung an die Molkereien ist 1984 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent auf 24,31 Mill. Tonnen gesunken. Seit Einführung der Milchquotenregelung Anfang April 1984 betrug der Rückgang gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres 6,1 Prozent, teilte das Bundeslandwirtschaftsministerium mit. Um die für das Milchwirtschaftsjahr 1984/85 (April/März) festgesetzte Garantiemenge zu erreichen, muß die Milchanlieferung von Januar bis März noch um rund zwölf Prozent verringert werden.

13 Millionen Arbeitslose

Brüssel (dpa/VWD) – Rund 13 Millionen Menschen waren Ende Dezember 1984 in der Europäischen Gemeinschaft (ohne Griechenland) ohne Arbeit. Nach der in Brüssel veröffentlichten jüngsten EG-Statistik, betrug damit die Arbeitslosenquote Ende Dezember 11,6 Prozent.

Südkorea im Vormarsch

Washington (Sbt.) – Auch für Südkorea wird der Warenaustausch mit den USA immer mehr zu einer Einbahnstraße. Im vergangenen Jahr steigerte das ostasiatische Land seine Exporte nach Amerika, verglichen mit 1983, um 37 Prozent auf mehr als zehn Mrd. Dollar. Mit 3,5 Mrd. Dollar erreichte der südkoreanische Handelsüberschuß eine neue Rekordhöhe. Wie Japan, dessen Aktivsaldo im US-Geschäft etwa 35 Mrd. Dollar ausmachte, wird auch Seoul in zunehmendem Maße von Washington beschuldigt, auf dem eigenen Markt Protektionismus zu betreiben.

Zulassungen verringert

Flensburg (rtr) – Mit insgesamt 2,74 *Mill. Kraftfahrzeugen haben nach* Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes im vergangenen Jahr 3,8 Prozent weniger Fahrzeuge eine Neuzulassung erhalten als 1983. Die Behörde teilte mit, zu diesem Ergebnis trage in erster Linie der Rückgang bei der Erstzulassung von Krafträdern um 22,1 Prozent bei. Aber auch das Resultat bei den Personenwagen liege um 32 835 Einheiten oder 1,4 Prozent unter dem des Vorjahres. Im Dezember seien 151 730 Fahrzeuge erstmals zugelassen worden, 19,3 Prozent weniger als im November und 8,9 Prozent weniger als im Dezember 1983.

Wochenausweis

	15.1.	7.1.	15.12
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	65,7	66,4	65,3
Kredite an Banken	48,2	47,8	48,9
Wertpapiere	4,3	4,3	4,4
Bargeldumlauf	97,9	109,2	111,2
Einl. v. Banken	58,5	51,0	46,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,0	0,8	3,2

Bayer-Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) – Die Bayer Capital Corporation begibt über ein internationales Konsortium unter Führung der Deutschen Bank eine 2,75 prozentige zehnjährige Optionsanleihe über 600 Mill. DM zu Pari. Zu jeder Schuldverschreibung über 1000 DM gehören Optionsscheine, die auf die Dauer von zehn Jahren zum Erwerb von sechs Aktien der Bayer AG zum Kurs von 168 DM je Aktie berechtigen. Die Optionsscheine können vom 1. März an separat gehandelt werden. Sie sollen an der Frankfurter Börse eingeführt werden, ebenso wie die Anleihe die auch in Düsseldorf notiert wird.

20 Milliarden Sparzinse[illegible]

Frankfurt (cd.) – Die Sparer [illegible] den zum Jahresende um 20,4 [illegible] DM „reicher". Dieser Betrag [illegible] an Zinsen auf alle Spareinla[illegible] Kreditinstituten in der Bund[illegible] blik gutgeschrieben; vor eine[illegible] waren es 20,2 Mrd. DM.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Spitzenstellung auf dem Arbeitsmarkt ausgebaut

HEINZ STÜWE, Bonn

„Baden-Württemberg bekommt seine wirtschaftliche Spitzenstellung nicht geschenkt, sondern hat sie durch eigene Leistungen erreicht." Staatssekretär Matthias Kleinert, Regierungssprecher des vielfach als „Musterländle" bezeichneten Südweststaates, konnte in Bonn darauf verweisen, daß Baden-Württemberg mit Milliarden-Beträgen zur Unterstützung finanzschwacher Bundesländer zur Kasse gebeten wird. Von 1979 bis 1983 seien insgesamt 15,2 Milliarden Mark an Ausgleichszahlungen aufgebracht worden.

Den größten Brocken bildete der Finanzausgleich unter den Ländern mit insgesamt acht Milliarden Mark. Für 1984 rechnet die Regierung Späth damit, daß sie 1,8 Milliarden Mark abführen muß. Insgesamt 1,2 Milliarden Mark Überschüsse der badischen und württembergischen Arbeitsämter haben von 1979 bis 1983 Finanzlöcher in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit gestopft. Sechs *Milliarden Mark sind nach Angaben* des Regierungssprechers in diesen fünf Jahren von den Landesversicherungsanstalten Baden-Württembergs in den Finanzverbund der Rentenversicherung *eingespeist worden.*

Am Rückgang der Arbeitslosenzahl im Bundesgebiet um 23 800 im vergangenen Jahr war das Land zu über 80 Prozent beteiligt. Denn hier sind allein 19 300 weniger Erwerbslose registriert als ein Jahr zuvor. Der Vorsprung des Landes hat sich damit weiter vergrößert: Während in der Bundesrepublik die Arbeitslosenquote seit Dezember 1983 nur von 9,5 auf 9,4 zurückging, ist sie in Baden-Württemberg von 6 auf 5,5 Prozent gesunken.

IFO-ANALYSE / Die 1982 beschlossene Investitionszulage verhinderte Entlassungen

Keine neuen Arbeitsplätze geschaffen

DANKWARD SEITZ, München

Über Sinn und Zweckmäßigkeit von Ankurbelungsmaßnahmen wird immer wieder gestritten. Neue Arbeitsplätze jedenfalls werden damit nicht geschaffen, aber weitere Entlassungen verhindert. Dies vor *allem* wurde mit dem Mitte 1982 verabschiedeten Beschäftigungsförderungsgesetz erreicht, dessen Kernstück die befristete zehnprozentige *Investitionszulage bildete. Zu diesem* Ergebnis kommt eine Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurde. *Ohne das Programm* wäre die Zahl der Erwerbstätigen, so das Ifo, im Jahresdurchschnitt nicht nur um rund 450 000, sondern um über 800 000 Personen gesunken. So wäre beispielsweise im verarbeitenden Gewerbe ohne Zulage die Zahl der Beschäftigten nicht um 3,7 Prozent, sondern um rund sechs Prozent zurückgegangen. Für den Zeitraum 1982 bis 1984 ergibt sich der Studie zufolge noch ein rechnerischer Beschäftigungseffekt von rund 200 000 Arbeitnehmern, die sonst wahrscheinlich entlassen worden seien.

Nicht beantworten können die Konjunkturforscher allerdings die Frage nach der Dauerhaftigkeit dieser positiven Auswirkungen, da das möglicherweise 1985/86 aufgrund von Vorzieheffekten entstehende Investitionsloch nicht quantifizierbar sei. Man bescheinigt aber dem staatlichen Mitteleinsatz Effizienz: Je zusätzlich Beschäftigtem wurden nur rund 7000 Mark ausgegeben, weniger als die Alternative „Arbeitslosenunterstützung" gekostet hätte.

Insgesamt ist mit der Investitionszulage der Studie zufolge – sie basiert auf einer Befragung von rund *4800* Unternehmen – ein Fördervolumen von 43,3 Mrd. DM angeregt worden. Es verteilt sich zu 62,7 Prozent auf Ausrüstungsgüter und zu 37,3 Prozent auf Bauten. Einschließlich von Mitnahmeeffekten dürfte das Volumen sogar mindestens 52 Mrd. DM erreicht haben. Belastet worden sei die Bundeskasse dadurch mit 5,2 bis 5,6 Mrd. DM.

Nur knapp ein Viertel der befragten Unternehmen positiv auf die Zulage mit erhöhten Bestellungen reagiert hat. Rund 75 Prozent veränderten ihr Investitionsverhalten nicht. Etwa 90 Prozent der Unternehmen mit positiver Reaktion zogen Bestellungen nur zeitlich vor.

Viele Unternehmen nahmen die *Investitionszulage nicht in Anspruch,* weil sie ihr durchschnittliches Investitionsvolumen nicht überschreiten konnten. Ein großer Teil meinte zudem, insbesondere kleine und mittlere Firmen, *daß eine anhaltend* schlechte Nachfrage zu erwarten oder die Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung zu groß sei.

London friert die Staatsausgaben ein

WILHELM FURLER, London

Die Thatcher-Regierung ist fest entschlossen, die Staatsausgaben bis zum Ende ihrer gegenwärtigen Amtsperiode, also bis zum Finanzjahr 1987/1988, real nicht ansteigen zu lassen. Dies geht aus dem jetzt vorgelegten Weißbuch über die Entwicklung der Staatsausgaben hervor.

Dem strikten Sparprogramm zufolge sollen im kommenden Finanzjahr 1985/1986 – es beginnt Anfang April – sogar reale Ausgabenkürzungen gegenüber dem jetzt endenden vorgenommen werden, nachdem es 1984/1985 zu einer Überziehung des ursprünglichen Ausgaben-Limits von 126,3 Milliarden Pfund (450 Milliarden Mark) um rund zwei Milliarden Pfund gekommen ist. Diese Überziehung geht in erster Linie auf die Zusatz-Belastungen durch den langen Bergleute-Streik zurück.

Dem Weißbuch zufolge bedeutet das straffe Sparprogramm, daß der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt in den nächsten drei Jahren von gegenwärtig 42,5 auf 39,5 Prozent gedrückt wird. Während die Ausgaben für den Sozialbereich – Renten, Arbeitslosengelder, Kindergeld – zwischen heute und Anfang 1988 um etwa 25 Prozent angehoben werden sollen, werden vor allem die Bereiche Wirtschaftshilfe, Energie, Außenhandels-Förderung und Wohnungs-Beihilfen erheblich unter dem Rotstift zu leiden haben. Die staatlichen Infrastruktur-Investitionen sollen bis Anfang 1988 real vermindert.

FRANKREICH / Stahlbranche verminderte Verluste

Realer Verbrauch gesunken

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Eisen- und Stahlindustrie hat sich 1984 dank verstärkter Exporte verhältnismäßig günstig entwickelt. Die Verluste der beiden verstaatlichten Konzerne Sacilor und Usinor konnten auf zusammen 8 (11) Milliarden Franc reduziert werden. Dank ihrer von der Regierung in Aussicht genommenen Fusion und wegen der bedeutenden Modernisierungsinvestitionen wird für 1985 eine weitere Verlustverminderung erwartet. Industrieministerin Edith Cresson wies allerdings ausdrücklich darauf hin, daß die französische Stahlindustrie im Unterschied zur deutschen noch nicht wieder wettbewerbsfähig geworden ist.

Wie dem vorläufigen Jahresbericht des französischen Stahlverbandes zu entnehmen ist, stiegen Frankreichs Stahlexporte auf 9,1 (7,5) Millionen Tonnen, nachdem sich die Auftragseingänge aus dem Ausland gegen Ende 1983 stark erhöht hatten. Im Verlauf des letzten Jahres flachten sie allerdings wieder ab. Bei Importen von 7,1 (6,5) Millionen Tonnen verblieb ein Ausfuhrüberschuß von 2 (1) Millionen Tonnen. Der Importanteil am französischen *Stahlmarkt* verminderte sich auf 37,3 (38,1) Prozent.

Am Absatz gemessen hat sich der Verbrauch um zwei Prozent ausgedehnt. An der Weiterverarbeitung gemessen ging der Stahlverbrauch um drei Prozent zurück. Die Differenz erklärt sich daraus, daß die Unternehmen ihre Vorräte aufgestockt haben. Geschrumpft war insbesondere der Verbrauch der Bauwirtschaft (minus 6 Prozent) und der Automobilindustrie (minus 8 Prozent). Die nationale Stahlindustrie konnte ihren Inlandsumsatz um vier Prozent steigern, was sie vor allem der verstärkten Lieferung von legiertem Stahl zu verdanken hatte.

Zum ersten Mal seit längerer Zeit wurde bei den Roherzeugnissen die Produktion wieder gesteigert, und zwar um 9,3 Prozent auf 15,05 Millionen Tonnen Roheisen und um 8,1 Prozent auf 19,01 Millionen Tonnen Rohstahl. Das war etwas weniger als der EG-Zuwachs von 10 Prozent. Überdurchschnittlich war aber der französische Anteil des im Fließverfahren hergestellten Stahls von 67 Prozent (EG 65 und Bundesrepublik 77 Prozent). Der Sauerstoffstahl stellte nach wie vor 80,4 Prozent der französischen Rohstahlproduktion.

Die im Rahmen des Antikrisenplanes der EG ergriffenen Maßnahmen (Produktions- und Lieferkontingentierung, Mindestpreise usw.) zeigten nach Mitteilung des Verbandes positive Wirkung. Jedoch sei die Lage noch prekär. Besonders verwiesen wird auf den hohen Exportüberschuß von 8 Milliarden Franc (gegenüber 11 Milliarden Franc in den drei vorangegangenen Jahren zusammengenommen), den der Stahlaußenhandel 1984 Frankreich gebracht hat.

Streit um hohe Rindfleischpreise

HANS-J. MAHNKE, Bonn

In der Fleischwirtschaft ist ein Streit darüber ausgebrochen, wer sich das Verdienst auf seine Fahnen schreiben kann, daß die hohen Rindfleischpreise zum Jahresbeginn nicht gesunken sind. Da der deutsche Grenzausgleich um fünf Punkte verringert wurde, hätten auch die Preise nachgeben müssen. Die Südfleisch, eine der großen Genossenschaften, meint, dies sei ihr zu verdanken, weil sie ihre Rinderschlachtungen 1984 um 14 Prozent gesteigert habe. Dagegen hält jedoch der Bundesverband der Versandschlachtereien, in dem sich die privaten Betriebe organisiert haben. Er verweist auf die staatlichen Maßnahmen zur Marktregulierung, *auf die Festtagsfolgen, aber auch auf* das Wetter.

Alle Vermarkter hätten um die Jahreswende Anlaß gehabt; relativ viele Tiere zu schlachten. Denn am 21. Dezember war der letzte Termin für die Antragstellung zur privaten Lagerhaltung mit staatlicher Beihilfe. Dadurch habe sich die Nachfrage belebt, während der strenge Winter zu einem geringeren Angebot führte. So sei es möglich gewesen, die Wirkungen des verringerten deutschen Währungsausgleichs zunächst auszugleichen – zum Wohle der Erzeuger. Beide Seiten haben bei ihren Argumenten nur sie im Visier. Die Verbraucher, die als Steuerzahler bereits seit Juli einen Ausgleich für den reduzierten Grenzausgleich zahlen, spielen hier keine Rolle.

Continental Illinois macht Fortschritte

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Rettungsaktion der Aufsichtsbehörden in Washington, die im vergangenen Sommer die Continental Illinois National Bank vor dem Zusammenbruch bewahrte, hat sich gelohnt. Im vierten Quartal 1984 erzielte die Continental Illinois Corp. als Holding wieder einen Reingewinn in Höhe von 36,6 Mill. Dollar. Übers Jahr verlor Amerikas früher achtgrößte Bank 1,1 Mrd. Dollar. Gegenüber Ende 1983 verringerte sich die Bilanzsumme von 42,1 auf 30,4 Mrd. Dollar. Im Portefeuille der Continental befinden sich immer noch rund eine Mrd. Dollar Problemkredite; in der gleichen Zeitspanne hat sich ihr Umfang jedoch nahezu halbiert.

Geholfen haben die sinkenden Geldmarktzinsen, die Continentals Refinanzierungskosten ebenso senkten wie die Prämien, die das Unternehmen nach wie vor zahlen muß. Das Ergebnis war ein gegenüber dem dritten Quartal 1984 um mehr als 40 Prozent gestiegenes Zinseinkommen. Positiv wirkte sich zudem aus, daß die Bank im Zuge der Teilverstaatlichung drei Mrd. Dollar an faulen Krediten aus den Büchern nehmen konnte. Davon übernahm die Federal *Deposit Insurance Corp. zwei Mrd.* Dollar, während die Aktionäre eine Mrd. Dollar abschreiben mußten.

Auch sonst macht Continental Fortschritte: Stabilisiert hat sich das Einlagengeschäft. Reduziert worden ist zudem die Abhängigkeit vom Federal Reserve System.

ALLIANZ LEBEN / Mit Zuversicht ins neue Jahr

Ertragslage noch verbessert

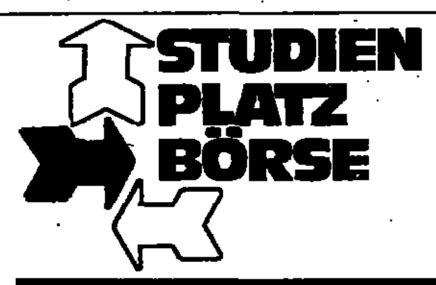
WERNER NEITZEL, Stuttgart

Angesichts der Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung werde die Bedeutung der privaten Vorsorge weiter wachsen. *Dies konstatiert die Allianz* Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, in ihrem jüngsten Aktionärsbrief und fügt hinzu, daß man das neue Geschäftsjahr zuversichtlich beurteile. Die Tatsache, daß das Institut aufgrund der anhaltend guten Ertragslage die laufende Gewinnbeteiligung seiner Versicherungsnehmer innerhalb Jahresfrist zweimal habe verbessern können, werde – wie es heißt – im Wettbewerb Vorteile bringen und die Marktposition absichern.

Der HV am 10. Juni wird vorgeschlagen, für 1984 eine unveränderte Dividende von neun DM je 50-DM-Aktie auszuschütten. Der freien Rücklage werden insgesamt 34,5 Mill. DM zugeführt. Die verbesserte Ertragslage basiert auf mehreren Faktoren: Die Kostenlage hat sich günstig entwickelt. So verringerte sich der Verwaltungskostensatz auf 4,3 (4,4) Prozent, obwohl sich erstmals seit Jahren wieder der Personalstand im *Innendienst erhöhte. Auch wird der* Abschlußkostensatz voraussichtlich unter 45 (Vorjahr: 45,3) Promille gelegen haben. Ferner hat sich die laufende Durchschnittsverzinsung der um zehn Prozent auf 41 Milliarden DM gestiegenen Kapitalanlagen auf bisher noch nicht erreichte 7,8 (7,7) Prozent erhöht. Abschreibungen auf Wertpapiere blieben mit 4 (15) Mill. DM sehr gering. Es wurden 185 (168) Mill. DM Kursgewinne realisiert.

Das eingelöste Neugeschäft der Al*lianz Leben blieb* in 1984 mit 12,55 Mrd. DM ziemlich genau auf Vorjahresniveau. Während die Anpassungen bestehender Zuwachsversicherungen mit 2,08 (2,61) Mrd. DM um gut 20 Prozent unter dem Vorjahr blieben, kamen aus der Erhöhungsaktion bei den vermögensbildenden Lebensversicherungen über 600 Mill. DM Versicherungssumme herein. Obwohl dies Vertriebsaktivitäten band, lag das vom Außendienst neu aquirierte Geschäft mit 9,85 Mrd. DM lediglich um 1 Prozent unter dem Vorjahr. Der Gesamtbestand vergrößerte sich um 6,2 Prozent auf 123,5 Mrd. DM. Mit einer Stornoquote von 3,7 (4,1) Prozent sei die Allianz Leben erheblich unter dem Marktdurchschnitt geblieben. Als Folge der zum Jahresbeginn 1984 eingeführten Direktgutschrift eines Teils der Gewinnbeteiligung erhöhten sich die gesamten Beitragseinnahmen nur um 0,1 Prozent auf 5,25 Mrd. DM.

Als Fazit hält die Allianz Leben fest, die Vorsorgebereitschaft der Bevölkerung erweise sich nach wie vor als hoch, auch wenn in der Lebensversicherung nach der kräftigen Expansion des Jahres 1983 in 1984 die Signale auf ein eher verhaltenes Wachstum gestellt gewesen seien.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1985

Psychologie

1. Semester

Nr.	von	nach
1	Bielefeld	Bonn
2	Bielefeld	FU Berlin
3	Bielefeld	Düsseldorf
4	Bielefeld	Hamburg
5	Bielefeld	Köln
6	Bielefeld	Uni München
7	TU Berlin	Göttingen
8	Darmstadt	Heidelberg
9	Darmstadt	Mannheim
10	Freiburg	Bonn
11	Freiburg	Köln
12	Konstanz	Uni München
13	Mannheim	Bochum
14	Mannheim	Köln
15	Marburg	Münster
16	Osnabrück	Braunschw.
17	Trier	Bochum
18	Trier	FU Berlin
19	Trier	Düsseldorf
20	Trier	Freiburg
21	Trier	Göttingen
22	Trier	Hamburg
23	Trier	Köln
24	Trier	Uni Kiel
25	Trier	Tübingen
26	Wuppertal	Köln

Psychologie

3. Semester

Nr.	von	nach
1	Erlangen	Uni München
2	Göttingen	Braunschw.
3	Bremen	Heidelberg
4	Köln	Bonn
5	Osnabrück	Heidelberg
6	Osnabrück	Marburg
7	Osnabrück	Mainz
8	Trier	Bonn
9	Trier	Köln
10	Tübingen	Frankfurt
11	Tübingen	Freiburg

Humanmedizin

2. klinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Bonn	Freiburg
2	Bonn	Uni München
3	FU Berlin	Düsseldorf
4	FU Berlin	Erlangen
5	FU Berlin	Freiburg
6	FU Berlin	Göttingen
7	FU Berlin	Hamburg
8	Düsseldorf	Münster
9	Essen	FU Berlin
10	Essen	Hamburg
11	Essen	Lübeck
12	Essen	Münster
13	Erlangen	Uni München
14	Erlangen	Tübingen
15	Erlangen	Ulm
16	Frankfurt	Freiburg
17	Frankfurt	Uni München
18	Freiburg	TU München
19	Freiburg	Uni München
20	Gießen	Frankfurt
21	Gießen	Freiburg
22	Gießen	Uni München
23	Lübeck	Bochum
24	Lübeck	Freiburg
25	Lübeck	Göttingen
26	Lübeck	TU München
27	Lübeck	Uni München
28	Uni Kiel	Frankfurt
29	Marburg	Bonn
30	Marburg	FU Berlin
31	Marburg	Erlangen
32	Marburg	Frankfurt
33	Marburg	Freiburg
34	Marburg	Göttingen
35	Marburg	Hannover
36	Marburg	Hamburg
37	Marburg	Uni München
38	Marburg	Ulm
39	Münster	Göttingen
40	Münster	Hamburg
41	Münster	Uni München
42	Saarbrücken	Aachen
43	Saarbrücken	Düsseldorf
44	Saarbrücken	Essen
45	Saarbrücken	Hamburg
46	Saarbrücken	Münster

Biologie

1. Semester

Nr.	von	nach
1	Braunschweig	Hamburg
2	Braunschweig	Uni Kiel
3	Düsseldorf	Aachen
4	Erlangen	Uni Kiel
5	Frankfurt	FU Berlin
6	Frankfurt	Heidelberg
7	Frankfurt	Hamburg
8	Frankfurt	TU München
9	Frankfurt	Uni München
10	Freiburg	Bonn
11	Gießen	Bonn
12	Gießen	Hannover
13	Gießen	Hamburg
14	Gießen	Köln
15	Gießen	Uni Kiel
16	Gießen	Marburg
17	Göttingen	Hamburg
18	Heidelberg	Tübingen
19	Köln	FU Berlin
20	Köln	Freiburg
21	Köln	Uni Kiel
22	Konstanz	Uni Kiel
23	Konstanz	TU München
24	Konstanz	Uni München
25	Konstanz	Ulm
26	Marburg	Freiburg
27	Münster	Frankfurt
28	Münster	Gießen
29	Saarbrücken	FU Berlin
30	Saarbrücken	Heidelberg
31	Saarbrücken	Hamburg
32	Saarbrücken	Uni Kiel
33	Ulm	Göttingen
34	Ulm	Uni München
35	Würzburg	Aachen
36	Würzburg	Düsseldorf
37	Würzburg	Hannover
38	Würzburg	Heidelberg
39	Würzburg	Köln
40	Würzburg	Uni München
41	Würzburg	Tübingen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1984/85

AACHENER RÜCK / Technischer Verlust erhöht

Mahnung an Erstversicherer

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Ergebnisse der internationalen Rückversicherungsgeschäft hat sich 1983/84 gegenüber dem Vorjahr nochmals verschlechtert. Die Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, beklagt in ihren Geschäftsbericht 1983/84 (30. 6.), daß „unzureichende Prämienraten der Direktversicherer, ein ausufernder Deckungsumfang und die Häufung von Großschäden „die Ergebnisse negativ beeinträchtigt hätten". Entsprechend hat sich die Aachener Rück verstärkt von verlustbringenden Verträgen getrennt und beim Neugeschäft strenge Maßstäbe angelegt.

Dies hat dazu geführt, daß die Prämiensteigerung weiter auf 3,8 (5,7) Prozent (606 Mill. DM *brutto*) zurückgenommen wurde, unter Ausklammerung des Lebensversicherungsgeschäfts sogar auf 1,7 Prozent. Auch die Netto-Prämieneinnahme nahm nur noch leicht, um 1,7 (11) Prozent auf 397 Mill. DM, zu.

Das versicherungstechnische Ergebnis hat sich nochmals erheblich verschlechtert, vor Veränderung der Schwankungsrückstellung auf 28 (18,5) Mill. DM, nach Veränderung auf 27,3 (15,9) Mill. DM. Zu diesem negativen Resultat haben insbesondere die Kfz-, Transport- und Feuerversicherung beigetragen, wobei das im Ausland (Anteil am Gesamtprämienvolumen 34 Prozent) übernommene Geschäft erheblich schlechter war als das Inlandsgeschäft.

Da für das Folgejahr noch keine Entspannung bei der Schadensituation abzusehen ist, wurde den Schadenrückstellungen aus dem Ergebnis des allgemeinen Geschäfts ein Betrag von 15,5 (8) Mill. DM zugeführt. Die Gesellschaft verweist jedoch darauf, daß der technische Verlust zu einem großen Teil auf einen Anstieg der Kosten (33,5 nach 29,1 Prozent der Nettoprämie) zurückzuführen ist, der in erster Linie durch die mit dem Ansteigen *des Neugeschäfts in der Lebens*versicherung verbundenen Vorfinanzierung bedingt ist.

Im nicht versicherungstechnischen Bereich wurde eine Steigerung des Ergebnisses erzielt, das mit positivem Währungsergebnis und 27 (25) Mill. DM an Erträgen aus den Kapitalanlagen von 404 (415) *Mill. nicht* nur den technischen Verlust ausglich, sondern auch zur Vorjahresdividende von 9 DM je 50 DM-Aktie aus dem *Jahresüberschuß* von 6,2 (5,7) Mill. DM ausreichte. Den Rücklagen flossen 2,8 (2,8) Mill. DM zu. Nach der Kapitalerhöhung aus Gesellschafts*mitteln um 4 auf 20* Mill. *DM* verringerte sich das Ergebnis je Aktie auf 16,40 (18,20) DM.

„Großschäden und das Fehlen *wirksamer Sanierungsmaßnahmen* der Erstversicherer" lassen nach Auffassung der Aachener Rück keine durchgreifende Verbesserung des *technischen* Ergebnisses erwarten. Der Gewinn aus Kapitalanlagen dürfte jedoch wieder die Vorjahresausschüttung möglich machen.

HOLSTEN-BRAUEREI / Absatzverluste bei Bier konnten vermieden werden – Zuwachs aus dem Exportgeschäft

„Schönwetter-Bonus" ist diesmal ausgeblieben

JAN BRECH, **Hamburg**

Die große norddeutsche Brau-Gruppe, die Holsten Brauerei AG, Hamburg, hat das Spitzenjahr 1982/83 *zwar nicht wiederholen können,* ist nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Klaus Asche mit dem Geschäfts-Verlauf im Berichtsjahr *1983 / 84 (30. 9.) aber „nicht unzufrieden"*. Generell, so Asche, hat die Getränkeindustrie ein „außerordentlich schwieriges Jahr" hinter sich. *Der Ausstoß der Brauwirtschaft habe* einmal unter dem schlechten Sommerwetter, der Kaufzurückhaltung im Lebensmittelhandel und der re*gional wieder eingeführten* Getränkesteuer stark zu leiden gehabt. Dies schlage sich in einem bundesweiten Rückgang des Bierabsatzes um 3,1 Prozent nieder.

Auch bei Holsten stagnierte der Inlandsabsatz in dem norddeutschen Stammgebiet. Das Plus von 1,3 Prozent vedankt die Brau-Gruppe ihrem Exportgeschäft, das fast 25 Prozent des Gesamtausstoßes ausmacht und um rund 5 Prozent wuchs. Von den ungünstigen Witterungsverhältnissen noch härter betroffen war der Verkauf alkoholfreier Getränke. Hier verlor Holsten fast sieben Prozent, so daß der gesamte Getränkeabsatz mit 4,3 Mill. hl nahezu unverändert blieb.

Allein das Vermeiden von Absatz*verlusten* bei *Bier reiht Holsten* jedoch schon unter die Gewinner in der Brauwirtschaft ein. Das gilt auch für die Ertragslage. Der Gewinn des Jahres 1982/83 *konnte zwar* nicht erreicht werden, so daß der „Schönwetter-Bonus" von zwei Prozent entfällt, doch eine Netto-Rendite von fast drei Pro*zent ist nicht eben die Regel* in der Bier-Branche. Vergleicht man die Ertragszahlen sowie die Finanz- und Bilanzstruktur mit dem „Normaljahr" *1981/82 hat Holsten in* allen Bereichen weitere Fortschritte gemacht.

Die, wenn auch abgeschwächte, so doch noch immer gesunde Rentabilität führt Asche einmal auf die in den Vorjahren erbrachten Vorleistungen einer kompletten Reorganisation der Gruppe zurück, die noch immer Spielraum für Rationalisierung lasse. Zudem profitiere Holsten von einem weiter gestiegenen Absatzanteil hochpreisiger Biersorten.

Eine Aufbesserung der Erlöse durch höhere Preise war dagegen nicht möglich. Der Wettbewerb sei auf allen Stufen ungemein hart, so Asche, und lasse auch in diesem Jahr keine Korrekturen zu. Die in früheren Jahren von allen Beteiligten geförderte *Ausnahmestellung des Hamburger* Biermarktes mit relativ stabilen und auskömmlichen Preisen gibt es nicht mehr. Nicht zuletzt durch die rigoro*sen Auseinandersetzungen* der beiden Großbrauereien vor Ort, Holsten und Bavaria, hat sich das Preisniveau dem übrigen Bundesgebiet angepaßt.

Die Preisturbulenzen machten ihm zwar Sorge, betont Asche, doch werde Holsten dessenungeachtet auch für 1984/85 ein „passables Ergebnis" vorlegen. Das umfangreiche Investitionsprogramm in den noch vorhandenen fünf Braustätten diene vor allem der Rationalisierung und Kosteneindämmung. Die Wachstumsschwäche des inländischen Biermarktes will die Brauerei durch forcierte Auslandsaktivitäten kompensieren. Neuland für den zweitgrößten deutschen Bierexporteur ist dabei der Beginn der Holsten-Bier-Produktion auf Lizenzbasis in Ungarn.

Bei alkoholfreien Getränken erwartet Asche schließlich zusätzliche Impulse durch eine organisatorische Neuordnung. Die Hanse-Mineralbrunnen GmbH mit rund 350 000 hl ist wegen technischer Produktionsprobleme in dem Hamburger *Stammhaus in die Nord* Getränke GmbH & Co KG, Hamburg, eingebracht worden. Durch diese Sacheinlage und durch den Zukauf weiterer *Anteile* beträgt *die Holsten*-Beteiligung an der Nord Getränke jetzt 48 Prozent. Die Hansa Mineralbrunnen, so Asche, werde auch künftig als selbständige Gesellschaft weiterarbeiten und alle Handelsstufen mit einer erweiterten Produktpalette beliefern.

Holsten	1983/84	±%
Umsatz (Mill. DM)		
AG	371	- 1,2
Gruppe	515	+ 0,1
Absatz (Mill hl)		
Bier	3,6	+ 1,3
Alkoholfreie Getr.	0,7	- 6,9
Belegschaft	1831	- 5,6
Jahresüberschuß	3,5	- 14,0
Netto-Gewinn [1]	11,0	- 7,6
In % v. Umsatz	2,96	(3,1)
Cash-flow (Gruppe)	56,6	- 11,8
Investitionen	37,2	- 35,4
Dividende (%)	12	(12 + 2)

[1] Nach Angaben der Verwaltung: Gewinn pro Aktie 18,33 nach 19,71 DM.

HWWA

Der Welthandel wächst langsamer

J. B. **Hamburg**

Der Welthandel, der im vergangenen Jahr real um stattliche neun Prozent gestiegen war, dürfte in diesem Jahr merklich langsamer wachsen. Nach Schätzungen des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung wird die Zuwachsrate nur noch vier bis fünf Prozent betragen. Als wesentliche Ursache für das Abflachen der Expansion sieht das HWWA die sehr viel ruhigere Gangart der Konjunktur in den USA. Die Impulse aus diesem Land, die den Welthandel in den beiden letzten Jahren entscheidend stimuliert haben, werden deutlich geringer sein. Der vorausichtlich weiterhin starke Dollar forciere zwar die Ausfuhren anderer Länder, erkärt *das HWWA, hemme* aber zugleich die Ausfuhren der USA.

Auch in Westeuropa werden nach Meinung des HWWA die Anregungen durch Lageraufstockung geringer sein als in der ersten Phase der Konjunkturerholung, während die Investitionsgüterlieferungen eher leicht zunehmen dürften. Die Entwicklungsländer werden versuchen, nach der tendenziellen Entschärfung der Zahlungsbilanzspannungen die Einfuhren im Interesse von Wachstum und Beschäftigung wieder zu erhöhen. Der Spielraum halte sich allerdings durch die schwächere Expansion in den Industriestaaten in engen Grenzen.

Das Außenhandelsdefizit der Entwicklungsländer hat nach Angaben des HWWA, 1984, begünstigt vom kräftigen Anstieg der Ausfuhren nach den USA, merklich abgenommen. Bei den Opec-Staaten und nahezu allen anderen Industriestaaten sind die Überschüsse dagegen gestiegen. Insgesamt sei fast allen Ländergruppen die Verdoppelung des US-Defizits auf 125 Mrd. Dollar zugutegekommen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bernhard Sprengel tot

Hannover (dos) – Dr. Bernhard Sprengel, bis Mitte 1973 geschäftsführender Gesellschafter der gleichnamigen Schokoladenfabrik in Hannover, ist am 22. Januar im Alter von 85 Jahren gestorben. Nahezu 50 Jahre lang hat der Jurist und Kaufmann das Familienunternehmen geführt und den Namen Sprengel innerhalb der Schokoladen- und Süßwarenbranche weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekanntgemacht. Der Hereinnahme des US-Konzerns Nabisco 1967 folgte 1972 der Verkauf der Kapitalmehrheit und wenig später der Rückzug aus dem aktiven Geschäft. Heute gehört die Firma zur Imhoff-Gruppe, die den Markennamen „Sprengel" weiter pflegt. Zeitlebens war Bernhard Sprengel ein Freund der Kunst. Bereits 1959 stiftete er den Bernhard-Sprengel-Preis für Kammermusiker. Zehn Jahre später vermachte er der Stadt Hannover seine umfangreiche Gemäldesammlung.

Niederlassung in London

***Hannover** (dos)* – Die seit Oktober 1983 bestehende Repräsentanz der Norddeutschen Landesbank, Hannover, wird jetzt als Niederlassung betrieben. Eine entsprechende Lizenz hat nach Angaben des Instituts die Bank of England erteilt. Die damit verbundene Ausweitung des Tätigkeitsbereichs erlaube es der Norddeutschen Landesbank, die Vorzüge des Bankenplatzes London für ihre in- und ausländische Kundschaft nutzbringend einzusetzen.

Hertie: Umsatzminus

Frankfurt (adh.) – Der Warenhauskonzern Hertie *setzte 1984 in seinen* 76 Warenhäusern (Hertie, Wertheim, Alsterhaus, KaDeWe) 5,24 (i. V. 5,56) Mrd. DM um. Der deutliche Rück*gang um 5,9 Prozent ist nach Anga*ben von Hertie wesentlich durch die Schließung eines Warenhauses und den viermonatigen Ausfall einer Filiale wegen *Brandschadens* bedingt. In den ersten drei Januarwochen dieses Jahres sei der Umsatz mit einer Rate von sieben Prozent gestiegen, heißt es ergänzend. Weitere 449 (i. V. 509) Mill. DM setzte Hertie in der Kleinpreistochter bilka in 32 Kaufhäusern und zehn Textilläden um; bei bilka, inzwischen voll in Hertie integriert, wurden im vergangenen Jahr fünf Filialen geschlossen.

PWA-Dividende in Sicht

München (sz) – Berechtigte Hoffnungen auf eine Dividende können sich die Aktionäre der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München, machen. Die bereits im November 1984 angedeutete Ertragsverbesserung hat sich, wie es jetzt heißt, „als zutreffend bestätigt". Unter dieser Voraussetzung hatte der Vorstand damals die Rückkehr zu einer Dividendenausschüttung angekündigt. Über die genaue Höhe werden allerdings auch heute noch keine Andeutungen gemacht. Zuletzt waren für 1981 je 50-DM-Aktie 2,50 DM gezahlt worden. 1984 hat sich der Außenumsatz der PWA-Gruppe um rund 17 Prozent auf 3,08 Mrd. DM erhöht.

Reemtsma leicht stabilisiert

Hamburg (JB.) – Der Hamburger Reemtsma-Konzern hielt 1984 am deutschen Zigarettenamrkt einen Anteil von *29 Prozent und blieb damit* Marktführer. Von den zehn größten Marken stammten sechs aus dem Haus Reemtsma. Der Anteil der P. Stuyvesant betrug 5,5 Prozent, der West 5,1, der Ernte 4,7 und der R 6 rund 3,8 Prozent. Aus der zur Gruppe gehörenden Badischen Tabakmanu*faktur Roth Händle GmbH steuerten* die Marke Reval 3,7 Prozent und die Roth Händle 2,2 Prozent Marktanteil bei. Der gesamte Reemtsma Zigaret*tenabsatz verringerte sich um 0,3* Prozent. Bei einem Wachstum des Marktes um 3,5 Prozent büßte Reemtsma insgesamt 1,1 Prozentpunte an Marktanteil ein.

PIRAIKI PATRAIKI / *Mit van Delden auf Erfolgskurs*

Dividende angekündigt

dos, **Ochtrup**

Das Engagement der griechischen Textilgruppe Piraiki Patraiki bei van *Delden in Ochtrup beginnt sich aus*zuzahlen. Wie aus der Bilanz hervorgeht, wird die Ende 1981 gegründete Piraiki Patraiki van Delden Textil AG *nicht nur für das Geschäftsjahr* 1983/84 (30. 6.) eine Dividende ausschütten, sondern aus dem Bilanzgewinn zugleich die fünf Mill. DM Vor*zugsaktien mit* einer Nachzahlung für das Geschäftsjahr 1982/83 bedienen.

Die günstige Entwicklung des Unternehmens, die sich in einer Umsatz*steigerung auf 142 (100) Mill. DM* niederschlägt, begründet Thomas van Delden mit dem im Berichtsjahr wirksam gewordenen Verbund mit der *griechischen Gruppe. Darüber* hinaus sei das neue Produktionsprogramm erfolgreich im Markt aufgenommen worden. Der Betrieb in Ochtrup bezieht das Rohgewebe nahezu komplett aus Griechenland.

*Für 1983/84 weist das Unterneh*men einen Jahresüberschuß von 3,23 Mill. DM aus; im Vorjahr mußte noch ein Fehlbetrag von 1,5 Mill. DM hin*genommen werden. Nach der Tilgung* des Verlustvortrags und der Einstellung von 0,85 Mill. DM in die freie Rücklage verbleibt ein Bilanzgewinn *von 0,89 Mill. DM. Er erlaubt* für 1982/83 und 1983/84 die Zahlung von jeweils 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien. Die 10 Mill. DM Stammaktien werden 1983/84 mit 0,7 Prozent bedient.

In der Bilanz werden 4,14 Mill. DM Sachanlagezugänge ausgewiesen; die *Abschreibungen erreichten 1,87 Mill.* DM. Beschäftigt werden 830 Mitarbeiter.

ARBED SAARSTAHL / McKinsey legt Gutachten vor

Weiterer Personalabbau?

rtr, **Frankfurt**

Die Geschäftsführung der Arbed-Saarstahl *GmbH ist über die vorläufi*gen Ergebnisse eines Berichts der Unternehmensberatungsfirma McKinsey zu den langfristigen Über*lebenschancen des Völklinger Stahl*konzerns unterrichtet worden. Ein Saarstahl-Sprecher bestätigte auf Anfrage, daß an der mündlichen Unter*richtung auch Vertreter der Bundes*- und der saarländischen Landesregierung sowie der Europäischen Gemeinschaft teilgenommen hätten.

Der Sprecher wies darauf hin, daß es sich noch nicht um den Abschlußbericht der Unternehmensberatung handele, die auf Drängen der EG-*Kommission eingeschaltet worden* war. Die Brüsseler Kommission hat von dem Untersuchungsergebnis die Zustimmung zu weiteren Subventio*nen für Saarstahl abhängig gemacht*, das mit rund 3,5 Mrd. DM direkter und indirekter Staatshilfen bereits jetzt der größte Subventionsfall der deutschen Nachkriegsgeschichte ist.

Das Unternehmen benötigt nach eigenen Angaben in diesem Jahr Betriebsbeihilfen von mehr als *100 Mill.* DM, zu denen mehr als 120 Mill. DM hinzukommen, die Bund und Land für Zins und Tilgung der staatlich verbürgten *Kredite aufbringen müs*sen. Im Landeshaushalt für 1985 sind bislang allerdings nur 80 Mill. DM direkter Beihilfen ausgewiesen. Be*obachter erwarten, daß in dem* McKinsey-Bericht ein weiterer Personalabbau von gegenwärtig rund 14 500 auf möglicherweise weniger *als 10 000 Beschäftigte vorgeschlagen* wird. Nach den bisherigen Sanierungsplänen soll die einst fast 29 000 Personen zählende Belegschaft bis 1986 auf 12 000 verringert werden.

NAMEN

Karl-Heinz Gerlach ist als Generalbevollmächtigter in die Dienste der Bankhaus Centrale Credit AG, Mönchengladbach, eingetreten.

Herbert Wendlik, bisher Marketing-Direktor der Deutschen Lufthansa, übernimmt zum 1. Februar 1985 die *Direktion Außenorganisation* in Frankfurt. Er ist Nachfolger von **Frank Beckmann**, der seit Anfang Dezember 1984 als Vorstandsmitglied *der Lufthansa zuständig für das Ver*kaufsressort ist.

Paul Kleinewefers, früherer persönlich haftender, geschäftsführender *Gesellschafter* der Kleinewefers-Gruppe, Krefeld, vollendete am 22. Januar das 80. Lebensjahr.

Günther Graf von **Hardenberg**, *Gründer der Unternehmensgruppe* Hardenberg und langjähriger Erster Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Oberrhein, *ist am 19. Januar gestorben.*

Christian Bussemas wurde als Nachfolger von Sparkassendirektor Hans Heidbrede, der in den Ruhestand trat, zum *Mitglied des Vorstan*des der Sparkasse Bielefeld bestellt.

Herbert Eller, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Stahlbau-Verbandes *DSTV, ist am 17. Januar im Alter* von 63 Jahren plötzlich und unerwartet gestorben.

Josef Schaack, Präsident der Industrie- und *Handelskammer Trier und* Generaldirektor der Tabak- und Zigarettenfabriken Manufacture de Tabacs Heintz van Landewyck Luxemburg S.A.R.L., *feierte am 20. Januar* den 60. Geburtstag.

Rechtsanwalt **Rüdiger Niemann**, Hauptgeschäftsführer des Bundesverband Deutscher *Zeitungsverleger* e.V., Bonn, wird den Verband Ende des Jahres 1985 verlassen, um Anfang 1986 eine neue Aufgabe im unternehmerischen Bereich zu übernehmen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Kahlen Wohnungsbau KG, Würselen; Hans Peter Kahlen, Würselen; **Bergisch Gladbach:** Jürgen Jarkowski; **Berlin-Charlottenburg:** Dr. Gert Gruner; Mama mia Gastronomie GmbH; **Bersenbrück:** J. H. Tebbenhoff KG, Fürstenau-Settrup; **Hamburg:** Dieter Schnardthorst, Tischlermeister; Stab-GmbH Schweißtechnik und Anlagenbau; **Hannover:** Klaus Habermann, Kaufm.; **Karlsruhe:** Nachl. d. Walter Friedrich Friman; Kasak Orientteppichhandels GmbH; **Kassel:** Landwehr + Schultz GmbH & Co. KG; **Minden:** Wolfgang Petzold; **Neu-Ulm:** Josef Gumpinger GmbH, Bauunternehmer, Ursberg-Oberrohr; **Nördlingen/Donauwörth:** Johann Streif, Fuhrunternehmer, Oberndorf; **Nürnberg:** Hoss + Wedel GmbH; **Offenbach:** Ketten-Behrend Franz Behrend, Neu-Isenburg; **Passau:** BHF Beton- und Holzfertigbau GmbH, Fürstenzell OT Engertsham; **Salzgitter:** Gerhard Reuper, Raumausstattung, Gebhardshagen; **Weilheim:** *Nachl. d. Dr. Waldemar* Hodes, Garmisch-Partenkirchen; **Winsen/Luhe:** Exotika Warenhandelsges. mbH, Brackel; **Wolfratshausen:** Rolf Eickernhorst, Zahntechniker, Bad Tölz; **Wuppertal:** *Reiner Noack.*

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Eugen W. Wüst, Ingenieur, Langenfeld; **Trier:** H. Engel GmbH u. Co. KG Baumarkt.

Vergleich beantragt: Bad Berleburg: August Heinrich KG, Stuck- u. Fliesengeschäft; **Meppen:** Huca Bekleidungs GmbH; **Saarlouis:** Albert Lennartz, Inh. d. Textilhauses Albert Lennartz, Dillingen.

Keine Zeit für Mutlose

Die Grüne Woche feiert ihr goldenes Jubiläum. Den Wandel, der sich in der deutschen Landwirtschaft seit 1926, als es mit der Ausstellung in Berlin losging, vollzogen hat, spiegeln die großen Worte, die von den Offiziellen gewechselt werden, nur zum Teil wider. Damals galten die Preise, die die Landwirte erhielten, ebenso als unzureichend wie heute. Der Berufsstand plazierte sich auch damals an der Klagemauer.

Aber damals ging es in erster Linie noch um die Steigerung der Produktion, um Hektarleistungen, um mehr Milch und um mehr Fleisch. Heute sind die Überschüsse das eigentliche Problem der Agrarpolitiker. Gerade im vergangenen Jahr hat sich die Erkenntnis immer stärker durchgesetzt, daß es in der Europäischen Gemeinschaft ohne eine Einschränkung der Produktion nicht weitergehen kann.

Bei Milch wurde der schmerzhafte Anfang gemacht. Gelöst sind die Probleme aber auch hier noch nicht. Jetzt muß eine Lösung für den Getreidemarkt gefunden werden. Aber auch Wein und Fleisch werden mehr erzeugt, als getrunken und gegessen werden kann.

Die Agrarpolitik steht vor einem Umbruch, auch wenn das Marktordnungssystem mit allen Mitteln in seinen Grundfesten erhalten werden soll. Darüber kann sich niemand mehr hinwegtäuschen. Wer jetzt Erwartungen weckt, der macht es sich zu leicht.

Die Probleme müssen auf den Tisch. Wer jetzt von einer aktiven Preispolitik spricht, der nimmt die gegenwärtige Situation nicht zur Kenntnis. Dafür fehlt der Gemeinschaft schlicht das Geld. Grundsätzlich ändern wird sich dies nur, wenn sich die Verhältnisse auf dem Acker ändern, wenn ernsthafter als bisher über alternative Produktionen, über Senkung der Kosten, möglicherweise aber auch über staatliche Beihilfen nachgedacht wird.

Anfänge sind gemacht, sie müssen nun konsequent verfolgt werden. Das fordert Mut. Klagen helfen nicht. Darüber wird jetzt auf der Grünen Woche gesprochen, auch wenn das Feiern nicht vergessen wird. (Mk)

Auch im Jubiläumsjahr bleibt Qualität Trumpf

Was auf der 50. Internationalen Grünen Woche in Berlin geboten wird / 49 Länder zeigen unter dem Funkturm ihre Produkte / 500 000 Besucher erwartet

Zum 50. Mal öffnet morgen die Grüne Woche ihre Tore. Sie gilt als die traditionsreichste Ausstellung Berlins und zählt weltweit zu den größten Veranstaltungen der Land- und Ernährungswirtschaft. Rund eine halbe Million Besucher werden wieder an der Spree erwartet, weit mehr als 100 000 von ihnen werden aus dem Bundesgebiet und dem Ausland anreisen. Im vergangenen Jahr hatten 1300 Journalisten aus 63 Ländern über dies Ereignis berichtet.

Insgesamt 49 Länder bieten bis zum 3. Februar ihre landestypischen Nahrungs- und Genußmittel sowie Blumen und Pflanzen unter dem Funkturm an. Äthiopien, Madagaskar und Ruanda werden erstmals dabei sein. Wer im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dazugehören will, kommt nach Berlin.

Seit 1926, als damals am 20. Februar die erste Grüne Woche im Hörsaal des Funkhauses eröffnet wurde, hat sich die Ausstellung natürlich erheblich gewandelt. Damals stand noch das Wort, nicht die Schau im Vordergrund.

Angefangen hatte es eigentlich schon Jahre zuvor. Damals veranstaltete die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) Ende Januar bis Anfang Februar ihre Wintertagung in Berlin, die „Große Landwirtschaftliche Woche". Das DLG-Haus in der Dessauer Straße reichte für den Zustrom der Landwirte nicht, selbst die Säle der Berliner Philharmonie mußten dazugemietet werden. Der Berliner Handel und das Handwerk nutzten die Chance: Sie boten auf offener Straße all das an, was sie den Bauern offerieren konnten.

Das brachte Hans-Jürgen von Hake, Mitarbeiter des Berliner Fremdenverkehrsamtes, auf die Idee, den wilden Handel in geordnete Bahnen zu lenken: Die DLG-Wintertagung wurde mit einer landwirtschaftlichen Ausstellung verbunden. Sie fand im Geburtsjahr 1926 nur in einer Halle am Kaiserdamm statt. Immerhin: Schon damals kamen mehr als 50 000 Besucher.

Der Name „Grüne Woche" wird den Berliner Journalisten zugeschrieben. Sie brachten so den Ansturm der grün berockten Landwirte, Forstleute und Jäger auf die Reichshauptstadt auf eine Kurzformel. Heute überwiegt bei den Fachbesuchern eher das dezente Grau der Einkäufer. Die Grüne Woche ist in den folgenden Jahren schnell gewachsen. 1938 mußte sie ausfallen, weil eine Maul- und Klauenseuche grassierte. 1940 war allerdings Schluß.

Aber bereits am 28. August 1948 – mitten in der Blockade, als viele Berliner von ausreichendem und gutem Essen nur träumen konnten – ist es wieder so weit. Der Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer mit seinem Vorsitzenden Wilhelm Naulin setzen ein Zeichen der Hoffnung. 136 000 Besucher bestaunen einen sieben Kilogramm schweren Weißkohl oder einen Kürbis von 40 Kilogramm, Star ist die Kreuzberger Sau „Dora" mit ihren Ferkeln, Symbol für Schinken und Würste. Denn: Was davon an einigen Ständen hängt, ist aus – Pappe. 1950 muß die Grüne Woche noch einmal wegen Bauarbeiten ausfallen. Bereits 1951 – seitdem findet diese Ausstellung wieder zum traditionellen Wintertermin statt – ist der erste ausländische Aussteller an der Spree: Ein Niederländer baut Gemüsepyramiden auf, die selbst Konrad Adenauer imponierten.

Inzwischen sind einige Länder 30 Jahre und mehr mit von der Partie. Marokko und Österreich werden in diesem Jahr für ihre 25. Beteiligung geehrt; Großbritannien und Tunesien sind zum 20. Mal dabei. 1962 wurde *der Ausstellung der Titel „Internationale Grüne Woche"* verliehen. Im Jubiläumsjahr sind 32 Industrie- und Entwicklungsländer mit Gemeinschaftsschauen vertreten. Dazu kommen weitere 17 Länder aus der Dritten Welt, die unter der Federführung der EG-Kommission und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in der Messehalle 6 A ihr Angebot an Obst, Gemüse und Blumen präsentieren.

Maßstäbe werden in der Halle 20, gleich rechts vom Haupteingang, gesetzt. Dort findet seit 1970 die Gemeinschaftsschau der deutschen Agrarwirtschaft unter der Regie der damals neugegründeten Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) statt. Hier präsentieren sich die Bundesländer. Sie zeigen, was sie an Spezialitäten zu bieten haben. Unter dem Motto „Essen aus Deutschland – Qualität bleibt Trumpf" kann die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ihre Leistungsfähigkeit demonstrieren.

Blickfang der Länderstände, die sich an die Hallenwände drücken, sind Wirtshausschilder. Unter dem Titel „Qualität bleibt Trumpf" sind die Hauptprodukte der verschiedenen Regionen aufgezählt. An den jeweiligen „Ländertagen" soll dann noch ein besonderes Angebot mit Spezialitätencharakter als „unser Trumpf" herausgestellt werden.



Auf seinem 50 Jahre alten Traktor begrüßt das Maskottchen der CMA die Besucher der 50. Internationalen Grünen Woche in Berlin. FOTO: GKM

Da Bremen nicht mehr in Berlin vertreten ist, nutzt die CMA diesen Stand, um Produkte mit ihrem Gütezeichen „Markenqualität aus deutschen Landen" vorzustellen. Bereits 3800 Betriebe mit 10 200 Erzeugnissen aus 18 Produktbereichen führen das CMA-Gütesiegel. Immer mehr Verbraucher greifen zu Erzeugnissen, die so gekennzeichnet sind, weil sie sich davon Qualität und eine kontrollierte Produktion versprechen. Immerhin kennen bereits 77 Prozent der Verbraucher das Siegel.

Den Niedersachsen reicht diese Gemeinschaftsschau offenbar nicht. Zum siebten Mal ist das Land in Halle 2 mit einer eigenen Sonderschau vertreten und bietet einen Überblick über sein Angebot an Nahrungsmitteln.

Aktiv sind die Aussteller aber nicht nur auf dem Messegelände, sie gehen auch wieder in die Stadt. So läßt die CMA in acht großen Hotels den Gästen zum Frühstück Milch aus deutschen Landen von Hostessen servieren. In 50 Restaurants tischt die Gesellschaft unter dem Motto „Bunter Trachtenreigen mit herzhaften Speisen" regionale deutsche Spezialitäten auf. Die Dänen beispielsweise haben bereits vor einer Woche in einer Einzelhändelskette mit der Werbung für ihre Produkte begonnen.

In neuer Form präsentiert sich auch die „Deutsche Wein- und Sektstraße" in den Messehallen 4 und 5. Die 50 Betriebe aus elf deutschen Anbaugebiete zeigen, was sie kredenzen können. Die Besucher werden von geprüften und anerkannten Experten beraten.

Wie schon einmal vor zehn Jahren stellt das Bundesernährungsministerium seine Sonderschau unter das Motto „Fische und Fischwirtschaft". Den Mittelpunkt der Halle 7 bildet ein „Aquarama", ein 820 Quadratmeter großes Wasserbecken mit achteckiger Rundum-Filmprojektion, die Hochseeatmosphäre vermittelt. Ergänzt wird alles durch ein Fisch-Forum im Internationalen Congreß-Centrum und am Monatsende durch den Deutschen Fischereitag im Palais am Funkturm.

In Halle 23 sind alle Grün-Bereiche unter einem Dach vereint. Neben einem Laubenfest der Gartenfreunde und einer Vorschau auf die Bundesgartenschau 1985 sind ein „Kurpark" und eine Bühne mit Wasserorgel für besondere Ereignisse in dieser größten Halle die Schwerpunkte. Ein Blumenwettbewerb mit internationaler Beteiligung rundet die Schau ab.

Es geht auch kritisch auf der Grünen Woche zu. Die Verbraucher-Sonderschau „Gesund und fit durch vernünftige Ernährung" in Halle 12 sezt sich mit den europäischen Eßgewohnheiten auseinander. Den Besuchern sollen die Erkenntnisse der Wissenschaft in leicht verständlicher Form dargestellt werden.

Höhepunkt des fachlichen Begleitprogramms ist das 5. Internationale Forum Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbandes. Unter dem Generalthema „Europäische Landwirtschaft – Partner oder Konkurrent auf dem Weltmarkt?" beschäftigen sich drei Arbeitskreise mit dem Verhältnis zu den USA, mit dem Ost-West-Handel und mit dem Problem des Hungers und des Überflusses.

Die Grüne Woche ist auch die Zeit der Verbandstagungen, Vorstandssitzungen und Empfänge, denn weil die Repräsentanten ohnehin in Berlin sind, wird die Zeit genutzt. Die Zahl der Treffs läßt sich kaum zählen. Weit mehr als 100 seien es bestimmt, meinen Experten.

Es treffen sich nicht nur die Minister der EG-Staaten, um über Preise, Finanzen und Überschüsse zu sprechen. In der Villa Borsig kommen die Ernährungs- und Planungsminister aus 16 afrikanischen Staaten auf Einladung der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Was in Berlin geboten wird, zahlt sich auch für die Wirtschaft aus. Nach einer Untersuchung der Berliner Messegesellschaft AMK brachte die Grüne Woche bereits vor zwei Jahren der Stadt rund 120 Millionen Mark an zusätzlicher Kaufkraft. Im Jubiläumsjahr dürfte es eher mehr werden.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Kunden kommen wieder auf den Buttergeschmack

Weihnachten ist für die Butter-Konsumenten noch nicht zu Ende. 15 000 Tonnen „Deutsche Molkereibutter aus Interventionsbeständen", wie es wenig attraktiv auf den Packungen heißt, sind jetzt im Januar noch in den Handel gekommen. Sie sind der Rest der insgesamt 50 000 Tonnen, die für die Bundesrepublik im Rahmen der Weihnachtsbutter-Aktion bestimmt waren. Damit sollte den Verbrauchern der Butterkonsum durch günstige Preise schmackhaft gemacht werden. In erster Linie ging es allerdings um die überquellenden EG-Kühlhäuser.

Die Butterpäckchen wurden im Rahmen dieser Aktion teilweise zu Preisen um eine Mark angeboten. Der Durchschnittspreis lag bei 1,40 Mark. Bei solchen Preisen haben die Verbraucher zugegriffen. Zwar haben sie wegen dieser Lockvögel auch weniger zur Deutschen Markenbutter gegriffen, aber der Absatz ist nicht in dem Maße gesunken, wie das befürchtet worden war.

Immerhin: Die Kunden, die ein Kilo Weihnachtsbutter mit nach Hause genommen haben, packten im Durchschnitt auch noch 200 Gramm Markenbutter ein. Ob diese Aktion nun ein Erfolg war oder nicht, ob es billigere Methoden zum Abbau der Überschüsse gegeben hätte oder nicht, darüber werden die Meinungen stets auseinandergehen. Aber selbst unter den Absatzstrategen ist die Aktion umstritten, weil sie das normale Geschäft gestört hat, meinen jedenfalls einige.

Der Absatz von Butter hatte nämlich bereits zuvor in der Bundesrepublik angezogen. Das wird in erster Linie auf die gesunkenen Preise aufgrund der agrarpolitischen Beschlüsse der Gemeinschaft vom Frühjahr zurückgeführt. Daneben haben sich aber auch die Einkommenserwartungen stabilisiert. Und die Konsumenten sind wieder auf den Geschmack gekommen.

Immerhin dürften rund sechs Prozent mehr Butter 1984 in der Bundesrepublik verbraucht worden sein als im Jahr zuvor. Damit fällt Butter aus dem allgemeinen Trend bei Nahrungsfetten heraus. In diesem Bereich dürfte insgesamt der Verbauch im vergangenen Jahr stagniert haben, während er im Vorjahr noch um zwei Prozent eingeschränkt worden war. Ohne Butter hätte es in diesem Bereich im vergangenen Jahr schlechter ausgesehen. (WR.)

„Agrarpolitisch müssen wir langfristig denken"

WELT-Gespräch mit Bundesminister Ignaz Kiechle

Trotz oder gerade wegen der Querelen, die Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle in den vergangenen Monaten durchstehen mußte, wirkt er heute gelassener als vor einem Jahr, als er zum ersten Mal die Grüne Woche eröffnete. Und das, obwohl die Probleme in dem Bereich sicherlich nicht geringer geworden sind. Kiechle, der dünnhäutiger ist, als er nach außen wirkt, tut es sicherlich gut, daß er mit seiner Politik auf Bauern-Versammlungen besser ankommt, als es nach Äußerungen aus dem zuständigen Verband zunächst den Eindruck hatte.

Vor einem Jahr hatte er sich mit seiner Vorstellung in der EG noch nicht durchgesetzt, über eine Einschränkung der Menge, für die ein Garantiepreis gezahlt wird, die Überschußproduktion bei Milch zu drükken. Heute gibt er zwar zu, daß diese Politik ihm mehr Ärger eingebracht hat, als er erwartet hatte. Im gleichen Atemzug fügt er jedoch hinzu: „Ich bin überzeugt davon, daß dies der einzig richtige Weg war."

Gesamtwirtschaftlich betrachtet sei es auch hervorragend gelaufen. Wenn nichts geschehen wäre, dann wäre die Milchproduktion noch einmal um mindestens drei Prozent in der EG gestiegen. Trotz aller Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Beschlüsse in anderen Mitgliedsländern sei die Erzeugung zwischen April und Dezember, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, jedoch um 3,7 Prozent in der Gemeinschaft gesunken.

Kleine Unebenheiten

Die Probleme, die er sich in der Bundesrepublik eingehandelt hat, führt Kiechle auf das Bemühen zurück, die Mengeneinschränkung „so gerecht wie möglich" durchzuführen. „Heute bin ich der Meinung, etwas mehr Uniformität wäre zwar weniger gerecht gewesen, aber dies hätte vielleicht zu weniger Ärger auf den Höfen geführt." Hinterher sei man immer klüger.

„Alles in allem gesehen haben wir es trotzdem nicht so schlecht gemacht, wie das immer dargestellt wird", so das Resümee Kiechles. Denn es klagten nur die Unzufriedenen. Jene hielten jedoch still, die mit Schlimmerem gerechnet hätten. Immerhin habe der Milchpreis im Dezember einschließlich der um fünf Prozentpunkte aufgestockten Vorsteuerpauschale um 3,5 Prozent höher gelegen als im Monat vor Einführung der Quotenregelung. Es werde zwei, drei Jahre dauern, die „kleinen Unebenheiten" zu korrigieren.

„Mein Ziel ist es", so Kiechle, „über die Mengenbeschränkung eine an den Kosten orientierte Preispolitik in der EG wieder möglich zu machen – bei einer gleichzeitigen Flexibilisierung des Systems im Laufe der Zeit." Dabei verweist er auf die Erfahrungen in anderen Ländern wie zum Beispiel der Schweiz, wobei er zugibt, daß die Preise, die den Verbrauchern in der Eidgenossenschaft abverlangt werden, schrecken müssen. Das System in der EG wirke, seit es Überschüsse gibt, preislich zugunsten der Verbraucher. Aber zu Lasten der Steuerzahler? „Irgendeiner zahlt immer", meint Kiechle. Der Preis gehe erst recht in die Höhe, wenn die Bauern zugrunde gehen, wenn fünf Prozent unter dem Verbrauch produziert wird.

Große Hoffnungen für die diesjährigen Preisbeschlüsse macht der Minister den Bauern nicht: „Es wird eine von den Finanzen der EG und der Marktlage her diktierte Preisrunde geben." Immerhin habe die Gemeinschaft immer noch keinen Haushalt. Es sei zwar gelungen, die Magermilchpulver-Berge etwas abzutragen, aber die Buttervorräte seien mit mehr als 900 000 Tonnen immer noch zu hoch.

Kiechle tritt dem, was von der Brüsseler Kommission als Preisvorschläge bisher bekannt wurde, entschieden entgegen. Die vorgesehene Preiserhöhung von 7,7 Prozent bei Magermilchpulver würde jene „innovativen Kräfte" treffen, die sich um den Absatz von Käse und Joghurt am Markt bemüht hätten. Begünstigt würden dadurch jene, die für die staatliche Intervention produzierten. Und dem Verbraucher würde durch die gleichzeitige Senkung des Butterpreises um vier Prozent „nur Sand in die Augen gestreut", da er für andere Erzeugnisse mehr bezahlen müsse. Die ins Auge gefaßte Preisaufstokkung im Milchbereich um rund zwei Prozent sollte gleichmäßig auf Fett und Eiweiß verteilt werden.

Bei Getreide, wo die Preise nach der Superernte des Vorjahres nach einem Ministerratsbeschluß von 1981 eigentlich um fünf Prozent sinken



müßten, würde es Kiechle für einen Erfolg halten, wenn er die Umsetzung jedenfalls zum größten Teil verhindern könnte. Klüger wäre es, die Qualitätskriterien für Weizen zu verschärfen, um einen einheitlichen Interventionspreis zu erhalten. Dann würden mehr Massenerzeugnisse verfüttert werden.

Um auf längere Sicht mit der Überschußsituation bei Getreide fertigzuwerden, setzt der Minister auf die Förderung des Anbaus von pflanzlichen Eiweißträgern wie Bohnen und Erbsen. Wer diese Produkte anbaut, könnte, so die Überlegung, die Differenz zum Weizen-Erlös ersetzt bekommen. Dadurch würde auch die Einfuhr von Substituten zurückgedrängt.

Die Zukunftsperspektiven

Da auch bei anderen Produkten Preisänderungen kaum möglich seien, werde auch in diesem Jahr die direkte staatliche Hilfe, die bereits im vergangenen Jahr kräftig aufgestockt wurde, eine große Rolle spielen. Konnten früher nur die Bergbauern Ausgleichszahlungen erhalten, so wurde der Bereich der benachteiligten Gebiete auf ein Drittel der Bundesrepublik ausgedehnt. Überdies solle die Altershilfe aufgestockt werden. Das Wort von der aktiven Einkommenspolitik greift Kiechle gern auf.

Ein Umdenken müsse es auch in der Beratung geben. Sie dürfe nicht länger auf Expansion ausgerichtet sein. In Zukunft komme es zum einen auf die kostengünstige Produktion an, zum anderen auf Möglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft. Die Chancen für den Nebenerwerb würden durch die Lage am Arbeitsmarkt zwar eingeengt. Aber die Situation könne sich nicht nur durch das gesamtwirtschaftliche Wachstum, sondern auch dann ändern, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen. „Agrarpolitisch müssen wir langfristig denken", betont Kiechle.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Verspeist wird alles, was gut und teuer ist

CMA untersucht die Eßgewohnheiten der Deutschen

Der Absatz von Nahrungsmitteln steigt wieder. Zwar nicht stark – das kann auch nicht erwartet werden, denn das gibt weder die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland her, noch hat sich ein gewaltiger Nachholbedarf aufgestaut. Aber die konjunkturellen Erwartungen festigen sich weiter und damit wächst auch die Bereitschaft der Konsumenten, zu qualitativ höherwertigen und auch zu teueren Nahrungsmitteln zu greifen.

Die Stimmung der Verbraucher bestimmt jedenfalls ihr Konsumverhalten erheblich. Das wird von der Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) seit mehr als zehn Jahren untersucht. Ein Tiefpunkt in der Verbrauchereinstellung mit einem Wert von minus 50 wurde 1974, im Jahr nach der ersten Ölkrise, gemessen.

Die folgende wirtschaftliche Zuversicht führte in den nächsten Jahren zu Werten, die zwischen 1976 und 1979 teilweise über plus zehn hinausgingen. Danach schlug das Pendel um. 1982 wurde ein Wert von minus 58 registriert. Dann wurde auch in der psychologischen Einstellung eine Wende vollzogen. Die Werte liegen für die vergangenen beiden Jahre aber immer noch leicht im negativen Bereich, pendeln zwischen minus zehn und fünf.

Während dieser Zeit vollzog sich auch ein anderer Wandel: Die Verbraucher sehen sich die Ware beim Einkauf genauer an und achten mehr auf Qualität. So sagten 1974 rund 70 Prozent der Verbraucher, beim Einkauf soll man auch auf den Preis achten, doch letzen Endes sei die Qualität entscheidend. Eine Ansicht, die zehn Jahre später bereits von 88 Prozent der Befragten vertreten wurde.

Rückschläge ausgeglichen

Dem steht gegenüber, daß 1974 noch 52 Prozent der Befragten meinten, „für mich ist ein niedriger Preis das Wichtigste"; dieser Ansicht waren Ende 1984 nur noch 41 Prozent. Unter dem Strich konnten die Rückschläge auf den meisten Nahrungsmittelmärkten, die 1983 verzeichnet wurden, im vergangenen Jahr mehr als ausgeglichen werden. Es wurden sogar zum Teil leichte Zuwächse erzielt.

Und für dieses Jahr überwiegt die Zuversicht. Es wird mit einem weiteren Zuwachs des Bruttosozialprodukts gerechnet, wobei die Mehrzahl der Prognosen zwischen 2,5 und drei Prozent beim Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts liegen. Für den Zuwachs des privaten Verbrauchs erwarten die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ein Plus von 1,5 Prozent, während der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung sogar von drei Prozent ausgeht. Das würde auch den Absatz von Nahrungsmitteln beflügeln.

Mehr tierische Nahrung

Geändert hat sich aber auch das Konsumverhalten des sogenannten Durchschnitts-Deutschen. Nach Angaben des Ernährungsministeriums haben die Bundesbürger im Wirtschaftsjahr 1983/84, das am 30. Juni endete, mehr tierische Nahrungsmittel wie zum Beispiel Fleisch, Milch und Käse gegessen als im Vorjahr, während der Verbrauch von pflanzlichen Erzeugnissen zurückging. Ein Trend, der sich bereits in den vergangenen zehn Jahren durchgesetzt hatte.

So konsumierten die Deutschen im vergangenen Wirtschaftsjahr pro Kopf 89,2 Kilogramm Fleisch; immerhin 11,7 Kilogramm mehr als vor zehn Jahren. Dieser Zuwachs erfolgte in erster Linie zu Gunsten des Schweinefleisches. Hier kletterte der Pro-Kopf-Konsum um 9,7 auf 51 Kilogramm; der Pro-Kopf-Verbrauch des teueren Rindfleisches ging anteilmäßig von 20,8 auf 19,9 Prozent zurück.

Mit 88 Liter Milch trank der Bundesbürger zwar nur ein Liter mehr als vor zehn Jahren. In den Zwischenjahren war der Konsum jedoch sehr viel niedriger. Als Renner hat sich Käse erwiesen; hier kletterte der Verbrauch von 11,2 auf 14,9 Kilogramm.

Dagegen rutschte der Kartoffel-Konsum von 92,0 auf 70,1 Kilogramm ab. Dazu haben noch nicht einmal die hohen Preise der vergangenen Jahre beigetragen. Bei Frischobst wurde ein Rückgang von 93,2 auf 74,3 Kilogramm registriert, während der Verbrauch von Zitrusfrüchten von 23,5 auf 29,1 Kilogramm kletterte. Trotz aller Ratschläge der Ernährungswissenschaftler aß der „Durchschnitts-Deutsche" im vergangenen Jahr nur noch 67,7 Kilogramm Gemüse – zwei Kilogramm weniger als vor zehn Jahren.

FRANK RUDORF

Beim Brötchen haben die Bäcker noch Chancen

Jeder dritte Bundesbürger ißt zum Frühstück Brötchen. Das hat eine Umfrage ergeben. Auf die Frage, ob morgens Brötchen gegessen würden, falls sie rechtzeitig zugestellt würden, antworteten 57 Prozent der Befragten mit „Ja". Ein Hinweis für manchen Bäcker, nicht nur auf die Qualität zu achten. 25 Prozent der Verbraucher bevorzugen vorverpacktes Brot. Es gilt als hygienisch und länger haltbar. Kleinere Haushalte verweisen zudem auf die Möglichkeit, geringere Mengen einkaufen zu können. Diejenigen, die unverpacktes Brot bevorzugen, heben demgegenüber die Frische und den „aromatisch guten Geschmack" besonders hervor.

Immer mehr Männer backen Kuchen

Eine Domäne der Frauen ist in Gefahr: Immer mehr Männer stellen sich an den heimischen Herd, nicht nur um zu kochen, sondern auch um zu backen. Fast ein Drittel der Männer schiebt zumindest hin und wieder einen Kuchenteig in den Ofen. Bevorzugt sind dabei Apfeltorten, wie auch Pflaumenkuchen und andere Obsttorten. Ein Drittel setzt auf Marmorkuchen. Der „süße Hit" beim Backen ist die Konfitüre. In sieben von zehn Haushaltungen, in denen gebacken wird, wird Konfitüre verwendet. Am beliebtesten ist jene aus Erdbeeren.

Tiefgekühlte Kartoffeln sind „heiß"

Tiefkühlprodukte aus Kartoffeln liegen weiter im Aufwärtstrend. In den ersten neun Monaten des Vorjahres kletterte der Verbrauch weiter um fünf Prozent. Von den 41 131 Tonnen entfielen 31 757 Tonnen auf Pommes frites. Der Absatz von tiefgekühlten Kroketten kletterte sogar um 47 Prozent auf 3350 Tonnen.

Mehr Wurst bereits zum Frühstück

Fast jeder zweite Bundesbürger – exakt 48 Prozent – greift schon beim Frühstück zur Wurst. Dies hat eine Umfrage ergeben. Ist er zu Hause, dann liegt die Quote bei 45 Prozent. Bei denen, die außer Haus ihr Frühstück einnehmen, sind sogar 71 Prozent Wurstesser. Allerdings frühstükken nur rund 14 Prozent der Befragten nicht zu Hause. (WR.)

Absatz von Saft und Nektar steigt weiter

Der Absatz von Fruchtgetränken, vor allem von Säften und Nektar, wird auch in diesem Jahr nach Meinung der Experten steigen. Dabei gehen sie allerdings von einer weitgehenden Ruhe an der Preisfront aus.

Nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts sind die Fruchtgetränke 1984 recht gut durch den kalten Sommer gekommen. Sie konnten sogar noch leicht zulegen, während der Getränkeverbrauch pro Kopf im vergangenen Jahr leicht gesunken ist. Davon waren erstmals auch andere alkoholfreie Getränke betroffen. Der Konsum von Erfrischungsgetränken war bis 1983 kräftig auf rund 150 Liter pro Kopf gestiegen. Davon entfielen 24 Liter auf Säfte und Nektar. Mit dieser Leistung wurden die Deutschen in Europa nur von den Finnen übertroffen, die es auf 28 Liter brachten.

Die Fruchtgetränke gelten allgemein zwar als Durstlöscher, sie haben sich aber auch bei den Hauptmahlzeiten durchgesetzt und Kinder greifen gern zu diesen Getränken. Daher sind für den Absatz auch mehr die Monate März/April und Dezember bestimmend als die Sommermonate.

Eine absatzfördernde Rolle spielt auch das Gesundheitsbewußtsein: Um im Frühjahr den Vitaminbedarf zu decken, wird vor allem zu Fruchtsäften gegriffen, während in den Sommermonaten Nektar und Fruchtsaftgetränke bevorzugt werden.

Das Angebot an Fruchtgetränken ist in den vergangenen Jahren immer breiter geworden. Allerdings bevorzugen die Haushalte zu 60 Prozent nach wie vor die Geschmacksrichtung Orange. Auf Apfel entfallen 20 Prozent, den Rest teilen sich Trauben, Grapefruits, Birnen, Sauerkirschen, Johannisbeeren, Gemüsesäfte.

Die Einführung der Kartonverpackung hat preisdämpfend gewirkt und den Verkauf beflügelt. Inzwischen *kaufen mehr als 80 Prozent der Haushalte* Fruchtgetränke.

Nach dem CMA-Verbraucherpanel *dürften 1984 rund 50 Liter Fruchtsaft*getränke pro Haushalt konsumiert worden sein. Bei diesem Getränk waren die Berliner Spitze: Sie tranken rund ein Viertel mehr als der Durchschnitt. Auf Diätgetränke entfallen nur rund drei Prozent des Verbrauchs, weil hier der Preis auch am höchsten ist. In Hamburg und Bremen liegen die Anteile doppelt so hoch. (WR.)

Konsum hält mit dem Angebot nicht Schritt

In den Kühlhäusern lagern 664 000 Tonnen Rindfleisch

Bei Rindfleisch gibt es in diesem Jahr erhebliche Probleme. Die EG-Milchmengenregelung führt jetzt zu noch mehr Schlachtungen. Daher steht Rindfleisch bei den Marketingaktionen der CMA in diesem Jahr auch obenan, betont Helmut Fahrnschon, Chef der Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft. Bereits vor einigen Tagen sei eine Verkaufsförderungskampagne für Rindfleisch mit den Betrieben des Fleischerhandwerks angelaufen.

Immerhin rechnen Experten damit, daß im ersten Halbjahr 1985 die Zahl der Schlachtungen von Kühen um 19 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres steigen wird. Bei Färsen wird ein Plus von 15 Prozent erwartet. Das bedeutet, daß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres rund 165 000 Kühe und 67 000 Färsen mehr auf den Markt kommen werden als im ersten Halbjahr 1984.

Das drückt auf die Erlöse der Erzeuger. Denn mit dieser Angebotsausweitung kann der Verbrauch nicht Schritt halten. Vom Export in *die anderen EG-Staaten* wird auch keine Erleichterung erwartet, da der Währungsausgleich gekürzt wurde.

Damit setzt sich eine Tendenz der letzten Jahre fort, die sich 1984 noch verschärft hatte. Der Verbrauch an Rindfleisch war im vergangenen Jahr um 2,5 Prozent auf 1,24 Millionen Tonnen gestiegen. Dabei nahm der Pro-Kopf-Verbrauch im Kalenderjahr 1984 sogar um 4,1 Prozent auf 20,3 Kilogramm zu. Hier spiegelt sich die hohe Wertschätzung wider, die gerade *dem Rindfleisch von den Konsumenten* entgegengebracht wird. Allerdings: Der Absatz von Rindfleisch korreliert auch mit dem Einkommen. Da sich die Einkommenserwartungen im vergangenen Jahr gefestigt haben, fiel es den Konsumenten leichter, zum Rindfleisch zu greifen.

Günstige Preise

Eine Rolle dürften aber auch die Preise gespielt haben. Gerade in Sonderangeboten wurden Preise verlangt, von denen die Verbraucher lange Zeit nur träumen konnten. Allerdings war die Erzeugung von Rindfleisch in der Bundesrepublik mengenmäßig noch stärker und zwar um 7,1 Prozent, gestiegen. Ähnlich sah es bei Kalbfleisch aus. Die Produktion erhöhte sich um 10,7 Prozent, der Verbrauch um 8,8 Prozent.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik fällt nicht aus dem EG-Rahmen heraus. Die Folge: Lagerten Ende 1983 noch 408 000 Tonnen Rindfleisch in den Kühlhäusern der Gemeinschaft, so waren es Ende vergangenen Jahres bereits 664 000 Tonnen, rund 60 Prozent mehr. Weniger wird es in diesem Jahr wohl kaum.

Werbe-Aktionen geplant

Unter dem Aspekt des Marktgleichgewichts sieht es bei Schweinefleisch günstiger aus. Hier sind die Deutschen ohnehin Weltmeister im Konsum. Der Verbrauch kletterte im vergangenen Jahr noch einmal um 1,1 Prozent auf 3,13 Millionen Tonnen. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Schweinefleisch erhöhte sich von 50,4 auf 51,2 Kilogramm. Zum Vergleich: Der gesamte Fleischkonsum der Bundesbürger *lag* im vergangenem Jahr pro Kopf bei 90 Kilogramm.

Die Schweinefleischerzeugung erhöhte sich im vergangenem Jahr um ein Prozent. Während der Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch bei 86 Prozent liegt, werden selbst in der Bundesrepublik 22 Prozent mehr Rindfleisch erzeugt als verbraucht.

Die Diskrepanz wird in diesem Jahr noch zunehmen. Insgesamt wird für die Bundesrepublik eine Steigerung der Fleischproduktion um ein bis zwei Prozent vorausgesagt. In diesem Rahmen dürfte sich auch die Entwicklung bei Schweinefleisch bewegen. Bei Rindfleisch wird dagegen ein Zuwachs zwischen drei und fünf Prozent erwartet.

Die CMA will ihre Verkaufsförderungsmaßnahmen – sowohl mit dem Lebensmitteleinzelhandel als auch mit dem Fleischerhandwerk – kontinuierlich weiterführen. Bereits im März soll eine zweite bundesweite Verkaufsförderungsaktion für Rind- und Schweinefleisch anlaufen. Im Handel werden auch Fleischwaren und Wurst, aber auch Kalbfleisch mit im Angebot enthalten sein. Diese Aktionen werden unterstützt durch eine intensive und kontinuierliche Werbung in allen Medien. Immerhin: Über das Einkommen der Landwirte entscheidet in erster Linie immer noch der Absatz von Veredelungsprodukten.

HANS LANG

Verbraucher greifen mehr zur Gemüsekonserve

Die deutsche Gemüsekonservenindustrie pflegt das Prinzip Hoffnung. Erstmals haben sich die Rahmenbedingungen für die Verarbeiter gebessert, und da sich das Verbraucherverhalten stabilisiert hat, die Ernte in der EG *nicht übermäßig hoch* ausgefallen ist, besteht gute Aussicht, daß sie bis zur nächsten Kampagne ihre Lager räumen können.

Immerhin ist es in den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres zu keinem weiteren Rückgang des Konsums von Gemüsekonserven gekommen. Manche Beobachter rechnen sogar damit, daß es – wie in Frankreich – zu einem Umschwung kommt, daß die Verbraucher verstärkt zu diesem preiswerten Nahrungsmittel greifen.

Im Wirtschaftsjahr 1983/84 hatte der Rückgang beim Absatz von Gemüsekonserven allerdings noch angehalten. Insgesamt wurden noch 659 Millionen Dosen und Koserven gekauft. Der Anteil der deutschen Gemüsekonserven am Gesamtverbrauch stieg leicht von 12,5 auf 13,1 Prozent. Trotzdem ist ihr Verkauf noch gesunken. Er nahm von 94,4 auf 92,0 Millionen Einheiten ab.

Seit etwa zwei Jahren können allerdings auch die Importeure von Gemüsekonserven auf dem deutschen Markt nicht mehr mit Rekordzahlen aufwarten. Auch darin sehen einige Beobachter für die deutschen Verarbeiter gewisse Hoffnungen.

Beim Verbrauch von Obstkonserven *ist es bereits im Wirtschaftsjahr* 1983/84 zu einem Umschwung gekommen. Der Konsum an Obstkonserven erreichte (ohne Ananas) 498,2 Millionen Einheiten, immerhin 20 Millionen mehr als im Jahr zuvor. Im Wirtschaftsjahr 1981/82 waren es noch zehn Millionen Einheiten mehr gewesen. Der Absatz aus der deutschen Produktion kletterte im abgelaufenen *Wirtschaftsjahr von 126,8 auf nahezu* 150 Millionen Einheiten. Die Einfuhr stagnierte bei rund 372 Millionen Einheiten, während die Ausfuhren von 21 auf 24,2 Millionen zunahmen.

Bei wichtigen Umsatzträgern liegt die deutsche Industrie jedoch noch recht gut im Rennen. Bei Sauerkirschkonserven beispielsweise wird der Marktanteil mit 75 Prozent angegeben, bei Süßkirschen mit 65 Prozent, bei Pflaumen- und Mirabellenkonserven sind es sogar nahezu 90 Prozent. (WR.)

Deutscher Agrarexport erreicht neue Höhen

Mit Qualität erfolgreich auf den Märkten der Welt

Alle Optimisten lagen richtig: Ob*wohl der Kampf um die Märkte* in den vergangenen Monaten bestimmt nicht leichter geworden ist, konnte der deutsche Agrarexport im vergangenen Jahr seine Stagnationsphase überwinden. Mehr noch: Mit über 24 Milliarden Mark kletterte er auf einen neuen Höchststand. Der Zuwachs wird auf immerhin 13 Prozent veranschlagt.

Und das, obwohl das Umfeld im vergangenen Jahr alles andere als günstig war. Die wachsenden Überschüsse haben das Verkaufen bestimmt nicht erleichtert. Der Konkurrenzdruck hat sich noch verschärft. Trotzdem lagen fast alle Sparten im Aufwärtstrend. Eine Ausnahme machte Butter. Hier lief zwar noch der Absatz in andere EG-Staaten, der Verkauf in Drittländer ging jedoch zurück. Erst zum Jahresende, als die Sowjetunion wieder orderte, zeichnete sich eine leichte Belebung ab.

Gewaltige Überschüsse

Hier wird ein Problem ganz deutlich: Für die gewaltigen Überschüsse in der Gemeinschaft fehlt es an kaufkräftiger Nachfrage auf den Weltmärkten, *jedenfalls* zu den im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) vereinbarten Mindestpreisen. Die EG mußte den Sowjets schon ein günstiges Koppelgeschäft von alter und neuer Butter offerieren, damit überhaupt noch etwas lief.

Wäre der Kurs der amerikanischen Währung im vergangen Jahr nicht so *kräftig gestiegen, so wäre die* Gemeinschaft finanziell wohl kaum über die Runden gekommen. Durch den hohen Kurs konnten die Exporterstattungen kräftig gesenkt werden. Dies kam nicht nur der EG-Kasse entgegen, sondern die Zurückhaltung der Gemeinschaft hat auch das Konfliktpotential gegenüber den Vereinigten Staaten etwas entschärft. Jedenfalls ist die Gemeinschaft nicht in angestammte Märkte der Amerikaner eingebrochen. Allerdings hat der starke Dollar das Geschäft mit Nordamerika, aber auch mit dem Nahen und Fernen Osten beflügelt. Dagegen hielten sich die Lieferungen nach Osteuropa gerade auf Vorjahreshöhe.

Zwei Drittel der deutschen Ausfuhren landwirtschaftlicher Produkte flossen wieder in den EG-Raum. Obwohl diese Märkte hart umkämpft *sind und die wirtschaftliche Entwick*lung hier 1984 noch hinter der in den USA und in Japan hinterherhinkte, legten die deutschen Agrarexporte elf Prozent zu. In Großbritannien und Griechenland wurden sogar Zuwächse von einem Viertel erzielt.

Allerdings machen die Deutschen ihr Geschäft nicht mit Massenprodukten, sondern mit Qualitätserzeugnissen: Käse, Fleisch, Wurst, Süßwaren, verarbeitete Obst- und Gemüseprodukte, Bier und Wein. Bei diesen Produkten lassen sich auch leichter höhere Preise durchsetzen. Die Exportmengen stiegen nur um zwei Prozent.

Wo viel Licht ist, gibt es auch Schatten. Unter den Exporteuren wird ernsthaft über die Grenzen der Ausfuhren nachgedacht. Immerhin ist die Exportabhängigkeit in Teilbereichen gewaltig. So gehen 70 Prozent der deutschen Produktion von Magermilchpulver in den Export. Bei Zucker sind es 45 Prozent, bei Kondensmilch und Käse rund ein Drittel, bei Rindfleisch ein Viertel. Das Problem liegt vor allem darin, daß auch in anderen Ländern die Produktion *steigt, gleichzeitig die Verbraucher* für Nahrungsmittel nicht mehr ausgeben wollen. Hinzu kommt, daß auch in anderen Ländern der Konzentrationsprozeß im Einzelhandel anhält und die deutschen Wettbewerber qualitativ zulegen.

Grenzausgleich geregelt

Bisher hat die mittelständisch strukturierte deutsche Ernährungswirtschaft mit ihrer Flexibilität, ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Qualitätsniveau sich auf den ausländischen Märkten noch behaupten können. Die Bundesrepublik ist der *Welt viertgrößter Exporteur landwirt*schaftlicher Produkte und die Agrarwirtschaft ist die fünftgrößte deutsche Ausfuhrbranche. Trotzdem: Es wird in diesem Jahr nicht leichter werden. In einem Punkt hat sich das politische Umfeld gebessert: Der deutsche Grenzausgleich ist in der EG, nachdem er weitgehend abgebaut wurde, kein Thema mehr. Der Preis, der dafür gezahlt wurde, war zwar hoch, aber an dieser Front herrscht jetzt Ruhe.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Das Geschäft mit den Blumen floriert wieder

Sag's mit Blumen, hieß es früher in der Werbung und viele hielten sich daran. Jedenfalls galt der Absatz von Zierpflanzen aller Art und jeder Form einmal als Konjunkturrenner. Das Geschäft florierte. Blumen standen für Freude, Glück und Zuneigung, für Schönheit und Natur. Und damit läßt sich schon etwas anfangen – auch in der Werbung.

Obwohl Blumen beim Beschenkten, aber nicht nur bei ihm, gut ankommen, gibt es Probleme: Blumen gehören nun einmal zu den Produkten, die nicht lebensnotwendig sind. Das zeigte sich besonders, als die Konjunktur zu Beginn der achtziger Jahre nach unten rutschte, das Vertrauen der Verbraucher in die wirtschaftliche Entwicklung bis 1982 *auf* einen Tiefpunkt absackte. Das traf auch den Absatz von Blumen.

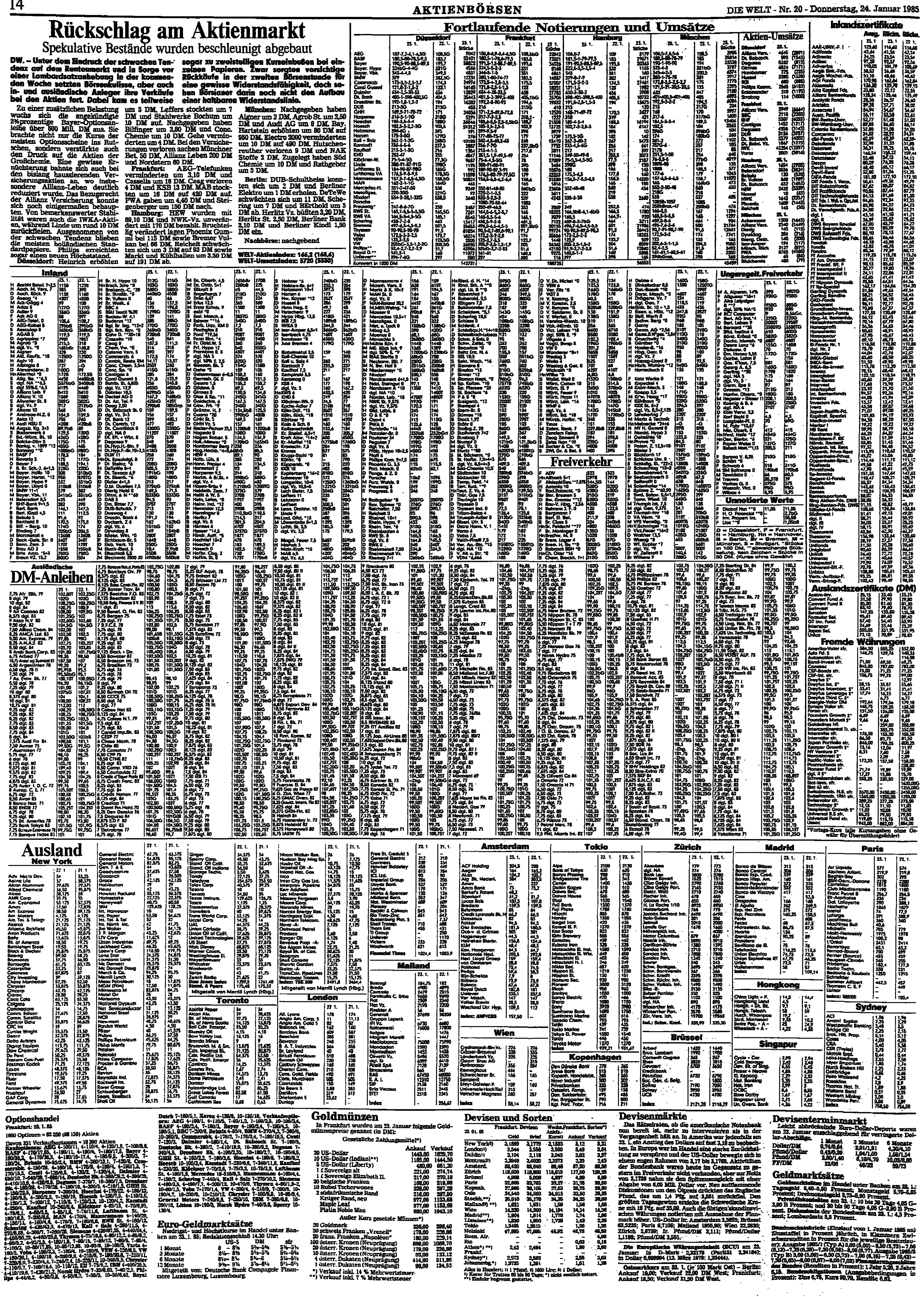
Für die deutschen Erzeuger kam erschwerend die Energieverteuerung hinzu und die ausländische Konkurrenz, die sich verstärkt auf dem deutschen Markt engagierte. Trotzdem: Zu gravierenden Umsatzeinbrüchen ist es nicht gekommen. Die Pro-*Kopf-Ausgabe bewegte sich auch* 1984 auf dem hohen Niveau von 110 Mark.

Ein Problem für die Zukunft sehen die Experten allerdings darin, daß nur rund 20 Prozent der Käufer mehr als die Hälfte des Blumenabsatzes bestreiten. Eine solche einseitige Käuferabhängigkeit gilt als gefährlich. Wenn sich das Verhalten, wenn sich *die Einschätzung in diesem Bereich* ändert, dann trifft dies den Absatz. Für die Zukunft ist daher entscheidend, ob es gelingt, die gelegentlichen Käufer von Blumen, die 40 Prozent des Umsatzes bestreiten, verstärkt anzusprechen.

Die Umwelt-Welle reicht nicht, auch nicht die Sympathie und Zustimmung für Blumen. Gefordert ist in erster Linie der Blumenfachhandel; über ihn laufen mehr als 70 Prozent des Umsatzes. Er muß sich nicht nur auf die Wünsche der Kunden einstellen, er muß auch Trends erkennen und ein entsprechendes Blumen- und Pflanzensortiment bereit halten.

In dieser Hinsicht bietet die Grüne Woche sehr viel. Wer die Pracht der Hallen sieht, kann einiges an Anregung mitnehmen, die Arrangements sind häufig beispielhaft. Und Neuzüchtungen gibt es auch immer wieder in Berlin. (WR.)





Rückschlag am Aktienmarkt

Spekulative Bestände wurden beschleunigt abgebaut

DW. – Unter dem Eindruck der schwachen Tendenz auf dem Rentenmarkt und in Sorge vor einer Lombardsatzanhebung in der kommenden Woche setzten Börsenkulisse, aber auch in- und ausländische Anleger ihre Verkäufe bei den Aktien fort. Dabei kam es teilweise sogar zu zweistelligen Kurseinbußen bei einzelnen Papieren. Zwar sorgten vorsichtige Rückkäufe in der zweiten Börsenstunde für eine gewisse Widerstandsfähigkeit, doch sehen Börsianer darin noch nicht den Aufbau einer haltbaren Widerstandslinie.

Zu einer zusätzlichen Belastung wuchs sich die angekündigte 2¾prozentige Bayer-Optionsanleihe über 600 Mill. DM aus. Sie brachte nicht nur die Kurse der meisten Optionsscheine ins Rutschen, sondern verstärkte auch den Druck auf die Aktien der Großchemie. Eine gewisse Ernüchterung bahnte sich auch bei den bislang haussierenden Versicherungsaktien an, wo insbesondere Allianz-Leben deutlich reduziert wurde. Das Bezugsrecht der Allianz Versicherung konnte sich noch einigermaßen behaupten. Von bemerkenswerter Stabilität waren auch die IWKA-Aktien, während Linde um rund 10 DM zurückfielen. Ausgenommen von der schwachen Tendenz blieben die meisten holländischen Standardpapiere. Philips erreichten sogar einen neuen Höchststand.

Düsseldorf: Heinrich erhöhten um 5 DM. Leffers stockten um 7 DM und Stahlwerke Bochum um 10 DM auf. Nachgegeben haben Bilfinger um 3,80 DM und Conc. Chemie um 10 DM. Gehe verminderten um 4 DM. Bei den Versicherungen verloren aachen Münchner Bet. 50 DM, Allianz Leben 200 DM und Nordstern 60 DM.

Frankfurt: AEG-Telefunken verminderten um 3,10 DM und Cassella um 16 DM. Ceag verloren 4 DM und KSB 13 DM. MAB stockten um 16 DM auf 420 DM auf. PWA gaben um 4,40 DM und Steigenberger um 150 DM nach.

Hamburg: HEW wurden mit 89,10 DM und NWK-Vz. unverändert mit 170 DM bezahlt. Bruchteilig verändert lagen Phoenix Gummi bei 115 DM sowie Bremer Vulkan bei 66 DM. Reichelt schwächten sich um 3 DM auf 93 DM sowie Markt und Kühlhallen um 3,50 DM auf 191 DM ab.

München: Nachgegeben haben Aigner um 2 DM, Agrob St. um 2,50 DM und Audi AG um 8 DM. Bay. Hartstein erhöhten um 80 DM auf 950 DM. Electro 2000 verminderten um 10 DM auf 490 DM. Hutschenreuther verloren 9 DM und NAK Stoffe 2 DM. Zugelegt haben Süd Chemie um 10 DM und Rathgeber um 5 DM.

Berlin: DUB-Schultheiss konnten sich um 2 DM und Berliner Elektro um 1 DM erholen. DeTeWe schwächten sich um 11 DM, Schering um 7 DM und BErthold um 5 DM ab. Herlitz Vz. büßten 3,20 DM, Herlitz St. 2,50 DM, Berliner Bank 2,10 DM und Berliner Kindl 1,50 DM ein.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 166,2 (168,6)
WELT-Umsatzindex: 3720 (3330)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 23. 1. 85

1600 Optionen = 82 250 (88 150) Aktien

Davon 351 Verkaufsoptionen = 18 300 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-100/11, 4-110/4, 4-120/1,8, 7-100/8,6, BASF 4-170/17,85, 4-180/11, 4-190/4, 7-180/17,5, Bayer 4-160/38,2, 4-170/36,5, 4-180/18-17,4, 4-190/9,5, 4-200/3, 7-180/24, Bekula 10-95/3,4, BMW 4-380/13,1, 7-420/8, Commerzbk. 4-150/29, 4-160/18, 4-170/9, 4-180/4, 4-190/1,5, 7-170/15,5, Conti 4-120/6,5, 4-130/2, 7-130/4,4, Daimler 4-650/10, 7-640/28, 7-680/14, Deutsche Bk. 4-380/29,2, 4-390/25, 4-410/10,8, 4-420/8,5, Degussa 7-370/7, 10-380/7,5, Dresdner Bk. 4-160/39, 4-170/28, 4-190/10, 4-200/5, 4-210/1,5, GHH St. 4-150/22,5, Harpener 7-300/34, Hoechst 4-170/22, 4-180/13, 4-190/5,5, 4-200/2,5, 7-190/10, Hoesch 4-100/7,5, 4-110/3,6, 4-120/1,2, 7-100/12, 7-110/8, 7-120/3,3, 10-120/4,2, Karstadt 4-250/4, Kaufhof 10-240/8,4, Klöckner 4-65/13, 4-70/8,95, 4-75/6,1, 4-80/3,5, 4-85/1,6, 7-70/11,6, Lufthansa St. 4-180/16,5, 7-200/6,6, MAN 4-170/4, Mannesmann 4-140/20, 4-150/11, 4-160/4,6, 4-170/2, 7-160/6,6, RWE St. 4-160/12, Schering 4-420/43,5, 4-470/13, Kali + Salz 4-280/11,5, 4-270/8,65, 4-200/7, 7-280/28, Siemens 4-420/87,25, 4-440/64,4, 4-450/55,25, 4-460/25,8, Thyssen 4-75/18,5, 4-80/12,2, 4-85/8,2, 4-90/5,2, 4-95/3,5, 4-100/1,8, 7-80/15, 7-85/12, 7-90/8, 7-95/4, 7-100/3, 10-80/17,85, 10-85/13,85, 10-95/8, 10-100/5, Varta 4-180/5, Veba 4-180/2,3, 7-180/4, 10-180/9, VEW 4-120/6,5, VW 4-180/30,1, 4-190/18, 4-200/9,9, 4-210/8, 7-190/20,8, 7-210/11, 7-220/8,9, 7-230/4,4, 7-240/2,4, 10-220/11, 10-240/5,5, Chrysler 7-220/8,9, 7-100/14,4, 10-110/12, Elf 7-75/5,2, IBM 4-400/25,5, 4-110/5,7, 7-100/14,4, 10-110/12, Elf 7-75/5,2, IBM 4-400/25,5, 4-410/19,6, 7-420/21,3, Norsk Hydro 7-35/6,65, 7-40/2,5, Philips 4-44/8,2, 4-50/3,8, 4-50/8,2, 7-50/5, 10-50/6,45, Royal Dutch 7-160/5,1, Xerox 4-130/8, 10-130/18, **Verkaufsoptionen:** AEG 4-100/1, 4-110/5, 7-95/1,2, 7-100/2,5, 10-100/3,4, BASF 4-180/2,4, 7-180/3, Bayer 4-190/2,4, 7-190/4,5, 10-190/5,1, BBC 7-200/8, Bekula 4-95/4, BMW 4-370/4,3, 7-380/6, 10-360/9, Commerzbk. 4-170/2, 7-170/3,4, 7-180/10,5, Conti 7-120/3, Daimler 4-590/1,4, Dt. Babcock St. 7-160/5, Deutsche Bk. 4-380/2, 7-410/19,9, 10-380/9,2, Degussa 7-340/4,5, Dresdner Bk. 4-190/2,55, 10-180/2,7, 10-190/6,5, GHH St. 4-160/2,2, 7-160/3,6, Hoechst 4-190/8, 7-190/8,2, Hoesch 10-100/3,4, Karstadt 7-230/6,6, 7-240/11,6, Kaufhof 4-230/20, Klöckner 7-70/2,6, 7-75/3,3, 10-75/3,9, Lufthansa St. 4-180/1,8, Mercedes 10-510/8,2, Mannesmann 4-160/4,4, 7-150/2, Schering 7-440/4, Kali + Salz 7-270/10,2, Siemens 4-480/3,5, 4-490/7,7, 4-500/12, 10-470/8, Thyssen 4-90/1,9-2, 10-80/1,5, Veba 7-170/1,4, VW 4-200/4, 4-210/9, 7-200/5, 10-190/4,7, 10-200/8, 10-210/12, Chrysler 7-100/5,9, 10-95/5,4, General Motors 7-240/6,8, 7-250/10, IBM 7-380/6,8, 10-390/16, Litton 10-190/3, Norsk Hydro 7-40/3,6, Sperry 10-130/4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8 – 8¼	5⅜–5⅝	5⅜–5⅞
3 Monate	8⅛– 8⅜	5⅝–5⅞	5¼–5⅝
6 Monate	8½– 8¾	5¾–6	5¼–5½
12 Monate	9⅛– 9¾	5⅞–6⅛	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1829,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1185,00	1444,50
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	221,00	274,74
1 £ Sovereign Elizabeth II.	217,00	270,18
20 belgische Franken	168,00	218,88
10 Rubel Tscherwonez	228,00	287,28
2 südafrikanische Rand	216,00	287,90
Krüger Rand, neu	977,00	1153,68
Maple Leaf	977,00	1153,68
Platin Noble Man	880,00	1043,10
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	236,00	298,40
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	226,86
20 franz. Franken „Napoléon"	180,00	229,14
100 österr. Kronen (Neuprägung)	899,00	1088,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,00	226,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,00	123,12
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	414,00	511,86
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,00	134,52

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

23. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs¹)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York²)	3,1699	3,1779	3,1582	3,12	3,21
London¹)	3,544	3,558	3,500	3,49	3,64
Dublin¹)	3,104	3,118	3,045	3,02	3,57
Montreal²)	2,3940	2,4020	2,3573	2,35	2,45
Amsterd.	88,420	88,840	88,48	87,50	89,50
Zürich	118,600	118,800	118,615	117,50	120,25
Brüssel	4,988	5,008	4,937	4,80	5,09
Paris	32,605	32,765	32,27	31,75	33,50
Kopenh.	27,965	28,105	27,63	26,75	28,50
Oslo	34,540	34,660	34,015	33,50	35,25
Stockh.**)	35,010	35,170	34,35	34,25	36,00
Mailand³) **)	1,621	1,631	1,59	1,56	1,66
Wien	14,220	14,260	14,194	14,14	14,36
Madrid**)	1,804	1,814	1,778	1,74	1,86
Lissabon**)	1,830	1,850	1,728	1,43	2,25
Tokio	1,2485	1,2515	–	1,20	1,26
Helsinki	47,885	47,885	46,92	46,75	48,90
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,43	2,484	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,573	2,592	–	2,55	2,63
Johannesbg.*)	1,3725	1,391	–	1,01	1,26

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ³) 1000 Lire; ²) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Das Rätselraten, ob die amerikanische Notenbank nun bereit ist, mehr zu intervenieren als in der Vergangenheit hält an. In Amerika war jedenfalls am 23. 1. ein Anstieg des Dollars auf fast 3,19 zu beobachten. In Europa war im Handel eine starke Zurückhaltung zu verspüren und der US-Dollar bewegte sich in einem engen Rahmen von 3,17 bis 3,1765. Aktivitäten der Bundesbank waren heute im Gegensatz zu gestern im Freiverkehr nicht vorhanden, aber zur Notiz von 3,1739 nahm sie den Spitzenausgleich mit einer Abgabe von 6,05 Mill. Dollar vor. Neu aufflammende Diskussionen um den Ölpreis drückten das Englische Pfund, das um 1,4 Pfg. auf 3,551 zurückfiel. Den größten Tagesgewinn erzielte die Schwedische Krone mit 18 Pfg. auf 35,09. Auch die übrigen skandinavischen Währungen notierten mit Ausnahme der Finnmark höher. US-Dollar in: Amsterdam 3,5855; Brüssel 63,5225; Paris 9,7105; Mailand 1956,90; Wien 22,2830; Zürich 2,6739; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,1188; Pfund/DM 3,551.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 23. Januar: In D-Mark 2,22178 (Parität 2,24184); in Dollar 0,699994 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 23. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht abbröckelnde Euro-Dollar-Deports waren am 23. Januar ausschlaggebend für verringerte Dollar-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,74/0,64	2,01/1,91	4,30/4,10
Pfund/Dollar	0,42/0,39	1,04/1,00	1,59/1,54
Pfund/DM	2,80/1,40	6,10/4,70	10,02/8,80
FF/DM	22/06	48/32	89/73

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23. 1.: Tagesgeld 5,40–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 23. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Um einen so kompromißlosen Härtetest wie 'Paris-Dakar' mehr als einmal zu gewinnen, muß man bei Qualität, Zuverlässigkeit und Leistung ebenso kompromißlos besser sein.

BMW gewinnt 1985 zum 4. Mal.





Es gibt keinen Motorsport-Wettbewerb, der vergleichbare extreme Anforderungen an Mensch und Maschine stellt wie die Rallye Paris-Dakar.
Am 1. Januar 1985 wurde sie zum 7. Mal gestartet, am 22. Januar ging sie nach 14.000 gnadenlosen Kilometern zu Ende.
Nur mit absolut zuverlässiger Technik, Top-Kondition und eisernem Willen läßt sich der Sieg gegen Sandstürme, unbarmherzige Hitze und eisige Kälte, gegen Schotter, Geröll und Schlamm erringen: BMW ist es 1985 zum vierten Mal gelungen.
Der Fahrer: Gaston Rahier aus Belgien.
Wieder einmal hat eine BMW damit ihre Qualitäten unter Beweis gestellt, hat der BMW Boxer seine Fähigkeiten eindrucksvoll bestätigt.
Und was die Leistung noch überzeugender macht – bei der Maschine Rahiers handelt es sich nicht um einen speziellen Renn-Prototyp, sondern um eine seriennahe BMW.

Mit kompromißlosem Engagement für zuverlässige Qualität läßt sich viel mehr gewinnen als extreme sportliche Auseinandersetzungen.

Die Entschlossenheit, im Wettbewerb vorn zu liegen, zeichnet BMW von Beginn an aus.
Und davon profitieren BMW Fahrer nicht nur beim Motorsport.
Das gilt in jedem Produktbereich – ob bei Motorrädern oder Automobilen.
Milliarden-Investitionen in Produktions-Einrichtungen, in fortschrittliche Prüf- und Testverfahren sind die Basis dafür, daß BMW Produkte in hartumkämpften Märkten ebenso erfolgreich sind wie beim Sport.

BMW. Je höher die Anforderungen sind, desto klarer zeigt sich, wo Engagement und Kompetenz groß genug sind für Lösungen, mit denen man vor anderen am Ziel sein kann.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		23. 1.	22. 1.
dgl 77	3/87	101,3G	101,45G
dgl 77	9/87	99,15	99,45G
dgl 78 II	7/88	98,9	98,6

Renten auf dem Rückzug

Auf dem Rentenmarkt hat sich das Tempo der Kursabschwächung infolge des starken Angebots beschleunigt. Bei den öffentlichen Anleihen gingen die Abschläge teilweise über einen halben Punkt hinaus. Anlaß für die Verkaufswelle, an der sich auch Kreditinstitute beteiligen, ist die Furcht, daß in der kommenden Woche der Lombard heraufgesetzt werden wird. Der Markt für DM-Auslandsanleihen ist im Augenblick hoffnungslos verstopft, bei den Pfandbriefen gab es ebenfalls Abschläge dort, wo Material angeboten worden war.

	23. 1.	22. 1.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	98,25	98,25
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5
8 dgl. Pf 51	100	100,15G
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,25G	95,25G
7½ dgl. Pf 87	100,5G	100,5G
6 dgl. KS 29	86,25G	86,25G
7 dgl. KS 30	101,35G	101,35G

	23. 1.	22. 1.
Ha8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1bG
8 dgl. KO 53	100,75G	100,75G
7½ dgl. IS 6	102,3G	102,3G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,9	89,9G
6 dgl. Pf 95	89G	89G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	129G	129G
5½ dgl. K	107G	107G

	23. 1.	22. 1.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,35	100,35
7 dgl. 99	100,15G	100,15G
8 dgl. 101	103,5G	103,5G
7½ dgl. 102	102,25G	102,25G
9½ dgl. 126	105,9G	105,9G
D 8 LAG TS 76	101,3G	101,3G
6½ dgl. TS 77	100,2G	100,2
5½ dgl. 78	97,3G	97,3G
7 dgl. 79	101	101

	23. 1.	22. 1.
6½ dgl. Pf 10	97,75G	97,75G
6 dgl. KS 1	99,75G	99,75G
M 6 Lda. Aufb IS 15	99,55G	99,55G
6 dgl. IS 16	99,3G	99,3G
6 dgl. IS 17	98,65bG	98,75G
8½ dgl. KO 49	101,25G	101,25bG
8½ dgl. KO 48	101G	101bG
M 7½ Bay. Lbkgz. Pf 103	101,25bG	101,25bG
9½ dgl. IS 726	92,5bG	92,5bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	122G	122G
6 dgl Pf 4	95,5G	95,5G
6¼ dgl. Pf 3	92,5G	92,5G
6½ dgl Pf 12	92G	92G

	23. 1.	22. 1.
8¼ dgl. KS 8	102,5G	102,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 69	87,5	87,5
7 dgl. Pf 97	97,75G	97,75G
6½ dgl. KS 78	100,75G	100,75G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	91,5bG	91,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	105G	105G
6½ dgl. Pf 42	100,25G	100,25G
Hn7 Nord Lbk. Pf 1	99,6G	99,6G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G

	23. 1.	22. 1.
8 dgl. 84	103,6	103,7
F 10 Kredit 81	112,9	113G
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	106,5G	106,65
7½ dgl. 83	101,35	101,4
8¼ dgl. 83	105,15G	105,25
7½ dgl. 84 I	102,5G	102,5G
7½ dgl. 84 II	102,5G	102,5G
F 6 Landw.Rentbk. RS 14	–	–
6 dgl. RS 15	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 16	99,7G	99,7G
6 dgl. RS 19	99,5	99,5
6 dgl. RS 21	100G	100G
6 dgl. RS 26	99,95G	99,95G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee deutlich zulegen konnte, mußte Kakao Verluste hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	22. 1.	21. 1.
März	349,25	349,00
Mai	343,75	342,75
Juli	333,50	333,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	22. 1.	21. 1.
St. Lawrence 1 CW	248,24	249,19
Amber Durum	249,49	249,49

Roggen Winnipeg (can. $/t)	22. 1.	21. 1.
März	140,10	140,30
Mai	144,20	144,40
Juli	147,90	148,40

Kakao New York ($/t)	22. 1.	21. 1.
Terminkontr. März	2172	2216
Mai	2191	2232
Juli	2160	2220
Umsatz	4270	1100

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11 März	4,11	4,34
Mai	4,50	4,73
Juli	4,86	5,10
Sept.	5,15	5,38
Okt.	5,32	5,52
Umsatz	15 013	10 855

Genußmittel

Orangensaft New York (c/lb)	22. 1.	21. 1.
März	174,55	169,55
Mai	175,25	170,25
Juli	175,75	170,75
Sept.	172,50	168,50
Nov.	171,50	166,50
Umsatz	50	50

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	22. 1.	21. 1.
Südstaaten fob Werk	38,00	38,00

Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,25	29,00

Sojaöl Chicago (c/lb) Jan.	27,35	28,00
März	26,17	26,95
Mai	25,75	26,40
Juli	25,40	25,95
Aug.	25,20	25,55
Sept.	25,00	25,25
Okt.	24,20	24,55

Chicago (c/lb)		
Febr.	51,35	51,05
April	48,35	48,15
Juni	53,62	53,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	69,30	70,17
März	69,50	70,55
Mai	71,05	71,92

Häute Chicago (c/lb)	22. 1.	21. 1.
Ochsen unb. schwere River Northern	45,00	45,00
Kühe unb. schwere River Northern	44,00	46,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	592,50	598,00
März	597,00	608,25
Mai	608,00	620,50
Juli	617,00	629,50
Aug.	617,00	630,00
Sept.	611,00	622,50
Nov.	613,00	624,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Jan.	140,60	142,00
März	143,60	146,30
Mai	148,60	151,70
Juli	153,90	156,80
Aug.	156,00	159,10
Sept.	157,50	159,50
Okt.	158,00	159,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden†
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke; Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: *Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn* (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD. Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

... die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

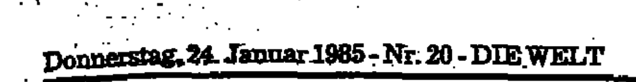
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Katapult für Intendanten

Mln. – Intendanten sind gewohnheitsmäßige Spieler. Die einen verjuxen ihren Etat. Die haben dann ausgespielt. Andere spielen Balance mit den Einnahmen und Ausgaben. Nur russisches Roulett ist schlimmer. Wieder andere spielen an den Apparaturen herum. Und die Bühnenrampe wird zur Abschußrampe. Dann knallt's.

Jetzt hat es in Düsseldorf geknallt. Günther Beelitz, Generalintendant des Schauspielhauses, hat sich die *Fliegermontur* übergezogen und wurde über Nacht nach München katapultiert. Noch war es ein Probelauf. Aber der Countdown läuft. Ernst wird es 1986, wenn Frank Baumbauer ausgedient hat, seine auf drei Jahre befristete Leitung des Bayerischen Staatsschauspiels vertragsgemäß zu Ende geht.

Dessen Leitung begriff man in München, nach dem Ausscheiden von Kurt Meisel und der Absage von Rudolf Noelte, ausdrücklich als kommissarisch. Gleichwohl sprang Baumbauer damals in die Bresche, wohl auch in der Hoffnung, nach seinem Übergangskommissariat werde man ihn nicht übergehen. Genau das aber ist geschehen. August Everding, Münchens Generalintendant, hat sich für Beelitz stark gemacht.

Worin besteht nun die Stärke Beelitzens, mit dem der bayerische Kultusminister jetzt verhandeln wird? Das weiß niemand so recht zu sagen. Er hat sein Düsseldorfer Haus gut in Schuß. Es funktioniert. Das will schon was heißen. Und funktionieren sollen auch die Münchener Bühnen. Das tun sie vermutlich um so besser, wenn Autoren wie Achternbusch und Regisseure wie Werner Schroeter außen vor bleiben.

Vielleicht werden die sich nächstes Jahr mal in Düsseldorf umschauen. Denn inzwischen spielt sicherlich irgendein Intendant an seinem Katapult herum.



Lebte fernab von den Kunstzirkeln der Moderne: „Die Angst" (1963) von Max von Moos, aus der Ausstellung im Rheinischen Landesmuseum Bonn FOTO: KATALOG

Das erdige Ungeheuer mit dem augenlosen Blick

Max von Moos (1903–1979) gehört, meint jedenfalls das Rheinische Landesmuseum in Bonn, „zu den wichtigsten Schweizer Künstlern der Moderne". Allerdings war er geradezu extrem „bodenständig". Außer einer Studienzeit in München unter *Johan Thorn Prikker lebte und arbeitete* er ausschließlich in seiner Vaterstadt Luzern. Immerhin hat sich das dortige Kunstmuseum seines Werkes angenommen und im Rahmen der regelmäßigen Zusammenarbeit mit dem Rheinischen Landesmuseum nach Bonn geschickt.

Obwohl seine *merkwürdige* Malerei in der Tradition der Phantastik ihn sicher zu einem führenden Mitglied des Surrealistenzirkels hätte machen können, blieb er ohne Einfluß auf die europäische Kunstszene. Er wird jedoch wegen seiner marxistischen Überzeugung (die sich in seinen Bildern nicht niederschlägt) zu den „progressiven" Künstlern in der Schweiz, *insbesondere* in den 30er und 40er Jahren, gerechnet. Er genoß offenbar die paradiesische Inselsituation der Schweiz in dieser Zeit – in der sich Marxismus als politische Überzeugung und phantastische Malerei gefahrlos miteinander verbinden ließen.

Aber Moos war nicht nur Phantast. Er war auch Konstruktivist, Surrealist, Symbolist, Tachist – wenngleich oft mit ziemlicher Verspätung. Einige Werke von ihm erinnern an Paul Klee, einige an Miró, andere wiederum an Picasso, Arp oder de Chirico. Durch seine Gebundenheit an Luzern, wo er lange Jahre an der Kunstgewerbeschule lehrte, hat er die unterschiedlichen Strömungen der Kunst sicher eher aus zweiter denn aus erster Hand mitbekommen – aber er drang tief genug in sie ein, um ihnen einen wiedererkennbaren, eigenen stilistischen Stempel aufzudrücken.

Sein Sich-Fernhalten vom Kunstbetrieb hatte auch zur Folge, daß eine breite Würdigung seines Werkes ausblieb. Im Jahr seines Ablebens widmete ihm das Kunsthaus Zürich zwar eine umfassende Retrospektive, und in Luzern gab es 1937 und 1961 größere Ausstellungen, nur – ein Durchbruch war damit nicht verbunden. Er blieb ein Künstler von eher auf die Schweiz beschränkter Bedeutung, ein Meister der zweiten Reihe. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihm überzeugende Bilder gelungen sind. Da ist zum Beispiel „Die Angst" von 1963, 110 x 300 cm groß, eines seiner Hauptwerke. Ein erdiges Ungetüm, ein Mittelding zwischen Gürteltier und Grottenmolch, nähert sich einer weiblich anmutenden, aber ebenso erdigen und grotesken Gestalt, die ihren augenlosen Blick auf das Ungeheuer heftet – ein beklemmendes Bild von Angst und Aggression.

Auch das (leider erst) 1948 entstandene Bild „Endphase", in dem eine halb verhüllte Figur die Entgrenzung ihres Leibes zeigt, gehört zu den nachhaltigeren Eindrücken, die beweisen, daß Max von Moos über die Situation des modernen Menschen nachgedacht hat und seinen Gedanken künstlerische Form geben konnte. (Bis 24. Febr.; München: 8. März bis 14. April; dann Wien; Katalog, 2 Bd., 22 Mark)

GERHARD CHARLES RUMP

Glanz und Elend der Literatur- und Kunstpreis-Politik in Deutschland: Viel Geld von Mäzenen, wenig Courage bei Juroren

Zwischen Stadtschreiberjoch und reinem Füllhorn

Ein Bankier gab den Anstoß. 100 000 Mark übereignete Dr. Hermann Jannsen der Stadt Bad Homburg für eine seiner verstorbenen Gattin gewidmete Stiftung, aus deren Erlös jährlich, am Todestag des Dichters, ein Hölderlin-Preis verliehen werden soll. Rund 22 000 Mark aus dem Stadtsäckel müssen, trotz der großen Einlage, zusätzlich aufgewendet werden, *damit der Haupt*preis von 15 000 Mark und ein Förderpreis von 5000 Mark vergeben werden können.

Allem „Kulturpessimismus" zum Trotz scheint das Mäzenatentum privater Spender und kommunaler Verwaltungen zu einem bislang ungeahnten Höhenflug angetreten zu sein. Allenthalben kommen Meldungen über neue Literaturpreise aus dem Ticker. Das ZDF vergab im letzten Jahr einen mit 24 000 Mark ausgestatteten Preis, der Literaten zugute kommen soll, die sich besonders um das Fernsehen bemüht haben. Die Ausgezeichneten, zuerst Gabriele Wohmann, müssen sich *indes* verpflichten, ein filmisches Tagebuch zu führen.

Bei den Preisen geht es nicht nur um Mammon und Ehre. Oft wird eine recht konkrete Gegenleistung erwartet. Wiederbelebt hat diese Idee, den mittelalterlichen Hof-Poeten nachempfunden, der rührige Inspirator des literarischen Lebens im Nachkriegsdeutschland, Karl Schneider, der einst auch Gelder für die Tagungen der „Gruppe 47" aufzutreiben wußte.

Das „Stadtschreiberamt von Bergen-Enkheim" geht auf sein Konto. Jeweils ein Jahr sollen die Gekürten, bei freiem Logis und ordentlichem Salär (24 000 Mark jährlich), so oft es ihnen möglich ist, in der Vorstadt Frankfurts residieren und auf die ihnen eigene Weise Literatur unters Volk bringen.

Nicolas Born, Wolfgang Koeppen, Peter Bichsel, Karl Krolow, Peter *Rühmkorf, Peter Härtling und Helga* M. Novak zum Beispiel waren schon Stadtschreiber, hielten literarische Sprechstunden ab, gründeten Stammtische und schrieben gar, wie Dieter Kühn, einen Roman über das Viertel, in dem sie hausten. Dieses Beispiel hat landauf, landab Schule gemacht. Allein im Raum Frankfurt gibt es zwei weitere, ähnlich geartete Poesie-Ämter.

In der Lederstadt Offenbach haust der „Schriftsteller im Turm", der die Aufgabe hat, in Schulen, Vereinen und auf der Straße den Bürgern ein neues Literaturverständnis zu vermitteln, eine literarische Woche, Streitgespräche *mit Kulturprominenz* und Lesungen zu organisieren. Andere Städte nehmen ihren Stadtschreiber noch strenger in die Ehren-Pflicht. Sie erwarten ein Werk zu Ruhm und Glorie der Region.

Diese Stadtschreiber, Stadtzeichner oder was immer sind nur ein kleiner Fleck auf der deutschen Preis-Landkarte. Kaum eine größere Stadt, kaum eine literarische Gruppierung, kaum ein Land, das nicht Preise wie Blitze von sich schleuderte. Der Landesbezirk Hessen des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) verleiht einem jungen, unbekannten Autor stets zur Buchmesse, nach öffentlicher Lesung und Votum des Publikums, ein mit 1000 Mark umkränztes „Hungertuch". Die Münchner Gruppe „Littera" vergibt eine Ehrengabe an den Autor des „besten Buches des Vorjahres" – nicht ohne zu vermerken, daß Mitglieder bessere Chancen haben. Die Stadt Darmstadt *bemüht sich in zweijährigem Turnus* um junge Lyriker, die noch keinen größeren Gedichtband veröffentlicht haben. Nach dreitägigem, öffentlichem Gedicht-Spektakel werden 20 000 Mark als Haupt- und Förderpreise ausgeschüttet. Andernorts gibt es statt Bargeld eine Plastik und eine Urkunde, etwa für das beste Gedicht zum Thema „Rose".

Indes, je wichtiger die Stadt oder der Verband, um so gewichtiger der Preis. 50 000 Mark gibt es für den Goethe- und den Adorno-Preis der Stadt Frankfurt. Die deutsche Akademie für Sprache und Dichtung stockte den renommierten „Georg-Büch*ner-Preis" auf 20 000 Mark auf.*

Großzügig honoriert wird auch die Poetik-Vorlesung, die, vom Suhrkamp-Verlag erdacht und gesponsert, jeweils zum Wintersemester an der Frankfurter Universität abgehalten wird. Wenngleich nicht eigentlich ein Preis mit Titel, so doch unverbrüchlicher Teil des deutschen Literaturpreis-Diadems.

Große Summen machen Mäzene, Verleger und Kommunen dann locker, wenn es darum geht, die Erinnerung an einen denkwürdigen Dichter oder Philosophen zu wahren. Ob Arno Schmidt oder Ernst Bloch, ob Schubart, Herder oder Carl von Ossietzky, 10 000 bis 50 000 Mark ist die Pflege ihres Namens und Werkes stets wert. Und natürlich gibt es auch einen Preis des Innenministeriums zur Förderung von Literatur, die der gesamtdeutschen Problematik verpflichtet ist, einen Erzähl- und Hörspielwettbewerb des Ostdeutschen Kulturrats, Preise für die beste deutsche Kurzgeschichte, für einen Erstlingsroman, neue Theaterstücke, Hörspiele oder Kurzprosa zum Thema „Glück".

Hat diese unüberschaubare Preisflut – mehr als zehntausend wird es wohl geben – einen Sinn? Wer gewinnt durch sie, wer zehrt von ihr? Tatsächlich rufen die beständig auftauchenden Meldungen über neue Preisstiftungen auch Unbehagen hervor. Zu oft sitzen immer dieselben Gesichter in der Jury, zu oft werden immer dieselben Poeten, Maler, Bildhauer ausgezeichnet. Wer einmal einen Preis erhält, löst oft damit eine *Kettenreaktion zu seinen Gunsten* aus. Klüngelwirtschaft, für die Künstler nicht weniger anfällig sind, siegt dabei nur zu oft über ästhetische Kriterien. Einst mußte ein preiswürdiger Literat der „Gruppe 47" angehören, heute kann die VS-Mitgliedschaft nicht schaden. Und während man munter von Pluralismus und Toleranz redet, einigen sich die Juroren wieder auf einen von „ihren Leuten".

Preise belasten manchen Autor, verägern andere. Bewegen die literarische Szene – und weniger die Literatur. Provozieren Hoffnungen, hängen als bitterer Lorbeer um den Hals von Poeten, die nun zeigen müssen, daß sie den Preis wert und ihren Juroren dankbar sind. Dennoch, ohne Preis kein Fleiß. Gerade die Chance, durch eine Ausschreibung das Rampenlicht der Literaturbühne betreten zu können, regt an, setzt Phantasie frei, reizt die schöpferische Ader – und verführt oft zu Duckmäusertum, zur Gefälligkeitsliteratur.

Die Absicht, neue Preise zu stiften, traditionelle zu verleihen, ist und bleibt löblich. Wenn nur den Stadt*und Stiftungsoberen die Courage zu*käme, nicht immer wieder dieselben Kritiker, Vorsitzenden und Professoren zu bestellen. Wenn es ihnen weniger um den eigenen Ruhm ginge, sondern zuerst um die Förderung von Nachwuchsliteraten. Denn den hohen Preisgeldern stehen nicht selten fehlende Finanzen für all die weniger publizitätsträchtigen Aufgaben der Literaturvermittlung gegenüber: für Dichterlesungen an Schulen, Literaturwerkstätten an Volkshochschulen, *die Einrichtung von öffentlich* zugänglichen Literaturbüros. Daran mangelt es.

Preise kann es gar nicht genug geben. Aber nicht nur als kulturpolitisches Alibi ohne Wirkung. Denn mit Ausnahme von ein paar Großschriftstellern – die meisten Preisgekrönten (oder mit Preisen Abgespeisten) halten es viel lieber mit Lessings über zwei Jahrhunderte altem Sinnspruch: „Wir wollen weniger erhoben / Und fleißiger gelesen sein."

HADAYATULLAH HÜBSCH

H. Levine in Düsseldorf

Die Leiden des alten Jakobi

Man kann es sich gar nicht erklären, warum ein Eisenbahnstrang, plötzlich abbrechend, auf der Bühne liegt. Deren Boden ist verziert mit herbstlich buntem Laub. Sonst gibt es einige Stühle, wie man sie auf einer Probebühne benutzt, und im zweiten Akt ein Bett. Das ist das „Bühnenbild" für das Drei-Personen-Stück „Jakobi und Leidental" von Hanoch Levine, das jetzt im Kleinen Haus des Düsseldorfer Schauspielhauses erstmals auf eine deutsche Bühne kam. Die Regie blieb in der Familie. David Levine, der ältere Bruder und künstlerische Leiter des israelischen Nationaltheaters „Habimah" in Tel Aviv, hatte sie übernommen. In Israel reüssierte das *Stück allerdings unter der Regie* des Autors mit mehr als zweihundert Aufführungen am Kameri-Theater.

Der Text kommt recht deftig einher. Nachdem Jakobi, 50 Jahre alt, seinem Freund und Domino-Partner Leidental die Freundschaft aufgekündigt hat, begegnet er auf der Straße einer Dame mit ungewöhnlich großem Hinterteil – in der Übersetzung, immerhin von Georg Kreisler, heißt sie Titania, in Düsseldorf nennt man sie Schaharsch. So viel Fleisch ist für *Jakobi Anlaß* genug, es zu heiraten. Und weil *Leidental* nichts mit sich anzufangen weiß, offeriert er sich als Hochzeitsgeschenk: Künftig ist er *Diener im Hause Jakobi.* Damit ist er freilich eher Sand im Getriebe dieser Ehe, in der Jakobi schnell erfahren muß, daß er sich nicht mehr so gehen lassen kann wie ehedem. Darüber lamentiert er denn ausführlich in einem langen, dreistrophigen Lied.

Der Autor begnügt sich nämlich nicht mit dem Erfinden unsäglich trivialer Texte: Sie müssen auch noch gesungen werden – zu Pianomusik von Alex Cagan, der den Salonton des vorigen Jahrhunderts bevorzugt und vom Chanson der 20er Jahre offenbar nie etwas gehört hat. Der Ablauf der Sache wird dadurch nicht eben beflügelt. Daß diese Ehe scheitern würde, wußte *man* ohnehin.

Einen Vorteil hat das Stück allerdings dennoch: Man muß nie rätseln, was der Dichter uns damit sagen will. Er sagt es: immer im Klartext, und die kärgliche Handlung ist nur dazu bestimmt, ihn aufsagen zu lassen.

Es läßt sich vorstellen, daß dieses Spiel ohne Dekorationen und mit nur wenigen Darstellern auf Tourneen durch Kibbuz-Kulturhäuser in Israel recht praktisch ist und innerhalb gewisser Grenzen einige Unterhaltung gewährt. Auf deutschen Bühnen dagegen ist es sicher entbehrlich. Daß Düsseldorf drei Asse seines Ensembles aufbot – Eva Böttcher, Alois Strempel (Jakobi) und Klaus Hermes –, vermochte nicht, die zunehmende Langeweile zu vertreiben. Das erklärt dann auch Laub und Eisenbahnschiene: Sie bezeichnen Herbst und Endstation des Theaters.

KATHRIN BERGMANN

Der Journalist und Erzähler Ben Witter wird 65

Welten aus dem Detail

Bekannt geworden ist er durch seine „Spaziergänge mit Prominenten", ambulante Unterredungen mit *Leuten, von denen man schon* viel gehört hat und noch mehr hören möchte: zum Beispiel Helmut Schmidt und Carlo Schmid, Karl-Heinz Köpcke oder Heinz Rühmann, Marianne Hoppe und Golo Mann.

Er hat mit dieser neuartigen publizistischen Form, halb Interview, halb Feuilleton, etwas Einzigartiges erreicht: nicht nur, einen Menschen mit all seinen Besonderheiten im Gestus und in der Kleidung vorzuführen, sondern auch ein Gespräch in seiner Sprung*haftigkeit, von* äußeren Anlässen gelenkt und abgelenkt, so wiederzugeben, wie es tatsächlich abgelaufen sein mag. Ein hohes Maß an Glaubhaftigkeit erreicht er durch das Einbeziehen völlig willkürlich bemerkter Einzelheiten: ein Blatt, das vom Baum fällt, ein Tier, das über den Weg läuft. Manche Nebenumstände sind aber auch mit Bedacht ausgewählt, so wenn er mit dem Ostberliner Rechtsanwalt Kaul eine Grenze passiert und dessen Reaktion auf die Paßkontrolle schildert.

Ben Witter ist aber nicht nur ein Vollblutjournalist, ein Reporter wie aus einem amerikanischen Roman, sondern ein bedeutender Erzähler, der ein gutes Dutzend Bände von Short stories vorzuweisen hat, dazu Glossen und Essays und Beispiele einer besonderen Kunstform, die er „Nebbichs" betitelt. Daß er als junger Schriftleiter im Dritten Reich nicht besonders reüssiert hat, läßt sich leicht vorstellen, statt dessen wurde er zur Identifizierung von Bombenopfern dienstverpflichtet. Wenn man ihn von seinen Anfängen bei der WELT erzählen hört, so konnten sich manche Reportagen vom Elend der Reichsmark-Zeit an düsterer Härte mit dieser Aufgabe messen.

Schwermütig verhangen, ja manchmal richtig böse ist der Ton seiner Prosa, die sich ganz organisch aus den von Ernst Stabe angeregten „Features" für den Nordwestdeutschen Rundfunk entwickelte. Es drängte Witter im Laufe der Zeit zu immer kürzeren Formen, zu Protokollen über scheinbar geringfügige Dinge, die er mit äußerster Präzision notiert: Gesprächsfetzen, die aus *halboffenen Fenstern dringen,* Bruchstücke von Telefongesprächen, die er vor einer Reihe von Zellen mitanhört. Man hat ihn einmal, seine Bedeutung unterschätzend, zum Stadtteilschreiber in Hamburg gemacht. Das ist allerdings sein ureigenes Revier, zwischen Hafen und Zeitungsviertel, mit seinen unzähligen Kneipen und Stadtstreichern, ärmlich-sündig, eine Großstadtmelodie in Moll. Melancholie in Verbindung mit einem ziemlich schwarzen Humor – ist das nicht überhaupt dasselbe? – sind die Wesenszeichen dieses großen Menschenbeobachters, der eine ganze Welt aus Details hervorzubringen vermag.

HELLMUT JAESRICH



Wird 65: Ben Witter, Hamburger Spaziergänger mit Prominenten FOTO: DPA



Wird 70: Robert Motherwell, vom Kunsthistoriker zum Künstler FOTO: RENATE PONSOLD

Der amerikanische Expressionist Motherwell wird 70

Die Kunst der Variation

Seit Jahren vollführt er diesen Doppelakt: Über die Kunst nachzudenken und sie gleichzeitig zu produzieren. „In seinem Kopf die ganze Kultur der Malerei präsent zu haben", denn so beschreibt er selbst Maler nach seinen Herzen, und neue Malerei spontan zu kreieren: Robert Motherwell probt die schwierige Koexistenz von Kunsthistoriker und Künstler, ohne daß der eine dem anderen allzu schmerzhaft ein Bein stellt.

Heute vor 70 Jahren im Staate Washington geboren, begann er seinen Werdegang im theoretischen Lager. Als Student der Ästhetik hortete er in Europa Kunstgeschichte „in seinem Kopf". Mit der Veröffentlichung von Delacroix-Tagebüchern führte er sich dann beim amerikanischen Publikum erstmals ein.

Entscheidend jedoch wurde seine Begegnung mit nach New York emigrierten europäischen Künstlern wie den Surrealisten Marcel Duchamp, Max Ernst, André Breton und Yves Tanguy. Sie inspirierten den im Kriegsjahr 1940 26jährigen Motherwell, es selbst einmal mit der Malerei zu versuchen.

Heute wird er nun als Pionier in die Kunstgeschichte eingehen, als einer der amerikanischen Maler der ersten Stunde, die mit ihrem eigenständigen Stil des „abstrakten Expressionismus" Amerika auf die internationale Kunst-Landkarte setzten.

Motherwell, der Nachdenkliche, entpuppte sich dabei als ein Künstler der Variation, der mehr als das Finden eines Themas das Spiel damit genießt. „Wenn ich Freude brauche", so schrieb er einmal, „finde ich sie in freien Variationen dessen, was ich schon entdeckt habe, wovon ich weiß, daß es meines ist." Hat er ein solches Leitmotiv gefunden, so spielte er es jahrelang in Zeichnungen, Graphiken und Bildern konsequent aus.

Er begann dies mit einem dunkel gestimmten Thema, den „Elegien an die spanische Republik". 1948 mit Tinte auf Papier begonnen, führte er es später in zum Teil riesigen Öl- und Acrylgemälden fort. In strengem Schwarz-Weiß, mit wenigen klaren, an die Ursteine von Stonehenge erinnernden Formen versucht er, „ein subjektives Bild des modernen Spanien symbolisch zu fassen... Sie sind Totenfeierbilder, Trauergesänge, Klagelieder, barbarisch und streng".

Mit Blick auf japanische und chinesische Kalligraphie spielt der Künstler hingegen das dynamisch-expressive Prinzip der Pinselschrift in seine „Samurai-Serie" durch. Als Brückenbauer zwischen literarischer Reflexion und großer Farbsensibilität – auch in seinen vorzüglich gedruckten Graphiken und den Collagen – hat sich Robert Motherwell eine besondere Nische geschaffen, in der er zum bedeutenden Maler reifen konnte.

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Festspiele laden zu einem Chor Camp ein

Gtl. Berlin

Ein „Chor Camp Berlin", zu dem alle jungen Sänger Europas eingeladen sind, veranstalten die Berliner Festspiele anläßlich des „Europäischen Jahres der Musik" vom 7. bis 14. August. Ein erstes Konzert am 10. August unter Leitung von Fritz Weisse wird die Teilnehmer zu Aufführungen von Händels „Alexanderfest" und Bachs „Magnificat" vereinen. Den Abschluß des „Chor Camp Berlin" bildet die 2. Sinfonie Gustav Mahlers mit dem verstärkten Europäischen Jugendorchester unter Claudio Abbado 14. August. Bewerbungen zur Teilnahme am „Chor Camp" sind an die Berliner Festspiele GmbH zu richten. Die Unterkunft ist frei; Reise- und sonstige Kosten sind selbst zu tragen.

Claire Bretecher im Dienst Molières

AFP, Paris

Die Cartoon-Zeichnerin Claire Bretecher, die mit der Zeichenfeder die Seelennöte der in die Jahre gekommenen 68er Generation und frustrierter Emanzen aufzuspießen pflegt, illustrierte für die Pariser Comédie Française eine Courteline-Ausgabe. Courteline, eine Sammlung von 13 kurzen Molière-Stükken, steht in dem ehrwürdigen Theater bis zum 15. Februar auf dem Programm. Die Comédie Française gibt eine Sammlung aller Stücke ihres Repertoires heraus.

150 Jahre Freie Universität

J. B. Brüssel

Mit der Bezeichnung „Freie Universität" unterstreicht Brüssels *Universität den Anspruch,* sich von der wesentlich älteren „Katholischen Universität" in Löwen abzuheben, deren wissenschaftlichen Ruf zu erreichen jedoch ihr Ziel ist. In einer Ausstellung, die zum 150. Geburtstag der „Freien Universität" von Studenten der Zeitungswissenschaft zusammengestellt wurde, wird die Entwicklung der Brüsseler Hochschule im Spiegel der Presse gezeigt. Damit entsteht zugleich ein interessantes Stück *Brüsseler Zeit- und Zeitungsge*schichte.

Apulische Trullis auf EG-Schutzliste

MvZ. Valle D'Istria

Die Europäische Gemeinschaft hat nach der Akropolis von Athen, den Bronzezeitbauten der Niederlande und den viktorianischen Molen von Brighton jetzt die „Trulli" der Valle D'Istria in Apulien zum „*Objekt von internationalem* Kultur- und Architekturinteresse" erklärt. Zur Erhaltung der seltsamen bäuerlichen Rundhäuser aus dem 18. Jahrhundert gab die EG in Brüssel eine erste Finanzhilfe von 800 Millionen Lire (1,3 Millionen Mark).

Ausstellungspläne zum Karneval und danach

MvZ. Venedig

Zum Karneval (9. bis 19. 2.) zeigt *Venedig „Spätrömisches und hoch*mittelalterliches Glas" und „Venezianische Altargeräte" aus Istrien. Vom 23. 2. bis 14. 4. sind 42 Bilder des französischen Impressionismus und Nachimpressionismus aus Moskau und Leningrad zu sehen. Als Gegengabe entsendet Italien eine Ausstellung des venezianischen XVI. und des römischen XVII. Jahrhunderts nach Rußland.

Shakespeare und das junge Publikum

dpa, Berlin

Die diesjährigen Shakespeare-Tage der deutschen Shakespeare-Gesellschaft finden vom 25. bis zum 28. April in Weimar statt. Das wissenschaftliche Programm mit sechs Kolloquien und der Jahreshauptversammlung wird mit einem Vortrag zum Thema „Erfahrungen mit Theaterarbeit – Wirklichkeit und Wirkung" eröffnet. Im *Rahmen der Shakespeare-Tage,* die unter dem Motto „Shakespeare für unser junges Publikum" stehen, werden unter anderem „Troilus und Cressida", „König Heinrich" und Verdis Oper „Macbeth" aufgeführt.

Liebesfilm-Festival

J. B. *Mons*

Zum ersten Mal in der Geschichte des Films und der damit zusammenhängenden zahlreichen Festivals wird es nun auch ein „Festival international du film d'amour" geben – im belgischen Mons im Süden des Landes. Die ganze Stadt soll daran teilnehmen, und zwar mit Gedicht-Rezitationen in Schulen und Museen, mit Schaufensterdekorationen, wobei der Phantasie keine Grenzen gesetzt sind. Schon jetzt befürchtet man allerdings, daß es vielleicht über die typischen Eigenheiten eines „Liebesfilms" in der Auswahl-Jury zu geteilten Meinungen kommen wird, wie der Organisator Elio Di Rupo berichtet. Trotzdem: vom 14. Februar an, dem „Tag der Verliebten", bis zum 21. Februar soll die Stadt ganz im Zeichen Amors stehen.

Verein der Leihmütter gegründet

dpa, Straßburg

Unter dem Namen „Die Störche" ist in Straßburg die erste französische Leihmütter-Vereinigung gegründet worden. Wie die 28jährige Generalsekretärin und Mutter von zwei Kindern, Claudine Kuhn, gestern erklärte, gehören der landesweiten Vereinigung bereits elf Frauen an. Präsidentin des Vereins sei die erste französische Leihmutter, Patricia Lavisse aus Le Havre, die im Frühjahr für ein steriles Ehepaar ein Kind erwartet. Nach Angaben der Generalsekretärin hätten bereits 300 interessierte Ehepaare Anträge auf Nachwuchs mit Hilfe einer Leihmutter gestellt.

Als Leihmütter werden Frauen bezeichnet, die ihren Körper zum Austragen eines Kindes für sterile Ehepaare zur Verfügung stellen. Für Claudine Kuhn ist das auf diese Weise geborene Kind „ein Geschenk, für das die gesetzlichen Eltern der Leihmutter ein Gegengeschenk in Höhe von 50 000 Franc (16 600 Mark) geben". Claudine Kuhn lehnte es ab, diesbezüglich an Begriffe wie Lohn und Arbeit zu denken. „Ich will sterile Ehepaare glücklich machen", erklärte sie. „Es ist schrecklich, wenn man sich ein Kind wünscht und keines haben kann." Dafür würde sie auch die „nicht immer einfache Schwangerschaft" in Kauf nehmen. Ihr Ehemann teile ihre Ansicht.

Die Bewerbungen der Leihmütter nähme ein Arzt aus Marseille entgegen, der auch bei der ersten französischen Leihmutter die Befruchtung vorgenommen habe. Nach Angaben von Frau Kuhn leitet er in Marseille ein Zentrum für Fortpflanzungsstudien. Bei den Bewerberinnen handle es sich ausschließlich um Frauen, die bereits ein Kind geboren hätten. In Zukunft solle versucht werden, Leihmütter zu finden, die der gesetzlichen Mutter ähnlich sähen. Auf die Probleme bei der Geburt eines behinderten Kindes angesprochen meinte Frau Kuhn, „die Eltern müssen sich dieses Risikos bewußt sein, da das auch beim eigenen Kind passieren kann".

In Frankreich gibt es noch keine gesetzliche Regelung des Leihmütterproblems. Die nationale Ärztevereinigung hat sich jedoch aus medizinischen und ethischen Gründen gegen Leihmütterschaften ausgesprochen.

Die Gasexplosionen der vergangenen Tage haben wieder einmal die Frage nach der Sicherheit der Gasversorgung aufgeworfen

Bilanz der Gasunglücke

DW. Bonn

Die Bilanz der Gasexplosionen der vergangenen zehn Jahre in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, wie verschwindend gering die Gefahr ist, die von dieser Art der Energieversorgung ausgeht. Nur einmal scheint der Bruch einer Leitung durch Frost die Ursache gewesen zu sein: Im Februar 1982 forderte eine Explosion in einem Wohnhaus in Frankfurt-Bornheim ein Todesopfer. Die Gasleitungen in den meisten Kommunen sind in den letzten Jahren vollständig erneuert worden, doch noch immer sind in einigen Städten die alten Gußrohre nicht ersetzt. Gefährdet sind diese nicht nur bei Frost und Absenkungen des Erdreichs, sondern auch durch schwere Erschütterungen beim Straßenbau. Auf Bruch des spröden Materials zurückgeführt werden die Gasunglücke 1978 in Lohr (ein Toter, 52 Verletzte), 1980 in Siegburg (ein Toter, 16 Verletzte) und in Regensburg (drei Tote in den letzten vier Jahren). Doch dadurch ausgelöste Unglücksfälle sind äußerst selten. Häufiger, so Experten, sind mangelhafte Gasgeräte oder unsachgemäße Arbeiten innerhalb der Häuser die Ursache. Oder Leute, die sich mit Gas das Leben nehmen wollen und dabei nicht selten das ganze Haus in Schutt und Asche legen.

Liegen Gasrohre wie Bomben unter den Straßen?

HANS BAUMANN, Essen

Gas macht zur Zeit Schlagzeilen. In der Nähe von Amsterdam flogen am Wochenende sechs Häuser, in Brüssel zwei, in England eines in die Luft, und vor wenigen Tagen forderte der Einsturz eines Hauses in Hannover drei Menschenleben.

Unter dem Eindruck dieser Nachrichten drängt sich die Frage auf, ob denn Gasrohre gleichsam wie Bomben in unseren Straßen liegen? Die Antwort ist ein eindeutiges Nein. Erdgas oder Stadtgas ist leichter als Luft. Sollte ein Rohr gegen jede Erwartung undicht werden, so wird das Gas in die Atmosphäre entweichen. Erdgas allein ist nicht explosiv (und es ist ungiftig).

Nur bei einem Luft-Gas-Gemisch zwischen fünf und 15 Prozent Erdgasanteil kann es zur Explosion kommen. Beträgt der Gasanteil über 15 Prozent, so würde eine Flamme mangels Sauerstoff ersticken. Unter fünf Prozent Erdgasanteil ist das Gemisch nicht „fett" genug, um explodieren zu können.

Warum fliegen dennoch Häuser in die Luft und begraben Menschen unter sich? Nach Auskunft der Gaswirtschaft hat sich im ersten Fall in Brüssel Gas aus einer undichten Leitung in der Erde unter der gefrorenen Erdschicht gesammelt und einen Weg ins nahe gelegene Haus gesucht. Dort baute es im Keller ein Gas-Luft-Gemisch auf, das von einer Heizkessel-Flamme gezündet wurde. Im zweiten Brüsseler Fall war ein gußeisernes Rohr beim Frost geborsten – ein Rohr aus den Jugendtagen der Gaswirtschaft, noch aus Grauguß hergestellt, der heute nicht mehr verwendet werden darf. In der Bundesrepublik Deutschland sind solche Rohre längst ausgetauscht worden.

Im Fall Hannover ist noch ungeklärt, was die Ursache der Explosion war. Die Kriminalpolizei ermittelt noch; erwiesen ist, daß in einigen Fällen mit Gas im Hause „manipuliert" wurde. Wenn es bei den hohen Sicherheitsstandards in der Bundesrepublik überhaupt einmal im Haushaltsbereich zu Gasunfällen kommt, dann sind entweder Manipulationen im Spiel, oder aber ein Hauswirt hat selbst unsachgemäß ein Rohr verlegt.

Wie selten der Gastod in Deutschland bei den 6,5 Millionen Familien mit Gasanschluß umgeht, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß die Zahl der Gastoten so unbedeutend ist, daß sich das Statistische Bundesamt 1979 entschloß, sie nicht mehr zu registrieren, weil es oft jahrelang nichts zu registrieren gab. Der längst nicht so spektakuläre Stromtod, der sich ohne Knall ereignet, forderte allein 1983 (letzter statistischer Stand) 157 Opfer.

Und im deutschen Steinkohlenbergbau mußten im gleichen Jahr noch 51 Kumpel ihr Leben lassen (vor 20 Jahren waren es jährlich im Durchschnitt 300).

Die Produktion von Gasrohren, deren Verlegung und Überwachung unterliegen genauesten Vorschriften. Das Regelwerk des Vereins Deutscher Gas- und Wasserfachmänner hat allein ein Inhaltsverzeichnis von acht engbedruckten Seiten. Keines der Gasrohre zwischen 5 Zentimeter und 1,20 Meter Durchmesser verläßt das Röhrenwerk der Stahlindustrie, ohne nach DIN-Vorschriften auf Herz und Nieren geprüft zu sein.

Beim Verlegen in der Erde werden die Schweißnähte mit Ultraschall oder röntgenologisch überprüft. Danach folgt der „Streßtest", das Abdrücken mit Wasser unter doppeltem Betriebsdruck. Ein Meßmolch, der durch das fertig verlegte Rohr gezogen wird, tastet die Leitung nach Verformungen ab. Vor Abnahme wird das Rohr mit einem Spezialmolch getrocknet.

Das Gasrohr mit Wandstärken zwischen einem und zwei Zentimeter erhält gegen Korrosion einen Kathodenschutz (ein Strom, der ständig um das Rohr herumläuft und der permanent überwacht wird) und zusätzlich eine Kunststoffummantelung.

Nach Inbetriebnahme des Rohres fliegt ein Hubschrauber alle 14 Tage die Trasse ab, vornehmlich, um festzustellen, ob in der Nähe der Pipeline irgendwelche Erdarbeiten begonnen haben, die das Rohr beeinträchtigen könnten. Alle Vierteljahre wird die Rohrtrasse von Wachmännern begangen, die mit Gasspürgeräten ausgerüstet sind und auch die Schieber an der Pipeline (alle 15 Kilometer) kontrollieren.

Um auch die letzten Gefahrenquellen zu verstopfen, sind bei den großen Gasverteilern Betriebszentralen installiert, die elektronisch Mengen, Druck, Temperatur und Zusammensetzung des Gases messen und Unregelmäßigkeit im inzwischen 161 000 Kilometer langen Pipeline-Gewirr sofort melden. Die Kontrolle reicht von der Quelle (in deutscher Erde oder an der Grenzübergangsstation) bis ins Haus des deutschen Gasverbrauchers hinein.

Und zum Frost meint der größte deutsche Gasversorger, die Ruhrgas: Modernen Rohren, die den höchsten Anforderungen auf Druck und Zug gewachsen sind, kann keine Temperatur etwas anhaben. Nebenbei: Von den 55,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas, die 1984 in der Bundesrepublik Deutschland verbraucht wurden, heizten 40 Prozent deutsche Wohnungen – höchst umweltfreundlich.

Gutachter entlastet Scholz

F. D. Berlin

Mit einem Ortstermin in der Villa des früheren Box-Europameisters Gustav „Bubi" Scholz ist gestern die Beweisaufnahme in dem Totschlagverfahren gegen den Werbekaufmann nahezu am Ende angelangt. Zuvor hatte der Berliner Gerichtsmediziner Professor Volkmar Schneider entlastend für Scholz erklärt, es sei nicht mehr festzustellen, ob der Angeklagte nach dem tödlichen Schuß auf seine Frau Helga einen sogenannten „Nachtrunk" zu sich genommen habe. Am Tag nach dem Schuß waren im Blut des Ex-Boxers Promillewerte von 1,91 und 1,87 festgestellt worden. Danach müßte Scholz zur Tatzeit rund vier Promille im Blut gehabt haben, wenn er – wie er behauptet – keinen „Nachtrunk" genommen hat. Auch bei vier Promille sei es einem Menschen noch möglich, ein Gewehr zusammenzubauen, meinte der Gutachter. Auch müsse eine solche Alkoholdosis nicht unbedingt tödlich sein. Die Staatsanwaltschaft hatte dagegen behauptet, Scholz habe nach der Tat getrunken, um durch einen „Vollrausch" möglicherweise zu einem günstigen Urteil zu kommen. Das Urteil soll am kommenden Mittwoch gesprochen werden.

Vatikan im Fußballfieber

KNA, Vatikanstadt

Mit einem 5:1-Sieg der Schweizergarde über die Auswahl der Vatikanischen Bibliothek ist gestern im Vatikan die traditionelle Fußballmeisterschaft eröffnet worden. Titelverteidiger ist die Elf der Fuhrmänner.

Aufklärer überfällig

DW. Agana

Ein Aufklärungsflugzeug der amerikanischen Marine mit neun Insassen wird über dem westlichen Pazifik vermißt und ist vermutlich abgestürzt. Die Maschine, eine Douglas A-3 (Skywarrior), war plötzlich von den Radarschirmen verschwunden. Die 25 Jahre alte Turboprop-Maschine vom Typ Lockheed Electra, die in der Nacht zum Montag in Reno (US-Bundesstaat Nevada) abgestürzt war, hat wahrscheinlich unmittelbar vor dem Unglück eines der Propellerblätter verloren. Das schließen Experten aus Wrackteilen und dem letzten unvollständigen Funkspruch des Piloten. Bei der Katastrophe kamen 69 Menschen ums Leben. Drei überlebten schwerverletzt.

ZDF verlor

dpa, Karlsruhe

Das ZDF muß einem männlichen Fotomodell wegen Verletzung des Persönlichkeitsrechts Schmerzensgeld zahlen. Das entschied der Bundesgerichtshof (BGH) gestern. Der Mann hatte sich für ein Sexualkundeschulbuch nackt abbilden lassen. Seine Einwilligung dazu erstreckte sich nach Ansicht der BGH-Richter aber nicht automatisch auch auf eine Veröffentlichung im Fernsehen. Das ZDF hatte das Nacktbild des Mannes im Rahmen einer Sendung sekundenlang eingeblendet. (Aktenzeichen: VI ZR 28783)

Inka-Opfer gefunden

SAD, Mendoza

Die gefrorene Leiche eines Menschen, den die Inkas vor Hunderten von Jahren den Göttern opferten, ist jetzt von Bergsteigern in einem uralten Inka-Heiligtum am Aconcagua, Amerikas höchstem Berg, entdeckt worden. Die Eismumie des Menschenopfers lag in knapp 5000 Meter Höhe, wo selbst im Sommer arktische Temperaturen herrschen.

Depression

SAD, Nizza

Die Witwe des französischen Autorennfahrers Jean Behra hat in Nizza Selbstmord begangen. Die 64 Jahre alte Charlotte Behra, die unter Depressionen litt, sprang aus dem sechsten Stock ihres Hauses. Jean Behra gehörte in den 50er Jahren zur Rennfahrer-Elite. Er starb am 1. August 1959 beim Großen Preis von Deutschland auf der Berliner Avus.

Plus bei Berlinflügen

AP, Berlin

Der Berliner Flugverkehr hat sich 1984 gegenüber dem Vorjahr günstig entwickelt. Im vergangenen Jahr benutzten rund 4,3 Millionen Reisende den Luftweg von und nach Berlin, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 155 000 Passagiere oder 3,7 Prozent entspricht. Unberücksichtigt bei dem Vergleich blieb das erhöhte Passagieraufkommen der Funkausstellung 1983. Bereinigt um diese Zahl ergibt sich für 1984 sogar eine Steigerung um 5,5 Prozent.

„Ein Tag für Afrika"

Veranstaltungen erbrachten Spenden in Millionenhöhe

Kirchen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland haben gestern mittag mit Glockengeläut an die Hungernden in Afrika erinnert. Sie folgten damit einem Aufruf von 18 Hilfsorganisationen zu einer Gemeinschaftsaktion unter dem Motto „Ein Tag für Afrika – Gemeinsam gegen den Hunger".

fuß/E. N. Hamburg/Bonn

Der Hamburger Rathausmarkt stand gestern im Zeichen der größten Aktion der Nächstenhilfe seit 1945. Das Diakonische Werk hatte zusammen mit sechzehn anderen Hilfsorganisationen 3000 Schüler, Pfadfinder und Mitarbeiter des Roten Kreuzes mit Sammelbüchsen ausgestattet. Sie fanden offene Herzen und Geldbörsen.

Der Erste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi übergab im Rathaus eine Zwei-Millionen-Mark-Spende der Bürger, und die Nordelbische Kirche stiftete weitere 100 000 Mark. Anschließend mischten sich von Dohnanyi und Bischof Peter Krusche mit Sammelbüchsen unter das Volk auf dem Rathausmarkt.

Auch Publikumslieblinge vom Film, Theater und Fernsehen waren da wie Inge Meysel, Heidi Kabel, Gitte Haenning, Nena und Udo Lindenberg. 250 000 Exemplare der Platte „Nackt im Wind – Singen für Afrika", *auf der 24 Rockbands spielen*, wurden für sechs Mark verkauft.

Als einmaliges „Hamburg Modell" bezeichnen Branchenkenner eine Aktion der Kreditinstitute aus Berlin, Frankfurt/Main, Köln, Mainz, Stuttgart, Bremen, Saarbrücken, München und Hamburg. Die Landeszentralbank hatte für den Afrika-Tag eine zentrale Eingangsmeldestelle eingerichtet, in die alle neun Städte stündlich das Spendenaufkommen eingeben konnten. Bis zum Nachmittag war die Summe auf mehr als 35 Millionen Mark angewachsen.

Ein Höhepunkt war der Besuch des Friedensnobelpreisträgers Bischof Desmond Tutu und des zukünftigen Generalsekretärs des Südafrikanischen Kirchenrates, Beyers Naudé. Der Bischof sprach auf dem Rathausmarkt und predigte anschließend in der Hauptkirche St. Petri.

Bischof Peter Krusche sagte im Rathaus: „Hungernde sterben leise. Und gestorben wird seit Jahren in Afrika, aber die Weltöffentlichkeit hat es lange nicht wahrgenommen. Die Menschen wurden immun gegen das Leid anderer. Das darf nicht sein."

In Bonn hätten sich gestern die Bundestagsabgeordneten im Rahmen des „Tages für Afrika" gerne in der Parlaments-Lobby mit Erbsensuppe zu Spendenpreisen (zwei Mark plus zwei Mark Aufschlag) bedienen lassen – aber leider war der Vorrat von 70 Litern im Handumdrehen verkauft. Und DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein gelang es erst nach einer Stunde, Nachschub herbeizuschaffen.

Nach der Debatte aller Fraktionen zum Thema „Ernährungslage in Afrika" überreichte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks, Hans Baumann, in der Villa Hammerschmidt Bundespräsident Richard von Weizsäcker einen Scheck über 600 000 Mark für die Hungergebiete Afrikas. Diese Summe stammt aus der „Aktion Brotpfennig", für die auf den Theken von Bäckerläden das Wechselgeld der Kunden gesammelt wird. Sie ist in diesem Jahr für Notgebiete in Gambia und Kenia bestimmt.

Auf dem Bonner Münsterplatz, wo Oberbürgermeister Hans Daniels mit der Afrika-Sammelbüchse herumging und wo Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger eigenhändig Afrika-Lebensmittelpakete verpackte, *verkauften zwölf* Bonner Schulen selbstgebackenen Kuchen zugunsten afrikanischer Notgebiete.

Um den Vorwurf zu entkräften, das gespendete Geld komme nicht den Hungernden zugute, hat der Arbeiter-Samariterbund das „Samariter-Paket für Afrika" erfunden, in das jeder Spendenwillige nach eigener Auswahl in einem Lastwagen aufgefahrene Grundnahrungsmittel einpacken konnte. Über den Rheinhafen Köln werden diese Pakete in Containern auf Überseeschiffen nach Eritrea gebracht.

Mit einer besonderen Sammelidee zum „Tag für Afrika" war das Bonn benachbarte Euskirchen hervorgetreten. Hier kamen alle eingenommenen Gelder aus Bußgeldern der Kraftfahrer am 23. Januar in den großen Sammeltopf für Afrika.

*

Caritas und Misereor haben bei der Gemeinschaftsaktion „Ein Tag für Afrika" ein eigenes Konto: Postgiro Karlsruhe 202. Die Kontonummer gilt für alle Sparkassen und Banken.





Zweimal „Die Ullrich": Als junge Naive und Grande Dame des deutschen Films.

FOTOS: DIE WELT/DPA

Luise Ullrich – mehrere Leben gelebt

Schauspielerei ist vor allem gesund," hat Luise Ullrich einmal gesagt: „Die Menschen leben viel zu wenig. Aber auf der Bühne, da kann man sich austoben. Sie ist ein Ventil für mich." Es war die gereifte Schauspielerin, die das sagte und es verwundert nicht, daß das auf das selbe hinauslief, was Albert Camus in seinem „Sisyphos" geschrieben hatte: daß der Schauspieler mehrere Leben lebe – und erlebe.

Als die „höhere Tochter" eines Majors der k.u.k. Hoch- und Deutschmeister und einer Pianistin , am 31. Oktober 1911 in Wien-Döbling geboren, mit 13 auf den Gedanken kam, zur Bühne zu gehen, hatte sie ein ganz anderes Motiv. Sie wollte „nur einmal die Amalia in Schillers 'Räubern' spielen"! Aber sie ist wohl schnell dahintergekommen, welche Mängel diese Rolle hat. Mit 15 sprach sie die „Jungfrau von Orleans" vor – und wurde engagiert, immerhin am Wiener Volkstheater. Fünf Jahre später – 1931 – war sie in Berlin. Am Staatstheater. Und spielte neben Werner Krauß. Alfred Kerr war hingerissen.

Es kam, was kommen mußte: der Film entdeckte sie. Um genau zu sein: Luis Trenker holte sie für seinen Film „Der Rebell" – „weil sie die jungen frischen Mädchen so überzeugend spielen kann". Und die spielte sie dann all die Jahre: die „Regine" nach Gottfried Keller, Hamsons „Viktoria", schließlich 1933 unter der Regie von Max Ophüls die „Mizzi" – also die komische Rolle – in Schnitzlers „Liebelei" neben Magda Schneider als Geigerstochter Christine.

Und dann, wie ein Paukenschlag, „Anneli", das Mädchen, das ein Leben lang immer zu spät kommt, am Ende sogar im Himmel. Der Stoff war – 1941! – von einem Juden, von Walter Lieck, das Drehbuch hatte Thea von Harbou geschrieben, Josef von Baky führte Regie. Und Luise Ullrich gewann damit nicht nur als beste Darstellerin den Wolpi-Preis jenes Jahres auf den Filmfestspielen in Venedig: sie spielte sich in die Herzen aller, die diesen „Schinken", wie sie das nannte, je sahen.

Das lag auch daran, daß sie mühelos die Schablone der Naiven zerbrochen hatte, die ihr umgehängt worden war. Anneli, das war eher ein resolutes Mädchen, das bei allem Mißgeschick nach den vielen Verspätungen immer den Kopf oben behielt.

Nach dem Krieg sahen wir sie schnell wieder, zuerst 1949 in „Nachtwache". Und als sie uns 1954 als „Eine Frau von heute" kam und 1955 in „Sarajewo" spielte, hatte sie den Sprung von dem jungen Mädchen ins Charakterfach der Frauen und Mütter mühelos geschafft. Man sah es, als sie auf der Bühne in „Frau Warrens Gewerbe" von George Bernard Shaw spielte oder, 1971 in Wien, die Madame Hortense in „Alexis Sorbas".

Das Fernsehen brachte sie uns ins Haus, im „Wechselkurs der Liebe" und in „Zirkus meines Lebens". Rainer Werner Fassbinder holte sie für „Acht Stunden sind kein Tag" als Großmutter.

Doch sie spielte nicht nur, sie schrieb auch. „Sehnsucht, wohin führst du mich?" hieß ihr erstes Buch, über Südamerika, das eine Auflage von 250 000 erzielte. „Komm auf die Schaukel, Luise" wählte sie als Titel, als sie 1973 auf ihr Leben zurückblickte. Als 1980 ihr Mann starb, der Flugkapitän Graf zu Castell-Rüdenhausen, der einmal Direktor des Flughafens München-Riem gewesen war, muß sie das sehr getroffen haben. Jetzt ist Luise Ullrich, die sich in ihren späten Jahren vergeblich nach einer neuen Filmrolle sehnte, in München nach langer schwerer Krankheit gestorben.

KATHRIN BERGMANN

LEUTE HEUTE

Hauptverhandlung

Der amerikanische Hürdenläufer und zweimalige Olympiasieger **Edwin Moses** hat von seinem Anwalt die gegen ihn erhobene Anklage bestreiten lassen, er habe eine als Prostituierte getarnte Polizistin zur „käuflichen Liebe" veranlassen wollen. Das Gericht vertagte daraufhin während einer Vorverhandlung dieses Falles das Hauptverfahren auf den 8. Februar.

Erster Roman

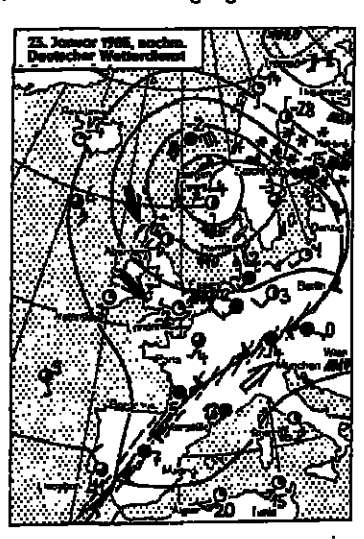
Eine zweijährige Pause zwischen zwei Filmen nutzte die französische Schauspielerin **Simone Signoret** (64), um ihren ersten Roman zu schreiben. Unter dem Titel „Adieu Volodia" wurde das Werk mit einer Auflage von 120 000 Exemplaren von dem Pariser Verlag Fayard herausgebracht.

Modemuffel

Nach dem Urteil des amerikanischen Modemachers **Blackwell** hat die US-Popsängerin **Cher** „nur geringen oder gar keinen Respekt davor, eine Frau zu sein". Der Fachmann setzt sie darum an die Spitze der Liste der zehn am schlechtesten gekleideten Frauen des Jahres 1984. Auf der jetzt im 25. Jahr veröffentlichten Liste befinden sich auch die Namen der Präsidenten-Tochter **Patty Davis** (Platz 3), die Denver-Stars **Joan Collins** und **Pamela Bellwood** sowie die „Dallas"-Schöne **Victoria Principal**.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Bevor am Freitag ein atlantisches Tiefdrucksystem auf Deutschland übergreift, sorgt heute ein schwaches Zwischenhoch für kurze Wetterberuhigung.



Vorhersage für Donnerstag:

Im Norden und in der Mitte Deutschlands Wechsel zwischen aufgelockerter und starker Bewölkung, nur vereinzelt noch leichte Schauer. Tagestemperaturen um plus 3, im Bergland knapp unter Null Grad. Im Süden anfangs noch bewölkt und Regen, im Tagesverlauf abklingende Niederschlagstätigkeit. Temperaturen tagsüber um plus 2, nachts Frost um minus 4 Grad.

Weitere Aussichten:

Länger andauernder Niederschlag, erneut mild.

Temperaturen am Mittwoch , 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	19°
Bonn	3°	Kopenh.	1°
Dresden	3°	Las Palmas	14°
Essen	2°	London	2°
Frankfurt	2°	Madrid	7°
Hamburg	2°	Mailand	2°
List/Sylt	2°	Mallorca	16°
München	4°	Moskau	-12°
Stuttgart	1°	Nizza	13°
Algier	20°	Oslo	-5°
Amsterdam	2°	Paris	4°
Athen	15°	Prag	2°
Barcelona	15°	Rom	16°
Brüssel	2°	Stockholm	-3°
Budapest	4°	Tel Aviv	18°
Bukarest	2°	Tunis	15°
Helsinki	-15°	Wien	0°
Istanbul	9°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 8.10 Uhr, Untergang: 16.59 Uhr; **Mondaufgang:** 10.22 Uhr, Untergang: 21.51 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Das Schicksal der „Montrove" wird zum Spuk

ROLF GÖRTZ, Madrid

Mehr als ein halbes Jahr ist seit dem höchst mysteriösen Untergang des spanischen Fisch-Trawlers „Montrove" und seiner 17 Seeleute vergangen, und immer noch tauchen neue Gerüchte auf. Am 19. Juli lief der Trawler von Las Palmas aus – einen Monat später hätte er sich spätestens über Funk melden sollen – möglichst mit Fangergebnissen. Aber niemand fing jemals einen Funkspruch auf. Niemand sah je ein Wrackteil, eine Schwimmweste oder ähnliches und niemand hörte je einen Funkhilferuf. Vergebens kreuzten Fregatten und Patrouillenboote der spanischen Marine auf genau ausgerechneten Suchkursen über den Atlantik, flogen Hubschrauber und Flugzeuge ihre Planquadrate ab.

Großzügig setzte sich die spanische Regierung über bürokratische und juristische Hürden hinweg. Obwohl das Schiff offiziell immer noch nicht als „verschollen" eingetragen wurde, erhalten die Familien der 17 verschwundenen Fischer bereits seit Monaten Witwen- und Waisengelder. Höchstwahrscheinlich fiel die „Montrove" einer gewaltigen, unvermutet auftauchenden Grundsee zum Opfer (WELT v. 15. Oktober 1984). Aber immer wieder brodeln die Gerüchte, rumort es von Entführung, Waffenschmuggel, von Enterkommandos moderner Piratenorganisationen.

Jetzt wurden die Fischerfrauen in Galizien wieder aufgeschreckt. Die seriöse Madrider Zeitung „Ya" bringt auf ihrer ersten Seite in großer Aufmachung die Nachricht: „Besatzungsmitglieder der ‚Montrove' vor einem Monat im Hafen von Luba gesehen." Luba ist das frühere San Carlos auf Fernando Poo, heute Bioco. Die einst zu Spanisch-Guinea gehörende Insel liegt in der Kniekehle Westafrikas vor der Küste Nigerias und Kameruns. Kaum wahrscheinlich, daß es sich wirklich um Leute der „Montrove" handelt – die Zeitung beruft sich allerdings auf zuverlässige Quellen –, aber nicht zufällig kommt diese Meldung aus Bioco, einem der obskursten Punkte im Südatlantik.

Als im August 1977 ein gewisser Oberstleutnant Teodore Obiang seinen Onkel, den Diktator Maciás, stürzte und dessen Schreckensherrschaft ein Ende setzte, ging der sowjetische Militärattaché an den Strand und erschoß sich. Dieser Umsturz bedeutete auch das Ende der sowjetischen „Schutzherrschaft". Die Insel und ihre Häfen Luba und Malabo (Santa Isabel) waren bereits als ganz sichere Stützpunkte auf der Seekarte des sowjetischen Großadmirals Gorschkow eingetragen. Von hier aus lassen sich die Erzhäfen des Niger und des Kongo ausgezeichnet kontrollieren.

Der Putsch des kleinen Oberstleutnants schien diesen Stützpunkt – immerhin lag bereits ein Schwimmdock auf Bioco – aus der sowjetischen Seekarte wieder entfernt zu haben. Als jedoch das neue Staatsoberhaupt Teodore Obiang vor zwei Jahren in einem revolutionären Recondre seinerseits gestürzt werden sollte, mußte der ihm zu Hilfe eilende spanische Außenminister zunächst feststellen, daß nicht mehr Madrid, sondern Paris inzwischen heimlich die vage Schirmherrschaft über das bitterarme Völkchen der Äquatorial-Guineaner ausübt.

Was sonst auf dieser Insel geschieht, weiß keiner so recht. Wahrscheinlich ist sie ein emsiger Umschlagplatz für den internationalen Drogen- und Waffenhandel. Die Informanten des „Ya" halten es deshalb für möglich, daß eines der in San Carlos liegenden Schiffe die inzwischen durch andere Aufbauten veränderte „Montrove" sein könnte.

Auch die sowjetischen „Beschützer" des längst hingerichteten Diktators Maciás scheinen sich keineswegs ganz zurückgezogen zu haben. Im Gegenteil: Wie vorher die Schreckensherrschaft des Maciás, so nutzen sie jetzt die gefährliche Szenerie der internationalen Mafia als willkommenen Schleier für eigene Aktivitäten. In den armseligen Städten dieser seit 1968 selbständigen und seither ins Elend versunkenen Ex-Kolonie Spaniens strahlt als einzig wirksame Leuchtreklame die der Aeroflot in die afrikanische Nacht. Das jedenfalls fiel Reportern schon vor zwei Jahren auf. Und ganz in der Nähe von San Carlos soll immer noch ein Lager existieren, in dem Ostblocklegionäre für ihren Einsatz in Afrika gedrillt werden.

Wie auch immer – solange der 243 Tonnen große Trawler „Montrove" nicht offiziell für „verschollen" erklärt wird, dürfte er immer wieder als „fliegender Holländer" in jenen Teilen der Welt auftauchen, die auch im Zeichen moderner Nachrichtenverbindungen niemand exakt überprüfen kann und mag. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Geprüft werden sollte für das Straßenpersonenverkehrsgewerbe die Einführung einer flexiblen Woche, die aus maximal sieben Tagen besteht ... Die Schaffung einer festen Woche von Montag, 0:00 Uhr, bis Sonntag, 24:00 Uhr, würde den Bedürfnissen des konzentrierten Wochenendverkehrs nicht Rechnung tragen." (Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Straßmeir, zur Diskussion über die EG-Sozialvorschriften).